LESBEN/FRAUEN-NACHRICHTEN

Jg. XVII Nr. 23 Juli 95

FEMINISTISCHER WIDERSTAND IST INTERNATIONAL

gegen Sexuelle Gewalt, Zwangsheterosexualität,
Sexismus & Patriarchat
gegen Eugenik und Rassismus
gegen Kapitalismus & Imperialismus

Freiheit für alle Frauen, die ihren Mißhandler, Zuhälter, Vergewaltiger verletzt oder getötet haben !
Freiheit für alle in den Gefängnissen, Bordellen, Psychiatrien und Familien/Beziehungen gefangenen Frauen !

FREIHEIT FÜR ALLE !

FÜR EIN LEBEN
OHNE AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG
UM FREIHEIT UND LIEBE LEBEN ZU LERNEN

INHALTSVERZEICHNIS

* 2 Inhaltsverzeichnis
* 3 - 6 Vorwort - "Warum Schwerpunkt Nationalismus"

Nationalismus

* 7 - 8 Frauen können sich Nationalismus nicht leisten
* 9 - 10 Nationale Befreiung und Nationalismus
* 11 - 14 Nation und Nationalismus
* 15 - 22 Volksgemeinschaft der Frauen
* 23 - 24 Rassismus in der weißen Frauenbewegung
* 25 - 27 Position der weißen Frauen in den westeuro. Staaten ....
* 28 - 31 Entpolitisierung durch Identitätspolitik
* 32 - 34 Als Frau hab ich kein Land aber einen deutschen PAß
* 35 ATIGF
* 36 - 43 Den Mann im Staate finden

FASCHISMUS

* 44 - 45 konsequenter feministischer Widerstand gegen die Faschisierung
* 46 - 48 50 Jahre nach der Befreiung
* 49 - 50 Eigentlich hätte es jede erwischen können
* 51 - 52 Hilde Radusch

SEXISMUS

* 53 - 54 Morde die Männer an Frauen und Mädchen begehen

SOZIALRAUBBAU

* 55 - 56 Protestbrief und Antwort
* 57 - 59 Redebeitrag Initiative "Frauen gegen Zwangsarbeit" zum 8.3.1995
* 60 Redebeitrag "feministischen FrauenLesbenplattform" 25.3.95
* 61 2.Mai, Tag der Frauenarbeitslosigkeit
* 62 Forderungskatalog
* 63 Alarmstufe 95
* 64 Aktion gegen Sozialraubbau
* 65 - 67 Notruf facts

* 68 - 71 Solidaritätsfressen mit der Dritten Welt
* 72 Aufruf an alle Frauengruppen
* 73 Sie werden's nie lassen
* 74 Mafalda - Wir unterstützen dich bei .....
* 75 Abschiebungen verhindern
* 76 - 79 Wir lassen uns nicht still verurteilen
* 80 Aktion 8. März
* 81 Ebergassing
* 82 Info's

LFZ-Gruppen
* Arbeitskreise
* Initiativen
* Beratungsstelle für ausländische Frauen und Mädchen Tel.:408 61 19
* Feministische Handwerkerinnen Tel.: 408 44 43
* Feministische Mädchenschule "Virginia Woolf Tel.: 403 98 10
* Kontaktadresse für regionale WEN DO-Gruppe Wien
* Kontaktadresse der überregionalen WEN DO-Gruppe
* Lesben/FrauenNachrichten
* Musikgruppen
* selbstorganisierte Trainingsgruppen (Mo.,Di.,Fr.)
* Soldisko
* Trommlerinnen

PLENAS
jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat FZ-Beisl-Plenum, 18 h im Beisl
jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat FZ-Plenum, 18 h im Fz 2.Stock

Wir verstehen die Zeitung als Forum für Diskussionen und Informationen der Autonomen Frauen/LesbenBewegung und als Informationsblatt des Autonomen Frauen/Lesbenzentrums

Eigentumsvorbehalt:
Diese Ausgabe der Zeitung ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der Gefangenen oder der Patientin persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Zeitung der Gefangenen oder der Patientin nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Vorwort

Uff, wieder mal geschafft. Monatelang Papiere gesammlet, kopiert, diskutiert, gelacht und Kaffe getrunken, oder schon völlig genervt am Plenum die letzten Punkte besprochen. Einige haben tagelang übersetzt, andere haben stunden- und nächtelang am Computer verbracht und zwischendurch am Tisch sitzen und lay-outen. Manchmal hätten einige am liebsten das ganze Klumpert in den Mistkübel geschmissen, Deckel zu, und auf Urlaub fahren, oder im Bett frühstücken und Tage im Bett verbringen, spazieren gehen, Radl fahren, im Prater Riesenrad fahren, schwimmen gehen, die Sonnen und den Wind auf der Haut spüren,....

Auch der Alltag hat uns ganz schön auf Trab gehalten, Übersiedlungen, Telefonrechnungen, WG-Plenas, Freundinnen treffen, dort ein Termin und da ein Termin, FZ-Chaos, und die Lohnarbeit, Arbeitsamttermin, und die unbezahlte Arbeit sowieso. Gleichzeitig leben müssen mit der gesellschafltichen Gewalt und dagegen kämpfen, - Abschiebungen, Observationen durch die Polizei und geplante Rasterfahndung, die Offensive der Wirschaftskammer für radikale Flexibilisierung der Arbeitszeit, Verschärfungen und Sprerren auf den Arbeitsämtern, sexuelle Gewalt usw.

Diesmal ist ~~fast~~ alles schön getippt, aber dick ist sie wieder geworden. Wie immer, wir haben fast 100 Seiten, was tun. Letzendlich haben wir 2 Artikel rausgenommen "Gechlecht, Rassimsu,s Ethnizismus und Nationalismus im EU-Europa" und "Roma und Sinti. Ausgrenzung und Verfolgung in Österreich". Sie sind jedoch nicht vergessen, sondern kommen in einer Zwischennummer raus, oder ins nächste Heft im Herbst. Trotzdem tausend Grüße an Silvia , die in wochenlanger Arbeit den ersteren Aritkel übersetzt hat und durch einen Computervirus doppelte Arbeit hatte.

Grüße von den LFN - FauenLesben

Warum der Schwerpunkt Nationalismus

Wir sind mit dem Schwerpunkt immer wieder kräftig "geschwommen". Die Auseinandersetzung ist nicht fertig. Manchmal hatten wir das Gefühl, alles ist falsch, wir müssen ganz woanders zum Denken anfangen, alles in Frage stellen. Zwischendruch Gedanken, was dieses Kopfgeburten für einen Sinn haben ? - Zitat nach stundenlangem Lay-outen: "Was die alle für Problem haben .."

Dann wieder Frage wie ist die Umsetzung in eine politischen Praxis möglich, wie und wo, und mit welchen Bezug zu was....viele Splitter, Knöpfe im Hirm und manchmal "Aha-Erlebnisse", das Erkennen "es geht an was Eingemachtes". Und dann wieder ein "Damit haben wir doch gar nichts zu tun, das sind doch nur die bösen Anderen" !

Ein wichtiger "Auslöser" für unsere Auseinandersetzungen war der **nationalistische Krieg im ehemaligen Jugoslawien**, der militärische Krieg um die Bildung neuer Nationen und deren "Einflußgebiete".

1.) Eine wichtige Auseinandersetzung darin war die Öffentlichkeit um **Vergewaltigung als Kriegsstrategie.** Die Existenz einer feministischen Bewegung in Jugolsawien und in vielen anderen Ländern dieser Welt hat dazu beigetragen, daß Vergewaltigung gegen Frauen und Mädchen als Kriegswaffe und Kriegsstrategie veröffentlicht und öffentlich diskutiert wurde. Es wurden Solidaritäts- und Unterstützungskampagnen erarbeitet (wie z.B. Veranstaltungen, Radiosendungen, Geldsammlungen,...), politische Forderungen gestellt (wie z.B. "Anerkennung von Vergewaltigung als Asylgrund") und Projekte erarbeitet (wie z.B. das "Zentrum für Frauen als Kriegsopfer" in Zagreb, oder das bewußte Miteinbeziehen von Sexueller Gewalt und Folter bei der Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit mit Migrantinnen und bei antirassistischer Arbeit.

Die Diskussion um Vergewaltigung als Waffe in militärischen Kriegen wurde geführt:

+ als Krieg von Männern gegen Frauen und Mädchen
+ als männliche Kriegswaffe gegen den nationalen männlichen Feind (das davon ausgeht, daß die Frau und das Mädchen Besitz eines Mannes sind.)

Die Empörung über sexuelle Gewalt und der Zorn auf sexuelle Gewalt und auf sexistische Täter wurde aber auch als nationale Propaganda gegen den jeweiligen Feind benützt. Dies spaltete feministische und lesbische Gruppen im ehemaligen Jugoslawien, aber auch in anderen Ländern in Europa (siehe dazu auch LFN Jg.XIV, Nr. 5,6, mit dem Schwerpunkt Jugoslawien)

Daraus ergaben sich Überlegungen zum Zusammenhang von Sexueller Gewalt, Sexuellem Besitzanspruch, persönlichem und gesellschaftlichem Besitzarspruch von Männern an Frauen (und Kindern), Kleinfamilie, Militär und der Zusammenhang mit Nationalismus.

Eine wollte dazu was schreiben, was aus vielen Gründen leider (noch) nicht zustande kam.

2.) Ein zweiter wichtiger Punkt ist die daraus wieder aufgeflammte Diskussion um **nationale Befreiungsbewegungen**, wie z.B. in Kurdistan, Palästina, Philippinen,...Erfahrungen aus Nicaragua, Kuba,...usw.

Wir sehen einerseits einen wesentlichen **Unterschied** zwischen *nationalen Bewegungen bzw. Kriegen* und *nationalen (antiimperialistischen) Befreiungsbewegungen* wie z.B. in Nicaragua, Kuba, Kurdistan, Philippinen, usw. die erst eine imperialistische Herrschaft zerstören müssen um eine eigenständige Entwicklung möglich zu machen. Nationale Befreiungsbewegungen, die sich gegen eine Fremdherrschaft richten, sind nicht von vornherein antiimperialistisch bzw antikapitalistisch. Es gibt innerhabl dieser Befreiungsbewegungen immer unterschiedliche Richtungen mit unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Gesellschaftsvorstellungen und Zielen.

Slowenien und Kroatien z.B. wollten einen eigenen Staat um *in* den kapitalistischen Weltmarkt zu kommen, um den"Reichtum" des eigenen Landes für sich zu nutzen und nicht mit anderen Ländern z.B. innerhalb Jugoslawiens umzuverteilen.

Aber es gibt auch **Ähnlichkeiten** zwischen nationalen Bewegungen und nationalen antiimperiliastischen Befreiungsbewegungen, nämlich in ihrem **patriarchalem, sexistischem und rassistischem, biologistischem Selbstverständnis.**

a.) Dies zeigt sich u.a. an den **Lebensmöglichkeiten und Lebensperspektiven für die Frauen** - an dem eigenständigen Existenzrecht von Frauen (unabhängig von einem Mann oder von einem Kind), an dem gesellschaftlichem Wert von Frauenarbeit, an dem gesellschaftlichen Wert von Frauenfreundschaften und von lesbischer Existenz. Nationale Bewegungen, auch antiimperiliastische, sehen Frauen oft als "Kulturträgerinnen" nur aufgrund ihrer Gebärfähigkeit (und des damit verbundenen Zwanges Kinder zu gebären) und aufgrund des Zwanges zu geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung (d.h. Frauen müssen die Arbeit leisten Kinder zu betreuen und Kinder und Männer zu ernähren, die Wäsche zu waschen, zu putzen, aufzuräumen usw. Tun sie dies nicht sind sie Nicht-Frauen, anti-national, konterrevolutionär oder bürgerlich borgouise).

Frauen existieren in diesem patriarchalem und sexistischem Selbstverständnis nicht als eigenständige Arbeiterinnen, Hausarbeiterinnen, Lohnarbeiterinnen, Frauen existieren nicht eigenständig, mit sozialen, politischen und ökonomischen Forderungen, Veränderungsvorstellungen und Zielen.

Und diese nationalen Bewegungen stellen an die Frauen die Anforderung Kinder für den zukünftigen Staat, die zukünftige Nation zu gebären, damit "das Volk" nicht ausstirbt. Wie es den Frauen selbst geht, mit der Arbeit den Widersprüchen und Anforderungen, spielt dabei keine Rolle. Wenn die Frauen dies nicht befolgen werden sie zu "Nicht-Frauen", zu "Asozialen" zu "Freiwild", werden sie verachtet und gejagt.

Nur wenn die patriarchale Organisation die Frauen für den Kampf brauchen, für den nationalen Befreiungskampf brauchen ("Ohne Beteiligung der Frauen keine Revolution" !!) "dürfen " sie mitkämpfen und es fallen zum Teil die geschlechtsspezifischen Bestimmungen und Zwänge. Nachher sollen sie wieder die von Männer festgesetzten emotionalen, sozialen und materiellen Aufgaben und Arbeiten übernehmen. Doch Frauen haben darin auch immer versucht ihre eigenen Kämpfe und Vorstellungen zu entwickeln und voranzubringen um ihre Lebensbedingungen als Frauen zu verbessern. Frauen sind dabei gescheitert, nicht nur aufgrund von Zurückhaltung oder politischer/organisatorischer Schwäche, sondern auch aufgrund von massivem Bekämpft-Werden seitens der patriarchalen, männerorientierten Organsiationen.
(siehe dazu auch der Artikel: "Frauenbefreiung und nationaler Befreiungskampf -Geht das zusammen?", v. Maria Mies, in Beiträge zu feministischer Theorie und Praxis Nr.8)

b.) Die Ähnlichkeiten zwischen den nationalen Bewegungen und nationalen Befreiungsbewegungen zeigen sich auch an Hervorhebung der **Besonderheit des "eigenen Volkes"** in Abgrenzung und Hierarchie zu anderen. Diese nationale Identität hat den Sinn die Menschen gegen einen "Feind von außen" zu vereinen und sie hat den Sinn soziale -, ökonomische und Geschlechter-Hierarchien und Unterschiede als gesellschaftliche Machtverhältnisse zu leugnen, indem sie als nationale Notwendigkeit oder als "kulturelle Eigenart" bezeichnet werden. Diejenigen, die nicht in dieses vereinheitlichte Bild passen werden diffamiert, verjagt oder ausgemerzt.

3.) Eine weiter Auseinandersetzung war für uns um **Dominanzkultur in der Frauenbewegung.** (siehe dazu die Artikel " "Weiße Frauen in Westeuropa zwischen Diskriminierung und Dominanz", "Als Frau habe ich kein Land, aber einen deutschen Paß")
a.)Es geht dabei um die Frage, ob Frauen , die gesellschaftlich zu einer privilegierten "Gruppe" gehören andere Frauen, Mädchen ausgrenzen und sich Verbesserungen und **Rechte auf Kosten von anderen** erkämpfen.
Das heißt, die Frage, ob sich Frauen
als weiße, deutschsprachige Östereicherinnen
als Frauen mit österreichischem Paß
als gutverdienende, besitzende Frauen
als Frauen, die der körperlichen und geistigen Gesundheits"norm" und der
patriarchalen Schönheitsnorm entsprechen
als heterosexuelle Frauen
als Frauen mit/ohne Kinder
von gesellschaftlich "weniger privilegierten Gruppen" abgrenzen, sich auf ihre Privilegien und die damit verbundene gesellschaftliche Akzeptanz berufen - in der Hoffnung von der gesellschaftlichen Macht akzeptiert, gehört und gefördert zu werden, und um eigene Forderungen durchzusetzen.

<u>Ein Beispiel aus der politischen Praxis:</u>
In der Vorbereitung zur Frauen-,Lesben-, Mädchen-Demo anläßlich der UNO-Menschenrechtskonferenz und weltweiten Frauenmobilisierung "Frauenrechte sind Menschenrechte" im Juni 93 in Wien kamen es zu 2 großen Auseinandersetzungen.
Der eine Streitpunkt war, ob der Demo-Aufruf auch Lesben-Demo heißen sollte. Frauen der KPÖ und der AG Frauenrechte-Menschenrechte waren dagegen, mit dem Argument, daß dies viele abschrecken würde. Dieses Argument ist lesbenfeindlich !, ist ein Aragement mit dem herrschenden System. AUCH, oder GERADE WEIL es einer Tatsache entspricht.

Der zweite Streitpunkt war, ob die Demo am Abschiebeknast vorbei gehen soll und die AusländerInnenpolitik und Abschiebepraxis zum einem der Inhalte auf der Demo werden soll.
Mit dem Argument "das interessiert die Frauen nicht, die hierher kommen" (die wurden selbst aber nicht gefragt) sollte der Inhalt weggemacht werden. Das bedeutet im Endefekt , ob in der politischen Forderung "Frauenrechte sind Menschenrechte" die Frauen, die nach Europa flüchten oder hierher "verkauft" werden und im Abschiebehäf`n sitzen, Teil unserer Politik sein können, oder ob wir sie ausgrenzen, weil unsere Kritik am staatlichen Rassismus und staatlicher Repression unsere gesellschaftliche Akzeptanz gefährden könnte. Die Illusion dabei ist, daß wir mit mehr Akzeptanz von Staat und UNO, unsere Forderungen "Frauenrechte sind Menschenrechte" besser erreichen. Illusion deshalb, weil die Akzeptanz offensichtlich eine Ausgrenzung von bestimmten Fauen voraussetzt.

b.)Hat der Kampf um Raum in der Männergesllaschaft, der das Geschlechterverhältnis in den Mittelpunkt stellt, die Frauen auf einem Auge blind gemacht?...oder **hat die Individualisierungspolitik der Regierung voll durchgeschlagen?**
<u>z.B. in der Gesundheitspolitik:</u>
+ wer krank ist, ist selber schuld
+ behindert ist, wer den körperlich geistigen Normen in irgendeiner Weise nicht entspricht
+ der Kontrollzwang wird für Frauen, die Kinder gebären immer größer, die Sanktionen bei nicht-angepaßten Verhalten reichen von Geldentzug bis zu Kasernierung (z.B. in der USA und GB)
+ Steigender Selbstbehalt der Krankenversicherungen
<u>z.B. in der "Sozial"- und Arbeitspolitik:</u>
+ Erfassung sämtlicher Daten, Zwangszuweisungen...
Wird der Trend zur individuellen Erfassung und Verantwortlichkeit der Einzelnen in den Köpfen nachvollzogen?
Die Panik im Nacken - die Bedrohung der eigenen Existenz, Armut, Ausgrenzung - scheint die individuelle "Karriere", die individuelle Absicherung Vorrang gegenüber kollektiven-gesellschaftsverändernden Motiven zun erlangen.
Ein Mitpartizipieren an der Macht, bedeutet letzendlich ein Übernehmen und Verdeitdigen patriarchaler Normen.. Z.B. Frauen, die beruflich "weiterkommen wollen" delegieren die ihnen (qua Geschlecht) zugewiesene Erziehung- und Hausarbeit, und mittlerweile auch schon das Kinder-Gebären, an weniger privilegierte, verarmte Frauen. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die männlich-orientiert, kapitalistische Lohnarbeit wird nicht in Frage gestellt. Damit macht uns der Knochen "Integration" und die erhoffte Partizipation am kapitalistischen Reichtum, zu Mittäterinnen und Mitmacherinnen.

c.) In den Gspräche über "Dominazkultur" kamen wir dann auch auf **Identitätspolitik** (siehe dazu die Artikel "Weiße Frauen in den Westeuropäischen Staaten zwischen Diskriminierung und Dominanz", und "Entpolitisierung durch Identitätspolitik") und **Lobbypolitik,** das neue Schlagwort für den Kampf um bürgerliche Frauenrechte. "Lobbypolitik "und "Projektmanagment" bedeutetn eine Verkapitalisierung der politischen Frauenarbeit. Projektmanagment soll die politische Basisarbeit ersetzen und die Lobbypolitik ist Integration und ein bürgerlicher Schachzug gegen die Solidaritätsarbeit "von unten".

4.) Die Frage war **was ist überhaupt eine Nation**
Dies zu beantworten wurde uns immer schwieriger. Wir wälzten Bücher und Texte und es wurde immer undurchschaubarer.

Der Begriff der Nation hat bereits eine längere Entwicklung. Die Römer benutzen die Bezeichnung "natio" für Volksstämme, bezeichneten sich selbst aber als "populus", als Volk..
Im frühen Mittelalter wurde "natio" als Bezeichnung für alle Stämme gebraucht,
im Hochmittelalter wurde der Begriff "natio" überwiegend organisatorisch gebraucht. Universitäten, Orden usw. wurden nach "nationes" gegliedert und eingeteilt.

In Europa begann angeblich ab dem 9.,10.Jh., sich Länder, "Staaten" nach ethnischen Grundlagen zu bilden, nach sprachlichen Abgrenzungen, Stammesverwandtschaften, Lebensgewohnheiten und auch geographischen Grenzen. Dies läßt vermuten auf einen Beginn von biologistischen und rassitischem Denken.
Der moderne Begriff Nation, sowie der Begriff von "Menschenrassen"entstand erst im 18., 19 Jh., mit der Entwicklung des kapitalistischen Patriarchats und war verbunden mit der Etablierung der modernen Naturwissenschaften (siehe dazu den Artikel "Nation,Nationalismus")).
Der Begriff "Rasse" etablierte sich über Buffon im 18 Jh. im wissenschaftlichen Sprachgebrauch zuerst in Frankreich und etwas später mit Kants Studie "Bestimmung des Begriffes einer Menschenrasse" in Deutschland. Damit verbunden war auch die Etablierung einer "Rassenkunde" als Vererbungs- und Abstammungslehre verbunden mit einer "natürliche Selektion". Die "Rassenkunde" war ein Zweig der modernen Naturwsissenschaften.

Die bürgerichen Ideologen sehen Nation als eine Kulturgemeinschaft, mit gemeinsamer Sprache, Sitten und Gebräuche.
Die marxistische Theorie, beschreibt Nation als eine Struktur und Entwicklungsform der menschlichen Gesellschaft, als Produkt ökonomischer, sozialpolitischer und ideologischer Entwicklunsprozesse . Die gemeinschaftsbildenden Faktoren im Entwicklungsprozeß seien die Gemeinsamkeit des Wirtschaftlebens, ein relativ geschlossenes Territorium als Siedlungsgebiet, die Gemeinsamkeit oder Verwandtschaft der Sprache, der Kultur, der Sitten, Gebräuche und Lebensgewohnheiten. Auch der Staat werde durch die politische und administrative Zentralisation zu einem wichtigen Faktor für die Herausbildung einer Nation.
Es gab dabei eine Auseinandersetzung zwischen Lenin und Rosa Luxenburg. Lenin propagierte 1916 das "Recht aller unterdrückter Völker auf Selbstbestimmung". Rosa Luxenburg kritisierte dies scharf und verteidigte den Vorrang der "Rechte der Einzelnen" und das "Prinzip des proletarischen Internationalismus".
In der feministischen Theorie war der Ausgangspunkt "als Frau habe ich kein Land", weil jeder Staat Frauen von der representativen Teilnahme ausschloß (und häufig noch immer ausschließt). Frauen war es z.B. verboten Universitäten zu besuchen, zu wählen und gewählt zu werden.
Aber dies beschreibt nur einen Teil der Geschichte. Denn Frauen sind im patriarchalen Staat immer Aus- UND Eingeschlossene zugleich (siehe dazu auch "Weiße Frauen ind den Westeuropäischen Staaten zwischen Diskriminierung und Dominanz"(

In den feministischen Bewegungen haben Frauen um Rechte und Gleichwertigkeit innerhalb einer Nation, eines Landes, eines Staates gekämpft. Sie mußten um die Anerkennung als "bürgerliche Subjekte" kämpfen, weil sie davon ausgeschlossen waren (ein "Nachholen" der Bürgerlichen Revolutionen im 19. Jh.,
Die feministischen Bewegungen kämpften auch gegen die Abwertung der Frauen als soziales Geschlecht und dem "Anders-Sein als soziales und biologisches Geschlecht"!, dessen Ursachen in der Postulierung vom "Mann als Mensch" sind. Denn das heißt, daß männliche Lebensbedingungen und politische Praxis von Männern als "DAS allgmeine, öffentliche Leben " angesehen wurde und wird.
Der feminsitische Kampf gegen Sexsimus bedeutet somit eine Revolutionierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens.
Doch der Kampf gegen Sexismus, schließt gleichzeitig nicht aus, daß Frauen und feministische Politik trotzdem rassistisch, eugenisch (*1) und imperialistisch ist. (siehe dazu den Artikel "Weiße Frauenbewegung und Rassimus", und "Volksgemeinschaft der Frauen")

5.) Ist Nation gleich Nationalismus , Was ist Nationalismus?:
Der "Kern der Sache" ist ein ähnlicher. Denn der Begriff Nation beinhaltet den Bezug auf eine Einheit aufgrund einer "Abstammungsgeschichte", einer biologischen Erbfolge.
Einen Versuch das zu trennen machen u.a. Feministinnen aus der Slowakei in "Feministische Ansätze in der Diskussion über Nationale Identität. Zur Grenzziehung in der ehemaligen Tschechoslowakei", in dem sehr wichtigem Buch: "Frauen zwischen den Grenzen. Rassismus und Nationalismus in der feministischen Diskussion", Campus Verlag.

Nationalismus ist die Erhebung des Interesses der Einheit zum höchsten Wert.
Nationalismus ist in sich:
- biologistisch und eugenisch, die "Dazugehörigkeit" erfolgt über die Erbfolge, und über die Biologie und über die Erbfolge wird bestimmt was und wer normal, sozial, lebenswert, der Ordnung entsprechend ist. usw.
- rassistisch, weil er eine Gruppe von Menschen hervorhebt und über andere stellt (als mehr oder weniger entwickelt, intelligent, arbeitssam/fleißig, fortschrittlich usw.)
- sexistisch, weil Frauen in erster Linie über ihre Gebärfähigkeit definiert werden, als Produzentinnen von Kindern für Mann/Staat/Nation , Frauen als Besitz des Mannes- und als "Kulturträgerinnen" für eine Kultur der biologischen männlichen Erbfolge.
- kapitalistisch und imperialistisch, weil es von Privatbesitz von Menschen an einem Land ausgeht und dieses Land in Konkurrenz um materiellen Reichtum mit anderen Ländern setzt.

6.) Ist Nation gleich Staat? Was ist DER Staat ?
Wir begaben uns auf die Suche nach feministischen Staatstheorien., denn unsere Ordner dazu sind noch sehr leer.. Was gehört da alles dazu ? - die Regierung, der bürokratische Apparat, die Kammern, die Sozialpartnerschaft, die Institutionen: Militär, Polizei, Häf'n, Psychiatrie, Fürsorge, Schulen, .Arbeitsamt, Sozialamt,...
Es gibt Ansätze dazu in der Diskussion um Männerbünde ((*2) und wir erhielten den Artikel "Dem Mann im Staat finden" von einer Frau auf der Uni, die in einem Seminar dazu gearbeitet hat

7.) Nationale Identität ??, Nationales Bewußtsein ?, Historisches Bewußtsein!
Das schwierigste war für uns, wie wir unseren Zusammenhang mit der Geschichte, mit der Struktur und mit den Menschen des Landes, in dem wir leben, bezeichnen können und wollen. Wir brauchen ein Bewußtsein über die Geschichte und die Struktur des Landes in dem wir leben. Aber dieses Bewußtsein ist ja nicht so einheitlich wie die herrschende Geschichtsschreibung und schon gar nicht gibt es DAS nationale Bewußtsein. Es gibt allein auf das Territorium des Staates Österreich regionale Unterschiede, z.B. ob frau in Wien oder in Vorarlberg lebt, in einer Großstadt, oder am Land. Es gibt wesentliche Unterschiede aufgrund von sozialen und ökonomischen Ungleichheiten, ob ich als Frau oder Mann in Ö lebe, als Arbeiterin oder als Besitzende, als Mensch mit oder ohne österreichischem Paß, als gesellschaftliche konstruierte Minderheit oder als gesellschaftliche Elite, und es gibt Unterschiede aufgrund der Hautfarbe durch den Rassismus
Das Bewußtsein in einem Land zu leben verändert sich auch. Z.B.:MigrantInnen, die als politische Flüchtlinge oder als "GastarbeiterInnen" nach Österreich kamen entscheiden sich hier auch zu bleiben. Diese Entscheidung ist nicht unbedingt

freiwillig, denn sie hängt zusammen mit Verfolgung, Krieg und ökonomischer Verarmung in den Ländern, wo sie gelebt haben. Doch die Entscheidung heißt auch ihre Forderung, nicht nur als MigrantInnen, oder "AusländerInnen" gesehen werden zu wollen, sondern als eine "in Österreich lebende Minderheit" (siehe Flugblatt von ATIGF-)

Nationalität hat man, wenn man sich seiner Nationalität schämt (Zitat vom Qualtiger) ?
Nationalismus im Deutschsprachigen Raum, ist die Geschichte eines deutschsprachigem, chauvinistischem, weißem Herrenmenschendenken, ist die Geschichte des Nationalsozialsimus mit der grausamen industriellen Massenvernichtung und der zerstörerischen imperialistischn Großmachtpolitik.

Wir müssen uns sehr wohl Gedanken darüber machen welchen Paß wir haben und/oder in welchem Land wir leben, denn wir haben die Verantwortung der Geschichte dieses Landes und da können wir uns nicht davonmogeln, wenn wir sagen "mit diesem Land, mit dieser Nationalität habe ich nichts zu tun"
Und "der Paß" bedeutet auch konkrete Lebensbedingungen, unterschiedliche Lebensgrundlagen und Kampfbedingungen. Die Lebensbedingungen, Erfahrungen und Verantwortlichkeiten sind eine andere, ob wir in einem arabischen, einem afrikanischen, nord-, südamerikanischen, asiatischen, westeuropäischen oder osteuropäischen Land geboren sind oder dort leben. Es ist auch ein Unterschied ob wir in Ungarn, Deutschland, Österreich oder Italien leben, was z.B. Unterschiede macht welche Arbeits- und Sozialrechte es gibt, ob es staatliche Arbeitslose, Karenzgeld und eine Pension gibt, und wie hoch sie sind,ob es ein Mietrecht gibt und welches, welche Arbeiten es gibt und wie sie bezahlt werden, usw.
Dieses Bewußtsein sind nicht die Kulturveranstaltungen, wo Musik, Tänze, Essen als nationale Identität verkauft werden, sondern es ist ein Wissen über die Geschichte und Struktur eines Landes, über die sozialen Formen des Zuammenleben, wie Arbeit strukturiert, wie die Besitzverhältnisse sind usw.

Es geht uns auch darum, was im Namen eines Internationalismus falsch gemacht wird, wie räumlich ferne Befreiungsbewegungen verherrlicht und politische Kämpfe und Auseinandersetzungen im eigenen Land ignoriert oder abgewertet werden. Das bedeutet auch zu Hinterfragen, wann und wie Befreiungsstrategien, die in einem Land oder einem Kontinet entwickelt wurden ,über andere drüber gestülpt werden.
Und wie kann ein **Internationaler Feminismus** gelebt und erkämpf werden. Eine interessante Auseinandersetzung mit praktischem Internationalismus ist die Broschüre "Den Faden weiterspinnen. Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Immigrantinnen, im Exil-Lebenden und deutschen Frauen. Erfahrungen des `Internationalem Frauenplenum W.-Berlin 1988 - 1991" , zu bestellen bei: Rotation, Mehringdamm 51, D-10961 Berlin.
Zitat aus der Broschüre: "Wenn es um Rassismus geht, heißt es oft: wir müssen mit Frauen aus anderen Ländern zusammenarbeiten, wir müssen auf sie zugehen. Aber das ist ja noch lange nicht das Ende vom Lied, sich gemischt zusammenzusetzen, da fängt die Arbeit ja erst an."

Frauen werden weltweit (unterschiedlich) aufgrund des Sexismus als "sozial-minderwertiges und biologisch-anderes Geschlecht" benachteiligt, diskriminiert, verfolgt, gefoltert, eingesperrt und ermordet.
Es geht uns darum,hier **einen feministischen Befreiungskampf zu entwickeln, mit einem Bezug zur Geschichte des Landes in dem wir leben, mit einer Liebe und Achtung vor den Menschen und mit einem Wissen um die unterschiedlichen Macht- und Gewaltverhältnisse.**
Wir wollem daher die Diskussion um Nationalismus führen, um die Kraft für einen **internationalen Feminismus** (* 1) zu entwickeln, um die unterschiedlichen Macht- und *Gewaltverhältnisse zu erkennen und zu bekämpfen.*
Denn:
"Wenn ich ..nicht mehr imstande bin, meine Gemeinsamkeiten mit einer anderen Farbigen Frau wahrzunehmen, deren Kinder hungern, weil sie keine Arbeit findet, oder die keine Kinder hat, weil ihr Leib durch Küchentischabtreibungen und Sterilisation eine faulige Wunde ist; wenn ich nicht imstande bin die Lesbe wahrzunehmen, die sich gegen eigene Kinder entschieden hat; die Lesbe, die ihre Sexualität geheimhält, weil ihre homosexuellenfeindliche Umgebung ihr die einzige Überlebenschance bietet; die Frau, die beschließt zu schweigen, um einem weiteren Tod zu entgehen, oder die Frau, die vor Angst, mein Ärger könnte ihre eigene Wut zum Ausbruch bringen, gelähmt ist - wenn ich diese Frauen nicht als andere Facetten meiner selbst erkennen kann, dann trage ich nicht nur zu ihrer Unterdrückung, sondern auch zu meiner eigenen bei. Dann müssen wir den Ärger, der zwischen uns entsteht, zur Klärung und gegenseitigen Bestärkung nutzen, anstatt in Schuldgefühle auszuweichen oder uns noch weiter voneinander zu entfernen. ***Ich bin nicht frei, solange noch eine einzige Frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere Fesseln trägt als ich. Ich bin nicht frei, solange noch ein einziger Farbiger Mensch in Ketten liegt. Und solange seid auch ihr nicht frei."***
Andre Lord ("Vom Nutzen unseres Ärgers", in: Macht und Sinnlichkeit, 3. Aufl. 1991)

* 1.) Wir verwenden den Begrif Eugenik, für den Zwang zu sogenannten gesunden Körpernormen und Schönheitsidealen, und für die Ausgrenzung und Vernichtung von Menschen mit unterschiedlichen körperlichen und geistigen Fähigkeiten oder Einschränkungen,
* 2.) + "Männlichkeit als System", v. Eva Kreisky, in Demontage, Sommer 94
+ "Der Staat als Männerbund", v. Eva Kreisky in ILA, März 93, mit dem Schwerpunkt "Nationale Fragen"
+ Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr. 13. "unser Staat?", 1985
+ "Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung", v. Maria Mies, rotpunktverlag, 1989
* 3.) weitere Texte
+ "In der Falle der eigenen Phantasie. Weiblicher Nationalismus und - lesbischer Seperatismus, v.Ti Grace Aktinson; in der Courage Nr. ?
+ "Ein Herrenvolk von Untertanen. Rassismus, Nationalismus, Sexismus", Diss-Studien

von Rebecca Gordon
aus: Guardian 4.3.92, Übersetzung cn

"Frauen können sich Nationalismus nicht leisten !"

Das Massaker, das wir heute als Golfkrieg bezeichnen, endete vor über einem Jahr, aber ich denke immer noch über Nationalsimus, Patriotismus und nationale Befreiungsbewegungen nach. Ich komme mehr und mehr der Überzeugung, daß die Welt im allgemeinen und die Frauen im besonderen sich den Nationalismus nicht leisten können. Vor ungefähr einem Jahr wurde ich von einer Gruppe hier in der USA eingeladen, einen Vortrag über die Reaktion der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung auf den Golfkrieg zu halten. Ich besprach mit meiner Freundin, was ich sagen wollte. Sie hörte mit ein paar Minuten zu und begann dann zu kichern:"Wenn du nicht aufpaßt", sagt sie,"wirst du noch den Trotzkismus neu erfinden."

Sicher hat sie Recht damit, daß sich schon viele größere Geister als ich, Marxistinnen, Leninistinnen und Feministinnen an der Frage versucht haben, ob der Nationalsimus eine progressive oder reaktionäre Kraft ist bzw. sein kann. Manchmal muß man allerdings auch solche Dinge wie das Rad neu erfinden oder zumindest noch einmal überprüfen. Meine Freundin hat ebenfalls Recht, wenn sie sagt, daß ich anscheinend eine Art feministischen Internationalismus vorschlage. Das ist in der Tat die einzige Antwort auf den drohenden Triumph des internationalen Kapitalismus, die ich mir vorstellen kann.(...)
Die Eile der Regierung Bush, ein Freinhandelsabkommen mit Mexiko festzuklopfen und das ganze GATT-Abkommen unter Dach und Fach zu bringen, macht deutlich, daß unser Gegner international agiert. In 10 oder 15 Jahren werden wir vielleicht miterleben, daß weltweit ein Lohn in der Höhe des Existenzminimums durchgedrückt wird, sogar in der USA. Es reicht nicht wenn man versucht "amerikanische" Arbeitsplätze gegen japanische ider mexikanische ArbeiterInnen zu verteidigen. Der nationalistische Slogan "Kauft amerikanisch!" wird nicht verhindern können, daß diese Arbeitsplätze schließlich ins Ausland abwandern. Nur eine internationalistische Antwort - die Löhne und Arbeitsbedingungen in anderen Ländern zu verbessern - wird dieses Ziel erreichen.

Eine Nation für Frauen ?
Mein Lexikon definiert Nationalismus als "Loyalität und Aufopferung für eine Nation; insbesondere ein Gefühl des Nationalbewußtseins, das eine Nation für besser als alle enderen hält und mit besonderem Nachdruck ihre Kultur und ihre Interessen im Gegensatz zu den anderen Nationen oder supranationaler Gruppern hervorheben soll." Es gibt sicher umfassendere Definitionen, aber diese Defintion ist für unsere Zwecke gut genug.
Für viele Frauen ist nicht die Tatsache, daß sie Frauen sind das größte Handicap im Leben, sondern die Tatsache, daß sie die "falsche" Hautfarbe haben und/oder die "falsche" Sprache sprechen und/oder, daß sie arm sind und/oder, daß sie in einem Land leben, das von einer imperialistischen Macht kolonisiert worden ist. (die Hierarchisierung von Machtver-hältnissen ist falsch; die Tip.) Ist nicht der Nationalismus der sicherste Weg zur Befreiung für die große Zahl von Frauen, für die nicht die Vorherrschaft der Männer die unmittelbarste Quelle ihrer Unterdrückung ist ? Das Problem mit dem Nationalismus ist, daß er auf die Widersprüche, die in diesem und/oder liegen, nicht eingeht.
Was nutz es einer armen Frau in einm südlichen Land, wenn sie ihre kolonialen Herren abschüttelt, aber eine lokale Bourgeoisie deren Platz einnimmt und die arme Frau nach wie vor ihren halben Tag damit verbringen muß, Wasser zu tragen ? Wahrscheinlich muß sie zunächst ihre kolonialistischen Beherrscher abschütteln. Um das tun zu können, muß sie sich dort, wo sie lebt, mit anderen zusammentun, auf der gemeinsamen Grundlage, daß sie alle von der Kolonialmacht unterdrückt werden. Aber solange der Reichtum ihres Landes ungerecht verteilt bleibt und solange sie noch keinen gleichen Anteil der politischen Macht hat, ist sie noch nicht frei. Und selbst, wenn diese Ziele erreicht sind, ist sie immer noch innerhalb und außerhalb ihres Hauses männlicher Gewalt, wirtschaftlicher Diskriminierung und der doppelten Arbeitsbelastung ausgesetzt, sie ist immer noch nicht frei. Nationalismus hat für Frauen in ihrer Eigenschaft als Frauen keinen Wert. Der Nationalsimus verlangt von den Frauen (wie auch von anderen Untergruppen innerhalb der Nation), daß wir unsere Interessen als Frauen im Interesse nationaler Ziele, die allzu oft vermengt werden mit den Interessen der Männer der Nation, hintanstellen. Nationalisten sehen in dem Wunsch von Frauen, ihre Fruchtbarkeit zu kontrollieren, einen Verrat an angeblichen Bedarf der Nation an mehr Bügern.
Der Nationalismus verlangt, daß die "besonderen" Bedürfnisse der Frauen zurückgestllt werden, bis der nationale Notstand vorüber ist (oder die Nationenbildung abgeschlossen ist). Aber wenn die Bedürfnisse der Frauen, wie z.B. gleichberechtigte Partizipation am wirtschaftlichen Leben der Nation oder die Freiheit von der alleinigen Verantwortung für Hausarbeit und Kindererziehung nicht erfüllt werden, können die Frauen nicht am politischen Leben der Nation teilnehmen und können auch die Art, wie dieses politische Leben sich entwickelt, nicht beeinflussen. Wir haben im wahrsten Sinne des Wortes weder die Zeit noch die Energie dafür.
In den USA und manchen europäischen Ländern entstand in den 70-er und 80-er Jahren ein lesbischer Seperatismus, der Versuch, eine Art Nationalismus für Frauen zu kreieren. Lesbische Feministinnen träumten davon, etwas zu schaffen was Jill Johnston als "lesbische Nation" definierte, getrennt von und in Opposition zu einer männlich dominierten Gesellschaft. Zu dieser Zeit und an diesem Ort (und wie ich vermute auch in den meisten anderen Fällen) war es durchaus sinnvoll, sich als Antwort auf die männliche Suprematie autonom als Frauen zu organisieren.
Bedauerlicherweise hatte der Versuch, über die autonome politische Organisierung hinauszugehen und eine Gesellschaft nur für Lesben zu schaffen, zur Folge, daß wir es mit genau denselben nationalistischen Widersprüchen von "Rasse" und Klasse und sogar Geschlecht zu tun bekamen. Das hat verhindert, daß der lesbische Seperatismus ein Mittel zur Befreiung der Frauen

werden konnte. Ähnlich wie viele schwarze Nationalisten (in der USA; die Tip.) riefen viele lesbische Seperatistinnen dazu auf, unabhängige lesbische Institutionen für Frauen zu schaffen, eine Geschäftswelt für Frauen - jedoch ohne die Klassenbeziehungen in dieser Geschäftswelt zu untersuchen (wer profitiert, wer wird ausgebeutet).
Der seperatistische Ansatz, gegen Rassismen- oder Klassenwidersprüchen anzugehen hat oft zu einer zusätzlichen Segregation geführt; es bilden sich Gruppen von Frauen, die sich untereinander immer mehr ähnelten. Ich habe Frauen z.B. sagen hören: "Ich bin eine jüdische Seperatistin aus dem Arbeitermilieu und deshalb verkehre ich auch nur mit anderen jüdischen Lesben aus dem Arbeitermilieu". Es ist nicht verwunderlich, daß die edlose Unterteilung in immer kleinere Milieugruppen nicht dazu geführt hat, die politische Durchschlagkraft der beteiligten Frauen zu erhöhen.

Gibt es einen guten Nationalismus ?
Nicht nur der lesbische Seperatismus hat dies Erfahrung gemacht. Ich glaube nicht, daß irgendein Nationalismus auf sehr lange Sicht progressiv sein kann, denn er führt immer dazu, daß die Menschheit in immerkleinere Gruppen von Leuten aufgeteilt wird. Die Gruppen werden immer homogener und immer entschlossener, sich gegen andere, die sich von ihnen unterscheiden, zu verteidigen. Diesen Prozeß können wir heute in der ehemaligen Sowjetunion beobachten.
Die Linke unterscheidet oft zwischen bösem, rechten Nationalismus und guten antiimperialistischen Nationalsimus. Der rechte Nationalismus umfaßt ein weites Feld. Dazu gehören in der USA normale Patrioten genauso wie weiße Rassistinnen. Dazu gehören aber auch Fraktionen nationaler Eliten in Ländern wie El Salvador oder den Philippinen, diejenigen, die eher auf das Geld und die Gewehre aus den USA verzichten würden als den Befehlen der US-Botschaft zu gehorchen.
Was am rechten Nationalismus falsch ist, wissen wir. Er führt zum Faschismus. In den USA verhindert er, daß die ArbeiterInnen und armen Leute ihren wahren Feinde identifizieren können, er lenkt die Wut gegen die Feinde der nationalen Eliten. Hier in den USA haben wir das in der letzten Zeit an den Versuchen der Medien und der Industrie gesehen, die Arbeiterklasse gegen Japan als den angeblichen Schuldigen an der Wirtschaftskrise in den USA aufzubringen.
Wie sieht es aber mit dem "guten" Nationalismus aus, wie steht es mit der antionalen Befreiung ? Mein Problem mit dem Nationalismus als einen Weg zur Befreiung ist das, daß er die Machtverhältnisse zwischen "Rassen", Klassen und Geschlechtern verdeckt, die innerhalb der Nation existieren. Dabei ist es egal, ob diese Nation die Kolonie einer imperialistischen Macht ist - wie Puerto Rico - oder ob es sich um eine Gruppe unterdrückter Menschen mit gemeinsamer Kultur handelt, die innerhalb eines Landes leben, das die Suprematie einer anderen Kultur institutionalisiert hat. Das ist z.B. die Lage der AfroamerikanerInnen und anderer Farbiger in den USA. Engstirniger Nationalismus kann manchmal die Entwicklung eines antiimperialistischen Kampfes behindern, der eine ganze Region umfaßt. Eine regionale Solidarität ist notwendig, weil keine kleine Nation es alleine mit einer Macht wie den USA aufnehmen kann. Es kam z.B. zwischen den SandinistInnen und den Aufständischen in El Salvador zu ernsthaften Spannungen, als 1984 Nicaragua seine Bereitschaft erklärte, die Contadora-Verträge zu unterschreiben, obwohl darin Bestimmngen festgeschrieben waren, die zwar den Contrakrieg beendet hätten, aber auch eine Demobilisierung der Guerilla-Armee der FMLN erzwungen hätte. (Die USA verhinderten die Verabschiedung dieses Abkommens und die FMLN benutzte später weiterhin Nicaragua ale ein wichtiges Rückzugsgebiet.)

Kein sicherer Hafen
Das beste Beispiel für einen Nationalismus, der kläglich daran gescheitert ist, ein unterdrücktes Volk zu befreien, ist der Zionismus. Ich wuchs im Schatten des Holocaust auf, wie alle JudInnen meiner Generation. Man brachte mir bei, an eine Version über die Schaffung Israels zu glauben, die etwas so lautet:"Nach der Ermordung der JudInnen tat allen so leid, was den JudInnen geschehen war, daß alle Länder der Welt sich zusammentaten, um den JudInnen ein eigenes Land zu geben, damit das nie wieder geschen könne": Israel war der sichere Hafen, der mythische Ort, in dem die Menschen gemeinschaftlich in Kibbuzim lebten. Dort würde ich leben können, wenn es jemals zu gefährlich werden sollte, hier in der USA eine Jüdin zu sein.
Niemand sagte mir, daß es in diesem sicheren Hafen bereits Leute gab, daß einige von ihnen JudInnen waren wie ich, aber auch viele nicht. Ebenso sagten mir niemand, daß die Zionisten hier in der USA den Kongreß nter Druck setzten, er solle verbieten, daß jüdische Flüchtlinge aus Europa sich nach dem Krieg in den USA ansiedelten. Damit sollte Israel mit JudInnen gefüllt und die Nation eine Realität werden. In ähnlicher Weise hat in jüngster Zeit die Israel-Lobby den Kongreß unter Druck gesetzt, die Immigrantenquote für JudInnen aus der Sowjetunion nicht heraufzusetzen, damit auch sie Israel als ihre einzige Chance sähen.

"Normaler" Rassismus
Viele Jahre später fragte ich mich und andere JudInnen:"Was heißt das, ein jüdischer Staat?" Eine Antwort, die ich oft hörte, besonders unter Zionistinnen in der lesbischen Gemeinschaft war folgende:"Ein jüdischer Staat ist ein Land, in dem es normal ist, JudIn zu sein." Das wäre in der Tat ein Unterschied zu anderen Staaten und es wäre schön. (Es wäre wohl auch nicht schlecht , an einem Ort zu leben, an dem es normal ist lesbisch zu sein, aber das ist eine andere Geschichte und es ist keine Geschichte, die in Israel ein Happy End hat.)
Die Logik des Nationalismus verlangt, daß wenn es "normal" ist, JudIn in einem jüdischen Staat zu sein, daß es dann nicht normal ist, sogar regelrecht gefährlich, dort etwas anderes als JudIn zu sein. Und genau das ist die Realtiät, in der die AraberInnen in Israel leben. Es ist ebenfalls Realität für die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten. Und das ist nichts anderes als Rassimus.
Das Absurde daran ist, daß der Zionismus auch keine erfolgreiche Strategie ist, um den JudInnen das Überleben zu sichern. Tatsächlich ist Israel ein so gefährlicher Ort für JudInnen, daß bis vor der jüngsten Einwanderungswelle sowjetischer JudInnen die Zahl der AuswanderInnen aus Israel die Zahl der EinwanderInnen übertraf. Die Besetzungen, die Invasion im Libanon und die Massaker in Sabra

und Shatila sind keine Verirrungen, sondern die unvermeidliche Folge des israelischen Nationalsimus. Die Handlungsweise des israelischen Staates, des jüdischen Staates, trägtnicht dazu bei, mich zu beschützen oder mir einen sicheren Hafen anzubieten. Im Gegenteil, sie macht mein Leben auf der Welt unsicherer. Eine Freundin aus dem Libanon sagte mir 1982, während Israel gerade in ihr Land eindrang: "Wenn Israel darauf besteht, daß es der jüdische Staat ist, der im Namen der Juden handelt, dann werden die Menschen, die Israels Handlungsweise verabscheuen, schließlich auch die Juden hassen." Wenn mir schon der Gedanke eines jüdischen Staates nicht gefällt, wie ist es dann mit einem palästinensischen? Ich hoffe, es ist inzwischen klar geworden, daß ich niemandes Nationalismus gut finde, aber wenn man in der modernen Welt keiner Nation angehört, scheint das so zu sein, als ob man gar nicht existiere. Wer bin ich, daß ich sagen könnte, die PalästinenserInnen sollten nicht existieren ? Ich war immer für die Schaffung eines "demokratischen säkularisierten Palästina" auf dem gesamten Gebiet, das jetzt Israel und die besetzten Gebiete umfaßt, aber es sieht nicht so aus, als ob das heutzutage noch auf irgendjemandes Tagesordnung stünde.

Wir sind keine Patrioten

Was sind die praktischen Konsequenzen, wenn man dem Nationalsimus mißtraut? Zum einem muß die Linke aufhören mit dem Versuch, den Patriotismus für sich zu reklamieren. Angesichts eines internationalen Feindes können wir uns den Patriotismus nicht leisten. Frieden - ein Frieden, der den Menschen erlaubt, in Würde zu leben - ist nicht patriotisch. Allerdings bin ich nicht dagegen, daß Frauen sich als Frauen organisieren oder AfroamerikanerInnen als AfroamerikanerInnen, oder die Armen als Arme. Wir brauchen eine Machtbasis, von der aus wir mit unseren BündnispartnerInnen in Kontakt treten können. Aber ich glaube nicht, daß das Ziel unserer Organisierung sein sollte, Nationen zu bilden. Die internationale Solidarität ist heutzutage eine Fragen von Leben und Tod.

Das Allgemeine Aktionsprogramm von MAKIBAKA, herausgegeben von Bolsevik Partizan im März 1994; kann gegen Kopiekosten im LesbenFrauen Zentrum bestellt werden.

Nationale Befreiung und Feminismus

Eine Antwort auf Rebecco Gordon

Da Rebecca Gordon unser Land in ihrem Artikel „Frauen und Nationalismus" erwähnt hat, möchten wir von MAKIBAKA, einer philippinischen Frauenorganisation im Untergrund, uns die Freiheit nehmen, ein Wörtchen in dieser Sache mitzureden. Erstens sind wir der Meinung, daß die Frauen, die sich am Kampf nationaler Befreiungsbewegungen beteiligen, für sich selbst sprechen sollten. Zweitens haben wir das Recht auf unsere eigene Revolution und auf Ideen und Begriffe und Wortbedeutungen, die diesem sozialen Transformationsprozeß zugrundeliegen, der uns bereits große Opfer abverlangt hat und weiterhin abverlangen wird, bis wir gewinnen.

Gordons Artikel abstrahiert allerdings von jeglichen sozialen, politischen, geographischen und historischen Kontext. Auf wen bezieht sie sich zum Beispiel, wenn sie das Wort „wir" benützt (z.B. in dem Satz „Wir brauchen eine Machtbasis, von der aus wir mit unseren Bündnispartnern in Kontakt treten können" und „Wir können uns den Patriotismus nicht leisten") oder „die Linke" („Die Linke darf nicht länger versuchen, den Patriotismus für sich zu reklamieren")? Der konkrete soziale, politische und wirtschaftliche Kontext, in dem „wir" und unsere jeweilige „Linken" agieren stimmt nicht überein und solche allgemeinen Feststellungen gelten nicht universell.

Befreiung ist eine Klassenfrage

Gordon benützt Begriffe wie Nationalismus, nationale Befreiung und Patriotismus austauschbar, ohne spezifische Umstände der Zeit, des Ortes und der historischen Periode zu berücksichtigen. Das führt zu einer falschen Darstellung der nationalen Befreiungsbewegung der Philippinen, den Gordon geht davon aus, daß solche Bewegungen vom Nationalismus genährt werden. Und sie betont, daß der „Nationalismus von uns Frauen verlangt, unsere Interessen gegenüber den nationalen Interessen hintanzustellen, die sehr oft als deckungsgleich mit den Interessen der Männer der Nation gesehen werden".

Demgegenüber haben wir immer betont, daß der philippinische Kampf einen Doppelcharakter hat: einen antiimperialistischen Aspekt, der seinen nationalistischen Inhalt bestimmt und einen antifeudalen bzw. Klassenaspekt, der seinen demokratischen Inhalt bestimmt. Für uns ist Befreiung eine Klassenfrage.

Deshalb nennen wir unsere Revolution nationaldemokratisch, um sie von Kämpfen zu unterscheiden, die bürgerlich - demokratisch oder einfach nationalistisch sind. Dieser bloße Nationalismus ist eine Vorstellung, die auf den Philippinen seit über dreißig Jahren überwunden ist. Hinzu kommt, daß die philippinische Bewegung sich einer Revolution in zwei Phasen verschrieben hat, die eben gerade die gerechte, gleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Teilung der politischen Macht zum Ziel hat. Gordon sagt mit Recht, daß das notwendige Voraussetzungen sind, für die Befreiung der Frauen und für die Zunahme ihrer Macht.

Mit der Gründung von MAKIBAKA 1971, der Name ist ein Akronym für „Patriotische Bewegungen freier Frauen", wurde der Begriff der nationalen Demokratie dahingehend erweitert, daß er nicht nur die wirtschaftliche und politische Emanzipation der Frauen einschloß, sondern auch ihre Befreiung von geschlechtspezifischer Unterdrückung. Wir geben zu, daß die Rolle, die das Patriarchat, kulturelle und religiöse Institutionen und Traditionen bei der Unterdrückung der Frau spielen, erst nach und nach erkannt wur-

de, ebenso wie erst sehr spät zugegeben wurde, daß die Pest des Sexismus auch innerhalb der revolutionären Bewegung existiert.

Noch 1990 wurde der Versuch gemacht, aus dem 12-Punkte-Programm der national-demokratischen Front, die aus vierzehn Organisationen besteht, darunter MAKIBAKA, die Forderung nach der Emanzipation der Frau zu streichen. Zusammen mit anderen revolutionären Frauen hat sich MAKIBAKA auf dem ersten Kongreß der Front gegen diese Streichung gewehrt - und sich so gründlich durchgesetzt, daß auch weitere Forderungen gegen die Diskriminierung anderer Gruppen wie z.B. Schwule und Lesben, aufgenommen wurden.

Vielleicht hat Gordon damit recht, daß Männer oft fordern „Frauen sollen ihre Forderungen hintanstellen", angeblich, um damit besser der Sache der nationalen Befreiung zu dienen. Aber die Frauen können und sollten argumentieren, daß es keine nationale Befreiung und keinen sozialen Wandel geben kann, ohne daß die Rechte der Frauen und die Gleichheit der Geschlechter sichergestellt wird.

Wir würden allerdings nicht so weit gehen zu behaupten, daß es alleine genügt, die Rechte der Frauen und die Gleichheit der Gesellschaft sicherzustellen, um unsere Nation und Gesellschaft zu verändern. Genauso wie keine nationale Befreiungsbewegung ohne die Beteiligung der Frauen Erfolg gehabt hat, hat keine feministische Bewegung oder Frauenbewegung auf sich alleine gestellt, einen radikalen gesellschaftlichen Wandel bewirken können.

Die militärische Präsenz der USA auf den Philippinen

Es gibt Forderungen auf den Philippinen, bei denen es schwierig wäre zu unterscheiden, ob sie eindeutig nationalistisch oder eindeutig feministisch sind. In einem Land, in dem es nicht einmal die grundlegendsten Rechte und Freiheiten gibt, ist es für Männer und Frauen kaum möglich, sich den Luxus von entweder/oder - Definitionen zu leisten. Um sich das Problem besser vor Augen zu führen, sollte man / frau das Problem der militärischen Präsenz der USA auf den Philippinen betrachten. Sollten wir das lediglich als eine Frage nationalen Interesse betrachten und damit als ein „nationalistisches" Problem? Damit würden wir die 60.000 Frauen übersehen, die durch die US-Basen in die Prostitution getrieben werden. Sollten wir es deswegen aber als ein Frauenproblem betrachten und damit die Implikationen für die antionale Souveränität ignorieren?

Auch im Fall der multinationalen Konzerne wäre es fast unmöglich, Demarkationslinien zwischen den Interessen der Frauen, der Arbeiter und denen der ganzen Nation zu ziehen. Die Konzerne sind auf den Philippinen, weil eine Marionettenregierung die Reichtümer unseres Landes verschleudert. Sie verstoßen gegen international anerkannte Rechte der Arbeiter und Arbeiterinnen. 70% der Beschäftigten in den Produktionszonen, die für den Export arbeiten, sind Frauen und damit geschlechtspezifischer Diskriminierung und der Politik der Konzerne ausgesetzt, die sexuelle Übergriffe dulden.

Die Brutalität der Konzerne

Als Mattel Inc., der Hersteller der Barbiepuppen, Geldprämien für Arbeiterinnen anbot, die bereit waren sich sterilisieren zu lassen, sollten wir das dann als ein Problem der Arbeiterinnen oder als ein Problem der Nation betrachten? Sollten wir es als ein spezielles Frauenproblem betrachten, wenn eine Firma versucht, sich um Gewährung von Mutterschutz herumzudrücken? Sollen wir es unterscheiden von dem Fall, daß die Firmen allen Arbeiterinnen und Arbeitern Zulagen und Schutzrechte beschneiden? Sind daran allein die Manager der Konzerne schuld oder nicht vielmehr die Regierung, die es den Multis erlaubt, mit philippinischen Bürgern so umzugehen?

Wenn wir dazu noch die Umweltzerstörung betrachten, die diese Konzerne auf den Philippinen anrichten, dann stellen wir fest, das dieses Problem genauso vielschichtig ist. Sicherlich ist die Umwelt eine Frage des nationalen Interesses, aber unter schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen haben spezifische Gruppen von Frauen und Arbeiterinnen ebenso zu leiden wie die Gesellschaft im allgemeinen. Wo sollen wir einen Trennungsstrich ziehen und wessen Interessen sollen vorrangig berücksichtig werden.

Nach unserer Erfahrung ist die Unterdrückung der Frau im Produktionsprozeß und die geschlechtsspezifische Unterdrückung der Frau oft eng miteinander verbunden. Die Gewalt in der Familie z.B. hat tiefe Wurzeln in der feudalen Kultur, die der spanische Kolonialismus mitgebracht hat und die von den autoritären und frauenfeindlichen Lehren der katholischen Kirche aufrechterhalten wird. Sie wird verschärft von verabscheuungswürdigen Filmen, Werbung und anderen kulturellen Nebenprodukten, die die USA und andere entwickelte Länder auf den Philippinen abladen.

Im ganzen können wir sagen, daß der Machismos und die entsprechende Festlegung der Fauen auf einen untergeordneten Status fürher und bis heute eine kultureller und ideologischer Bestandteil der Kolonisierung des philippinischen Archipels waren. Die männliche Vorherrschaft und das Patriarchat wurden der grundsätzlich frauenfreundlichen einheimischen Kultur aufgezwungen, in der es keine geschlechtsspezifische Unterdrükkung gegeben hatte. In diesem Sinn sehen wir den Entkolonialisierungsprozeß auf den Philippinen als die Wiedergewinnung der Rechte der Frau und der Anerkennung ihrer spezifischen Interessen, die beide vom Kolonialismus ignoriert wurden. Der Kolonialismus verstieß so sehr gegen die Interessen und Rechte der Frauen, daß im 16 Jh. die ersten Revolten gegen die spanischen Behörden von den babaylan angeführt wurden, den religiösen Führerinnen und Medizinfrauen. Sie wurden so gründlich ausgerottet, daß wir uns gerade erst darauf besinnen, daß es sie überhaupt gegeben hat.

Wir leugnen nicht die weltweite Dimension der Probleme, die unter dem Begriff „Frauenfrage" zusammengefasst werden können, sind doch die Philippinen ein großer Frauenexporteur: Etwa 200.000 Frauen im Jahr strömen auf den weltweiten Arbeitsmarkt oder werden Opfer des Frauenhandels. Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als uns auf einen progressiven feministischen Internationalismus zu stützen, wenn wir in dieser und anderer Fragen eine effektive Front aufbauen wollen.

Unser Kampf gegen den Frauenhandel ist durch die Unterstützung, Beteiligung und Hlife von Frauen in anderen Ländern bereits gestärkt und effektiver gemacht worden. Mit Unterstützungsgruppen in 22 Ländern bewegt sich die philippinische Frauenbewegung in einem internationalistischen Klima und mit der internationalisitschen Perspektive, die Gordon einfordert.

Frauenfragen sind national

So wie wir sagen, daß alle Probleme Frauenprobleme sind, sagen wir auch, daß Frauenfragen nationale Fragen sind. Die sozioökonomische Formation der Philippinen ist so überholt, so unhaltbar, die Ausbeutung tritt so offen und brutal zutage, daß welche Frage auch immer die Bewegung aufwirft, sie immer zu der Notwendigkeit gelangt, die Gesellschaft vollständig umzuwandeln, d.h. eine siegreiche Revolution nach dem Geschmack des philippinischen Volkes (Männer und Frauen) und niemandes sonst zu machen. Wir hoffen, daß Rebecca Gordon und die Frauen der USA - ebenso wie die Männer - auf unserer Seite sind und uns bei unserer doppelten Aufgabe, unsere Nation zu befreien und uns selbst zu befreien unterstützen. Die Frage der Priorität spielt bei dieser Gleichung gar keine Rolle.

Leona Florentino II,
Vertreterin von MAKIBAKA
aus Guardian 25.3.92, Übersetzung: cn

Symposium zu Biologismus, im WUK
Vortrag von Jutta Dithfurt zu Nationalismus
abgetippt und leicht gekürzt von LFN

NATION UND NATIONALISMUS

Ja schönen guten Tag allerseits.
Es gibt innerhalb der Linken im allegemeinen eine Traditionslinie, die.mit Positionen einhergehen, die zu kritiseiren sind. Ich meine damit z.B. Linke, also Leute, die sich selber Linke nennen, und immer noch behaupten es existierten sowas wie Rassen, "*das dürfe aber nicht dazu führen, daß man diese anderen Rassen dann irgendwie schlechter behandelt*", - weil man ist ja ein guter Mensch. Linke, die immer noch glauben, daß Menschen weitgehend dadurch determiniert sind und bestimmt sind, daß sie andere genetsiche Voraussetzungen mitbringen, das gibt es auch immer noch als politische Position. Es wird zum Teil angesprochen, daß es sowas wie einen Mißbrauch vonWissenschaft oder der Verhaltensforschung gäbe, daß sie im Kern aber einen gewissen wissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen Nutzen hätte. Aber wenn man sich dieses Wissenschaften anschaut, findet man schon die Art der Ordnung der Natur überhaupt gar nicht wertvoll, sondern natürlich vollgestopft von ideologischen Voraussetzungen, nicht zuletzt sind das Voraussetzungen die in der Beobachtung und in der Kategorisierungen liegen. Also es gibt auch innerhalb der methodischen Wissenschaften, da wo sie sich nicht direkt mit dem Menschen beschäftigen eine Fülle von Ideologien im Umgang mit der Ordnung vom Tiersystem oder Pflanzensystem untereinander. Das muß man leider mit reinnehmen. Es ist ziemlich verbreitet das Verständnis, daß die Wissenschaft im besten Fall mißbraucht wird, daß sie im Kern aber sehr wertvoll ist . (* 1)
Der ganze Komplex der Technik- und Wissenschaftskritik ist innerhalb der Linken nicht sehr weit entwickelt. Und da wo er entwickelt ist, ich würd sagen die "hochentwickeltste" Form gegenwärtig ist da wo`s sowas wie ideologische feministische Kritik an der Gentechnologie gibt, - was Thema der nächsten Veranstaltung heute am Abend ist -da scheint komischer Weise gar nicht auf, daß das allgemeine Linke i ist und dann knallt es wieder auf einander mit dem Fortschrittsglauben und der Wissenschaftskritik und der sogenannten Werttheorie.
Und das gleich findet statt, wenn man sich mal Texte anguckt, etwa aus dem Bereich der ML- Linken, wunderschöne Texte gibt es da über die Frauen der Sowjetunion, daß sie "obwohl sie Frau ist Traktor fahren kann".
Gut, das nur zur Einleitung, weil es ein Logik hat, und daß sozusagen verschiedene Fäden sind, die zeigen sollen, daß es da nicht nur darum geht "*da gibt es eine falsche Position*" , sondern da ist insgesamt, ein ziemlich breiter, ziemlich wirkungsvoller falscher Denkansatz, der auch von Linken beansprucht wird, und viel tiefer sitzt, als zum Teil diskutiert wird.
"Nation muß sein", wird dann auch gesagt, obwohl jeder, der Marx liest, - und das kann ich in diesen Zeiten nur empfehlen, mehr als je zuvor - da lesen kann, "der Arbeiter hat kein Vaterland", und Nation allenfalls als sowas wie ein Kampffeld, ein Terrain beschrieben wird, auf dem dann soziale Kämpfe stattzufinden haben. Aber nichts mit Identität, oder Identifikation als "deutscher Arbeiter". Das haben dann sozusagen die ganzen sozialdemokratischen, stalinistischen und sonstigen Epigonen bewirkt, diese Formvon Kult und von Mythos vom Proletarischen, Starken, Kräftigen und so. Aber das zu bewirken, bis hinein, was sich dann noch zeitweise sogar noch proletarische Eugenik nennt. Aber das nur nebenbei.
Ich will ein paar ausführende Thesen machen zum Thema Nation.
Es gibt so Liebheiten in linken Debatten in abgeklärte feinst ausdiferenzierte Kategoriesysteme, zu reden, als ob der (die, d.Tip), der (die..) sich möglichst abstrakt ausdrückt, unbedingt recht hätte und kaum eine/r widersprechen kann, weil kaum eine/r es versteht. Ich denke die Frage zu Nation und nationaler Identität kann man relativ schlicht beantworten, um sie dann natürlich auch abzuleiten und zu begründen und zur Debatte zu stellen.

Ich sag mal als These, die klingt sehr salopp, ist aber tiereisch ernst gemeint : "Wer eine nationale Identität braucht ist ein armer Tropf", er hat keine Identität als Mensch, er braucht eine Konstruktion, um sich selbst besser, oder auch nur einigermaßen existenzfähig zu fühlen. (?)Die Konstruktion dazu war nie irgend etwas anderes. Ich sag das auch deshalb, weil sie oft im Zusammenhang mit der unkritischen Unterstützung von nationalen Befreiungsbewegungen ziemlich verklärt wird. Nation war nie etwas anderes als eine Konstruktion der Herrschenden, ihr Interesse Klassenwidersprüchen runter zu dämpfen, klein zu halten, zu leugnen, zu verschleiern, um dann immer wieder auch in den jeweiligen Schüben Eroberungen vorzubereiten, Unterwerfen von anderen, Kriege vorzubereiten. Am Beispiel der Entstehung der deutschen Nation kann man das irgendwie sehen, kann man das wunderbar klassisch zeigen Um 1871 als Zeitpunkt und auch als Voraussetzung des deutsch-französischen Krieges, als es zwischen den beiden hart verfeindeten Kriegsparteien, also Frankreich und Deutschland oder Preußen, Friedensverhandlungen gab. Es gab Kriegsgefangene, es kam ungeheure Reperationszahlungen, die geleistet werden sollten von den Preußen.
Und dann war eben der Aufstand in Paris, die soziale Revolution, Rätedemokratie in Paris, oder wie man das immer nennen mag, die einige Wochen oder wenige Monate dauerte, und dann nieder geschlagen wurde. Im Denken der jeweils Herrschenden wird dies - was ich eine ungeheure symbolische Geschichte finde - als Beginn der deutschen Nationsbewegung gesehen. Preußen hat Frankreich die Kriegsgefangenen zurückgegeben, damit man genug Soldaten hatte, die die Pariser KommunardInnen massakrieren und niederschlachten konnten. Es wurder bestimmte Zahlungen ausgesetzt, später gezahlt, weil die soziale Revolution drohte.Das hatte mit der nationalen Identität überhaupt

nichts mehr zu tun. Es gibt ganz herrliche makabere Geschichten, wie immer wieder Herrschende stimulieren konnten, daß die wunderbaren deutschen Dichter und Denker, die pathetisch dramatische Theaterstücke, Gedichte oder andere Texte, schrieben, um zu definieren und zu betonen, daß es so etwas wie eine deutsche Nation jetzt gibt. Man hat sich enorm angestregt, die ganze Konstruktion auch noch sozial zu unterfüttern, also das zu bilden, was offensichtlich anders natürlich eben doch nicht da war, sondern politisch gemacht werden mußte. Wir haben von den Dichtern und Denkern, oder sogenannten Dichtern und Denkern gegenwärtig ne relativ ähnliche Entwicklung. Ich hab mal versucht beim Durchblättern der letzten Zeitungen rauszusuchen, wer sich positiv zur Nation geäußert hat. Und irgendwie sind sie, als ob sie Schiß hätten, wieder alle dabei, also ob nun Molte (?), Enzenberger, ...über Bürgerrechtsbewegung und größere Teile der Grünen. Es gibt seit ziemlich genau 1989, begonnen mit Antje Vollmer und relativ kurz drauf Wolfgang Schäuple, offensichtlich kein heißeres, leidenschaftlicheres Thema, das unbedingt besetzt werden muß, als die Frage der Notwendigkeit einer deutschen Nation, oder deutscher nationaler Identität. Da unterscheiden sich die Dichter und Denker zum Teil gar nicht. Also der Molte, das ist die sogenannte Historikerdebatte, der furchtbar gern interviewt wird von Focus und Spiegel, und von all denjenigen, die sozusagen rechte Geschichtsauffassung durchsetzen, und auch Geschichte wegbearbeiten sollen. Also wenn Molte sagt, "*wir müssen jetzt endlich den Abschied finden, von der sozialen religiösen Vorstellung des Menschen*", und damit auch meint die Vorstellung von Gleichheit, und den Abschied nehmen von der Kategorie der allgemeinen Menschenrechte, dann sagt er damit, obwohl er sich sonst in vielen Fragen unterscheidet, letzendlich nichts anderes, als wenn Enzensberger in einem Spiegel-Essay sagt, wirklich jammernd vorträgt, ja "*es sei doch wirklich ganz furchtbar. Da haben man nun jetzt 200 Jahre lang sich tapfer für die Menschenrechte eingesetzt*". "Wir," er sagt ja immer wir. Es gibt da keine Klassen und keine politischen Unterschiede, es gibt dieses kollektive, deutsche, nationale, "wir haben uns für die Menschnrechte eingesetzt". Die deutsche Geschichte angucken, sich überlegen, was da in 200 Jahren passiert ist, zumal, es Deutschland solange noch gar nicht gibt.. Enzensberger sagt ja tatsächlich, man kann sich ja einmal umgucken, diese "*marodierenden Banden in Somalia und all überall, die Zerschlagen ja sogar Krankenhäuser, in denen sie morgen liegen könnten*", und all diese Abkürzungen. Und er meint dann, "*die Namen all dieser Befreiungsbewegungen, die könnte man sich ja gar nicht mehr merken*", er zählt sie all auf, packt die Kritik in einen großen Topf, alles "*marodierende Banden*", "*wir haben`s ja versucht ihnen Kultur beizubringen*"- sage ich jetzt - etwas polemsich überezichnet, "*aber jetzt ist es irgendwie vorbei*" Er verwendet ähnliche Worte um die Forderungen nach sozialer Gleichheit, oder so was ähnlichem wie Menschenrechten, zu denunzieren. Es geht gegenwärtig immer einher mit Äußerungen von denjenigen, die einen positiven Bezug auf Nation haben. Immer heißt das Zerschlagung von sozialen Widersprüchen, Ignoranz oder Leugnung von Klassenunterschieden, und und. Das ist auch der Sinn der Sache. Es ist ziemlich wichtig sich zu überlegen, warum die Entwicklung gerade jetzt mit dieser Heftigkeit passiert, und ich denke nicht, daß die Ursachen schrecklich komplizeirt sind. Die Abwehr ist es zum Teil, wie es sich darstellt, die Erscheinungsformen sind zum Teil, scheinbar oder auch tatsächlich kompliziert. (* 2)

Durch die Existenz zweier großer konkurierender Blöcke, bei aller Kritik was sich da als Sozialismus verkauft hat, gabs immerhin Reibung, die Nieschen verursacht hat, in denen in bestimmten Teilen der Welt, auch nicht in allen, Befreiungsansätze möglich waren, mit allen Vor- und Nachteilen. So relativ will ich es einmal hier stehen lassen, weil es nicht ganz unsere Debatte ist. Jetzt geht es darum, daß der Kapitalismus versucht, sozusagen seine Verwertungsmöglichkeiten zu itensivieren, neue Märkte zu finden, vorhandene Märkte zu intensivieren, auszubauen, einfach gesagt mehr zu plündern. Und da fallen hinein, alte Ressourcen, die neu ausgeplündert werden, neue Ressourcen um dies geht, und die Voraussetzung dafür ist, daß einiges an dem Bewußtsein , nicht einmal in so einem linksradikalen, feministischen, kommunistischen Sinne, sondern ganz einfach im linksliberalen, bürgerlichen, demokratischen Sinn, also ganz bezogen auf diese Werte, daß diese Fundamente weggehauen werden müssen, damit dieser neue Schub von noch mehr Profit, noch mehr Verwertung, noch mehr Unterwerfung von Mensch und Natur überhaupt ungestört von statten gehen kann. Und wenn wir z.B. die einzelnen Fragen, wie die Geschlechterfrage verfolgen, dann werden wir überall entdecken, daß es darum geht, Widerstand kaputt zu machen, Bewußtsein zu zertrümmern, und auch konkret erkämpfte Rechte überall, soziale Rechte, Arbeitsrechte, und und und, zu zerschmettern, damit die Durchsetzungsmöglichkeiten gegeben sind. Und nur als kleines Schlaglicht auf das, was mit neuen Ressourcen auch gemeint ist, nämlich in Vorwegnahme der Diskussion heute abend, will ich ein einziges Zitat vorlesen. Das sagen 2 Gentechniker, was sie sozusagen planen, was in ihrer Wissenschaft alles von statten geht, wobei sie auch Bioethiker sind, und damit zur Durchsetzung eben dieser neuen Verwertungsstrategien beitragen sollen. "*Nach unserer Auffassung scheint es ganz natürlich zu sagen, daß die Organe lebendiger Personen lebenswichtige Gesundheitsressourcen sind, die wie allen anderen lebenswichtigen Ressourcen gerecht verteilt werden müssen.*" Was man an all den anderen Ressourcen auch kennt, daß sie gerecht verteilt sind ? "*Wir könnten uns daher gezwungen sehen, darauf zu bestehen, daß alte Menschen getötet werden, damit ihre Organe, an jüngere kritisch-kranke Personen umverteilt werden können, die ohne diese Organe bald sterben müßten. Schließlich benützen die alten Menschen lebenswichtige Ressourcen auf die Kosten von bedürftigen jüngeren Menschen*" !!!!!!!"

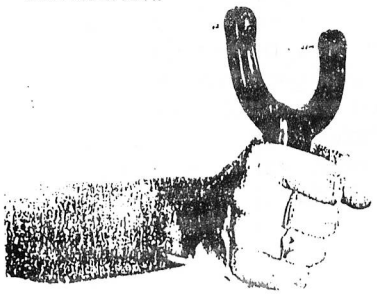
Das ist kein exotisches Zitat, das ist eins was man reichlich und häufig finden kann, wenn man sich mit dieser Bioethik etwas beschäftigt. Die Bioethik ist eine der Bewußtseinszertrümmerungsideologien, die derzeitig gebraucht werden, um den diagnostizierten Weg durchsetzen zu helfen. Weg von Klassenwidersprüchen, dafür brauchts Nation. Die Konstruktion Nation wird gebraucht gegen jeden Ansatz von Solidarität, von Internationalismus, führen dann letztendlich zu sowas wie

Konstruktion von völkischen Kollektiven, auch von denen die sie gutmeinend verwenden muß das bedacht werden,
Es geht auch darum bei der gegenwärtigen Entwicklung natürlich Kosten zu minimieren,
Entsolidarisierung heißt immer auch das es weniger Widerstand gibt, darum werden irgendwelche Rechte die Geld Kosten, z.B. im Bereich der Produktion oder so, abgeschafft werden, und und und.
Weg von Menschenrechten, heißt natürlich auch weg von der sozialen Utopie der sozialen Gleichheit. Das gibts eine Achse in der Debatte über Differenztheorie und Sexismus. Wobei man da auch sehen kann, daß es nicht ausreicht Selbstbezeichnung von Unterdrückten einfach zu übernehmen. Wir sagen dann ganz paternalistisch, weil die sich soundso Gruppe, die objektiv unterdrückt wird soundso selbst beschreibt oder bezeichnet, müssen wir als diejenigen, die auf der Täterseite zumindest räumlich leben und von den Verhältnissen profitieren, das akzeptieren, weil wir doch so gute Menschen sind.
So tragen wir dazu bei, daß da in der ganzen Debatte um Differenztheorie, also des Anders-Sein der Frau, als solche ein rechter Teilen der Frauenbewegung, sich natürlich auch von da aus die sozialen Gleichheitsvorstellung von Menschen, der Emanzipationsgedanke, grundsätzlich ausgehöhlt und unterhöhlt wird.
Wir können Nation, sage ich, auch als Hilfskonstrukton nicht brauchen, und ich glaube daß eine viel härtere Auseinandersetzungen mit Befreiungsbewegungen geben muß, die nicht sagen, "*wir kämpfen hier in einem nationstaatlichen quasi geographischen Rahmen, weil sich der Konflikt so ergeben hat*", - das ist eine andere Sache - , sondern "*wir kämpfen, unser Befreiungskampf ist ein zutiefst durchdrungener nationaler Befreiungskampf, weil wir meinen wir haben etwas Bei uns gibts keine sozialen Unterschiede, wir sind das eine Volk und wir kämpfen jetzt gegen Unterdrückung*". Die Auseinandersetzung muß laufen, etwas auch in der Debatte, die ich nur ein bischen mitgekriegt habe, wie sie hier in Österreich lief im Rahmen der Auseinandersetzung mit der EU. Das gabs ja auch zum Teil die Meinung, daß es nützlich sein kann sich sowas wie einen positiv verschwommen, verklärten Nationenbegriff, "*Unabhängigkeit von*" und so, ranzuziehen. Ich glaube Widerstand ist richtig, aber es läßt sich doch ganz wunderbar begründen, daß man aus antikapitalistischen Gründen und antiimperialistischen Gründen gegen die EU ist. Da braucht man doch diese schwachsinnige Hilfskrücke "Nation" überhaupt nicht dazu. Und ich glaube auch, daß diese Krücke Nation letzendlich zum Galgen wird, weil sie dazu beiträgt die soziale Lage und die soziale Frage insgesamt zu übertünchen.
Deswegen kann die Nation für Linke überhaupt keine Krücke irgendeiner Art sein.
Danke

Diskussion danach:

(* 1)
Das erste war die Frage, was ich denn gegen die Ordnungssysteme in den Naturwissenschaften hätte. Ich habe eigentlich gehofft, daß sich das von alleine beantwortet.
In dem Buch von Luther (?), findet man nicht nur grauenhafte Definitionen dazu was alles Menschenrassen sein sollen und daß es Rassen beim Menschen überahupt gibt, sondern auch über Ordnungssystem und wie die überhaupt entstanden sind, und warum wer überhaupt auf die Idee kam, im 17., 18. Jh. Pflanzen und Tiere zu hierarchisieren und mit welcher Absicht. Das ist ja ganz wichtig, in dem Sinn, daß es aus den gesellschaftlichen Verhältnissen kam, unter anderem auch mit dem Ziel etwas über Menschen zu sagen und daraus abzuleiten, warum "unterschiedliche Menschenrassen" gäbe und "höher- und niederwertigeres menschliches Material", und und und. Also eine lange politische Debatte und wie gesagt nichts wertfreies. Es ist sowieso die höchste Ideologie als solche zu glauben Naturwissenschaften seien wertfreie und objektive und nur von Tatsachen gefütterte Angelegenheiten. Man kann es auch in der Sprache feststellen, wenn man sich z.B. die Biologiebücher in der Schule anschaut , und sieht, wie z.B. Kämpfe zwischen den männlichen Tieren dargestellt werden, dann sind es immer soziale Begriffe, dann sind es "Konkurrenzkämpfe", oder es ist "Leistung", es sind immer Begriffe, die aus der menschlichen Gesellschaft stammen und übertragen werden. Die mit der blinden Geschtsweise der Beobachter zu tun haben, aber möglicherweise nicht damit was da wirklich stattfindet.

(* 2)
Mit dem WIE, wie der Nationalismus von unten kommt, das ist eine Überforderung jetzt ausführlich zu beschreiben. Wenn ich sage "objektiv" liegt diese Durchsetzung im Interesse der Herrschenden, dann heißt das nicht, daß da oben irgendeine Verschwörung stattfindet und jemand knipst das Licht an und übermorgen haben es alle geschafft weil sie tausend Tricks angewendet haben, und unten sind alle doof und empfangen das, weil sie eh icht wissen wer sie sind. Das ist ein ganz komplizierter Prozeß, der sich auch gegenseitig durchaus beschleunigen kann, und wo dann je ,nachdem welche Geschichte ein Land hat, - und das Land aus dem ich komme hat ein sehr heftige Geschichte, über Österreich müßt ihr das selber sagen - dann kannst du natürlich bestimmte Vorstellung abrufen. Du kannst bestimmte Menschenbilder, wenn sie gerade etwas emanzipatorischer geworden sind, wie in den 60-er, 70-er Jahren, die kannst du dann leicht wieder zerstrümmer, weil es eine Grundlage gibt, die länger gewachsen ist. Man geht davon aus bis ins 6., 7. Jahrhundert, möglicherweise länger, aber da reichen unsere derzeitigen Belege nicht. Der Begriff der Rasse, oder der rassistischen Unterscheidung vor Menschen gab es schon lange bevor der sogenannte Fremde durch Eroberung entdeckt wurde. Es gab´s z.b. in der Sprache, die der Adel über das Bürgertum oder über die Plebs geführt hat. Es gab immer der Versuch von Seiten der Herrschenden, oder von denjenigen aus, die erobern wollten, den oder die anderen Menschen biologisch zu stigmatisieren, um sozusagen auch den Kampf ideologisch leichter zu gewinnen. Also Rassismus gibts schon lange. Es wurde dann natürlich leichter, als man dann oberflächig gesehen die bequemeren Unterschiede finden konnte, und die Menschenrassen erfand, die dann auch in Büchern von Linken Autoren als objektive Tatbestände auftauchen.



(* 3)

Frage: ob wir uns als ÖsterreicherInnen bezeichnen können, auch mit euner Identifizierung mit der Österreichischen Nation, oder wie das sonst bezeichnet werden soll, weil wir uns gerne abgrenzen möchten gegen eine Einvernahme von Deutshcland. Die Frage ist, worum ich mich nicht darauf beziehen kann Österreicherin zu sein, auch als Linke.

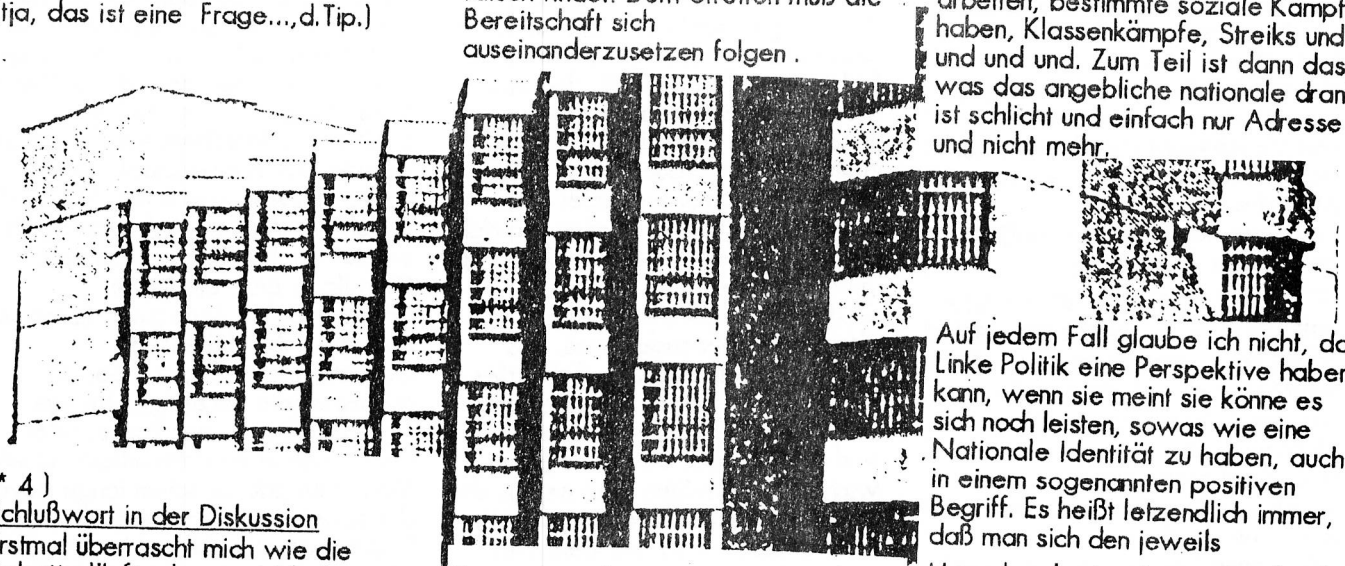
Antwort:

Also ich finde das ziemlich absurd. Ich versuche zu sagen, daß es antikapitalische Gründe gegen EU und Großmachpoltik gibt, und du antwortest, "du möchtest, verbunden mit deinen Linken Position eine Nationale Identität haben , du bist keine Deutsche". Wer hat das zu dir gesagt ? Wieso fühlst du dich dadurch, daß ich dir sage, Linke sollten sich nicht national definieren, deutsch vereinnahmt ?
(tja, das ist eine Frage...,d.Tip.)

Das ist der sogenannte Internationalismus, daß man, vom sogenannten "Indianerkitsch" bis zu irgendwelchen anderen Mystifizierungen, daß man immer den "guten Anderen" sucht, weil es im eigenen Land so schrecklich aussieht, und man alles an naiven Illusionnen auf den oder "die Fremden" projeziert .
Ich finde es geht sehr gut Minderheiten zu unterstützen, die aus verschiedenen Gründen unterdrückt werden, ohne daß das bedeutet, daß der "Kundendienst", wie Günther sagte, (Solidarität ist kein Kundendienst !; d.Tip) so weit gehen muß, daß man Positionen, die man politisch falsch findet, damit übernimmt. Ich finde, daß man Menschen dann nicht ernst nimmt, wenn man sich mit ihnen nicht streitet, wenn man etwas für falsch findet. Dem Streiten muß die Bereitschaft sich auseinanderzusetzen folgen .

Aber es gibt ganz im Gegenteil, und das zeigt ja auch in der Linken Debatte zur Ökologie, bestimmte Produktivkräfte, die Destruktivkräfte werden und sind, egal in welchen gesellschaftlichen Vehältnissen, Beispiel Gentechnik oder Atomenergie. Da kann man debattierren was man will, die sind unbedingt schädlich und nicht nützlich. Die Tatsache, daß irgendwelche Leute die Gentechnik aus "falschen Gründen" ablehnen, heißt nicht, daß wir DAFÜR sein müssen, ganz im Gegenteil.

Und zu den Befreiungsbewegungen: Die Ansaätze, daß es ja da und da Ansätze von "nationaler" Befreiung und Widerstand da sind, ist ja eine territoriale Frage, daß Menschen irgendwo geboren werden, daß sie in bestimmten Zusammenhängen leben, in bestimmten Situationen arbeiten, bestimmte soziale Kämpfe haben, Klassenkämpfe, Streiks und und und und. Zum Teil ist dann das, was das angebliche nationale dran ist schlicht und einfach nur Adresse und nicht mehr.



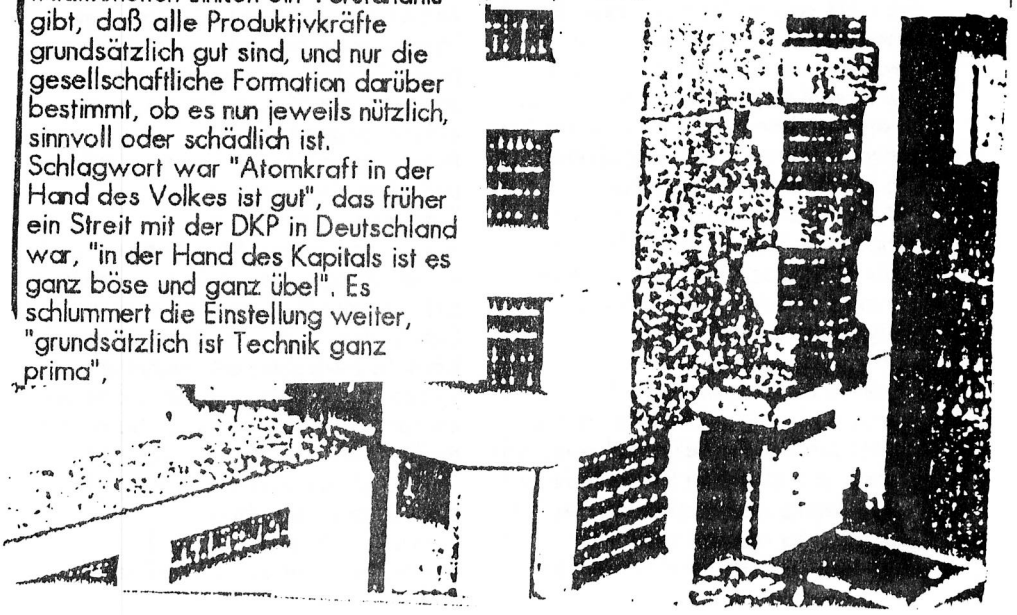
Auf jedem Fall glaube ich nicht, daß Linke Politik eine Perspektive haben kann, wenn sie meint sie könne es sich noch leisten, sowas wie eine Nationale Identität zu haben, auch in einem sogenannten positiven Begriff. Es heißt letzendlich immer, daß man sich den jeweils Herrschenden im eigenen Land mehr identifiziert, als mit Menschen in anderen Ländern, die vielleicht der eigenen Klassenlage sehr viel mehr entsprechen.

(* 4)

Schlußwort in der Diskussion

Erstmal überrascht mich wie die Debatte läuft, aber es ist halt so. Wenn ich, durch den Zufall der Geburt in der Bundesrepublik lebe, oder meistens gelebt habe, werde ich z.B. Roma und Sinti unterstützen, weil sie rassistisch und sozial diskriminiert werden. Dann bedeutet das doch nicht, daß ich gleichzeitig mich unkritisch denen gegenüber verhalte, die ich politisch unterstütze, damit sie nicht diskriminiert werden als Menschen. Sie werden auf eine bestimmte Art und Weise diskriminiert, weil sie Roma und Sinti sind, bestimmte Lebensräume haben, weil es bestimmte Einstellungen zu ihnen gibt, die auch geschichtlich transportiert werden. Dann heißt das doch nicht, daß ich die Strukturen, möglicherweise ihr nationales Eigengefühl, ihre patriarchalen Strukturen, Repression gegen Kinder, was weiß ich, daß ich das AUCH damit unterstütze.

Eine notwendige Auseinandersetzung innerhalb der Linken, und das sage ich als Marxistin, ist, daß es in Teilen der traditionellen Linken ein Verständnis gibt, daß alle Produktivkräfte grundsätzlich gut sind, und nur die gesellschaftliche Formation darüber bestimmt, ob es nun jeweils nützlich, sinnvoll oder schädlich ist. Schlagwort war "Atomkraft in der Hand des Volkes ist gut", das früher ein Streit mit der DKP in Deutschland war, "in der Hand des Kapitals ist es ganz böse und ganz übel". Es schlummert die Einstellung weiter, "grundsätzlich ist Technik ganz prima",



Im Rahmen eines Symposiums zu Nationalismus und Faschismus der Frauenhetz
Vortrag von Johanna Gehmacher
abgetippt von LFN

"Volksgemeinschaft der Frauen"

Diskurs und Ideologie deutschnationaler Politikerinnen in Österreich 1918 - 1938

Auch wenn es meine Meinung ist, daß man das nicht so ganz nur in eine Reihe setzen kann, beziehe ich mich doch hauptsächlich auf diese beiden Teile des Veranstlatungstitels Nationalismus, Nationalsozialismus, und dieses Verhältnis davon.
Das besondere am Nationalsimus in Österreich zwischen dem Ende des ersten Weltkrieges und dem sogenannten Anschluß an NS-Deutschland läßt sich vielleicht an einer eigenartigen Vermeidung verdeutlichen. Das autoritäre Regime, das zwischen 1933 und 1938 den Erhalt des österreichischen Staates zu seinem zentralen politischen Ziel gemacht hat, bezeichnete sich selbst als vaterländisch und mied den Begriff national geradezu. Das lag vielleicht daran, daß dieser Begriff in der politischen Öffentlichkeit gänzlich von jenen deutsch-nationalen Gruppen besetzt war, die den Anschluß an Deutschland forderten und daher im Bezug auf Österreich eingentlich als anti-nationale bezeichnet werden muß.
Das erscheint mir sehr wichtig, daß auch in der Historie der 2. Republik sehr lang das Lager einfach als das Nationale Lager bezeichnet wurde, obwohl es zumindest korrekterweise als das Deutsch-nationale Lager bezeichnet werden muß. Dieses genannte Nationale, letztendlich Deutsch-Nationale Lager oder Gruppen, die im Lauf der 30-erJahre großteils in der illegalen Nationalsozialistischen Bewegung aufgingen, solls im folgenden gehen
Um die Frage welche Rolle Frauen im Nationalsozialismus als Bewegung, als auch als Herrschaftssystem gespielt haben, gibt es seit einigen Jahren, und dies vor allem Dingen, aber nicht nur in der BRD, eine heftige und auch kontroversielle Debatte. In dem Zusammenhang spielt eine sehr undifferenzierte Begrifflichkeit, in der von DEN Frauen gesprochen wird, eine sehr problematische Rolle für die Diskussionen, weil Aussagen über DIE Frauen im Nationalsozialismus notwendigerweise ins Leer gehen, aber einen immensen politischen Effekt haben. Problematisch ist nicht zuletzt dieser Effekt, weil das politische System, von dem die Rede ist, eine Verallgemeinerung über DIE Frauen getroffen hat, eine andere freilich, und noch dazu eine rassistische. Mein Anliegen ist es hier am Beispiel einer Vorfeld-Bewegung - so nenn ichs nun einmal - des Nationalsozialsimus in Österreich zu untersuchen, welche Frauen sich in eine solche Bewegung in welcher Weise integriert haben, welche Anknüpfungspunkte für ihre spezifischen Probleme sich ihnen in dieser Bewegung geboten haben und wie sie dieses Ganze mitgetragen haben.
Ich möchte im folgendem in 4 Schritten vorgehen:
+ Ich möchte zuerst einige Bemerkungen zur nationalen Identität in Österreich der 1. Republik machen
+ und dann auf die krisenhafte Entwicklung des Geschlechterverhältnisses, sowohl auf ökonomischer, wie auch auf politischer Ebene in der 1. Republik und im Austrofaschismus eingehen
+ und in einem 3. Schritt möchte ich dann versuchen, auf diesen ersten Schritt, die nationale Identität einzugehen, in welcher Weise daraufhin in der Deutsch-Nationalen Ideologie geantwortet wird, mit der Ideologie der Volksgemeinschaft
+ und dann im 4. und letzten Schritt schauen wie Frauen diese Ideologie der Volksgemeinschaft in ihren Konzepten aufgenommen haben und wie sie sie einbauen und zur Errichtung von Identität benützen.

Die Krise der nationlen Identität

"Österreich ist das was übrig bleibt". Die Authentizität dieser dem französischen Ministerspräsidenten Jean Glermocou (?) zugeschriebenen Äußerung, bei den Friedensverhandlungen in St. Germain 1918 wurde zurecht bezweifelt. Die Beduetung des Satzes liegt dann auch nicht in der Frage, ob er gesprochen wurde oder nicht, sondern viel mehr in seiner häufigen Zitierung, ich würd mal sagen, in den meinungsbildenden Schichten der 1. Republik. Und zwar geht es da um einen wehleidigen Verweis auf die Fremdbestimmung dieses ganzen Staatswesens, und in diesem Verweis trafen sich jene, die der verfallenen Größe des Habsburger Reiches nachtrauerten, mit jenen, die, mit durchaus unterschiedlichen Begründungen Österreich zum Teil eines größeren Deutschland machen wollten. Als unbenennbarer Rest fühlte man (wer ? d. Tipp.) sich bei Seite geschoben. Als das was übrigbleibt, wenn alle nationalen Selbstbestimmungen geschehen sind. Die Kränkung wurde zur "negativen Identität", vielleicht der einzigen nationalen Identität, die Österreich in der Zeit der 1. Republik hatte. Während allerdings die Habsburger-Restau-ration nicht nur außenpolitisch chancenlos, sondern auch innen-politisch alles andere als konsens-fähig war, gewann die Forderung nach dem in den Friedensverträgen verbotenen Anschluß an Deutschland breiteste Relevanz. Die Berufung auf die deutsche Identiät des Landes war in Österreich nach 1918 parteien-übergreifend. Während sich allerdings die großen politischen Parteien, die sozialdemokratische und die christlich-soziale Partei nach dem Anschlußverbot durch die Siegermächte des 1. Weltkrieges mit den Gegebenheiten der Grenzen abfanden. (* 5)
Der Konsens bricht eben Ende der 20-erJahre. So etablierte sich zugleich eine Bewegung, die sich selbst als national bezeichnete, zum Teil auch als völkisch, und die ihre deutsch-nationale, oder nationalistischen Forderungen mit der Entwertung und Ablehnung des bestehenden demokratischen Staates verband. Die Groß-deutsche Volkspartei, um die es im folgenden vor allem gehen soll, bewegte sich in einem komplizierten Spannungsfeld zwischen diesen

Polen. Als Mehrheitsbeschafferin der Christlich-sozialen in einer bürgerlichen Koalitionsregierung trug sie die ganzen 20-er Jahre über den österreichischen Staat mit. Ihre Wähler und Wählerinnen allerdings rekrutierten sich nicht zuletzt aus jenen völkischen Gruppen, die eben diesen Staat zur Gänze und auch in seiner inneren Struktur ablehnten. Interpretiert man diese Bestrebungen dieser Gruppen als Reaktion auf die umfassende wirtschaftliche Krise des Landes, was in der Historie oft passiert, so darf allerdings der Beitrag eben dieser Gruppen zu der Krise nicht unterschätzt werden. Nicht nur die völkische Bewegung, auch die Großdeutsche Volkspartei ging spätestens Anfang der 30-er Jahre fast vollständig in der wachsenden nationalsozialistischen Partei und Bewegung auf, die ihrem Ziel der Zerstörung des österreichischen Staates, nicht einmal den Schein einer demokratischen Legitimierung verlieh. (*4)

Die Krise des Geschlechterverhältnisses

Der Konsens über die Verteilung von gesellschaftlicher Arbeit zwischen Frauen und Männern brach in Österreich im Zuge des verspäteten, und daher besonders krisenhaften Industrialsierungs-prozesses des ausgehenden 19. Jh. auseinander. Unmittelbarer Ausdruck von diesem Entstehen war ein aktiver und breit diskutierter Bewegung für die politische Gleichstellung der Frauen. Freilich zeigten sich auch Schwächen dieser Bewegung schon von Beginn an, in ihrer Spaltung entlang von Klassen und Nationalitätengrenzen des Habsburger Reiches. 1918 bei der Gründung der 1. Republik stand nach den radikalen Veränderungen des Geschlechterverhältnisses im Krieg das Wahlrecht für Frauen außer Diskussion. Doch während nun alle Parteien im Zug der Propaganda um die Stimmen der weiblichen Bevölkerungsmehrheit warben, entstand nicht nur eine agresisve, frauenfeindliche Gegenbewegung "verstörter Männer", wie das bezeichnet wurde.

Die proletarische und die bürgerlich-liberale Frauenbewegung gerieten auch auf Grund ihrer je eigenen Prämissen in die Krise. Die bürgerlichen Frauen hatten sich so sehr auf die Durchsetzung des Frauenwahlrechts konzentriert, daß ihnen nun fast jegliches Instrumentarium einer weiter-reichenden Gesellschaftskritik zu fehlen schien. In ihrem Anspruch über den Parteien zu stehn, warten sie zwar ihre Position grundsätzlicher Kritik, blieben aber realpolitisch machtlos. Die Sozialdemokratinnen partizpatierten zwar durch ihre Partei an der Macht, das allerdings auch nur in den ersten Jahren der Koalition, und danach nur mehr in Wien. Mit der Auslösung der Frauenorgansiation nach 1918 verloren sie aber ihre wichtigste Basis zur Durchsetzung ihrer Ziele innerhalb der Partei. Sie wurden zunehmend auf IHREN Reformkurs festgelegt, der nicht nur eine Familialisierung der Arbeiterschaft, sondern vor allem erhöhte Anforderungen an Arbeiterfrauen als Hausfrauen bedeutete.
(Ja diesen Gedanken, da möchte ich vielleicht drauf hinweisen, haben ich gemeinsam mit meinen Freundinnen Monika Bernold, Andrea Ellmeyer, Ella Hornung, Betraud Ratzenböck und Beate Wirtensohn in dem Buch "Familie, Arbeitsplatz oder Ort des Glücks entwickelt. Für mich war das ein wichtiger Ausgangspunkt für die Überlegungen der Deutsch-nationalen Frauen.)
War Geschlecht nun de juri jetzt kein Kriterium politischer Berechtigung oder Nicht-Berechtigung mehr, so blieb es in der Praxis der von Männern dominierten politischen Öffentlichkeit ein Kriterium der Ausgrenzung. Politisches Engagement von Frauen mußte dieser Ambivalenz in irgendeiner Weise begegnen. Im Versuch einer spezifischen Frauenpolitik halten die Frauen selbst das Geschlecht als politische Kategorie aufrecht. Nahmen sie die gesetzliche Aufhebung der Kategorie Geschlecht im Feld des Politischen in Anspruch, bedeutete das vielfach eine Verleugnung ihrer faktischen Ausgrenzung. Der Umgang mit dieser Problematik blieb in beiden Flügeln - wenn man das so sagen kann - der Frauenbewegung ambivalent. Hatten die Bürgerlichen Frauen in die Berufe gedrängt, so retteten sie ihre Konzepte nun zunehmend in eine Professionaliseirung der Mutterschaft. Das Sozialdemokratische Modell einer "kameradschaftlichen Geschlechterbeziehung", kaschierte nur zur Lasten der Frauen gestiegenen Re-Produktionsanforderungen. Auf der Ebene des Arbeitsmarktes konkurierten Bürgerliche wie Proletarische Frauen mit Männern als formal zunehmend Gleiche - ganz stimmt das auch nicht, das ist ganz wichtig welche Ausnahmen es da

gibt - wie wohl die Bedingungen, auf die sie aufbauen mußten, gleich blieben. Zu einem waren ihnen gleiche Bildungschancen noch lange verwehrt, zum anderen expandierten die Anforderungen im Re-Produktionsberich für Frauen faktisch aller Schichten. Denn parallel zur Familiasierung der Arbeiterschaft verarmte eine breite bürgerliche Mittelschicht nach 1918. (und die ArbeiterInnen und BäuerInnen ?, d. Tip.) Und viele der betroffnen Frauen versuchten durch Mehrarbeit im Haushalt Standards aufrecht zu erhalten, für die keine Mittel mehr vorhanden waren. Viefach als 1. Generation von Frauen in ihren Familien, auf den Arbeitsmarkt gezwungen, waren sie häufig mit Vätern, Brüdern und Ehemännern konfrontiert, denen das Festhalten an traditionellen Geschlechterverhältnissen als letzte symbolische Barriere gegen ihre Deklassierung erschien. Viele dieser Frauen wichen in die Heimarbeit aus, in einen Bereich also, der für ihre Männer, Brüder und Väter weitgehend unsichtbar blieb, indem zum Anderen die Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen schlecht und die Chancen auf einen organsierten Arbeitskampf faktisch nicht vorhanden waren.

Die Ideologie der Volksgemeinschaft als Gesellschaftsutopie

Die Völkischen und Deutsch-Nationalen Ideologen und Ideologinnen in Österreich negierten den bestehenden Staat nicht nur in seinen äußeren Grenzen, sondern suchten auch seine innere Struktur ideologisch aufzuweichen. Ich möchte in dem Zusammenhang auf das Buch hinweisen "Zwischen Demokratie und Faschsimus. Deutschnationales Gedankengut in Österreich" von R Adel. (Auseinandersetzung über die Ideologie der Volksgemeinschaft). Gerade weil über den Bruch zwischen nationaler Identität und staatlichen Grenzen ein breiter Konsens bestand, der wreit hinaus ging über das Völkisch-Deutsche-Nationale Lager, stand der Diskurs über die Frage nationaler Grenzen offen, auch für die Einschreibung gesellschaftspoltischer Ziesetzungnen. Die Ideologie der Volksgemeinschaft wies weit über die Forderung nach einem nationalen Selbstbestimmungsrecht hinaus. Das scheint mir in diesem Zusammenhan wichtig zu sein, weil darauf das immer zurück geführt wird, also Verweigerung der nationalen

Selbstbestimmung und daher die Stärkung des Nationalen oder Deutsch-Nationalen Lagers. In ihr war innenpolitische und außenpolitische Zielsetzungen untrennbar verknüpft. So wurden nicht nur in rassistischen Kategoerien Grenzen des Volkes definiert, sondern auch postuliert, wie das so konstituierte Volk nach innen strukturiert sein soll als Gemeinschaft. Klientel der Völkischen Organsiation, wie auch der Großdeutschen Volkspartei waren einerseits jenne Gruppen des Mittelstandes, die durch den Zerreißungsprozeß von Kapital-akkumulation und Proletarisierung bedroht waren. Andererseits die ehemalige - fast ausschließlich deutsch-sprachige Beamtenschaft der Monarchie, die in der Republik zum größten Teil entlassen, oder zumindest in dem Status, und vor allem auch in ihrer Finanzkraft entwertet wurde. Diesen erwebslosen, oder zumindestens deklasierten Schichten wurde nun im Schlagwort der Volks-gemeinschaft ein Gesllschaftsmodell angeboten, in dem soziale Konflikte in "Organische Funktionsbeziehungen" aufgelöst zu sein schienen. In der propagierten Ständischen Ordnung, sollte die politische Willensbildung durch eine Regierung der "Experten" und einen aus Vertretern der verschiedenen Wirtschaftszweigen zusammengesetzen Wirtschaftsrat, der vorerst als 2. Parlamentskammer, und wo dann in einem weiteren Schritt überhaupt der Ersatz des Parlamentes gedacht war stattfinden. Also das war das Programm der Großdeutschen Volkspartei. Es ist vielleicht wichtig zu sagen, daß es nicht nur ein Programm der Völkischen Gruppen war, sondern eben auch dieser Partei, von der man gleichzeitig sagen muß, daß sie diesen Staat mitträgt in den 20-er Jahren. In diesem Konzept war das demokratische Prinzip des Wahlrechts ebenso suspendiert wie die Mechanismen der wirtschlaftlichen Konkurrenz. Legitimierte sich das Ständische Modell zunehmend über den Begriff "Volkskörper", so verweist dies auf dei rassistisch konzipierten Grenzen der "Volksgemeinschaft". Die Fremden, die Anderen waren in der Ideologie der Volksgemeinschaft in erster Linie DIE Juden. (* 8)

Nur so gelang es, "nationale Grenzen" ins innere der bestehenden Gesllschaft zu verlegen, und so eine Möglichkeit zur Transformation diveraierender sozialer Interessen zu EINEM nationalen Interesse zu finden. Arbeiterbewegung wie kapitalistische Ausbeutung schienen aus dieser Perspektive als (Zitat) "jüdische Angriffe auf ein" zunhmend durch Blut definiertes "deutsches Volk". Die angestrebte Volksgemneinschaft läßt sich verstehen als eine Strategie der Harmonisierung, die über die Projektion unlösbarer Konflikte auf ein imaginiertes inneres und äußeres Gegenvolk funktionierte. Es ging nicht nur darum, daß die Österreicher und Österreicherinnen Deutsche sein sollten, sondern auch darum, wer in Österreich deutsch war.

Deutschnationalismus in Österreich wird daher nur verständlich, wenn man seine untrennbare Verbind.ng mit dem Rassen-Antisemitismus im Begriff der Volksgemeinschaft analysiert.

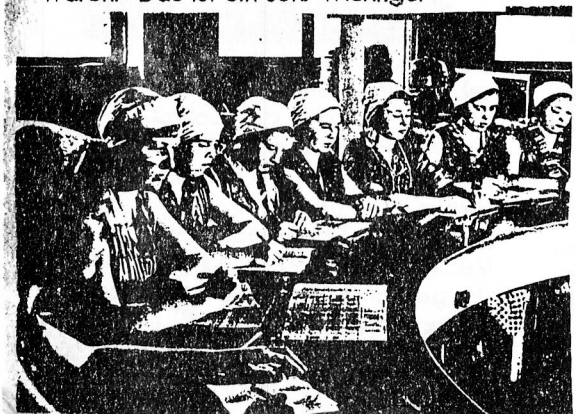
Deutschnationale Geschlechterpolitik in Österreich

Das organsiche Gesellschafts-modell der Volksgemeinschaft schien Wege nicht nur aus der nationalen Identitätskriese, sondern auch aus der Krise des Geschlechterverhältnisses anzubieten. Für Männer aus leicht nachvollziehbaren Gründen. Mit dem Argument der "natürlichen Ordnung" konnten die unruhig gewordenen Frauen auf ihren Platz verwiesen werden. Doch auch für Frauen bot dieses Modell auf mehreren Ebenen Identifikations-möglichkeiten.

So hieß eine der wichtigsten deutschnationalen Frauen-organsiationen "Verband deutscher Frauen-Volksgemeinschaft". Es handelt sich dabei um einen Verein der von Politkerinnen aus der Großdeutschen Volkspartei gegründet worden war, um auch Frauen zu organsieren, die nicht ohne weiteres in die Parteipolitik zu integrieren waren. Die Großdeutsche Volkspartei selbst lag hinsichtlich der Aufteilung der Wähler- und Wählerinnestimmen im Mittelfeld. Die Frauen waren unter ihnen knapp unterrepräsentiert. Sie kann jedoch keinesfalls, wie etwas die Kommunistische Partei, als eine überwiegende Männerpartei bezeichnet werden. Der "Verband deutscher Frauenvolksgemeinschaft" war nicht nur eine Vorfeldorganisation der Großdeutschen Volkspartei. Er läßt sich auch als eine Selbsthilfeorgansiation von Mittelschichtsfrauen beschreiben, die

hier Beschaffung verbilligter Lebensmittel ebenso kollektiv organsierten, wie die auch oft heimlich Heimarbeit. In den Publikationen des Verbandes wird deutlich wie unterschiedlich Männer und Frauen der Mittelschicht von der Verarmung betroffen wurden. Denn der geringere Wert des verdienten Geldes wird erst bei der

Umwandlung in Gebrauchswerte im Haushalt deutlich. Nun konnten abe nicht nur viele Produkte nicht mehr angeschafft werden, vor allem konnten keine Bediensteten mehr angestellt werden, und die Arbeitsanforderungen an die Mittelschichtfrauen wuchsen von 2 Seiten. Sie mußten nun einerseits oft zum Erwerb der Hashalte beitragen, zum Anderen mußten sie immer mehr Arbeit im Haushalt ohne Hilfe bewältigen. Ihre Ehemännern war zu einem die Wertminderung ihres Einkommens fast immer gemildert durch die Mehrarbeit ihrer Frauen und Töchter, zum Anderen mußten sie sich den Ursachen dafür nicht unbedingt direkt stellen. Hing doch der Wert des Geldes ganz wesentlich von der Qualität jener Arbeit ab, durch die es in Gebrauchswerte umgewandelt wurde, von der Arbeit der Hausfrau zumeist. Was im "Verband deutscher Frauenvolksgemeinschaft" sichtbar wird ist eine Tendenz ständiger Kollektivierung der Krisenbewältigung unter Frauen, die auf 3 Voraussetzungen beruhte. Die kollektive Selbsthilfe war auf die Gruppe der deutschen, und das meinte arischen, Frauen beschränkt und die Verlagerung zur Aufrechterhaltung bürgerlicher Verhältnisse auf die Haushalte wurde ebenso wenig kritisiert, wie drittens die grundsätzliche Zuständigkeit der Frauen für diesen Bereich. Vielmehr versuchten die deutschnationalen Politikerinnen gerade über den Begriff der Hauswirtschaft ein spezifischen Zugang von Frauen zu politischen Entscheidungen zu gewinnen. Sie sahen die Hausfrauen nicht nur als Stand, sondern meinten darüber hinaus, daß bei ihnen, den Hausfrauen, der Gedanke der Volksgemeinschaft mehr als irgendwo sonst im gesellschaftlichen Spektrum zum Ausdruck käme. Denn (Zitat) "zwischen den Hausfrauen aller Bevölkerunsschichten bestünde eine Interessensgemeinschaft, während die Männer oft in erbitterte Kämpfe miteinander verwickelt wären." Das ist ein sehr wichtiger



Grundlagentext einer Theoretikerin der Großdeutschen Volkspartei, das ist die Margarete Lutzinsky "Die Stellung der politischen Parteien zu den Hausfrauen". Und die Margarete Lutzinsky ist auch besonders maßgebend für ein weiteres politisches Konzept der Frauen in der Großdeutschen Volkspartei verantwortlich, und zwar, wurde im Rahmen von der Großdeutschen Volkspartei angestrebten Wirtschaft- und Ständesrates, von dem ich vorher gesprochen habe, die Schaffung von Hauswirtschaftskammern gefordert, und die Frauen sollten als Hausfrauen darin als eigener Stand in einer projektierten Ständischen Ordnung vertreten sein. Die Großdeutschen Frauen strebten als Berufsvereinigung der Hausfrauen eben diese Hauswirtschaftskammern an.
Man muß dazu auch sagen , daß die Sozialdemokratinnen auch daran gescheitert sind eine Hausfrauengewerkschaft zu gründen. Das ist parteiintern schon vor dem 1. Weltkrieg nicht gegangen.
Also wie wichtig dieses politische Subjekt Hausfrau da ist, sieht man daran, daß sie diese Forderungen auch nach dem Scheitern der Pläne zur Gründung des Bundeswirtschaftsrates nicht aufgaben. Also auch als die Großdeutsche Volkspartei, beriets abgerückt ist von dieser Forderung, haben die Frauen die Forderung nach der Hauswirtschaftskammer weiterhin vertreten. Über die Hauswirtschaftskammern sollten zum Einen die Bedeutung der Hauswirtschaft für die Volkswirtschaft sichtbar gemacht werden, zum Anderen sollten alle in der Hauswirtschaft tätigen Frauen, als auch die Hausgehilfinnen zum (Zitat) "Bewußtsein ihrer Solidarität untereinander gebracht werden". Die Hauswirtschaftskammern können damit zum Einen als ein Versuch von Mittelschichtshausfrauen angesehen werden, den von der sozialdemokratischen Seite forcierten Lohnkampf mit den Hausgehilfinnen, durch eine symbolische Aufwertung des Hausgehilfinnenberufes zu entgehen. Die Hausgehilfinnen sollten eben auch in der Hauswirtschaftskammer vertreten sein. Zum Anderen waren sie durch die geplante Integration auch der erwerbstätigen Hausfrauen als umfassendes Instrument zur Schaffung eines spezifisch (? - aufgrund von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, d. Tipp.)

weiblichen Politikzuganges projektiert. Diese Forderung haben die Frauen der Großdeutschen Volkspartei - die in einer eigenen Frauenparteiorgansiation zusammengefaßt war, die sozusagen noch einmal was anderes ist, als diese Vorfeldorgansiation "Verband deutscher Frauenvolksgemeinschaft", aber engstens verknüpft damit - 1926 nahezu unverändert vom "Bund österreichischer Frauenvereine", dem Dachverband der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung, mit dessen Vertreterinnen sie übrigens freundschaftliche Beziehungen pflegten, übernommen. (*3) Während die Bürgerlich-liberalen Feministinnen die Propaganda für die Gründung von Hauswirtschaftskammern bald wieder einstellten, wurde diese Forderung für die Großdeutschen Poltikerinnen zu einem zentralen Programmpunkt. Konnte damit doch die Forderung nach einer größeren Wertschätzung der Hausarbeit und nach einer Vertretung der Interessen der Frauen ALS Hausfrauen direkt an das ständische Gesellschaftmodell ihrer Partei angebunden werden. Es verliert damit den Charakter eines Zusatzprogramms. Damit wird zugleich sichtbar, daß erst im Kontext des Programms der"organisch gegliederten Volksgemeinschaft", das Modell geschlechtsspezifischer Politikbereiche einen konkreten Sinn in den politischen Diskursen der 1. Republik gewann. Ziel dieser Politik war es nicht, die so ins Bewußtsein der politischen Öffentlichkeit gerückte Hausarbeit in die Marktwirtschaft zu integrieren, weder Bezahlung noch eine andere gesellschaftliche Verteilung der Hausarbeit wurde gefordert, das Ziel war vielmehr eine neuere und höhere Bewertung dieser Arbeit. Auf der Ebene der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bot die Politik der geschlechtsspezifischen Bereichsteilung einen Ausweg aus der frustierenden Konkurrenz als zugleich Gleiche und Ungleiche. Über

die Definition "organischer Aufgaben" konnten Leistungen von Frauen zur politischen Geltung gebracht werden, ohne sie dem Vergleich einer immer schon verlorenen Konkurrenz auszusetzen. (*7)

Die Politik der Großdeutschen Frauen ist damit gleichwohl nicht vollständig beschrieben. Denn sie forderten zugleich ganz in Tradition der Bürgerlich-liberlaen

Frauenbewegung Zugang für Frauen zu allen Berufen und "gleichen Lohn für gleiche Arbeit". Sie agitierten etwa gegen das Beamtinnen-Zölibat, also das ist eine Gesetz, das da heißt, Frauen, die Staatsbeamtinnen sind nicht verheiratet sein dürfen, sonst verlieren sie ihren Job. Also das ist die ganze Debatte um sogenanntes "Doppelverdienertum", und sie kämpften für die Verbesserung der Ausbildungssituation von Mädchen und Frauen. Und um diese grundsätzlichen Ansprüche auf gleiche Rechte bestanden heftige innerparteiliche Konflikte. Ich möchte das kurz erleutern, am Beispiel der Frage der Schulen. Die Frauen der Großdeutschen Volkspartei haben ansich ein Konzept der getrennten Erziehung vertreten. Sie haben dafür gekämpft, daß die privat bestehenden Mädchenschulen umgewandelt werden in öffentliche Mädchenschulen, was heißt, der Staat trägt diese Schulen, was sonst sehr teuer war für die Eltern der Schülerinnen. Demgegenüber hat die Sozialdemokratie ein Koedukationsmodell vertreten, hat also gefordert, daß einfach alle Gymnasien, die bislang nur von Buben besucht waren, geöffnet werden für Mädchen. Und die Großdeutschen Frauen, übrigens auch die Frauen des "Bundes österreichischer Frauenvereine" haben dagegen maßgebliche Bedenken gehabt. Zum einen auf die Perspektive der Erziehung, daß sie gesagt haben, Mädchen können nur von Frauen erzogen werden, und andererseits muß man das auch sehen als eine Frage der Berufsvertretung, weil sehr viele Lehrerinnen organisiert waren, sowohl bei den Bürgerlich-liberalen Frauen als auch bei den Großdeutschen Frauen, und diese Lehrerinnen massiv davon bedroht waren ihre Jobs zu verlieren. Ihre Chancen in den gemischten Gymnasien aufgenommen zu werden waren aus verschiedenen Gründen, die ich jetzt hier nicht so ausführen kann, äußerst beschränkt. Und daher war es auch eine Forderung sozusagen zur Sicherung der Arbeitsplätze, diese getrennten Schulen aufrecht zu erhalten. Es war aber ganz offensichtlich so, daß auf Grund der Sozialdemokratie , und auch auf Grund finanzieller Beschränkung, diese Poltik nicht durchsetzbar war, und die Frauen in der Großdeutschen Frauenpartei haben gesagt, es ist ihnen Mädchenbildung wichtiger als dieses Prinzip. D.h. es geht überhaupt

darum, Mädchen diesen Schulzugang zu schaffen. Das stand mehr im Vordergrund, als wie das dann stattfinden sollte. Sie mußten also ihre Partei davon überezugen, daß sie jetzt, auch gegen ihre eigene Meinung, dafür stimmen werden, gemeinsam mit der Sozialdemokratie für dieses koedukative Modell stimmen werden.
Worums mir jetzt geht ist, wie legitimieren sie das. Das legitimieren sie, indem sie ihren Anspruch in genau jenen Volkstumskampf umformulieren, der ein zentrales Anliegen ihrer Partei war. So meint etwas eine Rednerin am Parteitag :" damit verhindert werden könne, daß nur mehr jüdische Eltern ihre Töchter in die teuren privaten Mädchenmittelschulen schicken könnten, müsse die Großdeutsche Volkspartei ihre Forderung nach staatlicher Förderung von Mädchen-Mittelschulen, aber auch der Forderung nach dem Ausbau nach Koedukation zustimmen". Und das kann keineswegs nur als strategische Argumenation gegenüber einer urnwilligen männlichen Parteileitung verstanden werden. Denn der Begriff "Volksgemeinschaft" wurde in programatischen Texten zur zentralen politischen Kategorie der politischen Arbeit der Großdeutschen Frauenpolitikerinnen erhoben. So etwa formuliert die

Großdeutsche Politkerin Paula Kraus 1927 (Zitat) "Nicht Männer-, nicht Frauenpolitik wollen wir betreiben, sondern eine Volksgemeinschaftspoltik, denn das Wohl einer Gesamtheit steht über alles". Und mit dieser Begründung, lehnten die Frauen der Großdeutschen Volkspartei die, auf Initiative eines Teiles der Bürgerlich-liberalen Frauen - besser eine Herausentwicklung aus der Bürgerlich-liberalen Frauen-bewegung - dessen Initiative einer Frauenpartei ab. Im Begriff der Volksgemeinschaft konstituierten die Großdeutschen Politkerinnen ein Ziel, daß ihnen Teilhabe an einem imaginierten Ganzen versprach, und damit aus jener Krise der Frauenbewegung zu führen schien, wie sie sich für die Bürgerlich-liberale Frauenbewegung aus einer leerbleibenden Gleichberechtigung und für die Sozialdemokratischen Frauen aus dem Vorwurf der weiblichen Sonderinteressen, innerhalb der Partei, ergab. Dieses Ganze war freilich rassistisch definiert, nicht nur aus Anpassung an die deutschnationalen Ideologie

der Volksgemeinschaft, sondern auch aus einem spezifischen Interesse dieser Frauen. Auf der Ebene der Identitätsbildungsprzesse konnten sie, das taten sie auch, an jenem Entwurf partizipieren, der DEN Juden zunehmend zum univeriellen Anderen deutscher Identität werden ließ. Was ihnen als Frauen so schwer gelang, ein Selbstentwurf autonomer Subjekte freier Entscheidung, schien ihnen nun als DEUTSCHE Frauen, vor dem Gegenbild des Jüdischen Mannes möglich zu werden. (* 2)
Und es zeugt von Identitätsverlust der Bürgerlich-liberalen Frauenbewegung, daß die Frauenpartei durch ein Wahlbündnis mit den Großdeutschen maßgeblich dazu beitrug, daß es 1930, nach vielen Jahren rein männlicher

Repräsentanz der Großdeutschen Volkspartei im Parlament, wieder eine Frau unter den Großdeutschen Abgeordneten gab - Maria Schneider, die bald darauf als illegale Nationalsozialistin, die Großdeutschen Frauenvereine in Tarnorganisationen nationalsozialistischer Frauenorganisationen umwandeln sollte.1938, nachdem die Truppen des nationalsozialistischen Deutschland Österreich besetzt hatten, jubelte die Vorsitzende des "Verband deutscher Volksgemeinschaft" Olga Kaust (Zitat): "Was wir in unseren kühnsten Träumen nicht zu hoffen wagten, ist Wirklichkeit geworden". Sie schloß ihren letzten Aufruf vor der Auflösung ihres Vereins mit dem Bewußtsein "erfüllter Pflicht", (Zitat) " Der Pflicht, nach besten Wissen und Gewissen der Deutschen Volksgemeinschaft gedient zu haben". Mit dieser Erfüllung der politischen Ziele Deutschnationalen scheint der Begriff "national" erstmal wieder frei geworden zu sein für die Verwendung durch andere politische Gruppen. Dies dokumentiert ein vermutlich 1939 in Frankreich aufgenommenes Photo, auf dem mehrere Frauen zu sehen sind, die ein Transparent mit der Aufschrift "Front nacional Autrichienne" tragen. Es sind österreichische Kommunsitinnen im französischem Exil. Die Kommunistische Partei Österreichs war die erste Widerstandgruppierung, die die Befreiung Österreichs zum vorrangigsten politischen Ziel machte. Und das mag ein wenig deutlich machen, wie spät die Entwicklung eines österreichischen Nationalbewußtseins anzusetzen ist, aber auch ein Licht auf die

Bedeutung nationaler Integrationsideologien für Widerstandbewegungen werfen. Geschichte und Implikationen des österreichischen Nationalbewußtseins freilich gelte es ebenso, wie wieder die aktuelle Frage nach dem Verhältnis von Kommunismus und Nationalsimus in einem anderen Vortrag zu klären. Danke

(* 1)
Frage:
Du hast gesagt, daß die Großdeutsche Partei als Abgrenzung DEN Juden benutzte. Wie weit war die Slowenische, Tschechische oder Kroatische Minderheit Teil davon, hat es da irgendeinen Bezug dazu gegeben oder kommt das überhaupt nicht vor.

Antwort:
Also ich kann das nicht so beantworten, weil man kann nie sagen das kommt nicht vor. Aber es ist keinesfalls ein zentrales Elemt der Diskussion, das ist vielleicht wichtig zu sagen. Während z.B. die Antisemitische Selbstdefinition als Deutsche sehr wohl ein zentrales Elemt der Diskussion ist. Wenngleich man auch sagen muß, daß es bei den Großdeutschen Frauen immer noch ein Stück dieses Charakters hat, es ist auch instrumentell. Drum war mir wichtig das Einzugrenzen. Ist es da wirklich instrumetell gebraucht oder was bedeutet es für die Politikerinnen.
(? instrumteller Rassimus und Antisemitismus, d.Tip.)
Während es dann für die Nationasozialistinnen zur zentralen Kategorie wird. Wo es dann eher umgekehrt wird und die ganze Frage der Ausbildung wirklich zu Radthemen wird. Während man sagen muß, daß gerade die Frage der Ausbildung wirklich ein massives Interesse der Großdeutschen Politikerinnen war.
Mir war wichtig zu zeigen, wie sich bestimmte Ziele der Frauenbewegung sozusagen übersetzen in diese nationale Bewegung und wie sie dort transformiert werden.

(* 2)
Frage am Bandl nicht verstanden
Antwort.
Also spontan fällt mir nur ein Zitat dazu ein, das ist aus dem Nationalsozialistischen Kontext, das heißt: "Mädchen hütet euch als Jüdinnen vor Freundinnen. Sie führen euch in die Jüdisch versuchten Lokale." Und dort kommt dann

schon der "Jüdische Mann." Also, da kommen sie als Verführerinnen vor. Und sehr oft sind sie auch konodiert (?) als sexuell atraktiver und aktiver als die "Deutschen Frauen".
Aber ich möchte betonen, daß das seltener der Fall ist. Der häufigere Fall schon diese Doppelung Geschlechterverhältnis und rassistischen Verhältnissen ist. Das tritt wesentlich häufiger auf.

(* 3)
Frage nicht verstanden am Bandl
Antwort:
Als die erste Frage bezieht sich auf das Verhältnis zur Bürgerlich-liberalen Frauenbewegung in Deutschland, gibts da irgendwie Zusammenhänge. Und die zweite Frage war, wann ist das Ende der Großdeutschen Volkspartei.
Das Erste, kann ich nur zum Teil beantworten. Ich kann sagen, daß bisweilen positiv berichtet wird über Aktionen des "Bundes deutscher Frauenvereine", was einfach ein Hinweis dasrauf ist, daß diese Politikerinnen dies mitverfolgt haben. Aber ich kann nicht unmittelbar was sagen über einen direkten Austausch. Was da Die Spaltung der Bürgerlichen Frauenbewegung in Österreich ist nicht außer Acht zu lassen ist. Es gibt in Österreich einen "Bund österreichischer Frauenvereine" und es gibt einen "Bund deutscher Frauenvereine". Der hat zwar nicht nichts mit dem Deutschen Verein zu tun, aber darin versammeln sich alle Deutschnationalen Frauenvereine noch einmal. Es ist ein relativ unbedeutender Verein, aber um einfach deutlich zu machen, daß das noch einmal ein Kriterium der Abgrenzung ist. Und der "Bund österreichischer Frauenvereine" hat natürlich gute Kontakte mit der Bürgerlichen Frauenbewegung in Deutschland (...)

(*4)
Frage und Beitrag versteh ich am Bandl nicht
Antwort:
Also zum Schönerer kann ich nicht wirklich was sagen, weil ich zu dem nicht gearbeitet habe. Mir scheint das ja eine gewisse Überbewertung vom Schönerer. Er erscheint inder Historigraphie ja auch oft als jemand der einfach sozusagen ein Radaumacher war, der relativ schnell gescheitgert ist, wo sozusagen dieser Begriff der Bewegung sehr negativ vorkommt. Er hat sich sozusagen einen Wirbel gemacht, aber es ist ihm nicht wirklich gelungen tatsächlich eine

Organisation zu konstituieren, das ist ja der wichtigste Punkt eigentlich. Diese Bedeutung von dem Schönerer ist dann immer auch, in so eine Genealogie gesetzt, Hitler hat in Wien gelernt was Antisemitismus ist. Es gibt 2 so Genealogien, die nach Österreich führen. Die eine ist die, die über Hitler als Person geht, und es gibt die andere, die mir perönlcih viel wichtiger erscheint, daß ist die, die auf die sogenannte Deutschnationalen Parteien in Böhmen und Mähren vor dem 1.Weltkrieg zurückführen, also wo es eine organsiatorische Kontinuität der österreichischen Nationalsozialisten bis zum Anfang des Jahrhunderts gibt. Was man in der Weise für Deutschland nicht festmachen kann. Also da gibts eine viel längere Tradition, und die Tradition ist unheimlich stark verknüpft mit den Nationalitätenkonflikten der Habsbruger-Monarchie.
Das mit dem Bewegungsbegriff, das scheint mir auch eine wichtige Differenz zu sein, ich kann das aber jetzt nicht so beantworten. Ich will dazu nur was sagen, was mir dazu stark eingefallen ist, daß eigentlich, zum Unterschied zu den Großdeutschen, bei der NSDAP eigentlich umheimlich viele Kategorien egal werden. Das ist ja so, bei den Reichsparteitagen maschieren diese Stände auf. Aber es kriegt so einen ilustrierenden- oder Beiwerk-Charakter und das kann man auch Bezug auf ganz viele Sachen sagen, daß die Dinge nicht weggeworfen, sondern hineingenommen werden als Illustration. Und das kann man dann auch ganz stark für die geschlechtsspezifischen Gesellschaftsmodell dann sagen, daß eigentlich ganz unterschiedliche Modelle ganz austauschbar eingehen in die sozusagen allegemeine Aktivierung.

(...)

In dem Zusammenhang ist schon wichtig zu sagen, daß im ganzen deutschsprachigen Raum auch die Konstituierung der Nationalstaaten nicht in der Weise gelungen ist, wie es z.B. für Frankreich viel länger schon besteht. Es war immer viel unklarer was der Nationalstaat ist und was ihn definieren könnte. Diese Idee einen homogenen Nationalstaat zu schaffen, mit "einem Volk", was dann in Österreich so wichtig war - "ein Volk, ein Reich". Das bedeutet ja von vornherein, und das finde ich auch sehr wichtig, auch in Anschlußm an die Diskussion heute vormittag, von vornherein eine immense Politik der Umsiedlung. Das ist auch etwas was von vornherein eingeplant ist. Und bedeutet ja, daß genau diese Ideologie von Blut und Boden eigentlich durch die Nationalsozialistische Politik selbst aufgespalten wird, weil z.B. die Leute in Südtirol mußten sich zwischen "Blut" oder "Boden " entscheiden, wenn man das als Metapher nimmt für Abstammungspolitik oder Territorialitätspolitik. Sie mußten sich entscheiden, sind sie "Deutsch" und mußten daher "heim ins Reich", oder sind sie hier zu Hause, egel ob "Italienisch", "Deutsch", oder was auch immer, und daher bleiben sie da. D.h. die Nationalsozialistische Poltik, die versucht diesen homogenen Staat mit einer homogenen Bevölkerung zu schaffen, stellt die Menschen, und zwar nicht nur die, die der Staat ausgrenzt, vertreibt und ermordet, sondern auch diejenigen, die er vorgibt zu integrieren genau vor diese Entscheidung. Daher ist es auch noch einmal eine Frage, was dieser Begriff "Blut und Boden" eigentlich heißt.

(* 5)
Antwort:
Wie sehr man sich von Deutschland aus bezogen hat auf österreichische Debatten, darüber kann ich nicht so Auskunft geben. Aber das ganze Deutschnationale Lager in Österreich hat gebannt nach Deutschland geblickt, die haben deutsche Innenpolitik so diskutiert, als ob es österreichische Innenpolitik wäre. Es wird überhaupt nicht mehr als Frage eines anderen Staates gesehen. Das

zentrale Politikprinzip der Großdeutschen Volkspartei in Österreich war die Rechtsangleichung an Deutschland, und im Vergleich dazu ein Desinteresse an den anderen Staaten. Was mir wichtig war in diesem Zusammenhang zu sagen, war, daß prinzipiell alle Parteien in Österreich in einem weiteren Sinn deutschnational waren, mit der Überezugung, daß Österreich ein deutscher Staat sei.
(In Österreich lebten z.B. Roma und Sinti, tschechische, slowakische, ungarische und slowenische Minderheiten; d.Tipp.)
Die Forderung nach dem Anschluß hätte sicher eine immense Mehrheit gewonnen am Beginn der 1. Republik und auch im Laufe der 1. Republik. Aufgrund dieses Konsenses erscheinen mir diese Einschreibungen in die Volksgemeinschaftsideologie in diesen allgemeinen deutschnationalen Konsens auch für so gefährlich. Und das zeigt sich dann auch 1938 wer aller den Anschluß befürwortet, was ja nicht heißt, daß alle den Nationalsozialsimus befürwortet haben. Der Anschluß war so zentral, auch für Sozialdemokratische Politiker und Politikerinnen, daß sie sich in dem Moment, wo es um ein nationalsozialistische Deutschland ging kaum davon verabschieden konnten.
Es war ja verboten durch die Friedensverträge - wo es einfach darum geht, daß Deutschland und Österreich den Krieg verloren hat, und daß daraus nicht die "Belohnung" sein kann, daß daraus ein größerer Staat wird. In Österreich spielt es dann immer wieder eine Rolle, weil Österreich in einer enormen wirtschaftlichen Krise gestanden ist, und dann Anleihen beim Völkerbund nimmt zur Stiftung der Wirtschaft. Und diese

sogenannten Vökerbund-Anleihen sind verknüpft mit einer Verlängerung des Anschluß-Verbotes. Ich habe von dieser Spaltung der Großdeutschen Volkspartei in ein radikal Völkisches Lager und einer eher gemäßigten Spitze gesprochen. Diese gemäßigte Parteiführung trägt ja diese Zurückdrängung dieses Anschlußgedanken immer ein Stück weit mit. Sie sagt, o.k., wir sind jetzt in der Regierung, wir haben dafür Kredite gekriegt, also muß man das noch zurückstellen. Das hat dann immer auch eine innenpolitische Relevanz, dieses Anschluß-Verbot. Für die Nationalsozialisten war das dann inrelevant.
Es ist schon interessant, daß dann z.B. für die Besetzung des Rheinlandes, die Abstimmung im Saarlandes. Da sehen die Deutschnationalen in Österreich immer, daß es geht, es bedeutet keinen Krieg (? d.T.), daß die NSDAP einen internationalen Vertrag nach dem anderen bricht. Und das wird in Österreich gefeiert, weil "dieses Land eben auch von diesem Diktat bestimmt wird".

(* 6)
Frage nicht verstanden am Bandl
Antwort:
Hilter sagt auf dem Heldenplatz: "Ich melde vor der Geschichte" - wer das auch immer sein mag - "den Anschluß meiner Heimat an das Deutsche Reich", also das ist die Formulierung. Interessant ist, daß er sich dabei nicht mehr auf "ein Volk" bezieht.

(* 7)
Frage versteh ich am Bandl nicht
Antwort:
Ihre Idee war, daß über diese Tatsache, dieses Konzept "alle Frauen sind Hausfrauen", die Volksgemeinschaft herstellbar wäre. Während man sozusagen, unter den Männern immer nur politische, berufsständische, sonstige Gruppen schaffen kann, kann man bei den Frauen, da sie auf einer bestimmten Ebene alle die gleiche Arbeit machen, und alle in gleichen Abhängigkeits-verhältnissen stehen (hängt hier wohl eher damit zusammen, daß die Hausarbeit eine biologische Bestimmung aller Frauen sei, d.-Tipp.) , eine politische Gemeinschaft herstellen kann. Und damit ist argumentiert, von diesen Großdeutschen Politikerinnen, daß die Frauen eigentlich die wahren Trägerinnen der Volksgemeinschaftsidee sind, die alle Klassenschranken überschreiten. Das ist ihr Argument gewesen.
Und warum ich auf die Sozialdemokratinnen hingewiesen habe in diesem Zusammenhang, daß es ja schon sowohl vor als auch nach dem 1. Weltkrieg Fragen gibt, wie könnte man als alle Frauen - und nicht nur als Proletarierinnen oder als Bürgerliche Frauen, die bestimmte Berufsinteressen haben - tatsächlich als Frauen organisieren. Wie könnte man diese gemeinsame Identiät herstellen. Und darin gehen die Großdeutschen mit der Volksgemeischaftsthese am weitesten (?!). Und die Kehrseite ist, was grenzt die Volksgemeinschaft aus. Aber in diesem Programm gehts darum, was man innerhalb dieser rassistisch konstituierten Volksgemeinschaft, was man da allles integrieren kann, Erwerbstätige, Nicht-Erwerbstätige, abhänigige und nicht-abhängige Frauen.

Frage: das bezieht sich auf deutschsprachige Frauen ?
Antwort:
Das bezieht sich rassistisch gesehen auf nicht-jüdische Frauen, also das ist das entscheidende.

Frage: Das Verlegen der äußeren Grenzen nach innen, die Entstehung der Volksgemeinschaft. .....
Antwort:
Der Antisemitismus war in Österreich schon lange gesellschaftsfähig, das hat noch gar nicht mit

Nationalsozialsimus zu tun. Ich will jetzt nicht über die Monarchie reden aber der war von 1918 an gesellschaftfähig, und das war nicht etwas, was man verschleiert hat.

Frage nicht verstanden am Bandl
Antwort:
Das sind die wilden Arisierungen in Wien 1938, mit der Bezeichnung "der Jud muß weg und sein Gerstel bleibt do",

Frage:
und dazu gibt es auch Ausssagen von Frauen ?

Antwort:
Ja. Darum ist es auch ein Problematik von 1938 nur als Besetzung zu sprechen. Unmittelbar danch gab es ein immenses Ausmaß an wilden Arisierungen, Beraubungen, Vertreibungen. Ich kenn das ein bisserl aus den Akten, wo sozusagen von den eingeführten Deutschen Beamten, geradezu eine verzweifeltes Bemühen gibt, diesen Progrom-Antisemitismus in Grenzen zu halten, nicht weil sie ihn verhindern wollen, sondern weil sie selbst davon profitieren wollen. Unc weil sie den Profit davon Organsieren wollen.

Rassismus in der weißen Frauenbewegung

Am Beispiel Deutschland

In der autonomen Frauenbewegung hatte lange die Überzeugung vorgeherrscht, daß alle Frauen im „Dritten Reich" unterdrückt worden seien. Danach hatte es allenfalls Mittäterinnen gegeben, die als Mütter Kanonenfutter für den zweiten Weltkrieg geliefert und nach dem Mutterkreuz gestrebt hätten.

1905 Gründung des Mutterschutzbundes und Sexualreform in Deutschland. Dem Mutterschutzbund gehörten Frauen aus der Frauenbewegung, Sozialdarwinistinnen und Rassenhygienikerinnen an. Die Vorsitzende Helene Stöcker ist auch bekannt als radikale Frauenrechtlerin. Sie war Anhängerin der Eugenik und Rassenhygienie, die zwar die Zwangsterilisation und Euthanasie ablehnte, aber mit einem enormen Sendungsbewußtsein im aufklärerischen Sinne für eine neue eugenisch orientierte Sexualmoral warb.

Obwohl es im Mutterschutzbund von Anfang an zu Konflikten kam, gab es über längere Zeit eine Zusammenarbeit. Die einen kämpften für das Selbstbestimmungsrecht der Frau, die anderen benutzten die Mutterschaftsproblematik für ihre rassenhygienischen Ziele.

Stöcker vertrat: *„Einzelne ausgezeichnete Männer sollten bei mehreren Frauen Gelegenheit haben, sich fortzupflanzen, und einzelne Frauen, mit besonders günstigen Bedingungen, sollten auch nicht an den Zufall eines Mannes gebunden sein."* Im Bund für Mutterschutz und Sexualreform wurden die Ideen entwickelt, die die Situation von Frauen verbessern sollten, die von Männern sexuell ausgebeutet und verlassen worden waren. Stöcker kritisierte von Anfang an die christliche Ethik wegen ihrer rassenverschlechternden Wirkung.

Sie war eine Vertreterin der Neuen Ethik die eine Sexualität innerhalb und außerhalb der Ehe, die verantwortlich die Fortpflanzung einer Hebung der Rasse betreibt.

1911 fand in Den Haag ein Kongreß zur Bevölkerungspolitik statt. In ihren Bericht referierte sie darüber hinaus den Ansatz von August Forel, einem der bekanntesten Rassenhygieniker aus der Schweiz, ohne seine offen rassistische Position gegenüber schwarzen Menschen auch nur andeutungsweise zu kritisieren. *„So seien die Negerrasse eine inferiore, die zu vermehren nicht im Interesse der Menschheit liege, dasselbe könne man von anderen Gruppen in der arischen Rasse feststellen".* Auf dem selben Kongreß bezeichnete sie die Mutterschutzbewegung ausdrücklich als eine Bewegung zur Rassenverbesserung, *„da sie nicht nur den in Not geratenen Mütter und Kindern helfen, sondern auch dafür Sorge tragen will, daß Menschen, deren Existenz keine Fortschritt für die Menschheit bedeuten kann, wenn möglich überhaupt nicht geboren werden."*

Sie war davon überzeugt, daß eine Veränderung der Gesellschaft zum Besseren, humanen, in der auch die Frauen ihren gleichberechtigten Platz einnehmen könnten, vorallem durch das Höherzüchten der Rasse möglich wäre. Diese rassistische Gesellschaftstheorie lag ihrer Frauenbefreiungstheorie zu Grunde. Stöcker setzte sich auch an keiner Stelle von konkreten Forderungen des rassenhygienischen Reichtagsabgeordneten Dr. David ab, der folgendes forderte: „Die Gesamtheit muß das Recht haben Individuen, die mit erblich übertragbaren Krankheiten und Gebrechen belastet sind, wenn nicht von der Eheschließung so doch von der Fortpflanzung auszuschließen".

Sie übernahm sogar die Argumentation der zu teuren *„Minderwertigen"*, die in der Weimarer Republik immer populärer wurde und später in die nationalsozialistischen Mathematikschulbücher eingingen.

Stöcker's rassistischer Pazifismus gründet sich darauf, daß Krieg nicht nur im ungeheuerlichsten Maße die Guten, Tüchtigen, hoffnungvollen Elemente, innerhalb einer Nation vernichtet, sondern, daß dieser Krieg der weißen Rassen untereinander außerdem die Herrschaft der weißen Rasse der gelben und schwarzen gegenüber außerordentlich gefährdet. Sie hielt an ihrer Grundorientierung fest und schrieb in ihrem letzten Artikel zur neuen Ethik:" *Man wird Mittel finden müssen, um unheilbare Kranke oder entartete an der Fortpflanzung zu hindern."*

Eine weitere bekannte Frauenrechtlerin und Kämpferin für das Frauenstimmrecht war Anita Augspurg. Sie war aber auch eineVertreterin der Rassenhygenie. Schon 1894 schreibt sie in einer Broschüre mit dem Titel „ Die ethische Seite der Frauenfrage „ daß die „physische und psychische Entwicklung der Rasse" in den Händen der Mutter liegt. Sie konstantiert in Ländern" verfeinerter Kultur" einen allgemeinen Niedergang der Art, weil die Frau nicht mehr die sexuelle Auslese trifft. Sie benennt in diesem Artikel auch Vergewaltigung lediglich als Verbrechen gegen die Natur, deren Folge eine menschliche Rassendegeneration sei. Anita Augspurg macht sogar Vorschläge, die es den Frauen ermöglichen sollte, Kinder zu haben , ohne eine Ehe einzugehen oder an den Gatten gefesselt zu bleiben. Sie plädiert für hinreichende Pflege- und Erziehungsbeiträge, die die Frauen unabhängig machen sollen . Ihre radikale Politik an der patriachalen Ehe mit dem Ziel, die Frau aus Unterdrückung, Ausbeutung und Bevormundung zu befreien, verbindet sie allerdings mit offen rassistischen Abwertungen:..... *Charakterlose Häßlichkeit ist die Norm. Wohlgestalt, sympatische Züge sind die auffallende Ausnahme und alle diese stumpfsinnigen, glotzenden Degenerationstypen machen sich kein Gewissen daraus Kinder zu zeugen....."*

Sie stand zusammen mit ihrer Freundin Lida Gustava Heymann ganz oben auf der schwarzen Liste von Hitler, und dennoch spricht aus ihren Worten ein ungebrochenes Verhältnis zur Rassenhygiene.

Käthe Schirmacher ist eine weitere prominente Vertreterin der radikalen Feministinnen die die Verbindung zwischen Antisexismus und Rassismus verkörpert. Schirmacher fügte noch eine weitere rassistische Variante feministischen Denkens hinzu, nämlich den Antisemitismus. Ausserdem war sie extrem Polenfeindlich, sie hielt polnische Menschen für „minderwertig" und fand nichts dabei, deren Deportation aus der „Ostmark" zu fordern. Darüber hinaus bewertete sie die internationale Frauenbewegung rein antisemitisch.

Die Germanin war wehrhaft und häuslich, auf Grund beider Eigenschaften hoch geachtet. Zu diesem starken, reinen wissenden Frauentum geht unser Weg zurück. Wir kennen die Natur der Frau nicht, kennen nur, was unter Männerherrschaft als Natur der Frau galt und gilt. Dies stellt eine klare Absage an den biologistischen Antifeminismus dar, die sich aber mit einem völkischen Rassimus paart.

Sicher trennte Schirmacher mit ihren rassistischen Antisemitismus Welten von Augspurg und Stöcker, aber es ist schon

erstaunlich, daß die Frauenstimmrechtsbewegung Schirmacher erst 1913 nicht mehr in ihren Vorstand wählte. Sie schrieb während dieser ganzen Zeit in „Die Frauenbewegung" und veröffentlichte zusammen mit Stöcker, Augspurg und Hedwig Dohm. Erst im ersten Weltkrieg trennte sie sich endgültig von der feministischen Bewegung und wurde zu einer der übelsten Kriegshetzerinnen der damaligen Zeit. Dennoch blieb sie in ihren späteren Jahren trotz ihrer völkischen Ausrichtung in Bezug auf die Frauenfrage seltsam radikal. Nach 1918 saß sie im Reichstag als Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei, die sie aber 1920 aus *frauenfeindlichen Motiven* für den Reichstag aufstellte wie Schirmacher zu recht vermutete. Dies hinderte sie aber nicht daran, dieser Partei treu zu bleiben.

Auszüge von Frauenbefreiung und „Rassenveredelung", Brunhilde Sauerburghard,

Feministische Beiträge

„Kandidaten, sagen Sie mir, was fällt Ihnen an der Patientin auf" – „Daß das Mensch einen seidenen Unterrock anhat"

Ruth Bre, eine radikale Sozialdarwinistin, kämpft für die Rechte der ledigen Mütter aus der berechnenden Einsicht heraus, daß 1/10 aller Geburten unehelich sind, d.h. ein stattliches Gebärpotential. Die ledigen Mütter, allerdings nur die gesunden und auserwählten - sollen in Mütterkolonien unter günstigen Bedingungen leben und sich voll der Aufzucht widmen können.

Die Frauen der radikalen Frauenbewegung im Bund für Mutterschutz verfolgen das Ziel, den sozialen Status lediger Mütter den verheirateter Mütter anzugleichen. Im Gegensatz zu den Sozialdemokratinnen bieten sie den Arbeiterinnen Sexualaufklärung und Information über Verhütungsmittel an.

Somit greift der Bund für Mutterschutz Themen auf die von der Arbeiterpresse tabuisiert werden. Im Laufe der Zeit werden die fortschrittlichen Ansätze von rassenhygienischen Interessen zugedeckt.

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg rückt der quantitative Aspekt in den Vordergrund, für den Krieg wurden viele Soldaten gebraucht. Als Gebäranreize erhielten ledige und auch verheiratete Frauen von 1914 und 1915 die „Reichswochenhilfe". Die Frauenbewegung wurde als Jungfrauenbewegung und als ehefeindlich abqualifiziert, Aborte wurden angezeigt, Verhütungsmittel verboten und tüchtige Soldaten durften mehrere Frauen schwängern.

1912 Gebärstreik

Durch die zunehmend mißerablen Lebensbedingungen der Frauen, durch schlecht bezahlte Industriearbeit, Heimarbeit, waren viele Arbeiterfrauen nicht mehr bereit ihre Lebenslage durch eine große Kinderzahl noch zu erschweren, bzw. ihnen das Eheglück immer fragwürdiger erschien. So verweigerten immer mehr Frauen nicht nur das Kinder kriegen, sondern auch den ehelichen Beischlaf. Die Propagierung des Gebärstreiks fand verschiedene Interessen, z.B. zwei Frauenärzte, der SPD, sahen in dem Gebärstreik eine neue Waffe gegen den Kapitalismus, der durch den Geburtenrückgang an seinem Lebensmark getroffen sei. Wobei Rosa Luxemburg den Aufruf zum Gebärstreik einen „reaktionären Versuch, die Massen zu verdummen" fand. Auch hier stand wieder nicht die Sorge um die Arbeiterfrauen, sondern die Masse der Arbeiterklasse. Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß die aufstrebende Masse nicht durch ihre Qualität, sondern durch die Masse gesiegt hätte. Es sei der Kinderreichtum ein gesunder Reichtum. (Clara Zetkin)

Nicht nur für die Revolution sollten Frauen Soldaten gebären, sondern auch welche für die kaiserliche Armee.

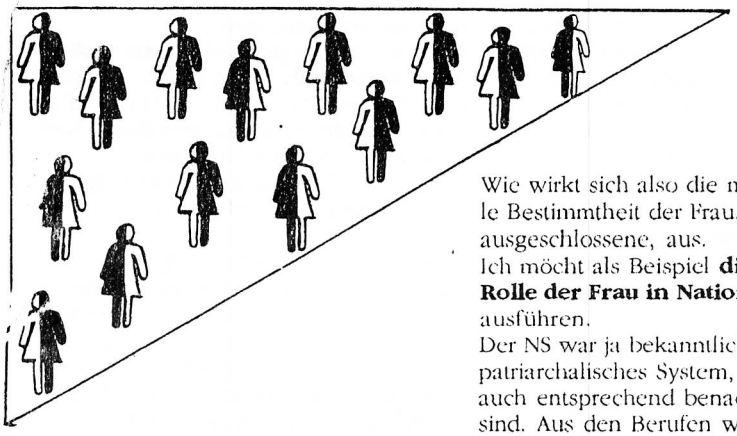
aus Materialien zur Bevölkerungspolitik.

Position der weißen Frau in den westeuropäischen Staaten zwischen Diskriminierung und Dominanz.

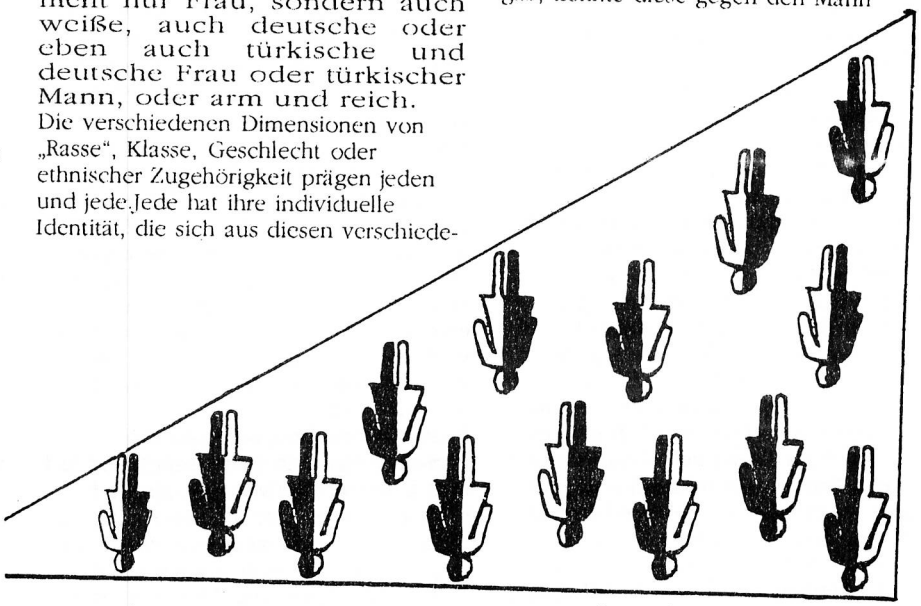
Birgit Rommelspacher (Volksuni 1993 BRD)

Ich denke, dieses Wochenenden war ein furchtbares Wochenende und es kann eigentlich gar nicht darum gehen, abstrakt über die ganze Sache zu reden, sondern wir müßten gleichzeitig darüber reden, daß in der vorigen Nacht fünf türkische Frauen und Mädchen umgebracht worden sind, (Solingen) und daß es eine ganze weitere Reihe Anschläge gab, die zum Glück Leben nicht beeinträchtigt haben.Ich denke, damit müssen wir Frauen uns auf alle Fälle auseinandersetzen. Dieses Wochenende ist in dem Sinn auch gewissermaßen doppelt schlimm und zeigt unser Dilemma auf, als wir ja am Freitag das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hatten, das die Selbstbestimmung der Frau in einer neuen Form sträflich mißachtet hat, den Paragraphen 218 in der vorliegenden Form sträflich gekippt hat, und damit gegen den Mehrheitswillen aller Frauen hier im Land und auch gegen die demokratische Entscheidung des Parlamentes entschieden hat. Ich denke, beide Sachen sind nicht in dem Sinn zu vergleichen; in einem Fall geht es um Mord und im anderen Fall geht es um ein Gesetz. Trotzdem: **in einem Fall wird ein Existenzrecht zunichte gemacht und im anderen Fall ein Selbstbestimmungsrecht.**
Das ist natürlich ein Unterschied., das ist überhaupt keine Frage - und zwar ein zentraler Unterschied.
Aber wir wissen ja auch aus der feministischen Forschung seit langem, daß die strukturelle Gewalt, die sich in solch einem Gesetz äußert, sich auch täglich in einer konkreten direkten körperlichen Gewalt umsetzt, daß Frauen täglich mißhandelt, geschlagen und ermordet werden.
Insofern ist es in einer Kontinuität zu sehen, die strukturelle Gewalt und die direkte persönliche Gewalt. Auch die Täter von Solingen werden aller wahrscheinlichkeit nach Männer sein, weil alle Gewalttaten - solche Mordtaten - bisher von Männern vollbracht worden sind, und überhaupt Gewalttäter zu 95% männliche Jugendliche und Erwachsene sind. Das heißt, es wird angesichts dieser Gewalt naheliegend zu sagen, daß die Gewalt gegen Frauen dieselbe ist wie die gegen Minderheiten.....
Also, ich denke, es ist zuerst die Frage zu stellen, was ist das gemeinsame an dieser Gewalt.Ist das Gemeinsame, daß sie eben von Männern ausgeübt werden? Oder was macht es dann aus, daß sie von Männern ausgeübt werden.
Wenn wir uns die Gewalttaten der letzten Jahre anschauen, ist es tatsächlic so, daß es nicht nur ethnische Minderheiten getroffen hat, es hat auch Schwule, Lesben, Sozialhilfeempfängerinnen getroffen; Blinde und Behinderte wurden angegriffen.Insofern die Frage: ***Was ist das gemeinsame, daß wir in diesen Gewalttaten finden können?***
In den anglo-amerikanischen Ländern werden diese Gewalttaten mit dem Begriff „**hate crimes**" zusammengefaßt - der „**Haßverbrechen**".
Damit soll gesagt werden, daß es sich dabei nicht um „normale" Verbrechen handelt, also im Sinn von - wo ich meinen individuellen Vorteil suche, z.B. im Raubüberfall, oder wo ich ein Problem oder eine unmittelbare Situation ausagiere - sondern eine ganz bestimmte Gruppe treffen will.
Ich will ja auch nicht ganz speziell den einzelnen treffen *den* Türken oder *die* Türkin, sondern die Türken insgesammt, also quasi die ganze Gruppe soll diskriminiert werden und dementsprechend ist die Gesetzgebung in einigen Staaten in den USA, daß die „hate crimes" weitaus stärker bestraft werden, weil es eben eine ganze Gruppe treffen soll, mehr bestraft wird als die „normalen" Verbrechen.
Diese Verbrechen, so sagen die Forscher sind ein instrumenteller Akt und kein expressiver. Instrumentell bedeutet, ich möchte mit diesem Akt auf etwas hinweisen, was jenseits dieser Tat liegt. Ich möchte nicht einfach etwas ausagieren - Spannung, Frust oder ein Problem, also nicht expressiv in dem Sinn, sondern ich möchte damit auf etwas hinweisen und etwas beweisen mit dieser Tat.
Hinweisen wollen die Täter mit diesen Taten darauf, daß sie sich eine heterosexistische, weiße Gesellschaft wünschen, wo nur diejenigen etwas zu sagen haben, die auch „leistungsfähig" sind, die allen Leistungskriterien und Prinzipien in dieser Gesellschaft entsprechen.Sie wollen damit beweisen: Wir gehören dazu und Ihr nicht - Ihr müßt raus.
Darin also steckt die Konstitution einer Machthirarchie und die Darstellung dieser Machthirarchie in einem Gewaltakt; in dem Sinn haben wir also bei den sexistischen und rassistischen Gewalttaten eine strukturelle Gemeinsamkeit. Die Gemeinsamkeit geht aber noch darüber hinaus.
Wir sehen die Gemeinsamkeit von Rassismus und Sexismus auch in seinem Biologismus, also, daß von seinem theoretischem Konzept her biologische oder angeblich biologische Unterschiede hergenommen werden um eine ganze Gruppe zu diskriminieren. Bei Frauen und Männern ist das klar, da ist es realiter die Biologie, beim Rassismus ist es z.B. im klassischem Ssinne die schwarze Hautfarbe, die als der Unterschied genommen wird, an dem dann unterschiedliche psychische und kulturelle Eigenschaften angeheftet werden Der Biologismus ist Dreh- und Angelpunkt, und wenn diese „biologischen" Eigenschaften auch nicht sichtbar sind, dann werden sie konstruiert und zu einer kulturellen, zu einer quasi biologischenEigenschaft. Wir haben auch den kulturellen Rassismus, in dem Sinn den Balibar **„Neo-Rassismus"** nennt, daß kulturelle Unterschiede wie die zwischen Christentum und Islam als quasi biologische behandelt werden, daß es unveränderliche Differenzen wären, die in einer bestimmten Hirarchie stehen, wo das eine über- und das andere minderwertig ist, Differenzen die nicht zu verändern und quasi vererbt werden. Insofern haben wir hier auch eine strukturelle Identität zwischen Sexismus und Rassismus, und das wirkt sich auch in der ideologischen Konstruktion aus, nämlich in der Konstruktion der „anderen".
Wir könne bei Simone de Beauvoir nachlesen, wie das andere Geschlecht, das dem Mann gegenübersteht, ein Phantasieprodukt seiner Befürchtungen und seiner Wünsche ist. Die Konstitution der Weiblichkeit hat ja in der Literatur, der Kunst usw. nichts oder nur sehr wenig mit der realen Frau und ihren Lebesnsverhältnissen, mit ihrer subjektiven Sicht - von der weiblichen Sicht aus - zu tun, sondern mit dem Blich des Mannes auf die Frau. So konstituiert es die andere und das andere Geschlecht.....
Beim **klassischem Rassismus**, dem kolonialem Rassismus, wo eben im Zuge der Unterwerfung z.B. Afrikas, auf den „edlen Wilden" un der „primitiven Wilden" eben auch die ganzen Ängste und auch die Wünsche, Phantasien von Naturnähe,von Paradies auf die Scharzen projeziert wurden. Diese Konstruktionen des Anderen sind sowohl bei den Frauen als auch den Schwarzen oft sehr ähnlich; also daß Schwarze z.B. kindhaft wären oder naturnah oder eben auch in besonderer Weise sexualisiert, verführerisch einerseits oder auch bedrohlich.Insofern denke ich gibt es sehrwohl eine Reihe realer und von der Ideengeschichte her, von der ideenkonstruktion her Gemeinsamkeiten zwischen Sexismus und Rassismus.
Wenn wir uns fragen wollen, **wo sind die Unterschiede** dann möchte ich erts einmal versuchen zurückzugehen in die Entstehung der Idologiekonstruktion von Geschlecht und Rasse in unserer abendländischen Kultur, nämlich zurück auf die athenische Philosophie,- Aristoteles usw.
Dort war es so, der Mensch war der Mann, der athenische, der griechische Mann. Den Frauen, den Sklaven wurden mindere Rechte, minderes Menschsein von vorneherein zugeschrieben. Dieses mindere Menschsein, also praktisch das Mittelglied zwische Mensch und Tier war eben der Sklave oder die Frau, wobei der Slave jetzt immer männlich genannt wird, was auch immer männlich gefaßt wurde, aber natürlich gab es auch die Sklavin und die athenischen Frauen und als Krönung der Schöpfung den griechischen Mann, den freien

Mann.Ich denke, daß wir diesem Vorbild unserer Demokratie noch immer nacheifern.
Die Funktion der Entwertung von Sklaven und Frauen ist aber eine unterschiedliche,
Bei den Sklaven ist es klar, da war die Verfügung über ihre Arbeitskraft, die ökonomische Ausbeutung und die Verfügung über ihren Körper, also vor allem bei den Sklavinnen über ihre Sexualität.
Bei den Frauen, den freien Frauen, den athenischen Frauen, da war es das Entscheidende, daß sie den Männern die Kinder gebären, sodaß sie freie athenische Bürger werden, d.h. also die Frauen waren nicht nur im Sinne von Mutterschaft da, daß sie einfach so Kinder produzieren oder eben in diesem Sinn ihren Körper zur Verfügung stellen, als Reproduktion für den Mann, für ihn selbst. Es war also nicht nur die Dienstbarkeit und die Sexualität, sondern sie mußten auch den Status als Bürger absichern.D.h. also die Frauen hatten zur Statussicherung der Herrenklasse beitragen müssen, und deswegen wurden sie entsprechend priviligiert, in das Privilegiensystem eingebunden.
Das haben wir heute im Prinzip genauso, daß der Mann auf die Frau angewiesen ist, biologisch natürlich und sozial, daß sie die Kinder so erzieht, daß sie geeignet sind den Dominanzanspruch weiter zu vertreten.**Deswegen ist die Frau eine eingebundene und ausgeschlossene zugleich.**
Sie wird in das Privilegiensystem eingebunden, sie wird persönlich eingebunden durch individuelle Beziehung zum Mann und sozial eingebunden durch den Status, durch die Schicht, durch die „Rasse", durch die Klasse, die die Herrschaft übernommen hat. In dem Sinne können wir davon sprechen, daß Frauen Ein-und Ausgeschlossene zugleich sind, einerseits eine Diskriminierung als Frau erleben und andererseits eingebunden werden in die Dominanzgesellschaft.



Das schlägt sich bei den Frauen in ihrem Selbstbewußtsein in einer widersprüchlichen Identität nieder. Diese Widersprüchlichkeit ist keineswegs ungewöhnlich, sondern sie betrifft im Grunde genommen alle. Die Vorstellung, daß wir durch eine hermetische, eindeutige Identität charakterisiert wären, ist im Grunde von vorneherein falsch.....**Jeder und jede ist durch mehrere Identitätsdimensionen gekennzeichnet.** Ich bin also nicht nur Frau, sondern auch weiße, auch deutsche oder eben auch türkische und deutsche Frau oder türkischer Mann, oder arm und reich.
Die verschiedenen Dimensionen von „Rasse", Klasse, Geschlecht oder ethnischer Zugehörigkeit prägen jeden und jede.Jede hat ihre individuelle Identität, die sich aus diesen verschiedenen sozialen Einbindungen bestmmt, d.h. wir haben verschiedene Identitätselemente, die sich gegeneinander verschieben, die unterschiedliche Bedeutung haben können. Mal ist es viel wichtiger in einer Situation ob ich eine Frau oder ein Mann bin, in einer anderen Situation, ob ich weiß oder schwarz bin, und insofern müssen wir ein dynamisches Identitätskonzept annehmen....und können uns einfach nicht zurückziehen auf eine eindeutige, alles definierende Identität, z.B. eben des Frauseins.



Wie wirkt sich also die mehrdimensionale Bestimmtheit der Frau,als ein- und ausgeschlossene, aus.
Ich möcht als Beispiel **die Rolle der Frau in Nationalsozialismus** ausführen.
Der NS war ja bekanntlich ein extrem patriarchalisches System, wo Frauen auch entsprechend benachteiligt worden sind. Aus den Berufen wurden sie gedrängt, auch in der Familie galt das Prinzip der Führerschaft des Mannes und vor allen Dingen wurden sie reduziert auf die Mutterschaft, auf ihre Funktion als Gebärerin. Wenn das die einzige Dimension des NS war, ist die Frage warum soviele Frauen begeisterte Nationalsozialistinnen waren. Warum haben so viele mitgemacht, warum haben sie es vorangetrieben und nicht nur wiederstrebend erduldet.
In der Tat hatte der Staat damals einen Zugriff auf die Gebärfunktion, auf die Familie gemacht, aber dieser Zugriff war für die Frauen gleichzeitig eine Chance, aus der persönlichen Abhängigkeit ein Stück weit zu entbinden.Also dadurch, daß es eine Autorität jenseits der Familie gab, konnte diese gegen den Mann ausgespielt werden, d.h. die Frau hatte die Macht, schlimmstenfalls den Mann zu denunzieren, ihn zu überwachen, oder eben zu sagen, der Führer will das und das. Sie konnten sozusagen die Autorität des Staates gegen die familäre Autoritat ausspielen.Das hat sich auch darin niedergeschlagen, daß viele Frauen in großen Frauenorganisationen waren, und dadurch ein Stück weit das Gefühl der Emanzipation, der Wichtigkeit, der Bedeutung hatten. Zumindestens subjektiv hatten viele Frauen das Gefühl, jetzt geht es voran mit den Frauen, so merkwürdig das im nachhinein auch anmuten mag.Die Frau hatte eben die Möglichkeit, an dem Größenrausch-Wahn, an dem kollektivem Nazismus.... wir sind die Herrenklasse, die Herrenrasse, die Krönung der ganzen Schöpfung, wir haben Anteil an diesem Nazismus, der diesen Größenwahn getragen hat.Das war nur möglich, wenn die Frau arisch war, erbgesund, heterosexuell, „anständig" war in dem Sinne von: keine Prostituierte oder „verwahrlost", oder all die Frauen die unter dieser Kategorie ausgesondert bzw. sterilisiert wurden.....
Für viele Frauen war offensichtlich diese Aufwertungals „Arierinnen" bedeutsam genug, um alle anderen Diskriminierungen wegzustecken.
Wenn wir die Geschichte der Frauenbewegung betrachten, dann ist es so, daß die bürgerliche Frauenbewegung

selbstverständlich gegen ihre Entrechtung gekämpft hat.

Es hat Widerstand gegen den NS gegeben von seiten der Frauen. Dieser Widerstand hat sich aber gegen die Entrechtung der Frauen gewendet und nicht gegen Rassismus und Antisemitismus.

Die jüdischen Frauen sind in der deutschen Frauenbewegung auch schon vor 33 mehr oder weniger unbeliebt gewesen . Sie waren geduldet, aber es gibt Briefwechsel, wo immer wieder gesagt wird: „Sagen sie es nicht so laut, daß sie jüdisch sind, wenn sie still sind und dableiben ist es uns bedeutend lieber.

1933 gab es keine Proteste von seiten der Frauenbewegung gegen die Ausgrenzung und Ausmärzung von Juden und Jüdinnen.....

Ich denke, auch heute gibt es von seiten der Frauen relativ wenig Widerstand gegen den Rassismus. Wir haben hier in den letzten Jahren eine entsetzliche Geschichte von rassistischen Übergriffen und Mordtaten erleben müssen, und es gab so gut wie keinen kollektiven Widerstand von Frauen, keine großen Demonstrationen, keine Veranstaltungen, keine Initiativen. Die ganzen Geschichten haben jetzt erst angefangen, als in Ex-Jugoslawien die Massenvergewaltigungen bekannt geworden sind. Da gab es plötzlich Vernetzungen..... Warum ist das so?

In dem Augenblick, da wir sagen können, da ist ein Krieg der Männer gegen die Frauen, also wenn es um Dimensionen des Sexismus geht, da werden Frauen aktiv.

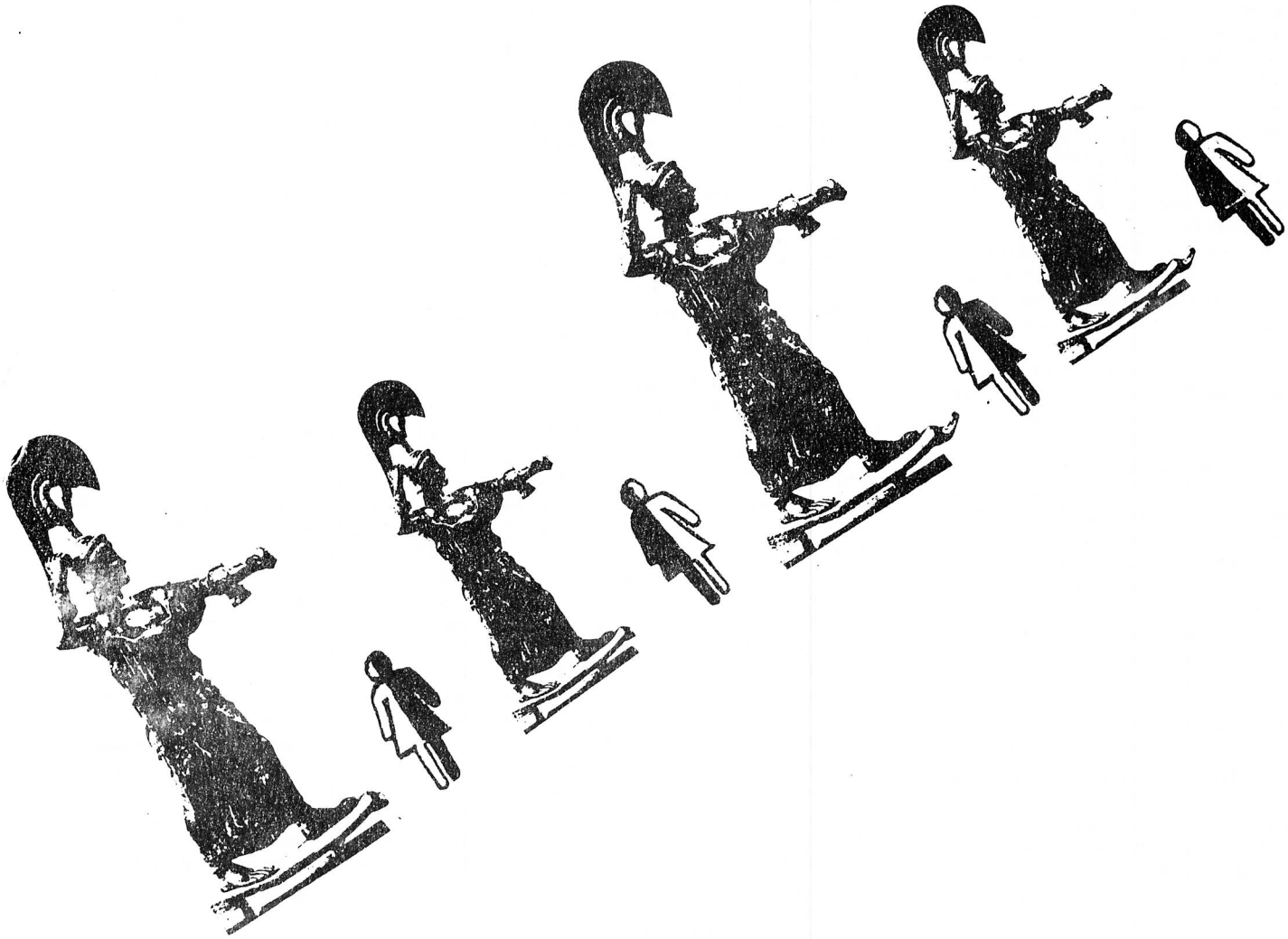
Und es ist wichtig und richtig, ich will das in keiner Weise und Form herabsetzen, aber gleichzeitig muß ja auch gesehen werden, daß es sich da um ethnische Konflikte handelt, auch um einen Rassismus, einen Krieg der Christen gegen die Moslems, und wir können nicht einfach die eine Dimension der anderen überstülpen.....

Die Verführung des weißen Feminismus liegt darin, diese Interessenskollisionen nicht zu sehen und sich praktisch nur als Diskriminierte zu begreifen, nur auf der Dimension der Opfer um damit unsere eigene Dominanz abzuwehren, unseren eigenen Anteil an den Interessen an diesem System , an der Aufrechterhaltung dieser Gesellschaft und ihrer politischen Verfaßtheit.

Theoretisch schlägt sich das in der Theorie des Primates des Patriarchates nieder; also die Vorstellung, daß wir nur durch Sexismus betroffen sind oder eben in erster Linie und mit Rassismus und Klassenherrschaft relativ sekundär etwas zu tun haben.

Die Theoriekonzeption vom Primat des Patriarchats behauptet, das das Patriarchat die ursprüngliche Herrschaftsform ist von der sich alle Herrschaftsformen ableiten. Das sind alle sekundären Formen von Herrschaft, die daraus folgen, ob es eben Klassengesellschaft ist oder Rassismus.Aus dieser Theorie folgt logisch, daß wenn wir gegen das Patriarchat kämpfen, im grunde genommen gegen alle anderen Herrschaftsformen auch kämpfen. Letztlich ist das eine Wiederauflage des im Märxismus so schön abgesonderten Haupt- und Nebenwiderspruchs, nur daß wir jetzt die Vorzeichen verändert haben, den Hauptwiderspruch im Patriarchat sehen und alles andere sind die Nebenwidersprüche, die sich dann von selbst erledigen.

Diese Theorie der Primats des Patriarchats hat dementsprechend entlastende Funktion für die Frauen, weil sie sie aus den anderen Dominanzverhältnissen gewissermaßen entläßt, und damit aus der Verantwortung für diese und andere Herrschaftssysteme.



28 Leicht gekürzt von LFN

Entpolitisierung durch Identitätspolitik?

Susanne Kappeler

Zum einen geht es mir um eine Kritik an der Identitätspolitik, die in der Frauenbewegung die feministische Politik immer mehr zu verdrängen droht, und die im Zuge der Rassismuskritik angeboten werden, von öffentlichen Diskussionen wie auch von schriftlichen Beiträgen weißer Frauen aus, so zeigt sich, daß die Identitätspolitik - das weitverbreitete Verständnis oder besser, Mißverständnis um den politischen Begriff der Identität - ein Hauptgrund ist, warum die Rassismuskritik von weißen Frauen so wenig verstanden und kaum in ein feministisches Politikverständnis aufgenommen wird. Das ist wohlwollen ausgedrückt, geht es doch von der Annahme aus, daß wir - weiße, westliche Frauen - die Rassismuskritik verstehen und uns mit Schwarzen Frauen solidarisieren wollen würden, und daß uns dies schlicht aufgrund von Unverständnis mißlingt. Eine nüchternere Interpretation wäre es zu sagen, daß die Identitätspolitik das Mittel ist, mit dem weiße, westliche Frauen die Rassismuskritik abwehren und ihre/unsere relativen Machtvorteile gegenüber Schwarzen Frauen, jüdischen Frauen und Immigrantinnen verteidigen und erhalten. Ich gehe von der ersten Annahme aus, nämlich daß wir als Feministinnen das Anliegen haben, uns mit allen Frauen der Welt gegen alle Formen der Unterdrückung zu solidarisieren, um für die Befreiung aller Frauen zu kämpfen. Gerade deshalb scheint es mir so wichtig, daß wir unsere Denk- und Handlungsstrukturen immer wieder kritisch hinterfragen und uns über ihre politische Bedeutung Klarheit verschaffen.

Zudem scheint es mir mehr als dringend, die Frage der politischen Identität, wie wir sie in der Frauenbewegung diskutieren, in Zusammenhang zu stellen mit der Problematik der nationalen und ethnischen Identitäten, die auf der ganzen Welt, und zur Zeit auch im ehemaligen Jugoslawien, in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion, zu Krieg, Vertreibung und Massenmord führt. Auch wenn wir meinen, mit Konsequenzen wie Kriegsgewalt nichts zu tun zu haben, so gehört es mindestens zu unserer politischen Pflicht, uns zu diesen Konflikten zu verhalten. Was heißt es, als Feministin Stellung zu nehmen, und nicht einfach, wie es uns im Kriegsdiskurs angeboten wird, die eine oder andere Partei zu unterstützen? Was ist der Zusammenhang zwischen der Identitätspolitik in unseren eigenen Reihen und den Kriegen die, wie es heißt, im Namen ethnischer, völkischer und religiöser Identitäten geführt werden, die so zu keiner Lösung führen, außer zu immer größeren Zersplitterung in immer kleinere Nationalstaaten? Es gehört doch zum Kern unserer politischen Arbeit, die ideologischen Strukturen der Gewalt, die auch in unserem Denken verankert sind, aufzudecken und uns bewußt zu machen. Denn die Gewalt fängt nicht erst mit den Waffen an, noch ist sie ausschließlich Sache der gesellschaftlichen Strukturen. Wir leben in einer Gesellschaft, die auf Strukturen der Gewalt und der Ausbeutung aufbaut, und deren Kultur - bis hin zu den Formen des Denkens und des Handelns - von diesen geprägt ist.

Durch die Benennung einer Unterdrükkung und Ausbeutung des Rassismus und der damit verbundenen Selbstbenennung der Betroffenen - der Schwarzen Frauen, der Immigrantinnen, der jüdischen Frauen - hat die Frage nach der eigenen Identität unter weißen/westlichen Frauen erneut Hochkonjunktur erfahren. So wird z.B. zu Tagungen eingeladen mit dem Thema "Antirassismusarbeit und weiße, deutsche, nicht-jüdische Frauen". Das heißt, die Rassismuskirtik trifft schlicht auf das schon bestehende Interesse an der eigenen Identität und wird in diesen Kontext absobiert. Die Kritik liefert uns scheinbar einen zusätzlichen Identitätsfaktor - nämlich den Faktor Rasse - mittels dessen unsere Identitäten nun komplexer oder differenzierter aufgeschlüsselt werden. Nicht die angesprochene Form der Unterdrückung und der Ausbeutung von Frauen scheint uns zu interessieren - obwohl wir ja als Feministinnen der Unterdrückung und der Ausbeutung von Frauen den Kampf ansagen; nicht die politische Aussage dieser Kritik scheint uns jedoch zu interessieren, sondern vielmehr wer sie macht, und was sie für "uns" bedeutet. Sobald wir die Frage so stellen, haben wir auch schon das Problem umdefiniert, und zwar aus weißzentrierter Sicht. Wer "wir" dann sind, wen dieses "wir" beinhaltet, ist damit auch schon gegeben, stellt sich ganz von selbst ein. In dieser Umdefinierung wird jedoch explizit, was implizit schon vorhanden war und ein Teil der Rassismuskritik ist, nämlich daß wir ganz automatisch in rassistischen Kategorien denken. Das Erstaunliche ist, daß wir uns nicht nur nicht scheuen, weiterhin in rassistischen Strukturen zu denken und zu handeln, nachdem uns diese durch die Rassismuskritik bewußt gemacht wurde, sondern daß wir diese nun sogar offen und offensiv einsetzen.

Denn das Einzige, was wir als weiße, deutsche Frauen von der Rassismuskritik zu hören scheinen, ist, daß wir weiß und deutsch sind. Wir fühlen uns nicht als Feministinnen von Feministinnen angesprochen, sondern als Weiße von Schwarzen angegriffen. Die Kritik wird als Vorwurf auf Beziehungsebene ab. Damit aber sind wir endgültig aus der feministischen Politik aus- und in die dominante Kultur eingestiegen: nämlich in die Identitätspolitik oder Lobbypolitik, d.h. den Machtkampf zur Verteidigung der kollektiven Selbstinteressen.

Und falls wir das für "Betroffenheitspolitik" halten, so hat diese nichts zu tun mit dem ursprünglichen feministischen Sinn einer Politik, bei der es gilt, die Perspektive der von der Gewalt Betroffenen einzunehmen. Vielmehr ist es eine "Betroffenheitspolitik" in dem inzwischen um- und neudefinierten Sinn, daß uns an einer Sache immer am meisten interessiert, wie wir davon "betroffen" sind. Es geht uns um uns selbst - hier um die Position und die Interessen von weißen/deutschen Frauen. Daß es an Hohn grenzt, dafür den Begriff "Betroffenheit" zu verwenden, wird uns vielleicht eher deutlich, wenn im Zusammenhang der sexuellen Gewalt von "betroffenen Menschen" gesprochen wird, womit "nicht nur Frauen", d.h. die Opfer gemeint sind, sondern auch die Täter. Wenn "betroffen" derart an Bedeutung verloren hat, und auch die Weißen vom Rassismus "betroffen" sind, dann hat das Wort ausgedient, dann können wir gleich zu der Plattitüde zurückkehren, daß Opfer und Täter, Unterdrückte und Unterdrücker, irgendwie beide an der Gewalt und der Unterdrückung "beteiligt" sind. Zur Klärung und zur Analyse der Gewalt- und Unterdrückungsverhältnisse trägt der Begriff nicht mehr bei, denn "betroffen" und "beteiligt" ist nun gleichermaßen, wer es will und tut, und wem es mit Gewalt angetan wird.

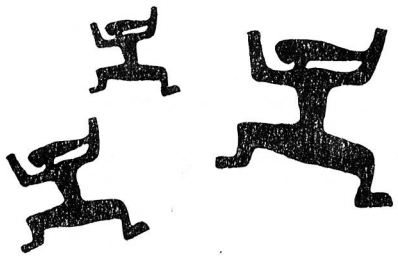
Dieses dominante Denken, das Denken in Identitäten und sog. "Betroffenheit", ist aber nicht erst durch die Rassismuskritik hervorgerufen worden. Höchstens zeigt es sich hier in verschärfter - da explizit rassistischer - Form. Auch sonst ist uns in der Praxis der Unterschied zwischen feministischer Einsicht, daß die Probleme und politischen Ziele von den Betroffenen selbst formuliert werden müssen, zum Vorwand genommen, uns nur noch um die eigene sog. "Betroffenheit" zu kümmern, d.h. nur noch da zu kämpfen, wo es um ein Selbstinteresse geht.

Dies zeigt sich besonders deutlich in der Forderung nach Raum, die auf der Problematik kollektiver Identität beruht. Gerade im Zuge der verschärften Repression gegen die Errungenschaften der feministischen Politik, der Gefährdung von Frauenprojekten durch Kürzungen oder Streichungen von Geldern, hören wir vermehrt wieder die Forderung nach Raum - "Raum für Frauen", "Raum für Lesben" u.s.w. In einer Zeit, wo politische Ansprüche auf Raum im Namen ethnischer, nationaler oder kultureller Identitäten mit Kriegsgewalt durchgesetzt werden, wo Territorien erkämpft und, wie es schon wieder heißt, "gesäubert" werden, um einer Ethnie exklusiv als Lebensraum zu dienen, wo "Deutschland den Deutschen" wieder eine Parole ist, nach der gehandelt wird, da müssen wir uns ernsthaft fragen, was es mit dieser Kombination aus Identität und Anspruch auf Raum auf sich hat.

Meine Kritik wendet sich nicht gegen das Bestehen solcher Räumlichkeiten, noch denke ich, daß diese einfach so den nationalen Territorien gleichgesetzt werden können. Meine Kritik gilt vielmehr der in vielen Fällen politisch untragbaren Argumentation, mit der diese gefordert bzw. verteidigt werden, nämlich schlicht aufgrund von Identitäten.

Wenn z.B. Frauen, nachdem ein städtisches Projekt geschlossen wurde, argumentieren, daß Frauen Räume brauchten, "weil wir noch vorhanden sind", und zwar "um einen Ort zu haben, wo Frauen unter sich sein können", so ist die Frage, was hier "Frauen" heißt,, und unter wem sie sind, wenn sie "unter sich" sind.

Mir geht es darum, daß wir noch einmal überlegen, wie wir eigentlich dazu kommen, uns als Identitäten zu konstituieren. Hat nicht der Feminismus eine radikale Kritik am Konzept der Identität geübt, haben wir nicht die Struktur des patriarchalen Denkens, die uns eine Geschlechtsidentität zuweist, aufs schärfste abgewiesen? Oder haben wir vielleicht den Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis selber nicht verstanden, der uns in scheinbare Widersprüche verwikkelt, etwa daß wir die Geschlechteridentität radikal ablehnen und uns dennoch als sog. Frauenbefreiungsbewegung konstituieren? Oder daß wir den (Hetero)sexismus bekämpfen, der Frauen aufgrund ihrer Sexualität definiert, und gerade für diesen Kampf die politische Kategorie "Lesben" benutzt? Oder daß wir die Gewalt, die uns zu verschiedenen Gruppen von Betroffenen macht, abschaffen wollen, für diesen Kampf jedoch die Politik aus der Erfahrung und Analyse der Betroffenen entwickeln?



Glauben wir vielleicht heute selbst, daß dies wahre Widersprüche sind, und geben deshalb die theoretischen Grundlage auf, um dem Widerspruch zu entkommen? Oder ist uns gar die realpolitische Position, die sich auf den Status Quo stützt, gerade gut genug und sogar bequem geworden, da wir uns in den mittlerweile staatlich geförderten Frauen- und Lesbenidentitäten einrichten können, ohne uns mehr zu erinnern, daß wir von diesen loskommen wollten? Dann allerdings hätten wir alles aufgegeben, was zum politischen Ziel der Befreiung aller Frauen führt, hätten den Bestechungspreis an Hier und Jetzt und Für Mich angenommen: Brotsamen der Macht vom Tisch der Herrschaft, klägliche Gewinne an vermeintlicher Sicherheit und illusorischer Zugehörigkeit - in Form von Identitäten als "Frauen", als "Lesben" u.s.w., und in Form von ein paar Räumlichkeiten.

Identität kommt von "identisch", Gleichsein. Die "Identität" ganzer Gruppen von Menschen entspringt dem Dualismus der Herrscherideologie, die aufgrund ihrer androzentrischen, eurozentrischen, nationalistischen oder rassistischen Normen das "Andere" definiert. Aus Sicht der weißen Norm gibt es die "Anderen", die unter sich alle "gleich" sind, nämlich "nicht weiß". Damit werden die Schwarzen zu einer Identität. Aus Sicht der Männer sind die Frauen das "Andere". "Die Frau", "das Weibliche", eine Gleichheit unter sich aufgrund des einzig relevanten Kriteriums der Norm Männlichkeit. Aus der Arroganz der nationalen Staatszugehörigkeit werden alle ohne den gleichen Paß zu den Fremden. Aus der Sicht meiner selbst, mit der ich vertraut bin, werden alle anderen überhaupt zu den Anderen. Denn der Maßstab für sie alle bin Ich.

Wenn unterdrückte Gruppen von einer "Identitätskrise" reden, z.B. der "Identitätskrise von Immigrantinnen, die seit Jahren in der BRD leben", so nicht, weil ImmigrantInnen nicht wissen, wer sie sind. Die "Identitätskrise" entsteht gerade aufgrund einer von außen aufgezwungenen Identität, einer konstruierten Gleichheit als "Fremde", als "Ausländer", als "Nicht Deutsche, Nicht-Weiße", d.h. aufgrund einer Fremdbestimmung in einer Machtsituation. Identitätszuweisung ist die ideologische Vergewaltigung durch die herrschende dominante Gruppe, eine Gleichmacherei von Menschen unter dem bestimmenden Kriterium von "Rasse" oder "Geschlecht" oder "sexueller Orientierung", die Grundlage zur Ausbeutung.

Die Macht zur Definition, zur Bestimmung der androzentrischen, eurozentrischen, nationalistischen, rassistischen Perspektive und zur Durchsetzung der jeweiligen Norm, beruht auf den strukturellen gesellschaftlichen Machtverhältnissen: der patriarchalen Vormacht der Männer über die Frauen, der Dominaz der Weißen über die Schwarzen und des Nordens über den Süden, der Vorrechte von Staatsbürgerinnerhalb der Nation über alle ohne den gleichen Paß. Und auch die egozentrische Perspektive beruht auf dem strukturellen Machtverhältnis, daß ich im Rahmen meines eigenen Denkens die Definitionsmacht habe, und die, über die ich denke oder auch rede, mir nichts entgegenhalten können, wenn ich sie nicht lasse.

Das Herausbilden eines politischen Identitätsbewußtseins hingegen ist ein Schritt der Politisierung und des Widerstandes unterdrückter Gruppen im Kampf gegen diese Unterdrückung. Es erscheint historisch zur Zeit sich herausbildender Widerstandsbewegungen wie z.B. der "Black Conscious-ness" Bewegung in den USA, der Frauenbefreiungsbewegung oder der Gay Liberation Front, der englischsprachigen Lesben- und Schwulenbewegung. Das heißt, Identitätsbewußtsein ist Produkt und Mittel einer Befreiungspolitik, Identität ein (vorübergehender) Kampfbegriff: Entgegnung auf die Diskriminierung und die Sicht der Norm. "Identität" in diesem Sinne umfaßt das Bewußtsein einer gemeinsamen Geschichte der Ausbeutung und der Unterdrückung, nicht die "Gleichheit" einer Gruppe von Menschen. Sinn und Zweck des politischen Identitätsbewußtseins ist nicht das Feiern einer gefundenen Identität, sondern die Überwindung der rassistischen, sexistischen, heterosexistischen Identität und die Abschaffung aller Kriterien der Diskriminierung und Aus-beutung, sei es Rasse, Geschlecht oder sexuelle Orientierung.

Identitätspolitik, d.h. Interessenpolitik aufgrund sog. Identitäten, ist die Entpolitisierung des Selbstbefreiungskampfes unterdrückter Gruppen. Mit der Identitätspolitik - Frauenpolitik statt feministischer Politik, Lesben- und Schwulenpolitik statt Anti- Heterosexismus-Politik, weibliche Kultur statt Patriarchatskritik - mit der Identitäts- und der ganzen "Differenzpolitik" also, die heute ihren Einzug hält, ist der politische Sinn der kollektiven Bildung eines "Identitätsbewußtseins" unterdrückter Gruppen verloren gegangen. "Identität" ist zum psychologischen und kulturellen Begriff verkommen, dessen befreiungspolitische Bedeutung verloren gegangen ist. Denn wenn heute nicht nur unterdrückte Gruppen ihre "Identität" der Differenz zelebrieren statt sie zu bekämpfen, sondern gar dominante Gruppen wie z.B. Weiße oder Männer oder weiße Frauen oder das "vereinte Deutschland" nach der eigenen Gruppenidentität suchen, so muß uns klar sein, daß es sich bei der Identitätspolitik um ein Machtinstrument handelt. Denn in der Konstruktion von Identität ist das hierarchische Moment verankert, die Grundlage für jedes Machtverhältnis.

Eine weiße westeuropäische Staatsbürgerin erzählte in einem Seminar, wie aufgeregt und erfreut sie einerseits war, daß sie die Möglichkeit hatte, Audre Lorde, die Schwarze Feministin und Dichterin, am Bahnhof abzuholen. Gleichzeitig hätte sie aber auch Angst empfunden, denn sie selber sei ja weder Schwarz, noch lesbisch, noch habe sie Krebs. Dies zeigt vielleicht die groteske Absurdität einer solchen Aussage. Es geht mir hier nicht darum, diese Frau als blöde hinzustellen; es geht mir hier vielmehr um unser eigenes Denken, denn wir alle verstehen, was sie damit meint, wir alle kennen das Phänomen. Die ganze Konstruktion ist zur Volksweisheit geworden: Männer haben "Angst" vor Frauen, Rechtsradikale vor Flüchtlingen, und privilegierte wie z.B. weiße deutsche Frauen empfinden "Lähmung und Ohnmacht" angesichts der Rassismuskritik. Es ist jedoch nicht nur absurd, sondern grenzt an politischen Zynismus, wenn eine Frau, die im Privileg der Weißheit und der Sicherheit der westeuropäischen Weltdominanz lebt, eine Schwarze Frau momentan um ihr Schwarzsein beneidet; wenn sie als Heterofrau in diesem Moment glaubt, es wäre besser, Lesbe zu sein, und aus ihrer Gesundheit heraus den Mangel an Krebs bedauert. Denn in dieser Situation geht es in keiner Weise um die Realität dessen was mit Schwarz, Lesbisch und Krebs angesprochen wird - weder um die lebenslange Diskriminierung und Unterdrückung, um das Leiden einer Schwarzen Frau in der weißdominierten Gesellschaft, noch um die Diskriminierung und Benachteiligung eines Lebens als Lesbe in der heterosexistischen Gesellschaft,

noch um das grausame Leiden einer Krebskranken, ihre Schmerzen und ihr Bewußtsein des drohenden Todes. In dieser Situation geht es um Macht: um das Kalkül der Vor- und Nachteile des Ichs im Zusammenhang mit dem Gegenüber, die Berechnung der Beziehung für den Moment der Begegnung. Nur für diesen gilt Unterdrückung als Vorteil, nur für die Dauer der Begegnung hält der Neid hin. Es zeigt den Grad der Verkommenheit unserer Politkultur und die Unernsthaftigkeit unseres politischen Engagements in der Szene, daß die Realität gelebter und erfahrener Unterdrückung zu bloßen Zeichen geworden sind, zu invertiertem Status uns zu Unterdrückungskrediten, mit denen wir andere zu unter oder überbieten suchen.

Faktoren gesamtgesellschaftlicher Machtverhältnisse werden hier zu unveränderlichen "Eigenschaften", zu fixen Partikeln einer Person, die ihr scheinbar innewohnen, unabhängig von den Machtverhältnissen spezifischer Situationen. So fragen sich heute weiße deutsche Frauen oder Lesben, "wie verhält sich unser Lesbischsein zu unserem Weißsein?" - wie wenn "lesbisch" oder "Frau" oder "weiß" eine Frage des Seins wären.

Politische Identität ist keine Frage des Seins: Wenn wir uns im Zuge feministischer Politik als Frauen, als Lesben, defininieren, und Männer als Männer benennen, so nicht, um zu wissen, wer wir wirklich sind. Vielmehr tun wir dies als politische Strategie, um auf die Unterdrückung von Frauen durch die Männer, von Lesben durch die Heterogesellschaft, hinzuweisen. Das Problem mit den Männern ist nicht, daß sie Männer sind; das Problem ist nicht, daß Heterosexuelle solche sind, sondern was die Zwangsheterosexualität für Frauen und Lesben bedeutet. So ist unser Problem auch nicht, daß wir weiß sind, unser Problem ist die Ausbeutung und Unterdrükkung von Schwarzen, die von Weißen und im Namen der Weiße betrieben wird. Die Frage ist, was wir selber dagegen tun oder eben nicht tun. Wie Audre Lorde auch immer wieder sagt: es kommt nicht darauf an, was Du bist oder ob Du weiß bist, es kommt darauf an, was du tust, wie Du Dich politisch verhältst. Politische Identität ist kein Faktor des Seins, sie bezeichnet eine hierarchische Relation zwischen zwei gesellschaftlichen Gruppen, die Ungleichheit und das Machtverhältnis abzuschaffen. Dazu bedarf es keiner "betroffenen" Identität, dazu bedarf es des politischen Willens.

Wir wissen eigentlich, daß diese sog. Identitäten keine Kategorien des Seins sind, daß es nicht Frauen und Lesben und Schwarze Frauen und Schwarze Lesben und Immigrantinnen u.s.w. gibt, daß diese Gruppen nicht neben einander bestehen: denn wer ginge ins Frauenzentrum, wer ins Lesbenzentrum, wer in die Etage der Schwarzen Frauen, wer ins Schwarze Lesbenprojekt, wer gehört zum Verein älterer Lesben, wer in den Mädchenladen? Führen wir die Analyse der relevanten Machtverhältnisse konsequent bis zu Ende, so landen wir bei den individuellen Frauen - jede quasi eine Gruppe für sich - bei denen also, um die es uns geht: jede ein Mensch, einmalig, unersetzbar, nicht Beispiel einer Gruppe und daher austauschbar.

Trotzdem lassen wir uns von der Identitätspolitik immer mehr dazu verleiten, politische Identität auf der psychologischen Ebene als sinnstiftend für das persönliche Selbstverständnis, die sog. persönliche Identität zu verstehen. Die Faktoren der politischen Identität berühren aber die Frage nach dem "Wer bin ich" nur von außen, denn jeder Faktor hat ja nur Sinn in bezug auf seinen Gegenpol. Einmal "bin" ich Frau, einmal Lesbe, mal Referentin, mal Teilnehmerin, einmal Weiße, einmal Schweizerin, einmal Ausländerin, einmal christlich, einmal konfessionslos, jenachdem, was das angesprochene Machtverhältnis ist. Wieviele dieser Faktoren ich auch zusammentrage - "weiße deutsche christlichsozialisierte lesbische u.s.w." - es sagt nichts darüber aus, wer ich bin. Im Gegenteil, ich benenne damit genau das, was ich mit andern gemeinsam habe, Zugehörigkeiten zu größeren Gruppen. Wer ich bin, ist nicht die Summe solcher Zugehörigkeiten, wer ich bin, ist was ich tue ... Der Sinn einer persönlichen Identität ließe sich höchstens hier finden, nämlich in dem Bemühen um die Überwindung von Widersprüchlichkeiten im eigenen Handeln, um einen Zusammenhang des Handelns aus einer politisch "identischen" Position.

Die Frage ist also, warum wir trotz besseren Wissens Identitätspolitik betreiben. Die Antwort liegt, wie schon gesagt, in der Macht und den Machtvorteilen, die eine Politik mit Identitäten bietet. Denn definieren wir Zusammengehörigkeiten, so definieren wir gleichzeitig auch den Ausschluß oder die Ausgrenzung. So wird die Frage nach dem "Lesbischen Wir" ganz selbstverständlich nicht nur über die Zugehörigkeit formuliert - "Wie könnte es sich abgrenzen gegen HeteroIdentitäten.

Jede sog. Identität auch die der Opfer von Unterdrückung wie "Frauen", "Lesben" u.s.w., definiert im Zuge der Zugehörigkeit die NichtZugehörigkeit. Es braucht sich bloß der Bezugsrahmen zu ändern, und die Tatsache, daß wir nun selber definieren statt definiert werden. Wir kennen das beispielsweise aus den autonomen Frauenzentren, wo die in der Gesellschaft diskriminierte Identität der Lesben plötzlich zur dominanten Zugehörigkeit innerhalb des Zentrums wird. Und wir kennen es aus den Beziehungen, wo auch ein Opferstatus zum Machtfaktor werden kann. Wir haben hier also nicht ein Machtverhältnis infrage gestellt um es abzuschaffen, wir haben uns schlicht einen Rahmen geschaffen, der das Machtverhältnis umkehrt. Und gerade darin liegt die Brisanz des Faktors Raum.

Raum Territorium sind der Rahmen, den es braucht, um Dominanz herzustellen. Wer in Deutschland eine Minderheit ist, gehört in der Welt zur Mehrheit. Wer in Deutschland zur Mehrheit gehört, ist in der Welt eine Minderheit. Daraus ergibt sich auch die Forderung von Minderheiten, die im nationalen Rahmen unterdrückt werden, nach einem eigenen Territorium, wo sie nicht nur zur Mehrheit werden, sondern die Bestimmungsmacht haben. Dabei spielt aber der zahlenmäßige Anteil gar nicht die entscheidende Rolle, wie wir als Frauen als erste wissen müßten. Männer kontrollieren die Staatsapparate, und machen die Frauen zur politischen "Minderheit" über die Schwarze Mehrheit. Im Kosovo wird die albanische Bevölkerung von einer serbischen Minderheit mit Staatsgewalt unterdrückt.

Auch die sog. "positiven Identitäten", wie wir sie aus so vielen Befreiungsbewegungen kennen, deren Kampf gegen ihre Unterdrückung wir unterstützen, entspringen im Ursprung den Kriterien und dem Bezugsrahmen der Unterdrückung. Richtet sich die Befreiungspolitik nicht grundsätzlich gegen Unterdrückung, sondern nur gegen die eigene Betroffenheit, dann bleibt sie auch bei der Polarität der Zugehörigkeit und des Ausschlusses, beim Prinzip der Dominaz und der Unterwerfung. Daß ein eigenes Territorium nicht automatisch eine andere Minderheitenpolitik garantiert, wissen wir aus der Geschichte.

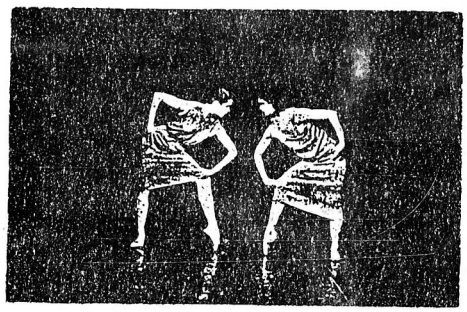
Gerade darin liegt der Unterschied zwischen feministischer Politik und Frauenpolitik. Unsere Kritik richtet sich grundsätzlich gegen das Prinzip der Dominanz und der Unterwerfung, nicht nur gegen die Unterdrückung der Frauen, weil es Frauen sind. Ziel ist die Abschaffung von Unterdrückung und die Abschaffung der Parteien, nicht ein Machtwechsel unter den Parteien. Wenn wir in der realpolitischen Situation Partei für Frauen ergreifen, so nicht, weil es Frauen sind, sondern weil Frauen unterdrückt werden.

Die feministische Kritik hat für diese theoretische Differenzierung gekämpft, nämlich, die systematische und strukturelle Unterdrückung zu beschreiben und zu bekämpfen, ohne der Identitätspolitik zu verfallen. Zu sagen "Frauen kriegen Kinder" ist die Grundlage des Sexismus. Als Feministinnen insistieren wir auf dem Unterschied: "Die, die Kinder kriegen, sind Frauen". Ebenso schulden wir es unseren eigenen Prinzipien, nicht zu sagen, "(Alle) Männer sind Vergewaltiger", sondern "Die, die vergewaltigen, sind Männer" - auch wenn es andersherum einfacher wäre.

Ebenso deutlich sollten wir als Feministinnen auch in ethnischen und nationalen Konflikten gegen die Identitätspolitik Stellung nehmen. Auch wenn wir sehen, daß die serbisch dominierte ehemalige jugoslawische Bundesarmee Krieg in Kroatien und Bosnien-Herzegowina führt, und das im Namen "der Serben" und eines großserbischen Anspruches, so können wir uns nicht erlauben zu sagen, die Serben sind die Aggressoren, oder die Aggressoren sind Serben. Auch Serben gehören zu den Opfern serbischer Angriffe, und auch Kroaten und Muslime

agieren als Aggressoren. Ob sie das können oder nicht, hängt von dem spezifischen Handlungsrahmen ab. Und ob sie es tun oder nicht, hängt von ihrem politischen Willen ab. Die Kampflinien verlaufen nicht zwischen den ethnischen Gruppen, sondern zwischen den Tätern und ihren Opfern. Unser Kampf gilt der tatsächlichen Gewalt und den tatsächlichen Aggressoren, unsere Unterstützung den tatsächlichen Opfern. Um zu wissen, wer Täter und wer Opfer ist, müssen wir die realen Tatbestände analysieren; wir können nicht die Abkürzung über die Identitätspolitik nehmen, die die "Guten" und die "Bösen" per Identität festlegt.

Das Problem der Identitätspoltik ist gerade, daß im Namen der Identität, d.h. der Kollektivität von potentiell Zugehörigen, eine Politik gemacht wird von Wenigen, die Macht haben innerhalb dieser Gruppe und innerhalb eines bestimmten Handlungsrahmen. Das heißt, sie ist selber eine Form der Ausbeutung, und zwar derer, in deren Namen die Politik gemacht wird und die sie nicht selber machen. Denn nicht nur besteht kein politisches Mandat von den Zugehörigen allgemein, es fehlen auch die Bemühungen, die Interessen und politischen Ziele aller dere, in deren Namen gesprochen wird, zu ermitteln. Gerade dies ist ein Hauptkritikpunkt von Schwarzen Feministinnen an weiße "Frauen" oder "Lesben". Insbesondere aber ist es eine Form der Ausbeutung, wenn unter dem Deckmantel der scheinbaren "Gleichheit der Unterdrükkung" das Leiden Anderer für die eigenen politischen Zwecke funktionalisiert wird.



So müssen wir uns auch fragen, was es bedeutet, daß heute vermehrt Forderungen nach Raum - nach Frauenräumen, nach Raum für Lesben, und nach sog. Freiräu-men - auf der Tagesordnung stehen. Auch hier wird im Namen großer Kollektivitäten gefordert, wobei im Zweifel steht, ob diese Forderungen wirklich den Interessen und politischen Zielen dieser ganzen Gruppen gerecht werden. Außerdem wissen wir, daß die Frauen, die oft an vorderster Stelle dieses Kampfes um Freiräume stehen, nicht selbst zu den vielen Frauen gehören, die über keinen Raum autonom bestimmen können, sondern im persönlichen Leben relative Unabhängigkeit von Männern genießen und an und ab mal "unter sich" sein können. Ganz abgesehen davon, daß wir uns fragen sollten, von wem hier eigentlich gefordert wird. Raum wird vom Staat gefordert, wie die Anerkennung als Republik der EU oder der UNO.

Was im Namen ganzer Identitäten von einigen Wenigen gefordert wird, ist in Realität auch nur für einige Wenige. Aus der politischen Kollektivität der Betroffenen wird in Wahrheit eine Gemeinschaft derer, die an der Politik und der Macht teilhaben und zu den Wenigen dazugehören. Schauen wir uns als Beispiel Sarah Hoaglands Argument in "Die Revolution der Moral: Lesbischfeministische Perspektiven" an. Es geht mir hier weniger um ihr Buch, als um ihr Verständnis von Gemeinschaft und Raum, welches für die Identitätspolitik in der Frauenbewegung symptomatisch ist, und hier als Beispiel dienen kann.

Es geht um "Wir Lesben", um eine "lesbische Gemeinschaft". Den einen geht´s um die Europäische Gemeinschaft, den andern um die Lesbische. Die Identität, die zur Mitgliedschaft berechtigt, mag unterschiedlich sein, das Prinzip ist das gleiche: Zugehörigkeit und Ausschluß. Das Ziel der "Neuen Frauen- und Lesbenbewegung" in den USA beschreibt sie wie folgt: "Unsere erste Aufgabe war es, Raum für Lesben zu schaffen (S.241). Was es in solchem Raum zu tun gab, wird auch gleich klar: "Wir konzentrierten uns auf uns selbst" (S.241).

Während der Lesbenwoche von 1985 in Berlin verkündete eine Frau: "Wir Lesben sind ein Volk und ich will nur für mein Volk arbeiten". Schwarze, jüdische und andere Lesben waren empört über diese "großherrliche Bemerkung, die den (oft unterschwelligen) Rassismus weißer Frauen und Lesben in deutliche Worte kleidete", wie es heißt in der Beschreibung zur Veranstaltung "Gibt es ein lesbisches Wir" im Katalog der Bremer Frauenwoche 1991). Die Frage ist, ob sich vom "Volk" 1985 bis zum "Wir" von 1991 viel geändert hat. Zwar hat das Wort "Volk" im Deutschen und aufgrund der deutschen Geschichte eine besondere Anrüchigkeit, was im Urteil "großherrlich" auch angedeutet ist. Aber ob es eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Kritik an dieser Konzeption eines "lesbischen Volkes" tatsächlich gegeben hat, bleibt fragwürdig, wo das "Volk" nur durch scheinbar weniger "großherrliche" Konzepte wie "Wir" oder "Gemeinschaft" ersetzt wird.

Sarah Hoagland schreibt in ihrem Vorwort, sie diskutiere auch traditionelle Inhalte, "besonders die Aspekte der Tradition, die von Lesben aufgegriffen wurden"; sie "finde es wichtig, daß wir wissen, woher diese Ideen stammen und wie die Tradition unter uns weiterwirkt". Eine dieser Traditionen ist aber gerade die von ihr nicht hinterfragte und als Selbstverständlichkeit vorausgesetzte "Lesbengemeinschaft", zu deren Tradition in der weißen Frauenbewegung der USA sowohl die "Lesbian Nation" wie Joan Nestles "my people" gehört. So wundert es auch nicht, daß diese Gemeinschaft, fast so wie die "Nation", ihre Staatsbürgerschaft und ihre Grenzen hat: "Beim Aufkommen der Frauenbewegung in den USA ... haben wir (Lesben) der patriarchalen Gesellschaft unseren Rücken gekehrt und uns aufeinander konzentriert" Während die feministische Politik der Frauenbewegung sich der patriarchalen Gesellschaft gerade zuwendete, sich einmischt und ihr den Kampf ansagt, dreht diese "Lesbengemeinschaft" ihr den Rükken.

"Dabei enstanden Hunderte von Lesbenprojekten: Kollektive, Zeitungen, Schallplattenfirmen, Buchläden, Druckereien, Filmgesellschaften, Frauenschulen, Lesbenzentren, Bibliotheken und Archive, Kreditgenossenschaften, Magazine, Gesundheits-

zentren, Restaurants, Radiosender, Lebensmittelkooperativen, Rehabilitationszentren für Alkoholikerinnen, Notrufeinrichtungen, Frauenbands, Lesbencamps, Musikfestivals, mehr Lesbenbars und, und, und," . Mit anderen Worten, alles, was es zum Leben so braucht - eine nahezu zur Unabhängigkeitserklärung breite Lesbische Republik.

Die Politik dieser Republik ist keine feministische, sondern eine "nationalistische": Ein Bemühen darum, daß es "uns", unserem Volk, so gut wie möglich gehe, daß es sich einrichtet in eigenen Lebensraum und der eigenen "Kultur". Was außerhalb der Landesgrenzen geschieht, was auch Frauen außerhalb dieser selbsterwählten "Gemeinschaft" betrifft, ist nicht unsere Verantwortung: wir konzentrieren uns auf uns selbst. Hoagland betont: "Lesben lieben Lesben" (S.18). Dem können wir anfügen: Deutsche lieben Deutsche, Franzosen lieben Franzosen. Wie Le Pen es einmal erklärte: "Ich liebe meine Töchter mehr als meine Cousinen, meine Cousinen mehr als meine Nachbarn, meine Nachbarn mehr als Fremde."

So gibt es auch den Feind im Nachbarland: dort nämlich wohnen "die Patriarchen" - auch sie eine Nationalität und Identität. Hier geht es nicht mehr um den feministischen Kampf gegen unterdrükkerische patriarchale Gesellschaftsstrukturen, sondern um Krieg mit dem Stamm "der Patriarchen". "Was wir von den Patriarchen gewonnen hatten, ging wieder verloren ... Unser Bemühen, eine Lesbengemeinschaft aufzubauen, war von außen und von innen erstlich bedroht"

Es hört sich an wie die Geschichte einer Pioniergesellschaft, mit ihren "Errungenschaften" und Verlusten.

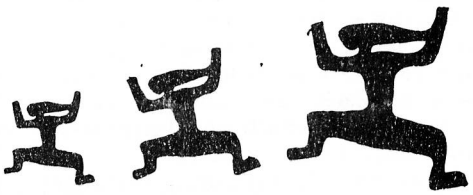
Von Ausbeutung ist nicht mehr die Rede, und "Unterdrückung" fungiert nur noch als ein vager Störfaktor in der Umwelt. So meint Hoagland: "Wenn die Unterdrückung ein Ende nehmen soll, müssen wir aus ihr ausziehen" (S.17, m.H.). Wohl ins Land der Lesbischen Republik, wo die Luft rein ist.

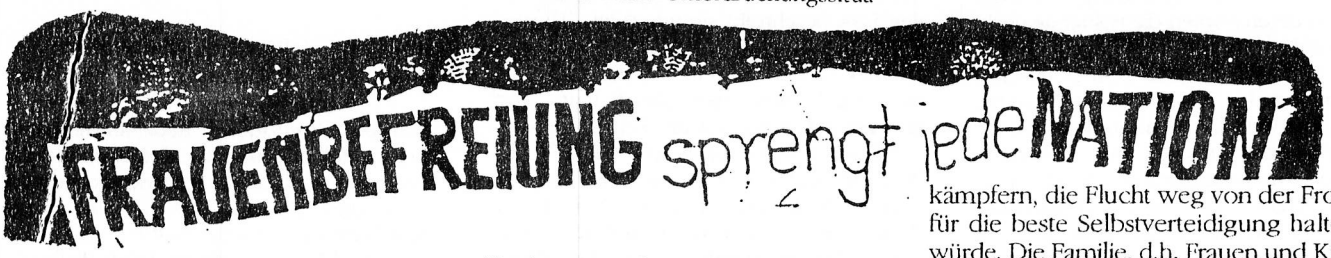
Hier gibt es keinen Kampf zur Befreiung aller Frauen, keine Politik gegen die Ausbeutung und die Machtverhältnisse. Vielmehr handelt es sich um den Rückzug in einen separaten Lebensraum, um den Aufbau einer vorbildlichen Republik eines besonderen Volkes, dessen überlegene Moral die Welt verändern wird. Denn "Lesben" sind an sich eine besondere Rasse: "In jeder Lesbe steckt etwas von dem Geist, der mir für die Art ethischer Begriff, an denen ich interessiert bin, we-sentlich zu sein scheint. Es ist eine bestimmte Fähigkeit zum Widerstand und zu einer neuen Perspektive, und eben diese Fähigkeit aller Lesben zieht mich an"

Da "Lesben" oder "Frauen" scheinbar die besseren Menschen sind, wollen wir uns exklusiv mit ihnen aufhalten. Ihr politisches Verhalten ist nicht mehr wichtig, da wir in den Urlaub fahren: " (Wir) brauchten eine Erholung vom Heterosexualismus ... wir brauchten ausreichend Zeit und Raum für unsere Neuerungen ... Wir konzentrierten uns auf uns selbst. Wir erzählten einander unser Coming-out-Geschichten. Wir feierten das Lesbischsein ..." (S,241). Das war damals, beim Beginn der Neuen Frauen- und Lesbenbewegung. Und heute? "Jetzt ist die Zeit der gründlichen Neubewertung gekommen, und es ist meiner Meinung nach auch die Zeit des Feierns ... Heute ist also die Frage: Machen wir weiter? Können wir uns ... eine Auszeit gönnen, uns auskurieren und erholen, das Spiel lernen und wieder zusammenkommen? Wir haben den Raum für Lesben und lesbisches Leben in die Welt gesetzt ..." (S.243).

Was Hoagland hier für die Gemeinschaft der "Lesben" einfordert, ist symptomatisch für breite Tendenzen auch in der "Frauenbewegung": der selbstverständliche Gebrauch einer Kollektividentität, eines "Wir Frauen" oder "Wir Lesben", das über die Unterschiedlichkeit von Frauen und ihren Unterdrückungssituationen, und damit über die Unterschiedlichkeit ihrer politischen Prioritäten hinwegtäuscht. "Wir" heißt "ich und die Meinen", und "unsere" Anliegen stehen zuvorderst. Bezugspunkt zur Identifizierung sind die, die mir in allen Aspekten so ähnlich wie möglich sind - nicht nur in bezug auf meine Diskriminierung als Lesbe, sondern vor allem in bezug auf meine Privilegien und meine Prioritäten. Das Ziel ist Raum fürs Feiern und fürs Spiel, eine Auszeit von der politischen Realität.

Die Frage ist, gab und gibt es je eine Inzeit?





"Als Frau habe ich kein Land" - aber einen deutschen Paß

Strukturen des Nationalismus in der deutschen Frauenbewegung

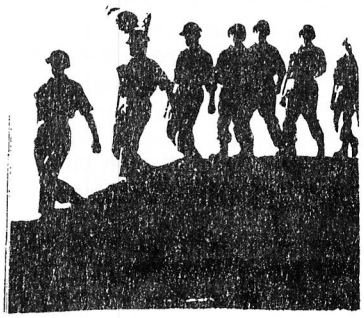
Susanne Kappeler

Die Nation als Staat - ein Männerbündnis?

Die vielzitierte Aussage von Virginia Woolf "Als Frau habe ich kein Land" oder die sehr ähnliche von Ilse Frapan "Wir Frauen haben kein Vaterland" scheint vielen deutschen Frauen aus dem Herzen zu sprechen. Wir sollten jedoch den Kontext berücksichtigen, in dem diese Aussagen gemacht wurden. Beide Frauen drücken damit aus, daß nationale Zugehörigkeit, Nationalismus und Patriotismus Männersachen sind, "denn Frauen bindet kein Fahnen-, kein Bürgereid", wie Frapan 1899 schreibt. Nicht nur sind Männer die eigentlichen Staatsbürger, die Staatsbürgerschaft, die die Rechte eines Bürgers festschreibt, ist auch ganz zentral mit seiner Pflicht verbunden, für das "Vaterland" als Soldat zu kämpfen. Diese enge Zusammengehörigkeit von Rechten und Pflichten bezüglich der Staatszugehörigkeit hat nicht nur in all den Diskussionen um das Frauenstimmrecht eine große Rolle gespielt - sie spielt es heute noch, und zwar in der Diskussion darüber, ob Frauen, da sie nun Bürgerinnenrechte haben, auch in die Wehrpflicht einbezogen werden sollten.

Doch es ist nicht einfach so, daß Recht und Pflicht zusammengehören - woraus sich mit einiger Klarheit ergäbe, daß auch Frauen die Wehrpflicht übernehmen müßten. Vielmehr steht die tradierte ideologische Legitimation der "Landesverteidigung", d.h. der kriegerischen Auseinandersetzung mit anderen Staaten, in direktem Zusammenhang mit dem Schutz von Frauen und Kindern, denn es gilt, "für die wehrlosen Frauen und Kinder zu Hause zu kämpfen". Was also, wenn auch Frauen an der Front wären?

Heroismus und Kampfbereitschaft müßten dann grundlegend neu konstruiert werden als eine patriotische Verantwortlichkeit gegenüber dem Staat, die sich nicht mehr über die sentimentale Bindung des einzelnen Mannes an seine Familie, d.h. über sein Interesse am eigenen Privatraum definieren ließe. Daß es jedoch mit der Verantwortlichkeit gegenüber dem Staat nicht so weit her ist, ohne ihre Verankerung im Privatraum Familie, wissen auch die Militäridcologen. Ebenso wissen sie, daß manch ein einzelner Kämpfer ohne die Motivation, heroisch für wehrlose Frauen und Kinder zu kämpfern, die Flucht weg von der Front für die beste Selbstverteidigung halten würde. Die Familie, d.h. Frauen und Kinder, ist also für den Militarismus von zentraler Bedeutung zur ideologischen Legitimierung des Krieges und zur Konstruktion des nationalen Patriotismus bei den Männern; außerdem im ökonomischen Sinn zur Aufrechterhaltung der industriellen Produktion im eigenen Land.



Mit anderen Worten, die nationale Staatszugehörigkeit ist historisch und ideologisch zutiefst mit dem männlichen Selbstverständnis verbunden; sie ist ein Faktor in der Konstruktion bürgerlicher Männlichkeit, Frauen hingegen sind traditionell mit dem Staat nur indirekt verbunden, nämlich über ihren Bezug zu Männern - als deren Frauen, Mütter, Töchter und Schwestern.

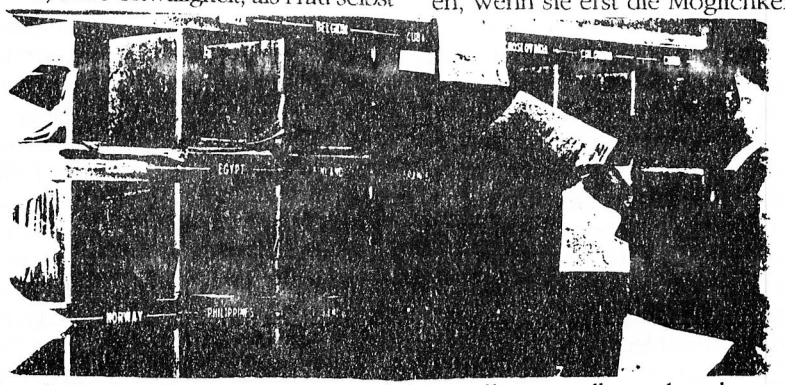
Dem geben Woolf und Frapan Ausdruck, indem sie feststellen, daß Frauen eigentlich kein "Vaterland" haben. Mehr noch, sie sagen auch, daß sie als Frauen keines haben wollen, daß sie sich eine grundsätzlich anders gestaltete Gemeinschaft vorstellen - nämlich eine Zugehörigkeit zur Welt und zur ganzen Menschheit: "Als Frau will ich kein Land. Für mich als Frau ist die ganze Welt mein Land", so Woolf, oder in den Worten Frapans: "Heimatlos sind wir nicht, unsere Heimat ist die Erde, unser Volk ist die Menschheit." Vaterland und Nation sind Männerbündnisse, deren Struktur auf Einschluß und Ausschluß, auf Herrschaft und Gegnerschaft beruhen. Das patriachale Männerbündnis gleich welcher Art, ob Klan oder Club, Geschäftsgemeinschaft oder Mafia, Volk, Staat oder Familie, Ethnie oder Nation, konstituiert sich nur als Bündnis und Zusammenschluß der "einen" aufgrund des Ausschlusses von "anderen".

"Als Frau ist die ganze Welt mein Land"?

Als Frauen und Feministinnen haben wir eine Kritik an dieser Struktur des Männerbündnisses und nicht nur daran, daß es ein Bündnis von Männern ist, sondern auch daran, was für ein Bündnis es ist.

"Auch Frauensolidarität" ist demnach nicht denkbar in der Form, wie sie heute manchmal propagiert wird, nämlich als ein Frauenbündnis nach dem Modell des Männerbündnisses. Denn wenn wir als Frauen in diesem Sinne kein Vaterland haben oder anerkennen, dann verstehen wir uns auch als in einer Frauensolidarität verbunden, die alle Frauen einschließt.

Diese Kritik am männlichen Nationaldenken, diese Unwilligkeit, als Frau selbst



ins nationale Denken hineingezogen zu werden als Basis für eine entgegengesetzte Politik der Verantwortlichkeit für die ganze Menschheit und für den Widerstand gegen alle Teilungen der Menschheit, sind Elemente der Aussagen von Woolf und Frapan, die wir für uns erhalten können.

Allerdings konstruiert sich die Nation, wie wir schon gesehen haben, nicht schlicht auf dem Prinzip von Einschluß und Ausgrenzung, als ein Bündnis der einen Männer gegen andere Außenstehende. Zwar sind die Nation oder das Volk oder der Stamm oder die Ethnie alles Konstrukte, basierend auf ganz bestimmten Kriterien, die von Nation zu Nation, von Volk zu Volk unterschiedlich sind. Die konstruierte Gemeinschaft braucht jedoch für ihre Reproduktion Frauen, was nicht durch Ausgrenzung und Ausschluß, sondern durch Unterwerfung und Funktionalisierung innerhalb der Gemeinschaft oder des Staates bewerkstelligt wird - d.h. durch die sexistische Unterdrückung im nationalen Rahmen. Damit werden Frauen zu den Frauen der Männer der Nation. Ebenso gibt es andere, im Territorium oder in der Gemeinschaft lebende Männer und Frauen, die ebenfalls mittels Sklaverei, Leibeigenschaft, Klassismus und bestimmter Kriterien der Nicht-Zugehörigkeit im und für den Nationalstaat funktionalisiert und ausgebeutet werden.

Was die Staatsangehörigkeit im modernen europäischen Nationalstaat betrifft, so hat uns das zwanzigste Jahrhundert das Frauenstimmrecht gebracht; Frauen sind also zu Staatsbürgerinnen geworden, auch ohne militärische Wehrpflicht. Das heißt, wir haben eine nationale Zugehörigkeit nicht nur aufgrund unserer Beziehungen zu Männern, sondern auch als ein eigenes und persönliches Recht. Dies bedeutet auch, daß wir uns nicht länger als nicht mitverantwortlich für die Geschehnisse im eigenen Nationalstaat betrachten können.

Während Frauen der ersten Frauenbewegung noch mit fester Überzeugung glauben konnten, daß der ganze schlimme Zustand der Welt und der Gesellschaft - Ungerechtigkeit und Ausbeutung, Krieg und Zerstörung - das Werk von Männern sei, daß Frauen daran keine Mitschuld hätten, weil sie keine Mitverantwortung trügen, während sie ebenso fest davon überzeugt waren, daß Frauen, wenn sie erst die Möglichkeit dazu hätten, alles grundlegend anders und besser machen würden, so können wir das heute nicht mehr glauben.

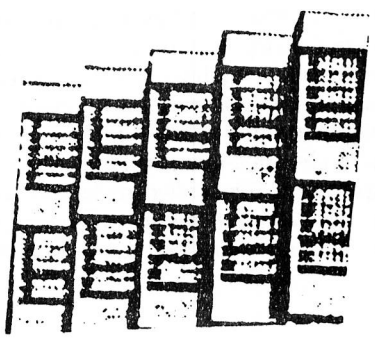
Als Frauen stehen wir heute grundsätzlich vor einer anderen Situation als unsere Vorstreiterinnen der ersten Frauenbewegung. Der Glaube an das weibliche Geschlecht, an die Bereitschaft von Frauen, Politik in einem anderen Sinne, in gemeinschaftlicher Verantwortung zu machen, ist eine Illusion, der wir nicht mehr nachhängen können. Wir sehen, daß Frauen es auf allen Ebenen den Männern gleichtun: im politischen wie im Berufs- oder "Privatleben". Wir haben uns nicht als Frauen, als die halbe Bürgerinnenschaft, mit aller Klarheit gegen die alte Männerwirtschaft gewandt, um eine radikale Kehrtwende in der Politik zu erreichen.

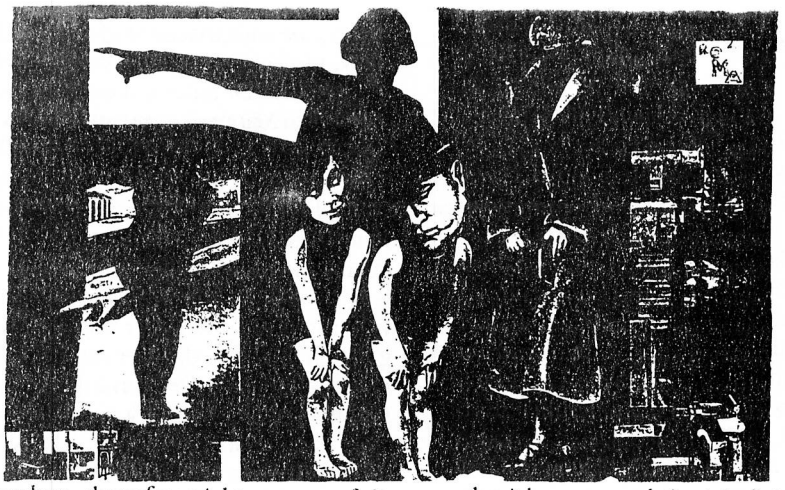
Seit wir das Stimmrecht haben, sind wir mitverantwortlich für das, was in unseren Nationalstaaten geschieht. Insbesondere tragen wir den männerbündlerischen Staaten und seine Feindseligkeit nach außen aktiv mit, es sei denn, wir machen den Kampf gegen die Nationalstaatlichkeit, den Kampf für die Abschaffung der Nationalstaaten, zum zentralen Anliegen unserer Politik. Dies scheint aber im großen und ganzen nicht der Fall zu sein. Der Kampf gegen Nationalismus und den Nationalstaat ist bis heute nicht vorrangiges Ziel der westlichen Frauenbewegungen.

Zudem hat sich die Illusion, Frauen seien das bessere Geschlecht, hätten kein "Vaterland" und keine Nationalität, schon am Anfang des Jahrhunderts zerschlagen, als Frauen noch kein Stimmrecht hatten. Als das deutsche Kaiserreich Europa in den ersten Weltkrieg stürzte, da zeigte sich, daß Frauen sehr wohl ein Land hatten. Die europäischen Frauenbewegungen, ob in Deutschland oder England oder sonstwo im damaligen Europa, entschieden sich im Krieg allesamt für den Patriotismus und damit für den Krieg. Nur ganz wenige *einzelne* Frauen versuchten weiterhin, dem Verständnis treu zu bleiben, daß Frauen kein Vaterland haben wollen, also auch nicht "für" ein Land und "gegen" ein anderes sein können, und versuchten weiterhin, die transnationale Frauensolidarität und den Kampf gegen den Krieg und für den Frieden aufrecht zu erhalten und eine internationle Frauen-Friedenskonferenz zu organisieren. Aber keine einzige Organisation der Frauenbewegung ging das Risiko ein, die Friedensbemühungen der antinationalistischen Frauen auch nur zu unterstützen. Denn im Krieg betrachtet der Nationalstaat Friedensbestrebungen als Hochverrat.

Gleichberechtigung und nationale Privilegien

Nationalisismus und nationale Zugehörigkeit sind also nebst allem, was wir daran zu kritisieren haben, auch unvereinbar mit Frauensolidarität. Denn Nationalität bedeutet, daß sich eine Deutsche einem Deutschen mehr verbunden fühlt, ihm näher steht als einer Frau einer anderen Nationalität. Zwar denken wir vielleicht, daß das für uns persönlich nicht zutrifft, daß wir einer Holländerin näher stehen als einem deutschen Mann. Es geht jedoch nicht um unsere individuellen und persönlichen Gefühle. Tatsache ist, daß wir unsere Politik, auch unsere Frauenpolitik, in vieler Hinsicht genau in dieser Weise betrieben haben und betreiben: als eine Gleichberechtigungspolitik im nationalen Rahmen. Das heißt, wir wollen gleich viel verdienen wie deutsche Männer, die gleichen Rechte wie deutsche Männer, die gleichen Privilegien wie deutsche Männer - unsere Politik bezieht sich auf die deutschen Männer und die deutschen Frauen, kaum auf die Frauen anderer Nationalitäten. Wenn Frauen anderswo weniger Rechte haben als wir, so ist uns das weniger Anlaß zum politischen Kampf als die Diskrepanz im Vergleich zu den deutschen Männern.





Wir denken dabei gar nicht an eine Vorliebe für deutsche Männer oder eine Indifferenz gegenüber Frauen anderer Länder - wir akzeptieren schlicht, daß der nationale Rahmen und die nationale Schicksalsgemeinschaft der "natürliche" Rahmen für unsere Politik ist. Das heißt, mit der Gleichberechtigungspolitik sind wir zutiefst im nationalen und nationalistischen Denken verwurzelt.

Natürlich geht es nicht darum, daß wir den Kampf von Frauen in anderen Ländern führen. Es geht mir darum zu zeigen, daß wir in nationalen Kategorien denken, und zu fragen, wie unsere Politik und unsere Forderungen aussähen, wenn sie von unserer Solidarität mit den Frauen statt von unserer Konkurrenz mit deutschen Männern bestimmt wären. Das nationalistische Denken hindert uns insbesondere daran, die Probleme von Frauen anderer Nationalitäten im eigenen Land und in anderen Ländern im Zusammenhang mit uns selbst zu sehen - sei es im Zusammenhang mit unseren Problemen als Frauen, sei es im Zusammenhang mit unseren nationalen Privilegien. Eine Diskussion der Prostitution und des Frauenhandels im nationalen Rahmen beispielsweise ist ein absoluter Unsinn - und doch haben nationale Frauenbewegungen immer wieder für rechtliche Regelungen im eigenen Land, ohne Berücksichtigung der Konsequenzen für Frauen anderswo gekämpft.

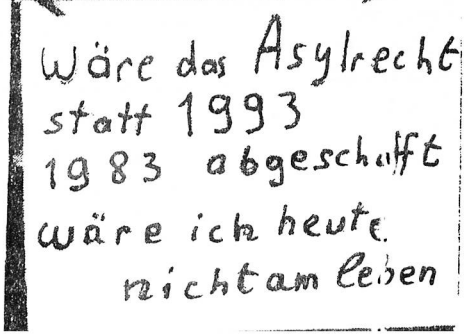
Wenn es uns also heute immer noch ein Anliegen ist, als Frauen "kein Vaterland" zu haben - und viele deutsche Frauen sagen: "Ich will keine Deutsche sein" - dann müssen wir uns fragen, was das real heißen kann. Für Frapan war dies die Beschreibung einer realen Tatsache, des Mangels an Staatsbürgerschaft und all der Privilegien, die Männer aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft genossen. Wir haben heute diese Staatsbürgerschaft. Die Frage ist, wie wir mit Privilegien politisch umgehen. Das heißt in erster Linie verstehen, was ein Privileg ist. Deutsche Staatsbürgerin sein ist ein Privileg - nicht in dem Sinne, daß es etwas Schönes ist - es ist ein Privileg in dem Sinne, daß es uns Vorteile bietet. Ein Vorteil bedeutet immer einen Nachteil für andere, Privilegien gehen auf Kosten anderer. Es ist ein Verhältnis, nicht ein Ding, das wir haben. Privilegien können deshalb auch nicht abgegeben werden. Wir können sie nur unterschiedlich nutzen. Auch das ist ein Teil des Privileg: daß wir wählen können, wie wir es nutzen. Insbesondere müssen wir uns überlegen, was es heißt, ein solches Privileg - auch wenn es uns in bestimmten Situationen als Last vorkommt - "abgeben" zu wollen. Wir denken da eher in christlich-moralischen Reinheitsansprüchen. Wir wollen nicht deutsch sein, um keinem Vorwurf ausgesetzt zu sein. Wir können jedoch das Land nicht abgeben, darauf verzichten, um auf diese Weise keins zu haben, noch macht das politisch einen Sinn. Es nützt auch denen nichts, die eine berechtigte Kritik an der Vorteilsstruktur deutscher Staatsangehörigkeit haben, wenn wir versuchen uns persönlich dieser Vorteile zu entledigen.

Wenn ich meine Stimmberechtigung nicht nutze, so habe ich damit mein Privileg, daß ich zur Wahlurne gehen kann, nicht abgegeben. Wenn ich das Privileg habe, (relativ) vermögend zu sein, so gebe ich dieses Privileg nicht auf, indem ich das Geld für mich nicht ausgebe oder aber verschenke: Denn ich nutze das Privileg, daß ich wählen kann, was ich mit dem Geld mache. Wie Bell Hooks schreibt: "Wenn eine Frau eine ärmere Frau zum Essen einlädt, so hat sie nicht ihr Privileg geteilt, sie hat es ausgeübt." Das Pri-vileg ist nicht das Geld an sich, das sich teilen ließe, sondern die Tatsache, daß ich so viel habe, daß ich wählen kann, was ich damit mache.

Wir können uns also nicht moralisch der sogenannten Last der Privilegien entziehen (wie das manchmal diskutiert wird), indem wir Frauen suchen, die weniger privilegiert sind, um ihnen von unseren Privilegien etwas "abzuge-ben." Das ist christliche Wohltätigkeit und zudem eine Bevormundung und Verletzung der Würde der anderen Frauen. Denn indem wir ihnen etwas geben, was uns loszuwerden ein Bedürfnis ist (auch wenn wir uns dabei gönnerhaft vorkommen), spielen wir unser Privileg gerade aus. Wir können der politischen Situation der Ungerechtigkeit und Privilegien, der Vorteile und der Benachteiligung, der Dominaz und der Unterdrückung von Menschen in dieser Gesellschaft nicht damit begegnen, daß wir individuell großzügig handeln, um so einen minimalen Ausgleich zu schaffen, von dem eine andere Frau (unserer Wahl) vorübergehend profitieren soll - was kein Argument gegen Großzügigkeit sein soll, sondern ein Argument gegen ein falsches Verständnis von Privileg. Vielmehr ginge es darum, Privilegien politisch zu nutzen, d.h. sie einzusetzen im Sinne einer Politik, die der Abschaffung der Privilegienstrukturen dient, auch gerade der Abschaffung des spezifischen Privilegs, das wir einsetzen. Virginia Woolf schrieb ihr politisches Buch *Drei Guineen*, aus welchem das o.g. Zitat stammt, im Jahr 1937, zur Zeit der Ausbreitung des Faschismus in Europa und der Aufrüstung zum Zweiten sogenannten Weltkrieg. Englische Frauen waren (u.a.) bereits im Besitz der Staatsbürgerschaft. Woolfs Aussage, "als Frau habe ich kein Land", diente also nicht dazu, Frauen in ihrer Verantwortung für nationale Staatspoiltik zu entlasten. Ganz im Gegenteil ist ihr ganzes Buch der Frage gewidmet, wie Krieg *zu verhindern* sei. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten von Männern und Frauen verschiedener Klassenzugehörigkeit führt sie schließlich aus, was Widerstand gegen Krieg, Nationalismus und Patriotismus für Frauen des Bildungsbürgertums, zu dem sie gehörte, bedeuten würde, nämlich ihrer Gesellschaft - der nationalstaatlichen, demokratischen, bürgerlichen Gesellschaft - die Unterstützung zu verweigern. Ihre Betonung liegt auf dem zweiten Satz: "Als Frau will ich kein Land haben." Dies kann sich nicht auf den Wunsch beschränken, keine Deutsche oder keine Engländerin zu sein, sondern bedeutet, nationale Bestrebungen und Strukturen im gesellschaftlichen Leben zu erkennen und konkret zu bekämpfen. "Erste Pflicht" wäre es, "nicht mit Waffen zu kämpfen." Als nächstes die Weigerung, im Falle eines Krieges Munition zu fabrizieren oder die Ver-wundeten zu pflegen. Als drittes wäre es die spezifische Pflicht der Frauen, jeglicher nationalistischen und patriotischen Ideologie gegenüber "indifferent" zu bleiben, das heißt im besonderen, die Konstruktion der eigenen nationalen Identität und Kultur zu durchschauen und die Aufteilung der Menschheit in Nationalitäten generell zu bekämpfen.

Wir wehren uns gegen die Ausdrücke "Ausländerinnen" und "Migrantinnen". Wir begreifen uns als eine in Österreich lebende Minderheit

Bis zum Jahresbeginn mußten Frauen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Österreich gekommen sind, mindestens 3 Jahre ununterbrochen in Österreich gewesen sein, um eine Beschäftigungsbewilligung erhalten zu können. Sie sind also zunächst nicht als Arbeitskräfte gekommen, sondern als Betreuerinnen/Reproduktionsarbeiterinnen von Arbeitskräften. Dieses mindestens 3-jährige Arbeitsverbot wurde jetzt mit der Senkung der Quoten nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz für all jede, die nicht aus Österreich oder EWR-Länder kommen, auf unbestimmte Zeit verlängert. Dieses Arbeitsverbot ist zugleich auch ein Ausschluß aus allen Sprachkursen und ähnlichen Integrations-maßnahmen. Kurse an privaten oder halböffentlichen Sprachschulen sind aber für Minderheitsfamilien, die ja von einem, und zwar eher niedrigen Lohn leben, unbezahlbar. 1993 verdienten 1/5 der Menschen ohne österreichischem Paß unter 10.000.- ÖS. Für die Frauen bedeutet das die vollkommene Abhängigkeit von ihren Ehemännern: finanziell, sie dürfen ja nicht (bezahlt; die Tip.) arbeiten. Auch ihr Visum ist von der Aufenthaltsbewilligung des Ehemannes abhängig. Wird dem Mann das Aufenthaltsrecht entzogen, gilt dieser Entzug automatisch für seine Frau und seine Kinder (§8, Abs. 2 AufG). Ausschluß aus der Erwerbslosigkeit bedeutet zugleich Isolation. Die einzige Möglichkeit über eigenes Geld zu verfügen ist Schwarzarbeit. Schwarzarbeit aber ist nicht nur unterbezahlt, sondern auch gefährlich - immer wieder werden fremdenpolizeiliche Razzien durchgeführt. Auch wenn Frauen arbeitslos werden, ihren Arbeitslosenanspruch ausgeschöpft haben und in der Zwischenzeit ihre Beschäftigungsbewilligung oder Arbeitserlaubnis abgelaufen ist, haben sie keine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz. Anspruch auf Notstandshilfe haben die wenigsten. Ihre Anträge gelten als Erstanträge, Erstbewilligungen werden nicht ausgestellt. In der Verordnung des Sozialministeriums vom 29.11.94 steht ausdrücklich, daß der "Integrationsgrad der Ausländerin bei der Vergabe der Beschäftigungsbewilligung nicht berücksichtigt wird."



Mitdieser Verordnung wird auch Jugendlichen ohne Anspruch auf Befreiungsschein der Zugang zu Lehrstellen und somit der Eintritt in den östereichischen Arbeitsmarkt verwehrt. Das heißt auch ein längerfristiger legaler Aufenthalt in Österreich ist verunmöglicht. War auch schon früher der Arbeitsmarkt nicht nur geschlechtsspezifisch, sondern auch nach Herkunftsländern geteilt, war es für Mädchen doch möglich eine Lehrstelle zu bekommen. Zwar gibt es inzwischen einen Initiativantrag für die Veränderung dieser Verordnung, in der Sonderregelungen für Jugendliche, bosnische Kriegsflüchtlinge und dringend gesuchte Manager gefordert werden. Über Frauen wird nicht einmal diskutiert.

Gleichzeitig mit diesen Verschärfungen werden wie früher z.B. in der Türkei Arbeitskräfteanwerbebüros betrieben, diesmal jedoch in EWR-Länder wie z.B. Süditalien und Portugal. Scheinbar soll ein Arbeitskräfteaustausch statfinden, der auf die Lebensbedingungen und Bedürfnisse der Arbeitskräfte keinerlei Rücksicht nimmt. Deportationen stehen auf der Tagesordnung.
Die geplanten Belastungsmaßnahmen treffen Minderheitenfamilien besonders schwer, da sie vor allem in den schlechtbezahltesten und am wenigsten abgesicherten Arbeitsverhältnissen arbeiten müssen: in den Krisenberufen Textil, Nahrungsmittel, Reinigung, Gastgewerbe, Bau. Ca. 30% arbeiten im Gastgewerbe/Fremdenverkehr und 25% in der Reinigungsbranche. Die Aufenthaltsbewilligung ist aber an ein ausreichendes Familieneinkommen, an genügend große Wohnungen und an Unbescholtenheit gebunden.
Mit den Ausländerinnengesetzen: AusländerInnenbeschäftigungsgesetz, Asylgesetz, Fremdengesetz, und dem Aufenthaltsgesetz wurde über Menschen ohne österreichischen oder EU-Paß eine Art Ausnahmezustand verhängt. Rassistische und faschistische Angriffe können deshalb nur im Zusammenhang mit dem staatlichen Rassismus gedacht werden.

Der Text ist übersetzt aus dem Englischen, tausend Grüße und Dank für Renate für die Übersetzung..auch wenn du in der Ferne weilst

DEN MANN IM STAAT FINDEN[1]

In den USA gibt es zwei einander überlappende politische Entwicklungen, die uns die Notwendigkeit einer Analyse von staatlicher Macht als Lieferant und Vermittler männlicher Herrschaft vor Augen führen, und zwar so möglichst voll, komplex und pointiert, wie es feministische Theorie nur leisten kann.
Erstens nimmt der Staat eine hervorstechende Rolle in einer Menge von Themen ein, die derzeit US-amerikanische Feministinnen beschäftigen und oft auch aufspalten, wie z.B. Kampagnen für die staatliche Regulierung von Pornographie und Reproduktionstechnologien; widersprüchliche Forderungen nach Reformen im Lohnarbeits- und Versicherungsbereich und in der Gesetzgebung betreffend elterliche Fürsorge (siehe die Debatte um Differenzierung oder Gleichstellung im Bereich der Rechtsordnung); und z.B. Appelle an den Staat, manchmal überschneidend mit Appellen an die Privatwirtschaft, das Lohnniveau der Frauen dem der Männer anzugleichen, Kinderbeihilfe zu gewährleisten/zu erhöhen und Kindertagesbetreuung zu finanzieren.
Zweitens ist heute eine unerhörte und ständig wachsende Anzahl an Frauen in den USA in ihrem Überleben unmittelbar vom Staat abhängig. Durch den dramatischen Anstieg verarmter "Alleinerzieherinnen- Haushalte", der wiederum von den sozial zersplitternden und zerrüttenden Kräften des Kapitalismus im späten zwanzigsten Jahrhundert produziert wird, und durch das Wuchern von Staatspolitik und staatlichen Hilfsleistungen, die sich an die Symptome der verursachenden Kräfte wenden, hat der Staat eine # historisch noch nie dagewesene Bedeutung - politisch und ökonomisch, sozial und kulturell - im Leben von Millionen Frauen erlangt.
Feministische Politik, die sich an den Staat wendet und feministisches Mißtrauen gegen diese Politik sind kaum neu. Im 19. Jahrhundert beinhalteten feministische Appelle an den Staat Kampagnen für das Frauenstimmrecht, für arbeitsrechtlichen Schutz, für Alkoholverbot, für Geburtenkontrolle und für eine Reform der Eheschließungsgesetze. Im 20. Jahrhundert erweiterte sich die Liste um Kampagnen für gleiche Möglichkeiten, gleiche Bezahlung, gleiche Rechte und vergleichbaren Respekt; Selbstbestimmung über den Körper und Kinderbetreuung durch die öffentliche Hand; Gesetzesreformen bezüglich Vergewaltigung, sexuellen Mißbrauch, Belästigung und Ehe; und im letzten Jahrzehnt um die einleitend genannten Kampagnen .
Wenn aber die Institutionen, Praktiken und Diskurse des Staates genauso unentwirrbar, wenn auch anders, verbunden sind mit den Privilegien des Mannes in einer männerdominierten Gesellschaft, wie das Kapital mit den Klassen in einer kapitalistischen Gesellschaft und weiße Herrschaft mit einer rassistischen Gesellschaft, was sind dann die Konsequenzen für feministische Politik?
Ein Bereich dieser Frage über feministische Appelle an den Staat betrifft die Sicherheitspolitik und die Regulierungspolitik, die unentrinnbaren Begleiterscheinungen nahezu aller staatszentrierter Sozialpolitik. Obwohl ein minimales Sicherheitsniveau die essentielle Voraussetzung für Freiheit sein könnte, so steht doch Freiheit im eigentlichen Sinn - sich unter Teilnahme an den Bedingungen und Wahlmöglichkeiten ein Leben zu gestalten - geschweige denn im weiteren Sinn, nämlich eine Welt gemeinsam mit anderen zu formen, in krasser Spannung zu von außen gewährleistetem Schutz. Egal, ob frau mit dem Staat, der Mafia, den Eltern, dem Zuhälter, der Polizei oder den Ehemännern verhandelt, der schwere, doppelte Preis für institutionalisierten Schutz ist immer ein Maß an Abhängigkeit und das Einverständnis, sich den Regeln des Beschützers zu beugen.
Wenn diejenigen, die dem politischen Wert der Freiheit als Selbstgesetzgebung oder der direkten Demokratie anhängen, Grund haben, sich vor der Sicherheitspolitik zu hüten, haben Frauen spezielle Gründe, eine solche mit Vorsicht zu genießen. Historisch gesehen war das Argument, daß Frauen Schutz durch und vor Männer(n) benötigen, entscheidend für die Legitimierung vom Ausschluß der Frauen aus einigen Sphären menschlicher Bestrebungen und von ihrer Beschränkung auf einige andere Sphären. Da Sicherheitsgesetze "Weiblichkeit" gleichzeitig mit den privilegierten Rassen und Klassen verbinden, sind sie auch Werkzeug einer Entfremdung unter Frauen, indem sie verletzbare und daher schutzwürdige Frauen konstruieren, die sie von den Frauen unterscheiden, die die Schande *sind*, logischerweise unverletzbar, weil sie bestimmt sind als sexuell verfügbar, als Sexualität schlechthin.
Sicherheitsgesetze sind daher die Schlüsseltechnik sowohl um privilegierte Frauen in Schach zu halten als auch um die Verletzbarkeit und Degradierung derjenigen auf der unbeschützten Seite der konstruierten Trennung von Licht und Dunkel, Ehefrauen und Prostituierten, guten und bösen Mädchen zu intensivieren.[2] Wenn schließlich die Sicherheitspolitik generell problematisch für Frauen und für den Feminismus ist, so sind es noch mehr die spezifischen Sittengesetze, wie die, die in den feministischen Antipornographie-

---

[1] Wendy Brown: Finding The Man In The State. In: Feminist Studies 18, No. 1, 1992, S. 7 ff. Übersetzt und gekürzt von und für LFN.

[2] Vgl. Jaqueline Dowd Hall, "The Mind That Burns in Each Body", in *Pleasure and Danger: Exploring Female Sexuality*, hg. v. Carol Vance (Boston: Routledge & Kegan Paul, 1984); Laurie Bell, hg., *Good Girls, Bad Girls: Feminists and Sex Trade Workers Face to Face* (Toronto: Seal Press, 1987); Catharine MacKinnon, *Feminism Unmodified* (Cambridge: Harvard University Press, 1987).

Gesetzesentwürfen beinhaltet sind. Da die kulturelle Konstruktion der männlichen sexuellen Raubgier und der weiblichen Ohnmacht im Gesetzestext festgeschrieben wird, desexualisiert und entmachtet dieser Schutzappell Frauen in seiner Zuweisung von Verantwortung für das Schicksal von Frauen als Objekte sexistischer, sexueller Konstruktion an den Staat. Wenn Staatsmacht darüberhinaus genausowenig neutral gegenüber dem Geschlecht ist wie gegenüber Klasse und Rasse, beinhaltet solch ein Appell die Schutzsuche vor Männern bei männlichen Institutionen, eine Bewegung in Richtung feudalistischer Politik weg von der Freiheit. Von genau der Macht "beschützt" zu werden, deren Gewalt frau fürchtet, setzt sogar die spezifische Zusammensetzung von Abhängigkeit und Ohnmacht endlos fort, die viele Erfahrungen von Frauen quer durch unterschiedliche Kulturen und Epochen bestimmt. Genauso potentiell schädlich aber subtiler in der Ausführung als die Sicherheitspolitik, die in staatszentrierten feministischen Reformen beinhaltet ist, ist die von vielen solcher Reformen nach sich gezogene Regulierungspolitik. Feministisch-politische Denkerinnen und Aktivistinnen verfolgen jedoch weiterhin verschiedene politische Reformen ohne offensichtliche Sorge gegenüber der Intensivierung der Regulierung - den durchdringend disziplinierenden und dominierenden Effekten, die den Reformen folgen. Eine Politik, die gleichen Lohn für Frauen fordert, löst z. B. außerordentlich neue Ebenen der Regulierung von Lohnarbeit und Arbeitsplätzen aus: die Techniken und Handwerkszeuge der Job-Messung, der Klassifikation und der Jobbeschreibung, die für die Ausführung gleicher Bezahlung erforderlich sind, lassen Taylorismus[1] wie ein Kinderspiel aussehen. Ähnlich laden staatlich unterstützte Kinderbetreuungsgewährungen, die aber nicht nur diese nützlichen Gehaltszusätze beinhalten, den Staat dazu ein, Männer und Frauen im Alltag, in ihren Arbeitsaktivitäten, in ihren sexuellen und erzieherischen Praktiken ausgedehnt zu überwachen und ihre Beziehungen und Erwartungen zu rationalisieren. Wenn sie die Wahl haben zwischen rationalisierter, verfahrensrechtlicher Unfreiheit auf der einen Seite und willkürlicher Entziehung der Kinder, Diskriminierung und Gewalt auf der anderen Seite, so mögen einige, vielleicht sogar die meisten Frauen eine bürokratisierte Domäne einem von männlicher Dominaz durchzogenen "Naturzustand" bevorzugen. Genauso würden die meisten von uns Lohnarbeit der Sklaverei vorziehen, aber diese Auswahl kennzeichnet absolut nicht eine sinnvolle Politik der Befreiung. Die zweite historische Entwicklung, die uns die Notwendigkeit der erhellenden Kräfte einer feministischen Staatstheorie vor Augen hält - der dramatische Anstieg der verarmten von Frauen geführten Haushalten in den letzten zwanzig Jahren - wirft ein Gebiet zusammenhängender Themen über Abhängigkeit und Autonomie, Beherrschung und Freiheit auf. Die Statistiken sind bekannt: Heute ist durchschnittlich ein Fünftel aller Frauen offiziell mittellos, zwei von drei erwachsenen Mittellosen sind Frauen; Frauen haben im Laufe der letzten zwanzig Jahre buchstäblich Männer in den Armutslisten ersetzt. Durchschnittlich die Hälfte aller mittellosen, von Frauen geführten Haushalte leben auf Sozialhilfe. Eine Beurteilung der geschlechtsspezifischen Charakterisierung der Institutionen, die nun in so großem Ausmaß das Leben von Millionen mittelloser Frauen und Kinder gestalten, ist sicher entscheidend für die intelligente Formulierung einer feministischen Strategie im Umgang mit dem Staat.[2] Hilft die dem späten zwanzigsten Jahrhundert eigene Form des Sozialstaates den Frauen, sich von der obligatorischen Mutterschaft zu emanzipieren oder hilft sie, diese zu administrieren? Löst der Staat oder intensiviert er die Isolation von Frauen in der reproduktiven Arbeit und die Ghettoisierung von Frauen im Serviceleistungsbereich? Verwandeln weibliche Angestellte und ihre Klientinnen in der staatlichen Bürokratie den Maskulinismus der Bürokratie oder werden sie die von ihm produzierten und disziplinierten Dienerinnen? Wenn wir uns mit diese Fragen in einem ökonomischeren Raster beschäftigen, in welcher Form könnte die sich vertiefende Involvierung von Frauen in den Staat den Austausch der Abhängigkeit von individuellen Männern gegen zeitweise institutionalisierte Prozesse männlicher Beherrschung nach sich ziehen? Und wie könnte die Abstraktheit, die scheinbare Neutralität und der Mangel an Körper und Gesicht dabei helfen, diese Prozesse zu tarnen, indem sie das Bewußtsein von Frauen über ihre Situation *als* Frauen hemmt und schwächt und gleichzeitig die Aussicht auf eine wirkliche feministisch- politische Veränderung einschränkt?

Im Interesse des Ansprechens dieser Fragen - das ich mehr als das Beantworten entwickeln werde - bietet dieser Aufsatz den Entwurf eines Umrisses der spezifisch maskulinistischen *Mächte* des spätmodernen US-Staates. Obwohl der Aufsatz nicht zu politischen Vorschlägen oder zu einem speziellen politischen Programm führt, entwickelt er zwei politische Ahnungen und thematisiert sie. Erstens: Beherrschung, Abhängigkeit Disziplin und Schutz, die Begriffe, die den Weg der weiblichen Unterordnung in komplett unterschiedlichen Kulturen und Epochen markieren, sind auch charakteristische Effekte der Staatsmacht und fordern daher ein extremes Mißtrauen gegenüber staatszentrierter feministischer Politik, da die Möglichkeit besteht, daß Unterordnungsbedingungen und Konstruktionen von Weiblichkeit eher wiederholt als umgearbeitet werden. Zweitens: Insofern, als Staatsmacht unter anderem ein historisches Produkt und ein Ausdruck männliche Vorherrschaft im öffentlichen Leben und männlicher Dominanz ganz generell ist, ist Staatsmacht selbst sicherlich und auf problematische Weise geschlechtsspezifisch; als solche gibt sie der allgemeinen Problematik der hohen Spannung und der möglichen Unvereinbarkeit zwischen Ausblicken auf eine radikale Demokratie und den zunehmend uneingeschränkten Mächten des Staates im späten 20. Jahrhundert eine spezifisch maskulinistische Drehung.

---

[1] Taylorismus lt. Fremdwörter-Duden: System der wissenschaftlichen Betriebsführung mit dem Ziel bestmöglicher Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft

[2] Vgl. Wendy Brown, "Deregulating Women: The Trials of Freedom Under a Thousand Points of Light", *sub/versions* 1 (Jänner 1991), S. 1-10

sie dürfen dem Staate die Bürger gebären

sie dürfen sie säugen

Die sozial männlichen Dimensionen des Staates wahrzunehmen erfordert, mit der theoretischen Problematik des Staates selbst zurande zu kommen, vor allem mit dem Paradox, daß das, was wir den Staat nennen, plötzlich ein unzusammenhängendes, vielschichtiges Ensemble von Kräfterelationen und ein offensichtlich Vermittelndes, wenn nicht sogar Handelndes massiver Beherrschung ist. Der gegenwärtige US- Staat ist sowohl modern als auch postmodern[1], sehr konkret und eine reichhaltige Fiktion; machtvoll und unbestimmt; rigid und wandelhaft; mächtig und grenzenlos; zentralisierend und dezentralisiert; ohne Vermittlung; Personifizierung vermeidend, doch fähig zu enormen ökonomischen, politischen und ökologischen Effekten. Der Bereich, den wir den Staat nennen, ist nicht ein Ding, System oder Objekt sondern bezeichnenderweise ein unbegrenztes Gebiet von Mächten und Techniken, eine Ansammlung von Diskursen, Regeln und Praktiken, die in begrenzter, spannungsgeladener und oft widersprüchlicher Beziehung zueinander koexistieren.[2]
Insofern, als "der Staat" keine Einheit oder Ganzheit ist, beherbergt und entwickelt er nicht nur eine Art der politischen Macht. Jeder Versuch, Macht als solche zu reduzieren oder zu definieren, verbirgt z. B., daß der Sozialarbeiter, das Pentagon und die Polizei nicht einfach verschiedene Gesichter des Staates im Leben einer mittellosen Frau sind, sonder verschiedene *Arten* von Macht. Jede arbeitet unterschiedlich als Macht, produziert unterschiedliche Ergebnisse, ruft unterschiedliche Arten möglichen Widerstandes hervor und erfordert einen je eigenen analytischen Rahmen; gleichzeitig erscheint und operiert jede in spezifischen historischen, politischen und ökonomischen Beziehungen mit den anderen und so wird auch eine Analyse benötigt, die diese Beziehungen uneingeschränkt fassen kann.
Bevor ich vier Dimensionen staatlicher Macht ausarbeite, möchte ich drei einleitende Anmerkungen zu männlicher Dominanz und Staatsmacht anbieten. Erstens: Das Argument, daß ich hier bevorzuge ist, daß alle Dimensionen staatlicher Macht, und nicht nur irgendein offenkundig "patriarchaler" Aspekt, in der Geschlechtsbildung des Staates eine Rolle spielen. Der Staat kann maskulinistisch sein, ohne absichtlich oder deklariert die "Interessen" von Männern zu verfolgen, genau deshalb, weil die vielfachen Dimensionen sozial konstruierter Männlichkeit die vielfachen Abwandlungen von Macht, die durch den Bereich zirkulieren, den wir Staat nennen, historisch gestaltet haben - daher soll von maskulinistischen und nicht von Männermächten die Rede sein. Obwohl die gesamte Staatsmacht durch ein soziales Geschlecht (gender) gekennzeichnet ist, erscheinen aber nicht dieselben Aspekte von Maskulinismus in jeder Art von staatlicher Macht. Daher erfordert eine feministische Staatstheorie gleichzeitig das Aussprechen, Auseinandernehmen und Kombinieren der multiplen Machtstränge, die sowohl Männlichkeit als auch Staat umschließen. Die Tatsache, daß weder Staatsmacht noch männliche Dominanz einheitlich oder systematisch sind, heißt, daß feministische Staatstheorie weniger eine lineare Abhandlung ist als das Ausarbeiten eines umständlichen Netzes von oft widersprüchlichen Strategien, Techniken und Diskursen der Macht.
Ein zweites bedeutendes Kennzeichen des Staates und männlicher Herrschaft und deren gegenseitiger Durchdringung ist deren charakteristische Übereinstimmung - ihre ähnlich vielfache, unterschiedliche und unsystematische Zusammensetzung und Dynamik. Diese Übereinstimmung wahrzunehmen und produktiv herauszuarbeiten zieht das Erkennen nach sich, daß männliche Herrschaft nicht, wie die Herrschaft des Kapitals, in einem einzigen Mechanismus wurzelt der ein riesiges und komplexes System sozialer Beziehungen ermöglicht. Da

betreuen

---

[1] Für die, die schon immer wissen wollten, was dieser Begriff soll, ein sehr verkürzter Definitionsversuch: Die Postmoderne bezeichnet eine gegenwärtige Richtung vor allem im Bereich der Wissenschaft und der Kunst. Diese Richtung zeichnet sich vor allem darin aus, daß sie besonders die "Moderne" in ihrer Suche nach der EINEN Wahrheit ablösen will, und das Eingeständnis fordert, daß es viele Wahrheiten gibt, die nebeneinander stehengelassen werden müssen, daß hinter jeder Wahrheit wieder eine nächste zu finden ist, daß die Bedeutung, die mensch hinter einem Symbol zu erkennen glaubt, selbst wieder nur ein Symbol ist - und das in einer unendlichen Kette, sodaß eine zugrundeliegende Bedeutung nicht mehr aufzufinden ist. (die Übersetzerin) Soziologisch gesehen wird die Postmoderne als eine Neuorganisierung der Gesellschaft in der sog. 1. Welt ab Mitte des 20. Jhdts. gesehen, von diesem Aufsatz her betrachtet, ist in dieser Definition der Aspekt der wichtigste, der die Verschleierung von Machtverhältnissen umfaßt. Macht also als Begriff, hinter dem wieder ein anderer Machtbegriff steht, auch das in einer unendlichen Kette, sodaß die Innhaber der zugrundeliegenden Macht nicht mehr aufzufinden sind.

[2] Andere feministische Theoretikerinnen haben auch versucht, diese Formen in den Griff zu bekommen; vgl. v. a. Rachel Harrison und Frank Mort, "Patriarchal Aspects of Nineteenth- Century State Formation", in *Capitalism, State Formation, and Marxist Theory*, hg. v. Phillip Corrigan (London: Quartet Books, 1980) und Vanda Burstyn, "Masculine Dominance and the State", *Socialist Register* (1983)

männliche Herrschaft nicht auf einem einzigen oder essentiellen Prinzip beruht, ist sie so schwer zu definieren und absolut ungeeignet zum systematisieren.[1] In den meisten Kulturen beinhaltet männliche Herrschaft die geregelte Produktion des Zugangs von Männern zu Frauen als unbezahlte Dienerinnen, Reproduzentinnen, sexuelle Partnerinnen und billigen Lohnarbeiterinnen, wie auch die Prouktion der Monopole von Männern auf intellektuelle, kulturelle, politische und ökonomische Macht. Aber die Männlichkeit und so auch die Macht von Männern ist unterschiedlich entwickelt und ausgedrückt in ihren Positionen als Väter, Politiker oder Mitglieder einer politischen Brüderschaft, als Besitzende und Kontrollierende in der Wirtschaft, als sexuelle Subjekte, als Produzenten bestimmten Wissens und Rationalität und als relativ Unbeteiligte an der Reproduktionsarbeit und anderen Aktivitäten, die größtenteils als Frauensphäre bestimmt werden. Die Vielgestalt und Diffusität männlicher Macht resultiert in der parallelen Vielfalt der Erfahrungen von Frauen innerhalb und außerhalb der Familie, als Mütter und Prostituierte, Akademikerinnen und Sekretärinnen, Hausw[illegible]tinnen und Models. Diese Unterschiede können nicht gänzlich auf die Überschneidung von sozialem Geschlecht mit Klasse, Rasse und biologischem Geschlecht reduziert werden; sie sind auch verschiedene Auswirkungen der vielfachen Dimensionen und Domänen männlicher Macht und weiblicher Unterordnung.
Drittens: Ein der Ähnlichkeit zwischen männlicher Herrschaft und Staatsmacht verwandtes Kennzeichen ist die Allgegenwärtigkeit der Herrschaft. Staat und männliche Herrschaft funktionieren beide eher durch ihre Allgegenwärtigkeit als durch feste, zusammenhängende Strategien. Beide haben sie keine einzelne Quelle oder ein einzelnes Terrain ihrer Macht; bei beiden ist die Macht, ihre Objekte zu produzieren und zu kontrollieren unsystematisch, mehrdimensional, generell "unbewußt" und ohne Zentrum. Männliche Macht ist wie Staatsmacht echt aber größtenteils unbestimmt, außer zu den Gelegenheiten, in denen sie als Gewalt, körperlicher Zwang oder totale Diskriminierung - wovon alles schwerwiegende, aber nicht grundlegende Kennzeichen beider Herrschaftsarten sind, speziell nicht in ihren postmodernen Verkörperungen. Die vorherrschaftliche Auswirkung beider Herrschaftsarten basiert auf der Kombination von Strategien und Austragungsorten, in denen Macht ausgeübt wird. Konkret, wenn Männer nicht einige Kontrolle über die Zusammenhänge der Reproduktion beibehalten, können sie nicht mehr so leicht die Lohnarbeit von Frauen kontrollieren und wenn sie nicht die Normen und den Diskurs politischen Lebens monopolisieren, üben sie viel weniger effektive sexuelle und ökonomische Kontrolle über Frauen aus. Diese Strategien stärken, aber widersprechen sich auch gegenseitig; sie sind nicht unauflösbar miteinander verbunden. Die Unterordnung von Frauen ist eine weitläufige Auswirkung dieser Kontrollmechanismen, daher stürzt keine einzelne feministische Reform, nicht einmal theoretisch, die gesamte Ordnung. Das gleiche gilt für den Staat - seine vielfachen Dimensionen lassen Staatsmacht schwer definieren und nahezu unmöglich schädigen. Es gibt keinen einzelnen Faden, der, wenn er gezogen wird, die Gesamtheit des Staates oder der männlichen Herrschaft entwirrt.

VIER ARTEN DER MACHT

Die liberale Dimension. Liberale Ideologie, Gesetzgebung und Urteilsfindung basieren auf einer Aufteilung des Gemeinwesens in die scheinbar voneinander unabhängigen Sphären der Familie, der Zivilgesellschaft (Wirtschaft) und den Staat. In klassischen und in vielen zeitgenössischen liberalen Auseinandersetzungen wird die Familie der "natürlich" oder göttlich gegebene - daher vorpolitische und ahistorische - Teil der menschlichen Welt genannt. Zivilgesellschaft wird auch als "natürlich" formuliert in dem Sinn, daß sie aus der "menschlichen Natur" entsteht, obwohl z. B. Höflichkeit in der Zivilgesellschaft von liberalen Theoretikern als politisch "erreicht" anerkannt wird und ebenso in der Zivilgesellschaft durch den (unnatürlichen) Staat gewährleistete Rechte ausgeübt werden. In klassischen liberalen Darstellungen is der Staat der gänzlich formbare Tei dieses dreiteiligen Arrangements; er wurde konstruiert, sowohl um Bürger vor auswärtiger Gefahr zu schützen als auch um die für geräumigen Handel miteinander nötigen Rechte zu gewährleisten.
Das Problem mit diesem Diskurs für Frauen ist bekannt. Erstens, da die Familie als vorpolitisch und ahistorisch eingestuft wird, wird auch die Frau in diesen Begriffen konstruiert, die vorrangige Arbeiteri innerhalb und die entscheidende Bedeutungsträgerin der Familie. In diesem Diskurs sind Frauen "natürlich" für die Familie geschaffen, die Reproduktionsarbeit, die Frauen leisten, ist "natürlich", die Familie ist eine "natürliche" Einheit - überall grüßt Natur die Natur und die historische Konstruiertheit und Formbarkeit sowohl des Begriffs Frauen als auch Familie ist nirgends in Sicht. Wie die Familie entpolitisier ist, ist es die Situation der Frau und ihre Arbeit in ihr; weder politisch noch ökonomisch als Lohnarbeit erkannt, hat diese Arbeit einen diskursiv schemenhaften, unsichtbaren Charakter.[2] Zweitens, da das meiste der Arbeit von Frauen und deren Leben im "privaten" oder familiären Bereich passiert, ist die Einmischung von Frauen an dem Ort wo Rechte zugeteilt und ausgeübt werden - der Zivilgesellschaft - substantiell begrenzt im Vergleich zu Männern. Daher erlangen Frauen, auch wenn sie Zivilrechte erlangen, etwas, das im besten Fall teilweise relevant für ihr Alltagsleben und der Hauptbereich ihrer Unfreiheit ist. Drittens ist die "Privatsphäre" historisch eigentlich nicht ein Bereich für Frauen, insofern, als sie ein Platz nahezu uneingeschränkten Zuganges zu einer Frau seitens ihres Mannes und ihrer Kinder ist. Insofern, als sich die Privatsphäre als ein Bereich der Intimsphäre von anderen Männern

---

[1] Viele Feministinnen haben sich um eine solche Systematisierung bemüht, keine fanatischer als Catharine MacKinnon. Für eine ausgedehntere Kritik an MacKinnons Bemühungen vgl. Wendy Brown, "Feminism Unmodified" in *Political Theory 17* (August 1989) und "Toward a Feminist Theory of the State" in *The Nation* (8.- 15. Jan. 1990)

[2] Vgl. Sheila Rowbotham, *Woman's Consciousness, Man's World* (Middlesex, England: Penguin, 1973); Lorenne Clark und Lynda Lange, hg., *The Sexism of Social and Political Theory* (Toronto: University of Toronto Press, 1979

für Männer herausstellt, mag sie der letzte Platz auf Erden sein, wo Frauen Ruhe oder Sicherheit erfahren. Meistens kommen Rechte in diesem Bereich nicht vor; eher wird er regiert durch Normen der Pflicht, Liebe und Gewohnheit, und bis vor kurzem wurde er größtenteils vor dem Zugriff des Gesetzes geschützt. Die Schwierigkeiten, Vergewaltigung in der Ehe als Vergewaltigung einzuführen, sowie Gewalt gegen die Ehefrau als Gewalt oder Kindesmißbrauch als Mißbrauch, begründen sich in Wirklichkeit unter anderem im liberalen Widerstand, Personen innerhalb eines Haushalts anzuerkennen; in der liberalen Formulierung sind Personen rechtetragende Individuen, die ihre Interessen in der Zivilgesellschaft verfolgen.[1]

Die Relevanz dessen für gegenwärtige Analysen liegt in der Enthüllung der maskulinistischen Perspektive im Herzen der liberalen Formulierung von politischen und zivilen Rechten: das liberale Subjekt ist ein Mann, der sich frei zwischen Familie und Zivilgesellschaft bewegt, in der ersteren trägt er Privilegien, in der zweiteren Rechte. Diese Person ist eher männlich als allgemein, weil sein Genuß seiner Zivilrechte eher gestärkt als beschränkt wird in seinen Beziehungen in der Privatsphäre während für Frauen das Gegenteil der Fall ist.

Da der liberale Staat Familie nicht als politische Einheit und Reproduktion nicht als soziales Verhältnis anerkennt, ist darüberhinaus die Situation der Frau als unbezahlte Arbeitskraft in der Familie entpolitisiert. Obwohl Frauen heute in etwa die gleiche Nutzung ziviler und politischer Rechte wie Männern gewährt wird, sind diese Rechte schließlich den meisten Frauen limitierter zuänglich und haben andere materielle Bedeutungen im Frauenleben. Es ist genauso überflüssig, einzugehen auf die Freiheit einer verarmten Alleinerzieherin, ihre eigenen, individuellen Interessen in der Gesellschaft zu verfolgen, wie sich über die Eigentumsrechte von Obdachlosen auszulassen.

Das liberale Subjekt - das abstrakte Individuum, geschaffen und angesprochen von liberalen politischen und rechtlichen Codes - ist möglicherweise nicht nur männlich, weil sein primärer Aktivitätsbereich eher die Zivilgesellschaft als die Familie ist, sondern weil angenommen wird, er sei moralisch, wenn nicht sogar wesensmäßig, an Autonomie, Autarkie und individueller Macht orientiert. Ein Effekt davon ist, daß der liberale Staat nicht nur für Subjekte entscheidet, deren primäre Aktivitäten sich eher in der Zivilgesellschaft als in der Familie ereignen, sondern er macht das auch noch in einem Diskurs, der die Interessen individualistischer Männer herausstreicht und unterstützt gegen die obligatorisch bezugnehmende Situation der Frauen, die sich in den zurücgezogenen Domänen der Fürsorge befinden. Gleichzeitig ermöglicht der liberale Staat nicht nur den Männern Zugang zu Frauen in der privaten Sphäre, indem diese als rechtloser Raum weit außerhalb des staatlichen Wirkungsbereiches markiert wird, er fordert auch noch, daß Frauen die Zivilgesellschaft in sozial männlichen Begriffen *betreten*. Die Anerkennung als liberale Subjekte erfordert von Frauen, daß sie von ihrem täglichen Leben im Haushalt abstrahieren und die soziale Konstruktion von Weiblichkeit, die aus dieser Täglichkeit erfolgt, zurückweisen oder überschreiten; abgesehen davon, daß diese Forderungen normativ problematisch sind, sind sie, wie jede arbeitende Frau weiß, nie voll realisierbar. So scheint nicht allein die Struktur und der Diskurs, sondern auch der Ethos des liberalen Staates sozial männlich zu sein; seine diskursiven Allgemeingültigkeiten sind eher 'Recht' als 'Bedürfnis, 'Individuum' und nicht 'Verhältnisse', 'Autarkie' eher als 'Übereinkunft', 'Interessen' eher als 'geteilte Umstände'.

Die kapitalistische Dimension. Der Maskulinismus der kapitalistischen Dimension des Staates ist wie der der liberalen Dimension verankert in der Teilung in öffentlich und privat, die sich aber an einer etwas anderen Achse bewegt als die vom Liberalismus konstruierte Teilung. In der kapitalistischen Teilung leistet der Mann bezahlte, 'produktive' Arbeit und ernährt die Frau im Austausch für ihre unbezahlte Reproduktion der männlichen Arbeitskraft (Haushalt) und der Rasse (Kinderaufzucht) und für ihre Fürsorge für Alte und Kranke. Die historisch durch den Kapitalismus entwickelte sexuelle Arbeitsteilung läßt nahezu alle Frauen unbezahlte Reproduktionsarbeit leisten, fast alle Männer Lohnarbeit leisten und die Mehrheit der Frauen beides.

Ein großer Teil des Wohlfahrtsstaates wurzelt im Verschleiß des eng damit zusammenhängenden Haushaltsaspekts durch kapitalistische Entwicklung, im Zusammensturz des Austausches zwischen Lohnarbeit in der Wirtschaft und unbezahlter Arbeit in der Familie und in der Einrichtung von Kindertagesstätten, Krankenhäusern und Altersheimen, für diejenigen, die diesen Austausch sicherten. Die Tatsache, daß der familiäre Austausch zusammengebrochen ist, heißt aber nicht, daß der Kapitalismus und der kapitalistische Staat nicht mehr an Geschlechtsteilung entlang strukturiert sind. Erstens hinterlassen diese Arrangements, auf denen der "Familienlohn" und die ungleichen Zahlsysteme basierten, ihr Erbe in der ein Drittel niedrigeren Bezahlung von Frauen und deren Ghettoisierung in niedrig bezahlten Berufen. Zweitens setzt sich unbezahlte Reproduktionsarbeit fort und wird weiterhin hauptsächlich von Frauen geleistet, wenn diese Arbeit auch zunehmend (zu wenig) vom Wohlfahrtsstaat unterstützt wird und nicht mehr vom männlichen Gehalt. Im Endeffekt leisten immer mehr Frauen der Arbeiter- und der Mittelklasse sämtliche Arbeit im Leben - Lohnarbeit, Kinderaufzucht, Hausarbeit, Ernährung und reparieren den Zusammenhalt der Gemeinschaft - in einer Ökonomie, die von ihrer Organisation und ihren Normen her für männlichen Lohn und männliches Privielg strukturiert bleibt und unbezahlte weibliche Arbeit im Heim voraussetzt.

Die soziale Veränderung, die wir gegenwärtig beobachten können, ist eine, in der einerseits eine steigende Anzahl von Frauen eher vom Staat als von einem individuellen Mann abhängig ist; und andererseits der Staat und die Wirtschaft eher als ein individueller Mann mit der Dienstleistungsarbeit von Frauen zusammenhängen. Obwohl viel Arbeit, die historisch im Haushalt vollzogen wurde, nun an Markt

---

[1] Catharine MacKinnon, "The Male Ideology of Privacy: A Feminist Perspectve on the Right to Abortion", *Radical a America 17* (Herbst 1983); Wendy Brown, "Reproductive Freedom and the 'Right to Privacy': A Paradox for Feminists", in *Families, Politics, and Public Policy: A Feminist Dialogue on Women and the State*, hg. v. Irene Diamond (N.Y. Longman, 1984)

käuflich ist, folgen Frauen dieser Arbeit in die Wirtschaft hinaus - die Arbeitskräfte des Dienstleistungssektors sind überwiegend weiblich. Nachdem der Kapitalismus unwiderruflich die meisten Elemente der ehemaligen Privatsphäre vermarktet hat, wurde so die Domäne und der Charakter des "Tausches" in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung verändert und vom Privaten und Individualisierten in das Öffentliche und Verstaatlichte transportiert. Die Konsequenz ist, daß vieles dessen, was im Heim üblicherweise Frauenarbeit war, nun Frauenarbeit in der Wirtschaft ist; und Staat und Wirtschaft, eher als Ehemänner, ernähren nun viele Frauen auf minimalen Niveau, wenn Frauen in der Kinderaufzucht verpflichtet sind.

In Summe bringt die kapitalistische Dimension des Staates die Unterordnung von Frauen auf zwei Ebenen mit sich. Erstens führen Frauen unbezahlte Reproduktionsarbeit aus; und da diese auch abgeschieden von Lohnarbeit ist, sind die meisten Frauen abhängig von Männernoder vom Staat, wenn sie Reproduktionsarbeit leisten müssen. Zweitens dienen Frauen als Reservearmee für die Lohnarbeit und werden als solche leicht wegen der Reproduktionsarbeit zurückgehalten, was ihre Aussichten auf einen wettbewerbsfähigeren Status als Arbeitskraft unterbricht. Die Rolle des Staates in diesen Arrangements besteht darin, über Eigentumsrechte in erster Linie kapitalistische Produktionsverhältnisse zu sichern, sie über Produktionssubventionen, Verträge, Freikäufe und Finanzregulierungen zu stützen und zu vermitteln; und gleichzeitig behält er durch legale und politische Regulierung von Heirat, Sexualität, Verhütung und Abtreibung die Kontrolle über weibliche Reproduktionsarbeit bei; und setzt durch geschlechtsspezifische Wohlfahrt und Arbeitslosenleistungen und Abwesenheit von qualitativer öffentlicher Kinderbetreuung die spezifisch kapitalistische sexuelle Arbeitsteilung fort.[1]

Die Dimension der Privilegien.

Privilegienmacht, der "legitimiert" willkürliche Aspekt des Staates, ist leicht zu erkennen im Bereich internationaler Staatshandlungen. Für die Liberalen ist Privilegienmacht die ausgesprochen unliberale Dimension des liberalen Staates, und das klassische liberale Denken beschreibt aristokratische Privilegien als genau das, was der Liberalismus zu vermindern, wenn nicht sogar abzuschaffen verspricht. Aber es gibt einen anderen Weg, die Wurzeln des liberalen Staates zu sehen, in der die Willkür und konzentrierten Mächte der Monarchie nicht zerstört, sondern verborgen und vom Liberalismus neuentwickelt werden als Privilegienmacht, die sich von der Kriegsführung zur Budgeterstellung ausdehnt. In dieser Lesart wurde die Gewalttätigkeit des "Naturzustands" nicht überwunden sondern reorganisiert und neu verortet einerseits im Staat selbst als Polizei und Militär, andererseits in der "privaten" Sphäre, wo der Staat nicht handeln darf und wo sich ein Großteil der Unterdrückung von und Gewalt gegen Frauen ereignet.

Laut Max Weber hat der Staat zwei Wurzeln. Einerseits sind organisierte politische Institutionen vorauszusehen in der Bildung von Banden plündernder Krieger, "Männervereinigungen", die abseits einer bestimmten territorialen Bevölkerung leben ohne darin integriert zu sein und die gelegentlich sowohl die eigene als auch die benachbarte Bevölkerung terrorisieren. Andererseits ist institutionalisierte politische Autorität vorauszusehen in den frühesten Haushaltsbildungen, wo männliche oder "patrimoniale" Autorität in der körperlichen Kapazität wurzelt, den Haushalt gegen plündernde Kriegerbanden zu verteidigen.[2] Die erste Wurzel, die eine Kombination aus räuberischer Sexualität, Territorialität, Gewalt und Bruderschaft in soldatischen Aktivitäten darstellt, ergibt sicherlich ein bekanntes Gesicht von Privilegienmacht - kraß in den Methoden von Straßenbanden, vorgeblich gemildert, rationalisiert und legitimiert in internationalen Staatshandlungen. Wenn wir diesem Bild den zweiten Strang von Webers Ursprungstheorie hinzufügen, denjenigen, der sich mit den Begründungen männlicher Haushaltsauthorität beschäftigt, wird es klar, wie zeitgenössische Privilegienmacht männliche Herrschaft quer durch die soziale Ordnung hindurch konstruiert und bestärkt - und nicht nur durch offensichtlich maskulinistische Machtvorführungen von Pentagon oder Polizei.

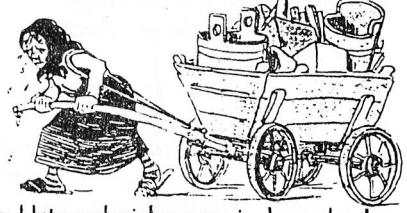
In Webers Analyse werden Kriegerbanden, obwohl ursprünglich "unter und über dem Alltagszyklus des Lebens" verortet, schließlich "in eine territoriale Gemeinschaft eingepaßt", ein Punkt, an dem eine erkennbare "politische Gruppierung formiert wird". Diese Gruppierung behält anzunehmenderweise viele der Charakteristiken bei, vor allem ihre Grundlage in organisierter Gewalt, die laut Weber *die* identifizierende Charakteristik des Staates ist. Während dieser Übergangszeit verändert sich die soziale Struktur der territorialen Bevölkerung von Mutter- Kinder - Gruppen zu väterlich geleiteten Haushalten. Die Autorität des erwachsenen Mannes, meint Weber, bezieht er nicht aus seinem Platz in der Arbeitsteilung, sondern aus seiner Kapazität, körperlich zu dominieren und seinen Haushalt zu verteidigen - nur wegen der allgegenwärtigen Bedrohung der Haushaltssicherheit durch die Kriegerbanden eine wichtige Kapazität. Laut dieser Analyse wurzelt männliche Haushaltsautorität in der Schutzmaßnahme gegen institutionalisierte männliche Gewalt In anderen Worten bildet sich der patriarchale Haushalt und seine legitimierte Autoritätsstruktur nicht nur als eine ökonomische Einheit sondern auch als Barriere zwischen verletzbaren Individuen und den oftmals brutalen Forderungen oder Raubzügen der den Staat vorwegnehmenden Gruppierungen. Dieses Arrangement ist festgeschrieben und eingewurzelt durch asymmetrische rechtliche Privilegien und eine asymmetrische sexuelle Arbeitsteilung: Haushaltspatriarchen "schützen" abhängige und rechtlose Frauen vor der Gewalt männlicher politischer Organisation. In dieser Hinsicht operiert der Staat als ein Abzeichen des Ausmaßes, in dem Politik zwischen Männern immer schon auch die Politik war, Frauen zu tauschen,

---

[1] Vgl. Barbara Nelson, "The Origins of the Two- Channel Welfare State: Workmen's Compensation and Mother's Aid" und Fraser, "Struggle Over Needs" in *Women, the State, and Welfare*. Vgl. auch Abramovitz.

[2] Max Weber, *Economy and Society*, hg. v. Guenther Roth & Claus Wittich (Berkeley: University of California Press, 1978)

zu mißhandeln, zu schützen und zu beherrschen; das eine begründet die Zwänge des anderen.
Laut Weber ist der mit Sicherheit, Schutz oder Wohlfahrt befaßte Teilcharakter politischer Macht immer geformt durch die äußersten Machtabsichten einer politischen Organisation. Das könnte heißen, daß die geschlechtsspezifische Struktur des Liberalismus teilweise aus dem geschlechtsspezifischen Charakter der Privilegienmacht abgeleitet ist, in der Frauen dazu verurteilt sind, Schutz vor männlicher Gewalt zu benötigen während der übergeordnete Status von Männern gesichert ist durch ihre vorgebliche Fähigkeit, diesen Schutz anzubieten. Das Problem ist hier eines, daß die meisten Feministinnen im Schlaf kennen. Historisch gesehen wurden Frauen kulturell konstruiert und positioniert: Frauen bewahren Leben während Männer es riskieren; Frauen sorgen für das Weltliche und das Notwendige während Männer und der Staat Dinge, die größer als das Leben sind, verfolgen; Männer suchen Unsterblichkeit während Frauen sich um die sterblichen Angelegenheiten kümmern; Männer werten ab oder bedrohen mit ihren Aktivitäten den Bereich des Alltagslebens während Frauen diesen versorgen und beschützen. Das Problem liegt also nicht im Ausschluß der Frauen aus der Domäne der Priviliegienstaatsmacht, sondern in ihrem problematisch geschlechtsspezifischen Charakter.



Die Unterscheidung zwischen durch Frauen versorgte tägliche Existenz und dem männlichen Streben nach Macht oder Prestige durch organisierte Gewalt ist das, was der Privilegienmacht solch einen räuberischen, habgierigen, erobernden Ethos gibt und was Frauen für diese Art der Macht die Bürgerrechte entzieht. Herkömmliche Konstruktionen männlicher Sexualität (als männlicher Rationalität, Interessen oder Privilegien entgegengesetzt) sind am deutlichsten in diesem Bereich dargestellt, da diese Dimension staatlicher Macht unmittelbarer materiell und körperlich ist als z. B. bürokratische oder rechtliche Macht, wovon beide dazu neigen, Körper eher zu organisieren und an ihnen zu arbeiten als sie so direkt zu berühren. Die Männlichkeit der Privilegienstaatsmacht behält ihre gewalttätigen und ihre transzendentalen (über das Leben hinausgehenden) Merkmale, wie auch ihre Beziehung zueinander: Frauen sind das "Andere" dieser beiden Momente der Privilegienmacht und auch die Verbindung zwischen ihnen. Da aber Privilegienmacht ihren Subjekten nicht nur als die Macht zu mißhandeln, sondern auch als die Macht zu beschützen erscheint - im Endeffekt die Macht der Polizei - ist sie aus einer feministischen Perspektive schwer anzugreifen. Das Privileg des Staates, entweder ausgedrückt in Polizeiintervention oder in den sich ständig verändernden Kriterien, um Sozialunterstützung zu erhalten, ist oft alles was zwischen Frauen und Vergewaltigung steht, Frauen und Hungertod, Frauen und Abhängigkeit von brutalen Ehemännern und Lebensgefährten, in Kürze zwischen Frauen und unvermindertem männlichen Privileg.[1]

Die bürokratische Dimension. Weber und Foucault formulieren Bürokratisierung und ihre normierenden, disziplinierenden Auswirkungen als *die* ausgeprägte und allgegenwärtige Beherrschung unserer Zeit.[2] Nichts begrenzt diese Art der Beherrschung durch den Staat; im Gegenteil sehen sie die moderne Filtrierung der Bürokratie oder disziplinierende Institutionen

sie dürfen wie Männer
durch Arbeit sich nähren

quer durch die soziale Ordnung als genau das, was eine Abnahme in der *offenkundigen* Ausübung von Staatsmacht erlaubt ohne einem damit verbundenen Zusammenbruch politischer und sozialer Kontrolle.[3]

Einer der bezeichnendsten Aspekte der Bürokratisierung ist sogar der Schwund einer klaren Trennungslinie zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Bedenken wir die sich stark vermehrenden Sozialarbeitsbürokratien, regulierende Bürokratien und militärisch-(post)industrielle Komplexe: der Wirkungskreis jedes einzelnen bedeutet institutionelles Eindringen und das Verwischen von vorher anerkannten Grenzen zwischen dem Bereich der politischen Macht, dem Haushalt und der privaten Initiative.
Ich habe anderswo begründet, daß die instrumentelle Rationalisierung, die sowohl die Gründung der bürokratischen Ordnung als auch den Prozeß der bürokratischen Rationalisierung miteinschließt, auf der sozialen Aufwertung maximierter Macht durch maximierte technokratische Kontrolle beruht.[4] Dieser spezielle Ausdruck des Willens zur Macht - Beherrschung durch Regimes der Vorhersagbarkeit, Kalkulierbarkeit und Kontrolle - scheint im Westen insofern sozial männlich zu sein, als der höchste Wert Kontrolle ist, und das Unkontrollierbare und das, was kontrolliert werden soll (die äußere Natur oder der politische Körper) in diesen Diskursen als weiblich eingeordnet wird. Schließlich "dient" bürokratische Macht ziemlich offensichtlich männlich dominierenden Interessen durch ihre disziplinierende Funktion: Staatsagenturen jeder Machart kreieren disziplinierte, gehorsame, regelbefolgende Objekte. Dieser Aspekt des Einbezugs von Bürokratie in männliche Dominanz erfordert nicht, daß bürokratische Macht selbst maskulinistisch ist, nur, daß sie ein effektives Instrument der Beherrschung ist und die Politik, die sie ausführt, geschlechtsspezifisch ist. Auf diese Art befähigen und verdecken die regulativen und disziplinierenden Kapazitäten der Bürokratie männliche Beherrschungsinteressen außerhalb der Bürokratie; zumindest auch Foucault beurteilt die disziplinierende Organisation von Schulen und Spitälern als Hilfsmittel eines

und lehren

---

[1] Frances Fox Piven und Richard E. Cloward, "The Contemporary Relief Debate", in *The Mean*

State (N.Y.: Pantheon, 1987)

[2] Weber, "Politics As a Vocation", in *From Max Weber*, hg. v. H. H Gerth und C. Wright Mills (N.Y.: Oxford University Press, 1946); Michel Foucault, *Discipline and Punish: The Birth of the Prison*

[3] Für Weber ist dies der Triumph der rationalen rechtlichen Autorität, für Foucault der Austausch souveräner und rechtlicher Macht durch disziplinäre Macht. "offenkundig" ist von der Übers. hervorgehoben.

[4] Brown, *Manhood and Politics*, Kap. 8

verallgemeinerten Zieles sozialer Kontrolle. Die Tatsache, daß Bürokratie als Disziplin sowohl ein *Ziel* als auch ein *Mittel* ist und dabei sowohl *als Macht* als auch *im Dienst anderer Mächte* operiert, während sie sich selbst durchgängig als nicht zugehörig oder neutral zu Macht präsentiert, macht sie speziell geeignet, die Leben der Frauen zu formen, die Klientinnen des Staates sind.

POLITISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN UND MÖGLICHKEITEN

Mit der Ausdehnung der Orte und der Anzahl von Beziehungen von Frauen zum Staat in der späten Moderne und in der Postmoderne verändern sich sowohl die Charakteristiken als auch die Bedeutungen der Männlichkeit des Staates. Der Staat übernimmt und verändert zusehends das Projekt männlicher Beherrschung, indem er aufhört, primär ein Bereich männlicher Mächte und ein Instrument männlichen Privilegs und männlicher Vorherrschaft zu sein, wenn er auch weiterhin auf diese Weise funktioniert. Nachdem er sich in diese Richtung bewegt, wird die Männlichkeit des Staates diffuser und hintergründiger, obwohl er mächtiger und beherrschender im Leben von Frauen wird. Obwohl der Staat den Mann für viele Frauen ersetzt, scheinen seine rechtssprechenden und gesetzgebenden Mächte, sein Sozialapparat und sogar seine Polizeimächte oft als führende Mittel zu Geschlechtergleichheit oder weiblichem Schutz. In dieser Hinsicht trägt der spätmoderne Staat eine unheimliche Ähnlichkeit mit dem "neuen Mann" der pseudofeministischen Niedertracht in sich. Unter einem dünnen Äußeren geänderter/ reformierter Geschlechtsidentität und Sorge für Frauen trägt der Staat all die bekannten Elemente männlicher Herrschaft. Durch seine Polizei und sein Militär monopolisiert der Staat die institutionalisierte *physische* Macht der Gesellschaft. Durch seine Wohlfahrtsfunktion übt der Staat *ökonomische* Macht über bedürftige Frauen und setzt willkürlich die Zeichen ihres ökonomischen Überlebens. Durch Gesetze zum Mündigkeitsalter in bezug auf Verhütung, Regulierung der Abtreibung und anderer Reproduktionstechnologien und heterosexuelle Bedingungen bei Mutterschaft kontrolliert und reguliert der Staat die *sexuelle* und *reproduktive* Konstruktion und Befindlichkeit von Frauen. Durch sein Monopol auf politische Autorität und Diskurs bestimmt der Staat die *Sprache* , die *Zeichen* und *Räume* der politischen Praxis von Frauen. So vermittelt und entfaltet der Staat fast all die Mächte, die das Leben von Frauen formen - körperlich, ökonomisch, sexuell, reproduktiv und politisch - Mächte, die in früheren Epochen direkt durch Männer ausgeübt wurden. Doch wie der "neue Mann" repräsentiert sich der postmoderne Staat als vorwiegend gelähmt, fast ohnmächtig, unfähig, viele seiner Verpflichtungen einzuhalten, weil "er nicht länger die Lösung der sozialen Probleme ist", weil er "nur eine Figur auf einem weltweiten Schachspiel" ist, weil er sich selbst dezentralisiert (dezentriert), oder weil er viele seiner Mächte aufgegeben hat, um "freundlicher, netter" zu werden. Das zentrale Paradox des postmodernen Staates ähnelt so einem zentralen Paradox postmoderner Männlichkeit: seine Macht und sein Privileg funktionieren immer mehr durch die Verleumdung von Fähigkeit, die Zurückweisung von Verantwortung, die Zerstreuung von Orten und den Einsatz von Kontrolle.
So wie Mikroelektronik-Montagewerke in den "Freihandelszonen" der dritten Welt nicht nur weibliche Arbeiterinnen anstellen, sondern sie auch produzieren - ihre Körper, sozialen Beziehungen, ihre Sexualität, Lebensbedingungen, ihr soziales Geschlecht (gender), ihre Seelen, ihr Bewußtsein - so behandelt der Staat nicht einfach KlientInnen und stellt Arbeitskräfte an, sondern produziert Staatssubjekte, unter anderem bürokratisierte, abhängige, disziplinierte und geschlechtsspezifizierte. Andersgesagt bilden die stetige Verwischung der liberalen Grenzen zwischen öffentlich und privat durch den Kapitalismus, seine Zerrüttung der Grenze zwischen Haushalt und Wirtschaft im späten 20. Jahrhundert und die durch diese Entwicklungen erreichte Politisierung von bisher privaten Aktivitäten wie Reproduktion und Sexualität nicht automatisch politisches Bewußtsein oder Kämpfe für Freiheit; nicht mehr als die wachsende Verwicklung des Staates mit der Wirtschaft automatisch ein Arbeiterklassen-Bewußtsein oder Militanz bildet.

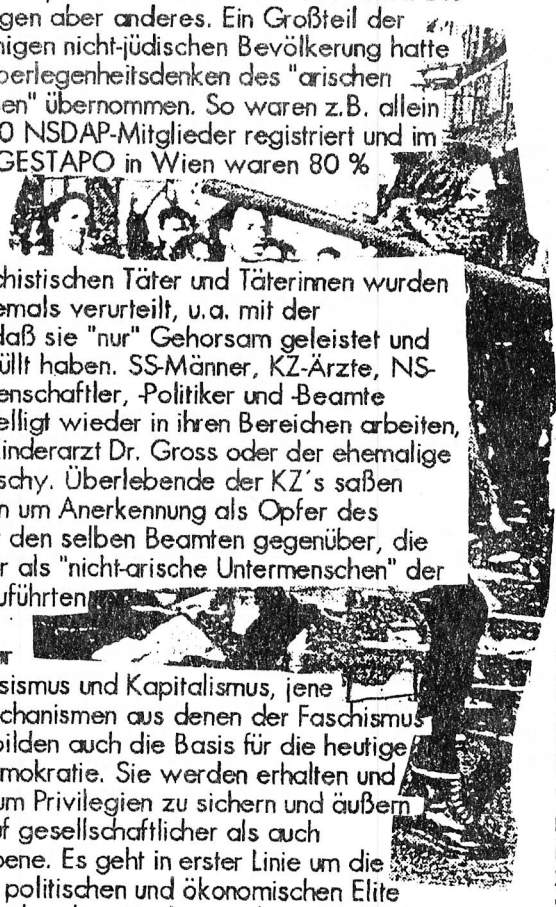
Wieder ist das so, weil sich der Staat nicht einfach privaten Bedürfnissen oder Themen zuwendet, sondern sie gestaltet, verwaltet und produziert. Wer "befreit" von der privaten Sphäre ist, kann in Wirklichkeit sofort durch eine oder mehrere Dimensionen männlicher Staatsmacht kolonisiert und verwaltet werden. Der Staat könnte sogar die Trennung von Individuen und bestimmten Themen von der "privaten" Sphäre unterstützen, um sie effektiv zu verwalten: das ist sicher eine Möglichkeit, die Arbeiten der Geburtenkontroll- Gesetzgebung im 19. Jahrhundert und "Schimpfgesetze" und Vormundsgesetzgebung im späten 20. Jahrhundert zu interpretieren. Wie wichtig "die Familie" auch bleibt, sogar in ihrer Abwesenheit oder Nichtintegration, in der Konstruktion des geschlechtsspezifischen Unbewußten ist sie immer weniger das Mittel oder der tägliche Überwacher männlicher Beherrschung in der postmodernen Kultur. Heute ereignen sich die Kämpfe von Frauen für soziale, politische und ökonomische Freiheit in den USA öfter im oder in der Nähe des Staatsbereichs, seien diese Kämpfe nun auf das Problem der Armut konzentriert, oder auf die Sozialbezüge und deren Einschränkungen, Reproduktionstechnologien (inklusive Abtreibung), Kinderbetreuung, Reproduktionsrechte von Teenagern sexuelle Freiheit (auch lesbische Rechte und Rechte und Forderungen von Prostituierten), Bevorzugung von Frauen, Erziehung oder auf Beschäftigung. Feministinnen könnten demnach, wie ich die historischen Vermächtnisse und die zeitgenössischen Formen der Männlichkeit in der Staatsmacht erörtert habe, weise darauf achten, die Kontrolle über die Festschreibung dieser Themen nicht an den Staat auszuliefern und sich dem Staat nicht als Versorger, Gleichsteller, Beschützer oder Befreier zu nähern. Wie männliche Herrschaft selbst ist maskulinistische Staatsmacht zum Teil aufgrund ihrer vielfachen und widersprüchlichen Zusammensetzung nicht aus einem Stück gegossen, sondern dekonstruierbar; sie ist etwas, was Feministinnen ausbeuten und unterwandern könnten, wenn wir sie begreifen, um dann strategisch ihre zeitgenössischen Tricks auszumanövrieren.

doch wehe sobald sie
zustimmen begehren

Redebeitrag auf der 8.März-Demo 95
und Beitrag an der Pressekonferenz am 8.3.

Konsequenter feministischer Widerstand gegen die Faschisierung

Vor 50 Jahren
Vor 50 Jahren endete der Krieg des faschistischen Großdeutschlands. Die deutsche faschistische Armee kapitulierte gegenüber den Allierten England, Frankreich, USA und der Sowjetunion, gegenüber dem Widerstand der Roten Armee in der SU und dem Widerstand in den besetzten Ländern. Die Menschen, die verfolgt wurden, die in den KZ`s, in den Gefängnisen, Psychiatrien und "Behindertenanstalten" überlebten und die Menschen die Widerstand leisteten, erlebten das Ende des Krieges als Befreiung.
Österreich deklarierte sich in der Unabhängigkeitserklärung von April 1945 als macht- und willenloses Opfer des deutschen Faschnsimus. Die Tatsachen zeigen aber anderes. Ein Großteil der deutschsprachigen nicht-jüdischen Bevölkerung hatte für sich das Überlegenheitsdenken des "arischen Herrenmenschen" übernommen. So waren z.B. allein Wien 700.000 NSDAP-Mitglieder registriert und im Apparat der GESTAPO in Wien waren 80 % Österreicher.



Kontinuität
Viele der faschistischen Täter und Täterinnen wurden nach 1945 niemals verurteilt, u.a. mit der Begründung, daß sie "nur" Gehorsam geleistet und ihre Pflicht erfüllt haben. SS-Männer, KZ-Ärzte, NS-Richter, -Wissenschaftler, -Politiker und -Beamte konnten unbehelligt wieder in ihren Bereichen arbeiten, wie z.B. der Kinderarzt Dr. Gross oder der ehemalige Gauleiter Portschy. Überlebende der KZ´s saßen beim Ansuchen um Anerkennung als Opfer des Faschismus oft den selben Beamten gegenüber, die sie Jahre zuvor als "nicht-arische Untermenschen" der Vernichtung zuführten.

Dominanzkultur
Sexismus, Rassismus und Kapitalismus, jene Herrschaftsmechanismen aus denen der Faschismus hervorgingen bilden auch die Basis für die heutige bürgerliche Demokratie. Sie werden erhalten und ausgeweitet, um Privilegien zu sichern und äußern sich sowohl auf gesellschaftlicher als auch persönlicher Ebene. Es geht in erster Linie um die Privilegien der politischen und ökonomischen Elite eines Landes und weltweit, aber auch um Privilegien von Teilen der Bevölkerung. Die eigene "Überlegenheit", definiert entlang der Normen von leistungsfähig, besitzend, männlich, weiß, heterosexuell, gesund, nicht-behindert, wird durch Ausgrenzung, Abwertung anderer und durch Gewalt immer wieder neu hergestellt und bestätigt.

Fortschreitende Faschisierung
Seit Ende der 80-erJahre greifen faschsistische Gruppen verstärkt Flüchtlingsheime und Menschen mit nicht-weißer Hautfarbe auf der Straße an und bedrohen Initiativen und Einzelpersonen, die gegen Rassismus arbeiten. Haider initiiert 1993 das "Ausländer-Volksbegehren" und machte damit die faschistische Parole "Ausländer raus" endgültig politikfähig. Die SPÖ als Regierungspartei folgte diesen Parolen mit "Gesetze statt Hetze" und machte den Rassismus zur Rechtsstaatlichkeit. Die Bundesregierung verschärfte die Ausländergesetze, stationierte Militär an den Grenzen gegen Flüchtlinge, führt Abschiebungen durch und damit in letzter Konsequenz Mord.
Dieser staatliche Rassismus und die Akzeptanz von faschistischen Organisationen ermöglichten 1994 und ´95 die Briefbombenserien, die Bombenanschläge und Morde. Der Zusammenhang mit faschistischen Organisationen wurde von der Polizei und Regierung anfangs immer geleugnet und später verharmlost. Nach der Ermordung der Roma vermutete die Polizei erstmals Unfall oder Selbstmord und durchwühlte ihre Häuser. Opfer werden zu Tätern gemacht.
Dieses Vorgehen ist Teil der fortschreitenden Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Faschisierung bedeutet sexistische, rassistische und eugenische Drohungen und Terror und deren gesellschaftliche Akzeptanz, sowie staatliche Gesetze und Maßnahmen für die Ausgrenzung von Menschen bis zu deren Vernichtung. Die Faschisierung zeigt sich auch in der immer umfassenderen medizinischen und technischen Überwachung jeder Einzelnen, dem verstärkten Arbeitszwang für mies bezahlte Lohnarbeit und unbezahlte Arbeit, und im Abbau von sozialen und poltischen Grundrechten (wie z.B. Sicherheitspolizeigesetz, Meldegesetz, Ausländergesetze, Beschäftigungssicherungsgesetze, Sozialraubbau usw.)
Auch die ideologische Hetze gegen Frauen wurde lauter. Alleinerzieherinnen, Notstands- und Karenzgeldbezieherinnen werden zu "Sozialschmarotzerinnen", "Asozialen", "Trittbrettfahrerinnen". Frauen-, Lesben- und Mädchenprojekte werden radikal gekürzt und durch Auflagen, wie Abliefern von Statistiken der Besucherinnen, Kosten-Nutzen-Rechnungen etc. zur Kontrolle von Frauen gezwungen.
Im letzten Jahr wurden vom Sozialministerium und von Landesregierungen mindestens 3 Frauenprojekten mit den Begründungen, daß sie ein Treffpunkt für Lesben sind, wegen Veröffentlichung von lesbischer Sexualität und zeigen lesbischer Filme, Subventionsgelder gänzlich gestrichen. Faschistische Gruppen bedrohen feministische Projekte, es existieren Flugblätter von Nazis, in denen Adressen von Frauenprojekten aus verschiedenen Bundesländern aufgelistet sind. Die faschistischen Drohungen gegen Lesben und Feministinnen und die ideologische Hetze haben die Normierung von Weiblichkeit und die "Disziplinierung" von Frauen zum Ziel.

Medien, Polizei und Politiker
Die Medien, Polizei und Politiker verharmlosen die faschistischen Drohungen und Morde als Taten Einzelner. Doch die Täter sind vor allem organsierte faschistische Gruppen (wie z.B. VAPO, AFP,..) mit eigenen Zeitungen, Verlagen und wissenschaftlichen

Vereinen, die mit faschistischen Organisationen in anderen Länder zusammenarbeiten. Die Vernetzung und Organisierung reicht bis in die Staats- und Regierungsebene hinein. Innerhalb der Polizei formieren sich faschistische Gruppen wie die NS (Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebemanten) und die rechtsextreme F ist als drittstärkste Partei im Parlament vertreten.

Die liberale Öffentlichkeit, die Regierung und die bürgerlichen Medien antworten auf die Faschisierung mit Rufen nach Gewaltfreiheit, Einheit und Stabilität. Täter beim Namen zu nennen stellt für sie bereits einen Gewaltakt dar und gefährdet IHRE Sicherheit. **Wir müssen gegen die Faschisierung offen und konsequent auftreten.**

Wir verlangen als ersten Schritt den sofortigen Rücktritt von Hesoun und Löschnak !

Wandeln wir Angst, Trauer und Wut in Widerstand !

Bekämpfen wir Sexismus, Rassismus und Kapitalismus als die Grundlage von Ausbeutung und Unterdrückung !

Die Sehnsucht nach einem befreiten Leben schafft die Kraft für den Kampf um Befreiung.

autonome feministische FrauenLesben-Gruppe

"Faschopost"

Im November 94 fanden 2 Fauen in Hartberg in der Steiermark, faschistische mehrseitige Flugblätter vor einem Zeitungsständer. Dies Flugblätter sind eine wirre Schrift gegen "das internationale Judentum", "Freimaurer "und "-Feministinnen- und Emanzenbewegung" u.ä.
Das Flugblatt wurde u.a. ans DÖW (Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands) geschickt. Ihre Erfahrungen sind, daß aus dieser Gegend mehrere faschistische Schriften kommen.
Wir wollen im folgendem die Frauengruppen auflisten, die in diesen faschistischen Flugblättern aufgelistet sind. Die Adressen sind viele Archive, fast alle in der selben Schrift, vermutlich wo rauskopiert.
Es gab auch einige Treffen mit Frauengruppen und -projekten, die weiterlaufen. Es ging dabei einerseits um einen Austausch, denn einige Projekte haben Drohanrufe bekommem, um den (unterschiedlichen) Umgang damit und um gemeinsames Vorgehen. Bekannt ist bisher, daß das Sitchwort Folterandrohungen gegen Lesben "erhielt", die Frauenhetz Drohungen nach dem Motto "der Haider wirds schon richten" und das FZ. Dohnal erhielt als Frauenministerin edliche Morddrohungen und eine Briefbombe, bei der "ersten Serie".Die Faschisierung wirkt auf alle und es wichtig voneinander zu erfahren, und es ist wichtig uns zu organisieren und offen gegen die Faschisierung aufzutreten.

Die Frauen-Adressen:

+ Stichwort
  Archiv der Frauen- und Lesbenbewegung
  Wien
+ Renner-Institut, Frauenpolitische Abt., Wien

+ Österreichische Nationalbibliothek
  Kontaktfrau, Wien

+ Fraueninfothek, Kontaktfrau, Wien
+ Frauenbeauftragte der Stadt Graz

+ Alpenweiber, Ehrald, Kontaktfrau
+ Pädagogisches Zentrum Weiz
  Kontaktfrau
+ Mafalda
  Beratungsstelle für arbeitslose Mädchen
  und junge Frauen, Graz
+ Courage, Baden
+ Frauenarbeitsgruppe, Braunau/Inn

+ frida
Verein zur Förderung und Vernetzung frauenspezifischer
Informations und Dokumentationseinrichtungen, Wien

+ SOWIS, sozialwissenschaftliche Informationsstelle
Kontkatfrau

+ Frauendokumentations- Forschungs- und
Bildungszentrum, Graz
+ Projekt "Pech, Marie?"
Projekt Lebensplanung und Berufsorietnierung für
junge Mädchen und Frauen, Graz
+ ARGE Feministische Pädagogik, Uni Ibk.
Kontaktfrau
+ Fraueninitiative Fabrik, Graz

+ Frauenforum, Ebensee
+ AÖF, Dachverband der Frauenhäuser, Wien

Haesoun und die Frauen - Vom Grapscher zum Moralapostel

Daß Sozialmimister Haesoun im Umgang mit Frauen nicht immer den richtigen Ton fand, ist spätestens seit der „Grapsch-Affaire" bekannt. Weniger „offen" war sein Verhältnis, wenn es um die Förderung von Frauenprojekten ging. Vor allem Femin-istinen und Lesben gingen ihm gegen den Strich Rigiede Weisungen wurden erteilt, bewilligte Subventionen mutwillig nicht ausbezahlt. Die Frauengrundsatzabteilung im Ministerium wurde wurde intern als „Lesbenabteilung" zu diffamieren versucht und es wurden ihr Kompetenzen =Förderörderbefugnisse entzogen. Organisationen, die sich mit weiblicher Homosexualität auseinandersetzen, sollten nun generell von jeder Förderung ausgeschlossen werden und wurden von Haesoun mit dem Etikett „pornographisch" versehen,

Wodurch wurde Haesoun motiviert, sich als oberster Pornojäger der Nation im Wettkampf mit Martin Humer zu profilieren?
Die Gründe scheinen naheliegend: die meisten heterosexuellen Männer können es nicht ertragen, wenn Frauen Ihresgleichen lieben, „ihnen den Rücken zukehren:" bleibt das Geld ja dann nich mehrt in der Familie". Haesoun trieb damit einen gesellschaftlichen Trend an die Spitze. Der Wauwau mußte gehen, daß sich durch die Neubesetzung des Ministerpostens etwas an der Subventionierungspolitik gegenüber Frauen- und AusländerInnenprojekte ändert ist kaum zu erwarten.

Die speziell von diesen Restriktionen betroffenen Projekte sind:
* Der Zeitschrift „AUF" wurden weitere Subventionen Abgelehnt, da sie eine Aus-gabe mit dem Schwerpunkt „weibliche Lust" -lesbische Erotik herausgab.
* Ebenso der „Wiener Frauenverlag", der Laut BMAS wegen „erotischer Literatur" keine Förderung mehr erhält.
* Dem Frauencafe" wurde informell mitgeteilt, daß tendentiell im Subventionsantrag das Wort „lesbisch" nicht vorkommen darf.
* „Velvet Cinema" wurde die Auszahlung der schriftlich zugesagten Subventionen blockiert, weil bei einem früherem Projekt Lesbenfilme gezeigt wurden.Aufgrund einer schriftlichen Weisung Haesouns kämen ebenfalls „keine zukünftigen Förderungen mehr in Betracht".

50 Jahre nach der Befreiung

Im April und Mai 1995 wurden in vielen KZ's Gedenkfeiern zur Mahnung und zur Erinnerung veranstaltet, und viele Überlebende kamen zum ersten und wohl auch letzten Mal an diese Orte zurück. Viele Politiker versuchten sich bei den Veranstaltungen in den Vordergrund zu stellen und heuchlerisch für sich zu nutzen.
In das ehemalige Frauenkonzentrationslager Ravensbrück kamen ca. 3.000 Überlebende aus Rußland, Ukraine, Polen, Frankreich, Holland, Österreich,..... Die Lagergemeinschaft Ravenbrück, die die Gedenkstätte betreuen, errichteten ein "Begegnungszelt", in dem die Überlebenden Kontakte herstellen und austauschen konnten.
Die jüngsten Überlebenden sind heute über 50 Jahre alt. D.h. es wird an uns liegen die Erinnerungen, das Wissen und den Widerstand gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung weiterzutragen.
In Erinnerung daran wollen wir aus dem Kalender "Frauen aus Ravensbrück", herausgegeben von der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, die Geschichte einiger Frauen aufzeigen.
Im KZ Ravensbrück waren zwischen 1939 und 1945 130.000 weibliche, 20.000 männliche und 1.000 jugendliche Häftlinge. Sie waren dort als Politische, als "Asoziale", als "Kriminelle", weil sie Jüdinnen, waren, weil sie Roma und Sinti waren,

Olga Benario-Prestes

1908 – 1942

»Langsam fange ich nun an, wieder aufzuleben nach dem schweren Druck, der auf mir durch das Fehlen von Post während dreier Monate lastete. Und welche Stärke und Wärme entströmt Deinen Briefen. Ich weiß es zwar täglich, welche unerschöpfliche Quelle an Kraft für uns beide die Tatsache bedeutet, daß wir existieren – und zusammengehören, aber doch sind so ein paar liebe Zeilen unendlich viel. Ein bißchen taut die dicke Eiskruste auf, die man sich aus Selbsterhaltungstrieb ums Herz gebaut hat.«

Aus einem Brief von Olga Benario-Prestes vom 15. September 1938 an ihren Mann, geschrieben im Frauen-KZ Lichtenburg

1908 Geburt von Olga Benario am 12. Februar in München als Tochter des sozialdemokratischen Rechtsanwalts Dr. Leo Benario.

1923 Vom Vater in ihrem politischen Bewußtsein geweckt, tritt Olga Benario dem KJVD bei, übersiedelt

1925 nach Berlin, bricht mit dem Elternhaus und beginnt ihren Weg als »kommunistische Agitatorin«.

1926 Wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verhaftet (Kampagne: »Fürstenenteignung«), aber nach wenigen Wochen wieder entlassen,

1928 befreit sie ihren Freund und Mithäftling Otto Braun in einer spektakulären Aktion aus dem Gefängnis in Berlin-Moabit. Sie nimmt danach am V. Weltkongreß der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau teil.

1930 Dort bereitet sich Olga Benario angesichts der politischen Entwicklung in Deutschland für den praktischen Widerstand vor und trifft nach Reisen ins Ausland (England, Frankreich)

1934/35 mit dem kommunistischen Führer der brasilianischen Freiheitsbewegung Luiz Carlos Prestes in Moskau zusammen, dem sie als Lebensgefährtin nach Brasilien folgt.

1936 An der Organisation von Aufständen im Lande gegen das System des Diktators Vargas beteiligt, werden beide verhaftet. Olga Benario-Prestes wird von Brasilien den Deutschen ausgeliefert. Im Frauengefängnis Berlin-Barnimstraße wird die Tochter Anita Leokadia geboren.

1938 Im Rahmen einer internationalen Solidaritätsaktion werden die NS-Behörden veranlaßt, das Kind der Mutter von Luiz Carlos Prestes in Paris zu übergeben. Anita Leokadia wächst bei ihr in Mexiko auf.
Olga Benario-Prestes wird zuerst ins Frauen-KZ Lichtenburg, dann

1939 nach Ravensbrück überstellt. Dort wird sie Blockälteste in der Baracke 11 für jüdische Häftlinge, organisiert insgeheim Kurse und Schulungen, ist quälenden Verhören im Reichssicherheitshauptamt in Berlin ausgesetzt und wird

1942 in der Gaskammer der »Heil- und Pflegeanstalt« Bernburg ermordet.

Lebensdaten einer konsequenten antifaschistischen Widerstandskämpferin, die während der KZ-Zeit sehr um die Häftlinge bemüht war, sie anhielt, sich stets zu waschen, sich durch gymnastische Übungen gesund zu erhalten und durch Beteiligung an den – wenn auch verbotenen – Kursen ihren geistigen Abwehr- und Widerstandswillen zu stärken.
Überkommen sind uns Miniaturlandkarten, die Olga Benario-Prestes für ihren »Unterricht« mit Bleistift selbst gezeichnet hat.

Rosa Jochmann

1901 – 1994

»Oft denke ich mir, daß ich viel mehr hätte lernen sollen.
Mein Verhalten aber könnte ich nicht ändern.
Dem Sozialismus dienen aber würde ich auf jeden Fall
und dies aus dem einfachen Grunde:
Ich liebe die Menschen!«

»Ins politische Leben bin ich gekommen, weil ich nie Unrecht ertragen konnte und kann und weil ich nie zusehen konnte, daß jemandem Unrecht geschieht.« Dieser Satz Rosa Jochmanns, der »großen alten Dame der Sozialdemokratie« Österreichs, steht, einem Motto vergleichbar, über ihrem Leben von Jugend an, einem Leben mit vollem Einsatz gegen die Ungerechtigkeiten an den vielen »kleinen Leuten«, ähnlich einem »Kampf, der nie zu Ende geht« und den sie als Gewerkschafterin, Sozialdemokratin, Frauenrechtlerin und als langjährige Abgeordnete im österreichischen Nationalrat unermüdlich geführt hat, Zeichen setzend.

Rosa Jochmann hat zahlreiche Vorträge zu politischen Tagesfragen gehalten, Aufsätze zur Frage der arbeitenden Frau verfaßt, aber nie ein Buch geschrieben. Das taten andere für und über sie. Sie ist im ständigen Einsatz, auch dann, als Bundeskanzler Dollfuß 1934 die SPÖ verbietet, Rosa Jochmann aber illegal bei der Gruppe der »Revolutionären Sozialisten« tätig bleibt und ein Jahr Gefängnis wegen Verteilung von Flugblättern abzusitzen hat.

1939 wird sie von der Gestapo wegen ihrer Tätigkeit bei den »Revolutionären Sozialisten« verhaftet und 1940 nach Ravensbrück verbracht. Dort setzt sie sich als Blockälteste in Baracke 1 der politischen Frauen unermüdlich für ihre Kameradinnen ein, ist im ganzen Lager bekannt und als »Blockova Rosl« sehr beliebt. Sie verkörpert etwas, das nicht weniger lebenswichtig ist als Brot, nämlich Liebe, Geist, Gemüt und Wahrheit. Als sie 1943 wegen »Organisierens« von Lebensmitteln für ihre »Leute« zu sechs Monaten »Bunker« verurteilt wird, bangen viele Kameradinnen um Rosa Jochmanns Leben.

Von der Roten Armee befreit, erreicht sie bald ihre Heimatstadt, organisiert dort einen Autotransport nach Ravensbrück und holt persönlich die noch im KZ verbliebenen 40 österreichischen Kameradinnen zurück. Damit beginnt ihre Nachkriegs-»Karriere« mit einer Fülle von Verpflichtungen in den großen Gremien für Frauenfragen, im Vorstand der SPÖ, im österreichischen Nationalrat, nicht zuletzt im Internationalen Ravensbrück-Komitee und als Vorsitzende der österreichischen Lagergemeinschaft. Noch 1982 marschiert sie zum »Antifaschistischen Aktionstag« in Wien mit.

Als sie im Januar 1994 stirbt, werden die Beisetzungsfeierlichkeiten zu einer großen und bewegenden Manifestation für die »Blockova Rosl«, die sich der Devise aller KZ-Häftlinge »Niemals vergessen!« stets verpflichtet gefühlt hat. Bei ihrer Ernennung zur Ehrenbürgerin der Stadt Wien 1981 meinte sie: »Viele haben für ihre Überzeugung mit dem Leben bezahlt. Für sie alle und nicht zuletzt für die sechs Millionen ermordeter Juden nahm ich diese Ehrung entgegen.«

1901 Rosa Jochmann wird am 19. Juli als viertes Kind der Wiener Arbeiterfamilie Karl und Josefine Jochmann geboren.

1915 Tag- und Nachtschicht in einer Zuckerfabrik.

1920 Betriebsvertrauensfrau in einer Firma mit über 300 Arbeiterinnen.

1926 Rosa Jochmann absolviert den ersten Lehrgang an der »Arbeiterhochschule« für Funktionäre in der SPÖ und in den Gewerkschaften.

1931 auf der Frauenrechtskonferenz in Graz zur »Frauenzentralsekretärin« gewählt.

1934 nach dem Verbot der SPÖ durch Bundeskanzler Dollfuß illegale Tätigkeit bei den »Revolutionären Sozialisten«; ein Jahr Gefängnis für das Verbreiten von Flugblättern.

1939 Verhaftung durch die Gestapo.

1940–1945 Überstellung nach Ravensbrück, dort Blockälteste, Bunkerhaft, beliebt und verehrt als »Blockova Rosl«.

1945–1949 nach Befreiung und Heimkehr sofort tätig als Frauenzentralsekretärin.

1959–1967 als Vorsitzende des Frauenzentralkomitees, Mitglied des SPÖ-Parteivorstands und Abgeordnete zum Nationalrat.

1981 Ehrenbürgerin der Stadt Wien.

1988 Rosa Jochmanns Rede auf dem Wiener Ballhausplatz zum 50. Jahrestag der Auslöschung Österreichs am 12. März 1938 war der Höhepunkt der Kundgebung. »Es war ihre letzte Rede vor einem so großen Publikum, und sie klang wie ein Vermächtnis: Niemals zu vergessen und den Kampf weiterzuführen für eine Welt des Friedens, der Freiheit und der Menschlichkeit – für Rosa Jochmann auch immer eine Welt des Sozialismus.«

1994 Rosa Jochmann stirbt am 28. Januar 1994.

1994 erscheint das Buch »Rosa Jochmann. Ein Kampf, der nie zu Ende geht. Reden und Aufsätze«, hrsg. von Hans Waschek.

Lisetta Rose

1874 – 1944

Ihr Schicksal steht stellvertretend für den Holocaust an über 500 000 Sinti und Roma im gesamten nazifaschistischen Machtbereich

Lisetta Rose wurde am 16. September 1874 geboren. Sie lebte gemeinsam mit ihrer Familie in Frankenthal (Pfalz); ihr Mann Anton Rose betrieb in Darmstadt ein Lichtspieltheater. Bereits im Jahre 1934 wurde von seiten der Gaustelle Hessen-Nassau versucht, der Familie Rose durch den Ausschluß aus der Reichsfilmkammer die Erwerbsgrundlage zu entziehen. Ende 1937 erfolgte das endgültige Berufsverbot für Anton Rose aus sogenannten rassischen Gründen.

Um der drohenden Deportation zu entgehen, floh Lisetta Rose mit ihrer Familie aus ihrer Heimatgemeinde. Auf ihrer Flucht gelangten sie bis nach Schwerin, wo sie die Gestapo Ende 1943 verhaftete und nach Auschwitz deportierte.

Anton Rose wurde in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 bei der sogenannten Liquidation des »Zigeunerlagers« in Auschwitz-Birkenau zusammen mit über 2 800 Sinti und Roma, zumeist Kinder sowie kranke und alte Menschen, ermordet. Auch das Enkelkind von Lisetta Rose, Nathalia (geboren 19. Mai 1942), wurde in Auschwitz ermordet. Lisetta Rose kam Anfang 1944 nach Ravensbrück, wo sie ebenfalls ermordet wurde. Ihre Tochter Martha Rose war bereits Ende 1942 nach Ravensbrück verschleppt und schwer mißhandelt worden. Von Ravensbrück nach Bergen-Belsen deportiert, verstarb sie dort einige Tage nach ihrer Ankunft.

13 Angehörige der Familie Rose fielen dem Völkermord zum Opfer.

Marianne-Katharina, gen. Käthe Leichter

geb. Pick

1895 - 1942

»Für passive Sympathie gab es in ihrem Charakter und Temperament keinen Platz. Erkenntnisse in die Tat umzusetzen und dann dafür voll und ganz einzustehen, das entsprach ihrer Lebensauffassung. Niemandes Lebensweg ist vorgezeichnet, und sie ging den von ihr gewählten mit dem vollen Einsatz ihrer Persönlichkeit bis zum bitteren Ende.«

1895 als Tochter des jüdischen Hof- und Gerichtsadvokaten Pick am 20. August in Wien geboren, entwickelt Käthe schon früh ein ausgesprochenes Sozialgefühl. Neben dem Interesse an Kunst und Wissenschaft veranlaßt sie dieses,

1914 das Studium der Staatswissenschaften an der Universität Wien aufzunehmen. Damit legt sie die Grundlagen für ihr späteres Wirken als Soziologin im Rahmen der österreichischen Arbeiter- und Frauenbewegung sowie in der SPÖ.

1918/19 promoviert Käthe Pick mit dem Prädikat »magna cum laude« zum Dr. phil. an der Universität Heidelberg - der Wirkungsstätte Max Webers -, weil in Wien Promotionen für Frauen noch nicht möglich sind.
Ihre Dissertation schreibt sie über »Die handelspolitischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Italien«.
Mit Ausrufung der Republik Österreich findet Käthe ihren Platz bei den »Neuen Linken«, einer sozialistischen Gruppierung zur Verwirklichung des Rätesystems, für die Einheit der Arbeiterbewegung durch Überbrückung der bestehenden Kluft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Ab 1920 bekennt sich Käthe Pick zum Sozialismus und wirkt in verschiedenen Gremien der Regierung, der SPÖ sowie der österreichischen Arbeiter- und Frauenbewegung mit großer Tatkraft und Kompromißlosigkeit, aber auch ohne Illusionen gegenüber zu überzogenen theoretischen Vorstellungen und Forderungen. Sie versucht stets, machbare Prioritäten in ihren Positionen als wissenschaftliche Mitarbeiterin der österreichischen Staatskommission für Sozialisierung, als Konsulentin im Finanzministerium unter Joseph Schumpeter, dann aber besonders als Frauenreferentin in der Wiener Arbeiterkammer zu setzen.

1921 Heirat mit Dr. Otto Leichter, Journalist der Wiener Arbeiterpresse. Die gegenseitige tiefe Zuneigung resultiert nicht zuletzt aus den gemeinsamen ideologisch-politischen Grundanschauungen. Trotz bescheidener finanzieller und räumlicher Bedingungen führen die Leichters mit ihren beiden Söhnen und einem großen Freundeskreis ein sehr offenes gesellschaftliches Leben.

1930 erscheint das von Käthe Leichter initiierte, konzipierte, redigierte und edierte »Handbuch der Frauenarbeit in Österreich«; ein Sammelwerk, das als dringend notwendiges, zeitgemäßes Nachfolgewerk von August Bebels »Die Frau und der Sozialismus« eingeschätzt wird.

1931/32 startet Käthe Leichter eine große Fragebogenaktion, gerichtet an arbeitende Wiener Frauen zu deren Alltag bezüglich der Bedingungen beruflicher Tätigkeit, Haushaltsführung und Mutterschaft, als Aufklärung und soziologische Grundlage zur Durchsetzung politischer Ziele.

1934 Mit dem Wiener Arbeiteraufstand im Februar beginnt die Illegalität der Leichters. Sie sind in vielfacher Weise bei den »Revolutionären Sozialisten« aktiv, werden verfolgt, verhaftet, leben zeitweise im Ausland, publizieren und sind nicht müde, vor der Gefahr des Nazifaschismus für Österreich zu warnen.

1938 Mit der Annexion Österreichs werden die Leichters von den Okkupanten gejagt, ein Denunziant liefert Käthe der Gestapo aus. Sie wird verhaftet, der Vorbereitung zum Hochverrat u. a. angeklagt, wird von Zuchthaus zu Zuchthaus, von Verhör zu Verhör verbracht, lebt in ständiger Angst um beide Söhne und gelangt im Januar

1940 nach Ravensbrück. Sie hat dort schwerste Arbeit zu leisten, ist dem Judenblock (Baracke 11) zugeteilt, veranstaltet dort sonntags literarische Nachmittage, abgesichert durch Kameradinnen, schreibt ein auf das KZ-Leben bezogenes Theaterstück sowie Gedichte, hält Vorträge und Gedenkfeiern ab, »und nie flog so etwas auf«. Käthe Leichter ist eine allseits geschätzte Persönlichkeit. Nicht eine der Aufseherinnen soll sich an ihr vergriffen haben.

1942 Im Januar erfolgt eine Selektion von 1500 Jüdinnen, die nach und nach in mehreren Konvois zum Gastod nach Bernburg transportiert werden. Dr. Käthe Leichter gehört zu ihnen.
Rosa Jochmann, ihre treue Kameradin noch aus Wiener Zeiten, ist Blockälteste und berichtet über den Abschied von ihr aus Ravensbrück:
»Dann kam der Morgen, und da ich Blockälteste war, durfte ich auf die Lagerstraße ... Wir gingen Hand in Hand ... Niemals werde ich erfahren, ob sie wußte, daß es dem Ende zuging, sie war so gescheit, daß ich eher glaubte, daß sie zu uns barmherzig war und uns Mut zusprach, und daß ihr klar gewesen sein mußte, daß sie nicht heimkommen sollte. Heute noch sehe ich Käthe auf dem Lastwagen sitzen, in der bittersten Kälte, die blauen Augen auf uns gerichtet: winkend verschwand sie für immer.«

1973 Käthe Leichter. Leben und Werk, hrsg. von Herbert Steiner. Wien 1973.

Luise Berta Voss, gen. Betty

geb. Leue
1911 – 1991

Lebensweg einer als »asozial« eingestuften »Schwarzwinkligen«

1911 Luise Berta (Betty) wird am 25. Januar in Groß Lübs, Kr. Jerichow, als Tochter des Steinbrucharbeiters Leue geboren.

1916 Nach dem Tod der Mutter geht Leue eine zweite Ehe ein, die nach einem halben Jahr geschieden wird. Leue heiratet zum dritten Mal. Betty hat unter den Drangsalierungen der Stiefmutter zu leiden.

1925 Konfirmation.
Gärtnerlehre bei einem Onkel in Brandenburg.

1928–1930 Rückkehr nach Hause. Betty und Stiefmutter arbeiten bei einem Großbauern.
Betty flieht vor den anhaltenden Mißhandlungen durch die Stiefmutter.
Sie lernt Willi Uteich kennen, erwartet von ihm ein Kind, Uteich verunglückt tödlich.

1931/32 Geburt eines Sohnes am 25. Mai in Berlin.
Stiefmutter will Betty nur unter Vorbehalt aufnehmen.
Rückkehr, wieder Arbeit bei einem Bauern; Stiefmutter behält Bettys Lohn ein.
Betty flieht erneut – nach Kiel – und findet Unterkunft in einem katholischen Mädchenheim bei Schwester Therese.
Aufgegriffen, zwangsweise Untersuchung durch Gesundheitsbehörde, wird zurückgeschickt, flieht aber wieder nach Kiel und heiratet dort 1933 einen gewissen Diederich.

1933–1935 Geburt des Sohnes Karl-Heinz (9. August 1933) und der Tochter Gisela (8. Oktober 1934).
Diederich ist alkoholsüchtig und mißhandelt seine Frau. Die Familie gerät in Not. Betty bettelt und arbeitet als Wäscherin. Sie bringt die Kinder in ein katholisches Kinderheim, geht selbst zu Schwester Therese.

1936–1942 Die Kieler Behörde verlangt die Scheidung, Betty lehnt ab, wird vom Vormundschaftsgericht in die Nervenheilanstalt der Stadt Schleswig eingewiesen. 1938 reicht sie die Scheidung ein und wird 1939 aus der Anstalt entlassen. Betty arbeitet in einem Kieler Rüstungsbetrieb, freundet sich dort mit dem niederländischen Zwangsarbeiter Johann Diesten an. Beide befolgen nicht das Verbot des Umgangs deutscher Frauen mit ausländischen Zwangsarbeitern oder Gefangenen.
1942 werden beide verhaftet.

1943 wird Betty wegen »Herumtreiberei« zusammen mit 500 anderen Frauen nach Ravensbrück deportiert, übersteht diese Zeit, wird

1945 befreit und kehrt nach Kiel zurück.

1946 heiratet sie Max Villers.

1947 wird auch diese Ehe geschieden wegen schwerer Erkrankung des Mannes.

1949 lernt Betty Friedrich Voss kennen; die 1936 ausgesprochene Entmündigung wird aufgehoben.

1951 Heirat mit Friedrich Voss.

1985 Nach dessen Tod kämpft Betty Voss vergeblich um eine Rente als NS-Opfer. Erst 1988 zahlt man ihr durch Vermittlung des Deutschen Bundestags eine einmalige Summe von 5000,– DM.

1991 am 20. Mai stirbt Betty Voss, eine von der Gesellschaft gemiedene, verachtete, geschundene und bestrafte Frau. Die Kieler Wiedergutmachungsbehörde spricht 1987 von ihr als einer »nicht nur sympathischen, sondern auch beeindruckenden« Erscheinung.

»Ich möchte jetzt endlich wieder frei sein.«

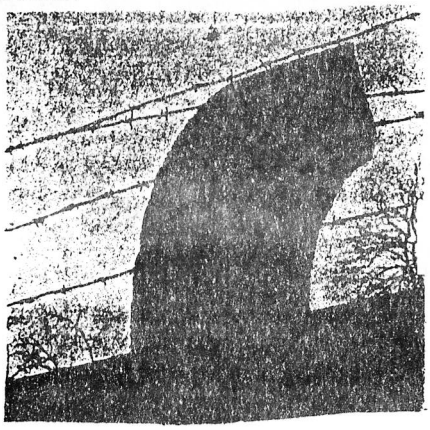
---

folgender Text ist Teil von Arbeitsunterlagen von K. und Gabi
für einen "Gruppentag gegen Faschismus" in einem Mädchenprojekt, für Mädchen und junge Frauen v. 16-20 Jahren, mit den Schwerpunkten: Rassismus heute, Volksgruppen in Österreich, Roma und Sinti-Mädchen in der NS-Zeit, "Asoziale" Mädchen, Mädchen im Widerstand, Mädchen im KZ.

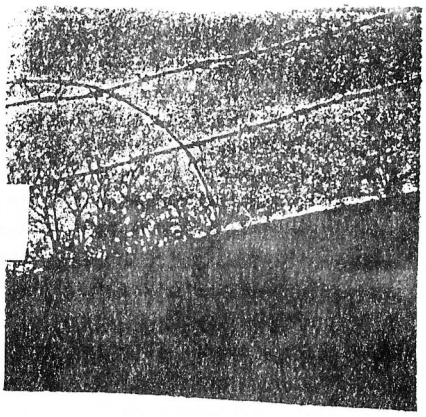
"EIGENTLICH HÄTTE ES JEDE ERWISCHEN KÖNNEN"
Zur patriarchalen Kontrolle nichtangepaßter Mädchen im Nationalsozialismus

Als "Asoziale" galten BettlerInnen, LandstreicherInnen, Prostituierte, "arbeitsscheue Arme", Menschen, die körperlich "verwahrlost sind, oder zu verwahrlosen drohen", auf jeden Falle alle, die keinen ordentlichen Lebenswandel führen und "arbeutsscheues", unwirtschaftliches Verhalten an den Tag legen und sich nicht in die Gemeinschaft einfügen wollen.
"Asoziale" wurden in sog. Arbeitslager eingesperrt. Für Jugendliche galt das Gesetz ab 12 Jahre, wobei Mädchen ins "Jugendschutzlager" Uckermarck, zum Teil aber auch nach Ravensbrück ins Frauenkonzentrationslager, oder in Wien in die Arbeitsanstalt "Am Steinhof" eingewiesen wurden.
Schon vor den Nationalsozialisten beschaffte sich der Staat billige Arbeitskräfte, indem bereits ab 1935 Frauen und Männer eingesperrt wurden, die über keine Arbeit und keine Mittel zu ihrem Unterhalt verfügen. Dies war eine Art von Vorbereitung, z.B. über die Datenerfassung, auf die Arbeitslager der Nazis.
Der Begriff der "Asozialität" wurde ständig erweitert, es galt schon "die Gefahr eines Notstandes", oder "verwahrlostes Äußeres" oder "Ständiges Stören der Gemeinschaft" als Einweisungsgrund. Es konnte also praktisch jede treffen. Die Strafen für Frauen waren die "Aberkennung der Ehewürdigkeit", Erziehungsanstalt für ihre Kinder, Zwangsabtreibung, Zwangssterilisation und eben die Einweisung.
Bereits ab 1942 war geplant die "asozialen Elemente" durch Arbeit zu vernichten. Zur Ausmerze der Arbeitslosen arbeiteten Polizei, Arbeitsamt und "Wohlfahrtsamt"zusammen.

In der Arbeitsanstalt "Am Steinhof" waren durchschnittlich 80 Frauen im Pavillon 23, die wegen "Arbeitsscheu, Geheimprostitution, Vagabundage, Verwahrlosung, Vernachlässigung von Familie und Wohnung auffällig" geworden waren.
Bei Mädchen sortierte die Jugendfürsorge, "chronische Durchgeher" oder "sexuell verwahrloste weibliche Minderjährige" wurden eingewiesen. Oft galt "moralischer Schwachsinn", z.B. bei "hwG" ("häufig wechselnder Geschlechtsverkehr"), als Grund
Im Steinhof wurden bei Widerstand, Fluchtversuch oder Solidarisierung mit anderen Frauen Einzelhaft, Prügel, Strafturnen oder Apomorphininjektionen (führt zu Speiberei) angewendet; auffälige Frauen konnten auch ins KZ "verbracht" werden. Der Druck zur Anpaßung von Frauen war enorm. Frauen, die nicht Mütter sind oder werden wollen (und sollen), werden mit Gebärverbot und Zwangssterilisation bestraft. Mädchen, die aus den weiblichen Rollenmustern ausbrechen, gelten als "moralisch schwachsinnig" und zu "Vernichtung durch Arbeit" bestimmt.
1943 wurden z.B. in Wien 600 aufgegriffene Mädchen zwischen 12 und 18 Jahren bei der Kripostelle auf ihre "Jungfräulichkeit" untersucht. 43 % der Mädchen war noch nicht "defloriert", der Rest erhielt den Stempel "Geheimprostitutierte". Frauen und Mädchen, die als (Geheim)Prostituierte galten, konnten in die Zwangsbordelle der Nazis "zur Arbeit" verschleppt werden. Für die "fremdvölkischen" Arbeiter gab es Zwangsbordelle mit Prostituierten aus demselben "Fremdvolk", in den KZ´s galt diese Trennung ebenfalls gegen die "Rassenvermischung", "arische asoziale" Mädchen und Frauen waren für "arische" Zwangsbordell -Kunden bestimmt.



"ASOZIALE MÄDCHEN"



Elfride R. wurde am 1.6.1939 (zu der Zeit 14 Jahre alt) über das Polizeirevier in die psychiatrische Klinik zur Beobachtung unterstellt, "da ihr Geisteszustand zweifelhaft erscheint". Sie blieb dort bis zum 27.6., als Diagnose wurde eine "Menstruationsdurchbruchpsychose" festgestellt. Vorher war sie schon auf Veranlassung der Schule wegen nervöser Störungen untersucht worden. Am 23.7.1940 erfolgte der Bescheid zur Einweisung in die Erziehungsanstlat Theresienfeld. Im Jän. 42 erfolgte die Überstellung wegen "Schwererziehbarkeit" in die Anstalt "Am Spiegelgrund". Dort stellte der Leiter fest: "Sie ist halbstark, läßt sich in ihrer Meinung von keiner Seite beeinflußen und ist m Zusammenhang mit den Verstimmungen zum Erziehungspersonal abstandslos frech und versucht jede Zusammenarbeit auf der Gruppe zu zerstören. Sie ist als nicht erziehbar anzusehen. Sie eignet sich zur Unterbringung in einer Arbeitsanstalt." Efride R. wird in die Arbeitsanstalt "Am Steinhof" überstellt.

Theresia S. wurde am 20.7.1944 im Alter von 14 Jahren mit der Diagnose "asoziale Debile, sexuelle Triebhaftigkeit" in die Psychiatrische Anstalt "Am Steinhof" eingewiesen, das "sie kleinere Kinder zur Unsittlichkeit verleitet und damit die Jugend gefährdet" eingeliefert. Zu Hause habe sie nie der Mutter geholfen, auf der "Straße herumgelungert und nur zu den Mahlzeiten nach Hause gekommen". Im Oktober 44 wurde Theresia S. entmündigt.
Die zuständige Volkspflegerin der nationalsozialistischen Dienststelle "Jugendhilfe" interveniert immer wieder. "Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, ob eine Sterilisation in Frage kommt. Das Mädchen stammt aus einer schlechten Familie und ist jetzt schon sittlich vollkommen verdorben." Sie bedeute für ihre Umgebung durch ihre sittliche Hemmungslosigkeit eine große Gefahr. Das Kriegsende bewahrt Theresia S. vor weiteren Maßnahmen, am 30.5.45 wurde sie zu ihrer Mutter entlassen.

Anna K. (19 Jahre) wurde, nachdem sie in der Heilanstalt "Klosterneuburg" angehalten worden war, von der "Fürsorge für Nerven- Gemütskranke und Süchtige" im Mai 1941 untersucht und in der Folge ihrer Einweisung auf den Steinhof verfügt. In der "nervenärztlich - gutachterlichen Äußerung" heißt es: "Vollständig orientiert, geordnet, Stimmungslage stumpf, Verhalten situationsgemäß, rückständige Intelligenz, anlagemäßig bedingtes Lesbiertum....In der Arbeit nett und sauber, moralsich und seelisch verkommen....Bei der Untersuchten handelt es sich um eine grenzdebile, asoziale, arbeitsscheue, Lesbische Psychopathin, der die Einsicht für ihr asoziales Verhalten vollkommen fehlt. Sie ist in einem Grad geisteskrank, gefährdet durch ihr Verhalten sich und ohre Umgebung und bedarf der Aufenthaltes in einer geschlossenen Anstalt."
Obwohl das Amtsgericht Hietzing im Juni 1942 feststellt, daß Anna K. "aus dieser Anstalt als geistesgesund befunden zu entlassen " wäre, wurde sie weiter interniert, da erst die Zwangssterilisation durchgeführt werden sollte.

aus: "Arbeitsanstalten für sogenannte asoziale Frauen im Gau Wien und Niederdonau", Angela Mayer, Wien 1990

Quellen:
+ Veranstaltungsankündigung "Worte der Freundinnen, Trauerfeier für Hilde Radusch", im Blattgold II/94, Berlin
+ "Als Lesbe immer zwischen allen Fronten - Hilde Radusch", Lesbenstich 4/85

HILDE RADUSCH (1903 - 1994)
Lesbe, Kommunistin, Feministin

Am 6. 11.94 wäre Hilde Radusch 91 Jahre geworden. Freundinnen von Hilde veranstalteten am diesem Tag im FFBIZ in Berlin eine Trauerfeier, in der Texte von Hilde verlesen und Filmausschnitte gezeigt wurden, in denen Hilde Interviews gab, und ein Frauenchor sang für die Erinnerung an Hilde Lieder.

Hilde kommt aus einem bürgerlichen, konservativen Elternhaus in Weimar. Mit 18 Jahren zieht Hilde allein nach Berlin und tritt dort in den Kommunistischen Jugendverband, später in die KPD ein und engagiert sich besonders im 1925 gegründeten Roten Frauen- und Mädchenbund.
Zunächst beginnt Hilde Radusch im Pestalozzi-Froebel-Haus eine Ausbildung als Kinderhorterin. Als sie eines Tages eine Bekannte zum Bahnhof bringt und ihr zum Abschied einen Kuß gibt, entfährt der ein entsetztes "Ach, so eine bist du!" und setzt bei der vollkommen überraschten Hilde einen Selbsterkennungsprozeß in Gang. "Ich war damals ein richtiges Landei", gestand sie in einem Interview. In Ermangelung lesbischer Vorbilder fällt es der jungen Hilde leichter, sich mit Männern bzw. mit männlichen Rollen, wie sie es etwa in der Literatur fand, zu identifizieren als mit dem traditionellem Frauenbild: "Auf diese Weise blieben mir viele Minderwertigkeitsvorstellungen fremd."
Da sie als Kinderhorterin keine Arbeit findet, geht sie als Telefonistin zur Post. "Richtig glücklich" ist sie, als sie dort ihre erste Freundin Maria kennenlernt, mit der sie zusammenzieht. In ihrer Freizeit arbeitet Hilde Radusch politisch, schreibt Artikel für die "Frauenwacht", die Zeitung des Roten Frauen- und Mädchenbundes, und spricht auf Veranstaltungen. Zu häufigen Besuchen in den Bars der Subkultur (*1) fehlen ihr Zeit und Geld.
Hilde Radusch wird Betriebsrätin bei der Post und vertritt ihre Kolleginnen vor dem Arbeitsgericht. Mit 26 Jahren wird sie für 3 Jahre Berliner Stadtverordnete. Für die Postverwaltung Anlaß sie zu entlassen.
1932 bekommt sie auch Probleme innerhalb der Partei. Sie wird von der KPD nicht mehr als Stadtverordnetenkandidatin aufgestellt., was mit ihrer Frauenbeziehung zu tun hatte, aber nicht offiziell zu begründet wurde. Der Parteivize forderte Hilde Radusch auf, "sie möge doch mal ihre hübsche Freundin bei ihm vorbeischicken".
Die Nationalsozialisten hatten bei den Wahlen 1932 erhebliche Stimmengewinne. Hilde Radusch dachte zwar nicht an Emigration, auf Illegalität war sie als ehemalige Stadtverordnete jedoch "gefaßt". Als ehemalige Postangestellte war sie noch am Aufbau einer illegalen Postleitung beteiligt gewesen, als sie am 6.3.1933 verhaftet wurde. Wenige Tage vorher war sie aus der gemeinsamen Wohnung mit ihrer Freundin ausgezogen, auch um diese vor der "Sippenhaft" zu schützen. Verdächtige Notizen konnte sie noch bei der Verhaftung auf der Toilette herunterspülen, bei der Hausdurchsuchung fand man einen Totschläger und eine Kinderdruckerei, was ihr zur Last gelegt wurde.
Sie wird ins Polizeipräsidium am Alexanderplatz gebracht.

Hilde: *"Wir hatten auf dem Alex im Raum mit 36 Gefangenen 2 Frauen, die behaupteten, Masseusen zu sein, und die sich gegenseitig in aller Öffentlichkeit massierten, ohne den Geschlechzsbereich zu berühren, da alle zusahen. Es dauerte gar nicht lange, da wurden sie getrennt. Ich erinnere mich auch an ein Pärchen, bei dem laut gesagt wurde `Aber in verschiedene Zellen!`".*
Nach einem Monat kam sie ins Frauengefängnis in der Barnimstraße (*2), wo etwa 200 "Politische" inhaftiert waren. Gemeinsam mit anderen kann sie bessere Haftbedingungen für die Frauen durchsetzen. Die Behauptung, daß im Gefängnis in der Barnimstraße "alles Lesbierinnen" gewesen seien (laut Rita Thalbach: "Frausein im Dritten Reich") konnte Hilde Radusch nicht bestätigen. Mit einer Mitgefangenen hatte sie während der Haftzeit ein Verhältnis. Hilde: *"Ein Vergnügen ist die Liebe in Gefangenschaft nicht. Neben uns in der Barnimstraße war der Aufenthaltsraum der Beamtin. Ein lautes Wort in der völlig stillen Nacht, ein Seufzer hätte Keller, d.h. Bunker mit Strafverschärfung bedeutet und Einzelhaft".*
Ende September 1933 wird sie mit anderen "Politischen" entlassen. Sie war dann ganz auf sich alleine gestellt. Ihre Freundin hat sich von ihr, als ehemalige Gefangenen und "Politische", verlassen. Sie zieht nach Berlin-Mitte und wird weiterhin von der Gestapo überwacht. Sie hat Schwierigkeiten eine Stelle zu finden und geht schließlich als Arbeiterin zu Siemens, und macht illegale Arbeit im Betrieb. Sie geht nicht zu inoffiziellen Treffpunkten oder Lokalen lesbischer Frauen, auch aus Angst vor weiblichen Spitzeln.
Hilde meint einerseits, daß die Nationalsozialisten "homosexuelle Frauen" nicht ernst genommen hat, andererseits sagt sie in einem Interview, daß Lotte Hahm, Vorsitzende des "Damenclubs Violetta" (und Vorsitzende der "Damenclubs Monbijou" und "Manuela" und des "Bundes für Menschenrechte e.V.") als "Asoziale" mit dem Schwarzen Winkel in ein KZ gebracht wurde. (*3)
1933 lernte sie ihre zweite Freundin kennen. Hilde:" *Ich war noch gar nicht lange umgezogen, da klingelte es an der Haustür, und ein ganz junger SS-Mann stand dort: `Sind Sie Frau Radusch? Euch werden wir helfen! Ihr denkt wohl, wenn ihr von einem Bezirk in den anderen zieht, dann seid ihr aus dem Schneider! Ich werde dafür sorgen, daß Sie so schnell wie möglich wieder ins Gefängnis kommen!` Er schimpfte wie ein Rohrspatz auf die Kommunisten. Ich habe nichts gesagt, damit er es nicht gegen mich verwenden konnte. Ich hörte mir den ganzen Seibel an, und als er merkte, daß ich einfach nicht antworte, ging er wieder runter und war sehr ärgerlich, daß er nichts hatte ausrichten können. Da*

steht hinter mir meine Nachbarin und sagte zu mir: `Daß Sie so feige sind, das habe ich mir auch nicht vorstellen können!` Ich habe gesagt, daß ich dazu einen bestimmten Grund habe. Man muß nicht immer tapfer sein, das ist nicht immer der richtige Weg. Ich habe ihr erzählt, daß ich gesessen habe, Stadtverordnete der KPD war usw. Und nach einiger Zeit erzählte sie, daß sie viel für die Rote Hilfe gegeben hat und außerdem wäre sie noch im Frauenclub Violetta gewesen! Na ja, dann ging die Sache sehr einfach..."

Aus der Nachbarin wird eine Lebensgefährtin für die nächsten 21 Jahre. Die 6 Jahre jüngere Eddy ist schwerbeschädigt und bekommt eine kleine Rente, die jedoch zum Leben nicht ausreicht. So kommt sie auf die Idee, einen Privatmittagstisch, d.h. ein Restaurant ohne Getränkeausschank, aufzumachen. In der Lothringerstraße im Scheunenviertel finden sie einen Laden. Eddy bekam Schwierigkeiten, weil Hilde als "politisch unzuverlässige Frau" galt. Aber dank ihrer Zivilcourage bekam sie doch die Erlaubnis zur Eröffnung des Ladens. Sie setzten auch dort kleine Zeichen des Widerstandes. Als sie im Laden das obligatorische Schild "Für Juden verboten" anbringen müssen, stellen sie die Speisekarte davor.

Die illegale KPD-Leitung nimmt wieder Kontakt mit Hilde auf und schickt ihr Frauen, die aus dem Gefängnis oder Zuchthaus kommen, zum "Aufpeppeln" oder um Unterschlupf für sie zu organisieren. Doch nicht immer sind die beiden Frauen erfolgreich. So gelingt es ihnen nicht, eine befreundete Jüdische Kommunistin, Henny Lemberg, vor der Deportation in ein Vernichtungslager zu bewahren.

Hilde hatte mittlerweile Arbeit in einer Bank gefunden, als sie im August 1944 von einer ihnen bekannten Kriminalpolizistin vor einer neuen Verhaftung im Zusammenhang mit der "Gitter-Aktion" (*4) gewarnt wird.

Hilde und Eddy tauchen nun endgültig unter. Sie reisen offiziell von Berlin ab und flüchten nach Prieros, einem kleinen Nest bei Königs-Wusterhausen, wo sie sich seit Sommer 1943 eine *"zweite geheime Existenz"* aufgebaut haben. In einem einfachem Holzverschlag überleben sie bis Kriegsende 1945 ohne Lebensmittelkarten. Halb verhungert erleben sie die Befreiung durch die Rote Armee.

Von Juni 45 bis Febraur 1946 arbeitete Hilde für das Bezirksamt in der Abteilung "Opfer des Faschsimus", d.h. sie bearbeitete Anträge auf Unterstützung, Lebensmittelmarken, Kleidung. Im Laufe dieser Zeit beschloß sie aus der KPD auszutreten, weil sie mit deren Selbstgerechtigkeit und ihrem Anspruch, die alleinigen Faschismus-Opfer zu sein, nicht einverstanden war. Sie schickte ihr Mitgliedsbuch ein und gab damit ihren Rücktritt bekannt. Die KPD ihrerseits schloß sie, um ihren politischen Austritt das Gewicht zu nehmen, im Jänner 46 aus und zwar auf Grund ihrer Frauenbeziehungen. Die KPD schrieb an das Bezirksamt, wo sie ja noch arbeitete, daß Hilde lesbisch sei und die Behörde sie deshalb nicht mehr beschäftigen dürfe. Im Februar 46 wurde sie entlassen.

Hilde: *"Es war wirklich das Ende aller Illusionen, ein Stück Lebenstraum war zerbrochen."*

Auch ihre Gesundheit ist mit 43 Jahren schon ruiniert. Wegen "kriegsbedingten Gelenksrheuma" kann sie nicht mehr arbeiten und bekommt eine äußerst kleine Rente. Eddy macht einen Trödelladen auf und bringt sie beide durch. Eddy stirbt 1960 an Krebs. Den Verlust der Freundin kann Hilde kaum verwinden.

Erst mit dem Aufbruch der Neuen Frauenbewegung begibt sie sich noch einmal in aktive politische Zusammenhänge.

"Ich haben mich nie als Opfer betrachtet, sondern immer als Kämpferin", resümiert sie.

Sie vermittelte ihre Geschichte als Teil der erlebten Geschichte von Frauen auf den Frauenkonferenzen 1975 bis 1977 und den Frauensommeruniversitäten. Sie mitbegründetet die Lesbengruppe "L 74" und das FFBIZ (Feministisches FrauenBildungsZentrum) und baute sie gemeinsam mit anderen auf und aus. Hildes Leben waren Politik und Frauen. Sie war begeistert von den Ideen der Neuen Frauenbewegung. Hilde: *"Was die Feminsitinnen bringen, ist ganz einfach die Ablösung, um den Staffellauf um das Frauenrecht mit neuer Kraft zu beginnen. Und das vieles im Argen liegt, was die Alten nicht gesehen hatten, das wurde durch die Demonstrationen und Dokumentationen der Jungen offensichtlich"*, schrieb sie 1977. Die Einsichten, die sie aus ihren historischen und politischen Erfahrungen gewonnen hatte, schrieb Hilde nieder in ihren Manuskripten, Leserbriefen und auf vielen, kleinen und großen Zetteln, wie den folgenden vom 7.6.1978: *"Ich hoffe, wir sehen es nicht als vermessen an, daß die feminsitische Bewegung wieder die Absicht hat, die universitären Strukturen aufzubrechen. Und sich wieder sieht als Opposition zu dem industrialistischen technizistischen Intelligenzbegriff des Westens. Irgendwo ist zwischen der proletarischen und feminsitischen Konzepten ein Bindeglied, das aus der Tiefe des - vom Zeitalter geschmähten - Gefühls der Gemeinsamkeit, der Solidarität und - vom Osten geleugnet - der Tatsache der Transparenz, der Doppelbedeutung der Dinge entsteht."*

"Vernunft ist mehr als Verstand, ist Herz und Kopf", das waren Hildes eigene Einschätzungen über sich.

Hilde hat die längste Zeit ihres Lebens in Berlin-Schöneberg gelebt und wurde auf dem Alte-St.-Matthäus-Kirchenhof beigesetzt. Sie "liegt " dort in guter Gesellschaft neben Hedwig Dohm, Minna Cauer und Gundula Lorez. Hilde steht - für uns zu Recht - in einer Tradition mit diesen Frauen.

Hilde Radusch, 1939, Privatfoto / FFBIZ

(*1) zu lesbischen Treffpunkten in Berlin der 20-er Jahre - siehe "LILA NÄCHTE. Die Damenclubs im Berlin der Zwanziger Jahre", Hrsg. Adele Meyer, Verl.: Edition Lit.europe

(*2) mehr zum Frauengefängnis Barnimstraße - "Frauen in Haft, Gefängnis Barnimstraße, Eine Justizgeschichte", v. Claudia von Gélieu, Ver.: Elefanten Press

(*3) zur Verfolgung von Lesben im Nationalsozialismus - siehe + "Lila Nächte, siehe oben

+ " Nationalsozialistsiche Sexualpolitik und weibliche Homosexualität", Claudia Schoppmann, 1991, Pfaffenweiler

+ "Zeit der Maskierung. Lebensgeschichten lesbischer Frauen im `Dritten Reich` ", v. Claudia Schoppmann, Orlanda Frauenverlag

+ "Schwachsinn höheren Grades, Verfolgung Lesbischer Frauen als `Asoziale Psychopathen` in der österreichischen NS-Zeit", v. Angela Mayr, im SIC, Forum für Feministische Gangarten, Wien, 19..

(*4) "Gitter- Aktion" - auf Befehl Himmlers werden am 22.8.1944 alle noch in Freiheit befindlichen ehemaligen Abgeordneten der KPD, SPD und des Zentrums in Schutzhaft genommen und ins KZ gebracht.

weitere Infos: 2 Filme an denen Hilde Radusch mitwirkte:
"Muß es denn gleich beides sein!", von Pieke Biermann und Petra Haffter, BRD 1985
"Desire. Sexuality in Germany 1910 - 1945", von Steward Marshall, GBR 1989

Morde die Männer an Frauen und Mädchen begehen

In diesem Redebeitrag soll es um Frauen- und Mädchenmord gehen. Es soll um Morde gehen, die Männer an Frauen und Mädchen begehen, weil diese Frauen und Mädchen sind; das heißt um Morde, die ohne den patriarchalen Lebenszusammenhang und Kontext nicht geschehen würden.
Es ist wichtig, daß diese Frauen und Mädchen nicht vergessen werden, so wie es in der patriarchalen Öffentlichkeit fast immer geschieht.
Gleichzeitig sollen diese Frauen- und Mädchenmorde in einen politischen Zusammenhang gebracht werden.
In der feminsitischen Bewegung wird sich eher ungern mit Frauenmord auseinander gesetzt, u.a. deswegen, weil das Ergebnis der Ermordung einer Frau so endgültig und unaufdingbar ist: die Frau ist weg, sie ist tot, es gibt "eine Lücke, ein Loch" statt ihrer individuellen Persönlichkeit, sie ist für andere Frauen nicht mehr zugänglich. Es läßt sich mit ihr kein gemeinsamer Widerstand entwickeln.

Petra Mayr
arbeitete als Kaufmannische Angestellte
und lebte mit ihrer 4-jahrigen Tochter
sie wurde mit 25 Jahren im Sept. 92 von ihrem Lebensgefahrten mit einer Hacke ermordet.
Der Anlaß für den Täter war "Eifersucht" - also Besitzanspruch !

Regina Prem
arbeitete als Prostituierte
sie "verschwand" mit 32 Jahren am 28.4.91

Elisabeth Frey
lebte in Wien Dobling
sie wurde mit 40 Jahren von ihrem Ehemann erschossen

Elisabeth Pazdik
sie wurde von ihrem Ehemann "wegen Untreue" am 10.7.71 erstochen

Nebehat Polat
sie wurde von ihrem Vater ermordet

Eine ermordete Frau erscheint als Opfer schlechthin und es ist sowieso schon schwierig von der ewigen weiblichen Opferrolle wegzukommen und eine widerständige und hoffnungsvolle Identität zu entwickeln.
Sich mit Frauenmord zu beschäftigen kann auch Angst auslösen, Angst davor im eigenem Leben Veränderungen vornehmen zu müssen. Wir denken, daß uns die Angst oder die Ohnmachtsgefühle, die mit der Opferrolle verbunden sind, nicht davon abhalten sollen Solidarität mit ermordeten Frauen und Mädchen zu leben, und daß wir nicht schweigen wollen zu dem Leugnen des Femizids/ des Frauenmordes in der patriarchalen Öffentlichkeit.

Wir wollen dieses Schweigen durchbrechen und zu Solidarität und Erinnerungsarbeit aufrufen!

In Österreich werden laut den Kriminalstatistiken pro Jahr durchschnittlich 80 bis 90 Frauen und Mädchen ermordet, d.h. jeden vierten Tag. Diese Zahlen mögen euch viel erscheinen, denn diese Morde werden vor dem Gesetz in "Mord", "Totschlag" und "Körperverletzung mit Todesfolge" aufgeteilt.
Wir haben diese Zahlen wieder zusammengerechnet, da die Motive für diese Morde in der Alltäglichkeit und "Normalität" der Gewalt gegen Mädchen und Frauen und der Verachtung und dem Haß gegen Mädchen und Frauen begründet liegen, und beides für Männer nicht nur in der Pornographie sexualisiert wird.

WUT UND WIDERSTAND GEGEN HAND IN HAND

Für Österreich verhindert das Innenministerium die Veröffentlichung der Statistik über die Verwandtschaft oder Bekanntschaft zwischen dem Mörder und der ermordeten Frau. Doch Statistiken aus anderen Ländern belegen, daß 90 % der Morde an Frauen durch deren Ehemänner, Freunde oder Geliebte passieren, die an Mädchen durch Väter, Brüder oder Bekannte.
In Österreich werden diese Zahlen nicht bekannt gegeben und so die Angst und Wut von Frauen und Mädchen bewußt umgelenkt. Frauen und Mädchen sollen vor einem ihnen unbekannten "Triebtäter" zittern, damit sich der Staat (und der Ehemann oder "Geliebte"; die Tipp.) als ihr angeblicher Beschützer aufspielen kann. Wenn es bekannt wird, daß 90 % der Täter in einem nahen Lebenszusammenhang mit der Frau oder dem Mädchen standen, müssen wir uns andere Strategien überlegen als auf Polizei und Justiz zu warten und zu vertrauen.

DIE TRAUER WIRD ZUM WIDERSTAND, BEKÄMPFT DAS PATRIARCHAT IN JEDEM LAND

Im Patriarchat gibt es eine strenge Hierarchie, die regelt, wer über wen herrschen darf, wer über wessen Leben und Tod entscheiden darf. Dies haben wir bei den Roma-Morden gesehen, die sehr weit unten in der patriarchalen Hierarchie stehen. Frauen und Mädchen stehen ebenfalls am unteren Ende der Herrschaftshierarchie, noch weiter unten ist der Platz für Prostituierte, Behinderte und alte Frauen und Frauen und Mädchen aus anderen Ländern festgelegt.
An dieser Stelle wollen wir noch Zahlen zur

Situation Schwarzer Frauen in den USA nennen, da es zu den Frauen- und Mädchenmorden auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens noch keine Zahlen gibt.
Mord ist mittlerweile die häufigste Todesursache für afroamerikanische Frauen in den USA, die zwischen 15 und 34 Jahre sind, und die Hauptursache für den Tod von weilbichen Arbeitskräften an ihrem Arbeitsplatz ist Mord, wobei doppelt so viele Schwarze wie Weiße Frauen an ihrem Arbeitsplatz sterben.

Wir haben für die Frauendemo Tafeln zur Erinnerung an ermordete Frauen und Mädchen mitgebracht, die gleichzeitig zu Soidarität, Wut und Widerstand aufrufen sollen. Welche von Euch sich vorstellen kann eine davon zu tragen kann sich jetzt gleich eine aus dem Lautsprecherbus holen.

WIR SIND FRAUEN ! WIR SIND VIELE !
WIR HABEN DIE SCHNAUZE VOLL !

Bettina Gebert
sie wurde mit 27 Jahren im Jänner 92 von ihrem Ehemann ermordet, "weil sie von ihm weg wollte"

Silvia Zagler
sie arbeitete als Prostituierte
sie "verschwand" mit 24 Jahren am 8.4.91

Leopoldine Cech
sie wurde mit 16 Jahren am 16.6.71 von einem "unerwünschten Verehrer" bewußtlos geschlagen und vor dem Zug gelegt

Silke Schnabel
war Schülerin und lebte in einem Kinderdorf
sie wurde im Juli 92 von einem Bekannten ermordet

Zita Susanne Leitner
sie arbeitete als Schneiderin und lebte in Wien-Favoriten
sie wurde mit 27 Jahren am 25.7.71 ermordet
unter Verdacht steht ein "eifersüchtiger Liebhaber"

Brunhilde Masser
arbeitete als Prostituierte
sie wurde mit 39 Jahren am 5.1.91 erwürgt

Sabine Wurm
sie lebte in Wien, war 17 Jahre alt
sie ging am Abend mit Bekannten zum Coca-Cola-Teich schwimmen
sie wurde im August 94 dort am selben Abend, von einem der Bekannten gefoltert, vergewaltigt und ermordet

von:
Projektgruppe Feministische Medienanalyse
c/o Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen
Postfach 157, 1070 Wien
(nicht veröffentlichter) LESERINNENBRIEF zu dem Artikel über den "Ziegelteich-Mord" im Profil 7/95

MORD MIT MOTIV: MÄDCHEN- UND FRAUENHASS

Der Mord an Sabine Wurm ist nicht ohne Motiv geschehen. Doch der Mord an der jungen Frau erscheint in einem völlig anderen Licht:
sie wird als "der Leichnam" abgetan, frau erfährt nichts über sie oder ihr Leben. Dafür umso mehr über den Täter, vor lauter Mitleid mit ihm geht jede mögliche Wut auf den Vergewaltiger und Mörder verloren, vor lauter Verständnis für seine sozialen Hintergründe jede Art der Erinnerung an das Mädchen, die einen ähnlichen Lebenshintergrund der Armut besaß. Wo bleibt Sabine Wurm ? Warum töten Frauen und Mädchen nicht, wenn sie ein "hartes" Leben haben ?? In einer hierarchischen Gesellschaft wird fast immer von oben nach unten gemordet, hier trifft sich der Mord an den Roma mit dem an Sabine Wurm. Der sexualisierte Mord, der ein Ritual der Vergewaltigung ("mit Ästen durch die Scheide totgestochen") der Frau bis zu ihrem Tod beinhaltet, ist eine spezielle Form der Erniedrigung und Qual des Mädchens und der aller anderen Frauen und Mädchen.
In Österreich wird jede Stunde eine Frau oder ein Mädchen vergewaltigt (Quelle: Notruf), jeden vierten Tag eine Frau oder ein Mädchen ermordet (Quelle: österreichische Kriminalstatistik; das ist inclusive Körperverletzung mit Lebensgefahr), 91 % werden von ihren Männern, Freunden oder Bekannten ermordet.
Und im Artikel soll frau sich Sorgen um einen Vergewaltiger machen, der eventuell im Gefängnis vergewaltigt werden wird. Verdrehte Verhältnisse: Der Täter wird zum Opfer hochstilisiert, das wirkliche Opfer bewußt vergessen, der Zusammenhang zur patriarchalen Welt, in der es normal ist, daß die Mutter des Täters vom "prügelnden Vater an den schlagenden Mann" gerät, in der es normal ist, einem Mädchen "im Spaß" den Badeanzug auszuziehen, wenn sie das nicht will, in der es normal ist, daß die Freundin einen Mörder und Vergewaltiger heulend treu bleibt, nicht hergestellt.
Das Motiv für diesen Mord ist die Frauenverachtung, der Haß auf Mädchen und Frauen, die Alltäglichkeit der männlichen Gewalt, das Benützen von Mädchen bis zum Mord als Objekt für männliche Sexualität und der Macht- und Kontrollanspruch, den Männer nach wie vor über ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben von Mädchen und Frauen anstreben.
"Lust am Töten" (Schlagzeile der Krone zu Ermordung von Sabine Wurm) heißt im Patriarchat, daß Männer den Mord an Frauen und Mädchen sexualisieren lernen bzw. daß Besitz und Töten von Frauen mit männlicher Lust verbunden wird.

Wir sind wütend über diesen Artikel und werden diese Art von Berichterstattung zu Mädchenmord nicht tolerieren. Gibt es denn wirklich keine feministische Journalistin im Profil, die zu Vergewaltigung und Frauenmord schreiben kann ?

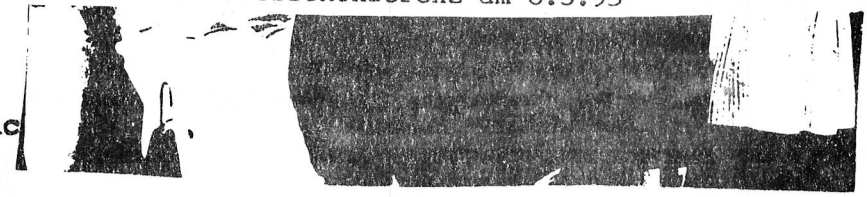
Projektgruppe Feministische Medienanalyse

Sozialraubbau

Im Zuge des Sozialraubbaus der Regierung, der eine offener Angriff auf Frauen, Menschen ohne östereichischem Paß und auf Arbeits- und Sozialrechte ist, organisierten sich einige Frauengruppen.
Zum einen riefen die "Alleinerzieherinnen" zu einer Kundgebung "Wird Kinderkriegen zum Privileg für Reiche ?" vor dem Ministerrat am 20.12.94 auf, mit der Forderung nach sozialer Absicherung für alle Frauen mit Kinder.
In Innsbruck gab es eine Postkartenaktion zu Weihnachten "Nicht jede Frau hat einen Josef. Wir protestieren gegen die Kürzung des Karenzgeldes für alleinstehend Frauen".
Die "Überparteiliche Frauen-Plattform gegen das `Sparpaket`" formulierte einen "Offenen Brief" an die Abgeordneten zum Nationalrat mit Unterschriftenlisten, gegen die Kürzung bei Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag, Schülerfreifahrten, Karenzgeld, Notstand...
Im Jänner lud die "Initiative Frauen gegen Zwangsarbeit" zu einem breiten Widerstandstreffen ein, und daraus entwickelte sich die "Feministische Frauen/LesbenPlattform gegen Sozialraubbau". Aus diesem breiten autonomen Bündnis entstand ein "Kettenbrief" mit Protest an die Regierung, die Organisation der 8.März-Demo , die Beteiligung an der gemischten "Demo gegen das Belastungspaket" am 25.3. und weitere inhaltliche Arbeit.
Das sehr gute Positionspapier der feministischen Plattform veröffentlichen wir hier nicht noch einmal, weil es schon zahlreich, auch über die LFN-Aussendung, verschickt wurde.
Die Grünen Frauen brachten den Vorschlag in die Feministische Frauen/LesbenPlattform ein, eine Pressekonferenz am 8.3. abzuhalten, die sie organisieren werden. Anlaß war, daß am 8.3. im Parlament die Budgetrede zu u.a. den geplanten Kürzungen sein sollte. Es war klar, daß die Grünen die Chance nutzen wollten, Kontakt mit einer "feminsitischen Basis" zu suchen, weil die Dohnal für viele Frauenprojekte und -gruppen durch ihr Nicht - Verhalten beim Belastungspaket ausgespielt hatte.
Die Plattform sah es als Mölichkeit, autonome feministische Inhalte auf der Pressekonferen breiter zur Diskussion zu stellen. Es beteiligten sich Frauen aus 8 verschiedenen Gruppen (Vertrterinnen der Feministischen Frauen/LesbenPlattform, der Überparteilichen Frauenplattform gegen das Sparpaket, der türkischen Organisation ATIGF, vom Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen, der Initiative Frauen gegen Zwangsarbeit, der Frauenberatungsstelle Kassandra, der autonomen feminsitischen FrauenLesbengruppe gegen Faschismus)
Doch die Pressekonferenz wurde von den Grünen radikal vereinnahmt. Ausgemacht waren 5 min Redezeit für ALLE, auch für die Petrovic von den Grünen, die zur Pressekonferenz einlud und sie "eröffnete". Doch Petrovic redete 20 Minuten zur Eröffnung, und danach verlies der Großteil der Presse und der ORF den Saal.
Vereinnahmung hat viele Wege. Wir können und müssen nur draus lernen.
(siehe dazu auch den "Protestbrief" und die Antwort)

PROTESTBRIEF UND ANTWORT

Briefwechsel zwischen "Feminister Frauen/LesbenPlattform gegen Sozialraubbau" und der Grünen Medeleine Petrovic - zur Pressekonferenz am 8.3.95



An die Grünen
Z.H Madeleine Petrovic

Wir wollen euch darauf hinweisen, daß euer Verhalten bei der Pressekonferenz nicht korrekt war.

Es war euch bekannt, durch den Umgang mit den Medien, daß eine relativ kurze Zeitspanne an Aufmerksamkeit der Presse zur Verfügung steht. Diese kurze Zeit ist zur Gänze von euch Inanspruch genommen worden.
Bei der Vorbereitung war von einer 20 minütigen "Zusammenfassung" der Auswirkungen des Belastungspaketes, durch Madelaine, nicht die Rede.

Wir kritisieren, daß ihr die Modalitäten des Ablaufes nur soweit mit uns besprochen habt, als ihr wissen wolltet in welcher Reihenfolge WIR sprechen werden.
Daß die "einleitenden Worte" die gesamte Pressezeit beanspruchen würden, habt ihr mit uns nicht abgeklärt.

In der Praxis sah das dann so aus, daß wir nicht einmal gemeinsam an die Öffentlichkeit gekommen sind, sondern für das TV als passives Publikum verbraten werden konnten. Weder die Medien noch ihr als Grüne habt unsere Aussagen an die Öffentlichkeit gebracht.

Das liegt nicht nur am TV sondern auch an der Planung und Vorbereitung.
Unser Vertrauen in euch habt ihr bei dieser Aktion nicht gerechtfertigt.

Euer Interesse an der Pressekonferenz ist uns bis heute nur von den Auswirkungen her bekannt, von denen ihr sagt, daß es so nicht gewollt war. Wie war das eigentlich von euch gewollt?

Tatsache ist, daß wir lediglich eine Aufmerksamkeit der Staatspolizei verstärkt auf uns gerichtet haben, die in keiner Relation zum erreichten Ergebnis steht.
Wir sind nicht der Basisaufputz für eure Partei.

Wir wollen für die Zukunft darauf hinweisen, daß wir gemeinsame Aktionen, auf der Basis einer realistischen Einschätzung, besser koordinieren müssen.

Feministische Frauen und Lesbenplattform gegen Sozialraubbau

Titl.
Feministische Frauen
und Lesbenplattform
gegen Sozialraubbau
= = = = = = = = = = =

MMag. Dr.
MADELEINE PETROVIC
Klubobfrau

Wien, 1995 04 20/mp/Vv

Liebe Frauen,

ich beziehe mich auf die Pressekonferenz Ende März, bei der ich Euch durch eine längere Zusammenfassung der Auswirkungen des Belastungspaketes auf Frauen und Familien wertvolle Zeit "weggenommen" habe.

Es tut mir wirklich leid und war sicher keine böse Absicht. Ich fand und finde es gut und wichtig, was die Frauen gesagt haben!

Ich schlage deshalb für die nächsten gemeinsamen Aktivitäten - und diese Termine werden frauenpolitisch nötig sein - eine bessere vorherige Absprache vor.

Mit besten Grüßen,
Eure

Madeleine

Madeleine Petrovic

Redebeitrag der INITIATIVE FRAUEN GEGEN ZWANGSARBEIT, 8.3.95 Parlament, "Parlamentsgespräch mit Rebellinnen":

Das Flugblatt in Ihrer Pressemappe ist nicht unser erstes Flugblatt. Wir waren überrascht über die Reaktionen des AMS und der AK: Krisensitzung im Ministerium, Fahndung nach undichten Stellen, Personenfahndung nach Frauen der Initiative... Streichung von Subventionen bei anderen in Sippenhaftung genommenen Frauenprojekten... viel Aufwand, wenn Frauen es wagen, sich zu wehren, wenn Frauen es wagen zu sagen: was ist und zwar vor den Arbeitsämtern, vor den Betroffenen - Herrscher Hesoun ist wirklich ein Mimoserl... austeilen ja - einstecken nichts...

Dem Geschichts- und Traditionsbewußtsein der Protagonisten des Patriarchats und des Kapitals begegnen wir diesmal so: Auf der Vorderseite des Flugis ist ein Rätsel, das die Arbeitslosenversicherungsgesetzgebung von 1930 und 1995 gegenüberstellt. Wir raten auch Ihnen, das zu lösen, Sie werden überrascht sein, wie sich die Dinge wiederholen sollen!!!

*

Es war einmal: *"Von Arbeitsvermittlung kann nur gesprochen werden, wenn die Arbeitskraft frei ist. Dies war nicht der Fall in der Zeit des sogenannten Arbeitseinsatzes nach dem "Anschluß" Österreichs, die ja mit den Massendeportationen, den Zwangsarbeitslagern und der totalen Entrechtung des einzelnen an die Sklaverei - wenn auch auf moderne Art verschärft - erinnern ließ. Der Mensch war nicht selbst entscheidendes Subjekt, sondern Objekt dessen, was als Staatsräson bezeichnet wurde. Die Möglichkeit der freien Wahl des Arbeitsplatzes bildet daher auch einen Prüfstein für die Demokratie und für eine Staatsordnung, bei der letztlich der Mensch das Maß aller Dinge ist"* (Kommentar Sektionschef Steinbach , BMAS, zu AMFG § 9/1969; scheint in der heutigen Fassung nicht mehr auf).

Auf der Vorderseite dieses Flugblattes sind auszugsweise Gesetzesverschärfungen in der Arbeitslosenversicherung, in einer Gegenüberstellung aus der Zeit 3 Jahre vor dem Austrofaschismus und Anfang 1995, dokumentiert. Damals herrschte in Österreich und Europa eine verheerende Wirtschaftskrise und die Arbeitslosenrate lag bei 20 - 25 Prozent. Heute weist Österreich hinter Japan und der Schweiz die niedrigste Arbeitslosenrate der westlichen Welt aus und gehört zu den reichsten Ländern der Welt! Obwohl das Kapital besser denn je national wie auch international ausbeutet, werden die Angriffe auf uns Frauen wieder einmal aggressiver.
Der Entwurf des "Sozial-Budgetbegleitgesetzes" 1995 unterstreicht das Traditionsbewußtsein der österreichischen Sozialpolitiker und Ministerialbürokraten - offenbar haben sich diese Maßnahmen schon einmal bestens bewährt! Denn schlußendlich war mit dem Nationalsozialismus die schärfste Form des Patriarchats an die Macht gekommen. Das Naziregime entwickelte: Benutzbarkeit, Verfügbarkeit, Transfer von Frauen als Potential und Ressource, Gebär- oder auch Arbeitskraft (zuerst gebären und dann arbeiten in der Rüstungsindustrie war kein Widerspruch!) Anschließend an den Krieg: Ziegelschupfen, Trümmerfrauen im Wiederaufbau. Ab den 50er-Jahren dann wieder nach Hause zu den Kindern, Weibchenideologie samt Familienrecht! Frauen durften nur dann lohnarbeiten, wenn der Ehemann einverstanden war! Zur Erinnerung: die Familienrechtsreform fand erst 1975 statt.

Was ist übrig vom ursprünglich geplanten "Spar"paket"? Desinformation und Verwirrspiele, Vertuschen und Verharmlosen. Faktum ist: Im Zuge der Sozialschmarotzer-Hetzkampagne werden nach Gesichtspunkten der Aus- und Abgrenzung eine innere "Feinbildung" und die dementsprechende Sicherung der Systemangepaßten wieder einmal bezweckt.

effizientes, EDV-gestütztes Instrumentarium, bestimmte Bevölkerungsanteile genau zu durchleuchten und dementsprechende Maßnahmen zur Ein- bzw. Ausgrenzung zu ergreifen. Ein wahrer Dschungel von Gesetzen, Erlässen, Weisungen und Verordnungen sorgt dafür, daß Betroffene ihre "Rechte" gar nicht in Anspruch nehmen (können) und gleichzeitig existenzvernichtende Verschlechterungen mittels Salamitaktik durchgeführt werden - und die vielen "Helferleins" in den diversen Ämtern sorgen mit ihren Schikanen dafür, daß alles noch viel schneller vor sich geht.

FERNGESTEUERTE FRAUEN - DIE ZOMBIES DES PATRIARCHATS?

Faktum ist, daß Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, daß das Karenzgeld - egal ob erhöht oder nicht - keine Existenzsicherung für Frauen darstellen. Auch das drohende Verbot eines "Zusatzverdienstes" in geringfügiger Höhe (3.452/mtl.) und die drohende Ausgrenzung der Personen mit "Betreuungspflichten" aus dem Arbeitslosengeldbezug und der Notstandshilfe, sowie auch das drohende Verbot der Gratis-Arbeit samt Konsequenzen - frau stelle sich vor, allen arbeitslosen Gratisarbeiterinnen in den Frauenprojekten wird der Bezug von ALG oder NH gestrichen! - führen gemeinsam mit den unzähligen anderen kürzenden Maßnahmen dazu, daß Frauen sich auch in Hinkunft wieder an einen ER-Nährer prostituieren sollen, mit allen Konsequenzen, die diese Prostitution für Frauen birgt (keine eigene Altersversorgung, dafür aber reichlich Gratispflegedienste, keine Absicherung bei Krankheit oder Behinderung, etc. etc.). Und es ist klar: Die Aussteuerung aus den diversen "Sozial"-leistungen soll dazu führen, daß Frauen jederzeit verfügbar, noch länger, noch billiger und noch mehr gratis arbeiten müssen.

ARMUTSVERWALTUNG und PACKELEI

Während 1933, im Ständestaat, der Ausschluß jeder selbständigen Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen durchgezogen wurde, ist das Gejammer des ÖGB und der Arbeiterkammern um die "soziale Ausgewogenheit" des Belastungspakets heute bodenloser Zynismus: Denn auch heute sollen übrigbleiben:

ARBEITSLOSE, AUSLÄNDERINNEN; BEHINDERTE, DIE ALTEN UND DIE FRAUEN - jene also, von denen kein Widerstand erwartet wird, jene die mit ihrem Überlebenskampf so beschäftigt werden, daß sie sich nicht organisieren! FRAUEN sollen die Zeche für den EU-Anschluß bezahlen!

Das Belastungspaket der Regierung ist eine Offensive des Kapitals in Österreich, in der gesamten EU und der ganzen Welt, ist ein sexistischer Angriff auf Frauen und eine Verschärfung des staatlichen Rassismus gegen MigrantInnen, welcher bereits in den ausländerfeindlichen Sondergesetzen (Asyl-, Aufenthalts- und AusländerInnenbeschäftigungsgesetz) seine Entsprechung fand.

Eine enorme Masse von Menschen harrt ihrer VertreterInnen: 1,5 Millionen Menschen in Österreich leben an/unter der Armutsgrenze, ein Großteil davon: sind FRAUEN!

"Wo war die 'soziale Ausgewogenheit' bisher?!" - so stellt sich die Frage an die HERREN in den Vorstandsetagen des ÖGB und der AK.

Der schlimmste Exponent dieser "Vorstandsetagen", der Führer des "Sozial- und Arbeitsministeriums", ist hiemit aufgefordert, seine sexistischen, verfassungsrechtlich bedenklichen und menschenrechtsverletzenden Aktivitäten, in Konkurrenz mit der "F", die Rassismus und "Arbeitspflicht" forciert, sofort zu unterlassen und seinen Hut zu nehmen.... TSCHÜSS!

Die Initiative Frauen gegen Zwangsarbeit grenzt sich schärfstens ab von den männerdominierten Arbeitsloseninitiativen, die noch immer meinen, von den herrschenden Parteien und Wirtschaftsbonzen "Hilfe" zu bekommen und Maßnahmen und Arbeitsplätze fordern, die unter

den gegebenen Bedingungen des "Beschäftigungssicherungsgesetzes" als ZWANG zu Motivation, Umschulung und zur Drecksarbeit, die wir Frauen zur genüge, bezahlt wie auch unbezahlt (bishin zur Gratis-Mülltrennung per Gesetz) kennen, nur abgelehnt werden können! Wir verstehen uns diesem System und auch diesen Untertanen nicht zugehörig - das System, der Männerterror international, ist menschenverachtend, frauenverachtend, nimmt Frauen und Kinder in Sippenhaftung (Sperren/"Beschäftigungssicherungs-gesetz"), ist vom Leistungswahn und Ausbeutung als Instrument des Kapitals verseucht.
Das AMS unter seinem Führer Hesoun (bzw. Sekt.Chef Steinbach, Anm. der Tipperin) und somit die ganze Regierung in diesem Land, versteht "Frauenförderung" nur im Kontext mit: Platzzuweisung, Ausgrenzung, Dequalifizierung, Existenzbedrohung, Kontrolle, Verblödung.... oder Geldsperren... es ist ein Regulativ für die Lebensführung und die Lebensbedingungen von Frauen insgesamt - die Staatsräson WILL Frauen wieder einmal zu Zombies für einzelne Männer machen.
Wir lassen uns nicht ausrangieren, rassistisch aussortieren und fertigmachen. Denn: eines muß auch Ihnen aus der Frauengeschichte klar sein: Wer die Schmarotzer sind, wissen wir Frauen aus Erfahrung ganz genau! Und wir wehren uns!

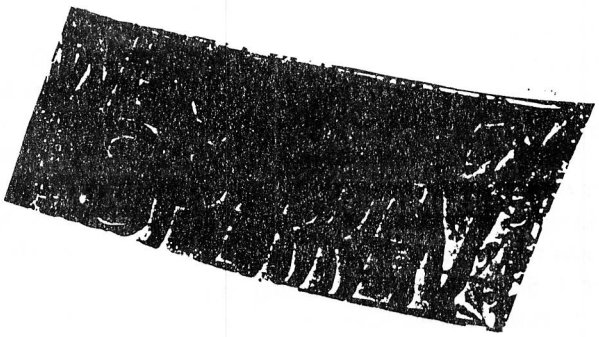
Unsere Parole dazu ist:
FRAUEN HÖRT DIE SIGNALE! AUF ZUM NÄCHSTEN GEFECHT!
DIE FRAUENLESBEN-INTERNATIONALE
SCHEISST AUF'S MÄNNERRECHT!
Kämpfen wir gemeinsam GEGEN RASSISTISCHE UNTERDRÜCKUNG, AUSBEUTUNG, RASSISMUS UND FASCHISMUS!

WIDERSTAND IN SOLIDARITÄT!
****

NEWS AUS DEUTSCHEN LANDEN:

Die IG-Metall hat zugestimmt, daß Langzeitarbeitslose ab nun für 90 Prozent des gesetzlichen Lohnes in Betrieben eingestellt werden dürfen... (Nachricht 10.5.95 in einem deutschen Medium)

Von Großdemonstrationen a la Frankreich (dort betraf es Jugendliche und mußte rückgängig gemacht werden) war nichts zu vernehmen...



Demonstration 25.März 1995

Redebeitrag der feministischen Frauen und Lesbenplattform gegen Sozialraubbau

Hallo Frauen und Lesben

Wir sind in den letzten Monaten wieder in den Mittelpunkt politischer Diskussionen gerückt.

Was macht uns momentan so interessant?

- Wird über eine Reformierung des Sozialversicherungssystems debattiert, die sich an weiblichen Lebens und Arbeitsbiographien orientiert,
- oder wird die Celulitis von der WHO endlich als Krankheit anerkannt?
- Wird das Asylgesetz neu diskutiert - mit dem Ziel Verfolgung auf Grund unseres Geschlechtes oder unserer sexuellen Orientierung als Fluchtgründe anzuerkennen,
- oder wird die postmoderne Verehrung unserer Gebärfähigkeit wieder einmal zelebriert.

Nein!

Ins Gerede gekommen sind wir einzig und allein aus einem Grund:

Uns wird die heroische Aufgabe übertragen eine konzeptionslose, von Panikattacken begleitete, reaktionär, patriarachische Vogel Strauß Politik (mit scheelem Blick nach rechts) mitzufinanzieren.

Aus is' mit dem gesellschaftlichen Interessensausgleich, dem Prinzip der Solidarität und der zaghaften aber hart erkämpften Annäherung an so etwas ähnlichen wie Frauenpolitik.

Dürfen wir uns wieder oder weiterhin im Defizit suhlen?

Schaut ganz so aus.

Es gibt keine Geschenke mehr - läßt Lacina verlauten.

Was zum Kuckuck wird uns denn geschenkt?

Uns, den 80% Frauen von 1,5Millionen Menschen, die in diesem Land armutsgefährdet sind?

Uns, den 290.000 Frauen, die unter ÖS 12.000,— brutto verdienen?

Uns, die wir mit Teilzeitarbeit oder Saisonarbeit
in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen
in Heimarbeit
als Hausfrau
als Hausgehilfin und Schwarzarbeiterin in Inlandshaushalten und in Betrieben zur Gesundung der Wirtschaft beitragen?

Uns, die wir zu Dumpingpreisen von einer privatisierten Arbeitsmarktverwaltung vermittelt, unsere Arbeitskraft und Lebenszeit verschleudern müssen?

Uns, die wir als Sexarbeiterinnen innerhalb und außerhalb der EU Grenzen unseren Körper verkaufen, um unsere Familien das Überleben zu sichern?

Uns, Mädchen ohne österreichischen Paß denen es untersagt wird mit 15 einen Lehrberuf zu ergreifen?

Uns, Arbeiterinnen und Angestellte, die ein 1/4 weniger verdienen als die männlichen Kollegen?

Uns, Frauen und Lesben in Interessensvertretungen und Parteien die jeden politischen Kampf mitgetragen haben und sich zäh um Frauenanliegen bemühten? Auf deren jahrzehntelange Arbeit im Moment geschissen wird?

Uns, Bäurinnen die lebenslang unbezahlte Arbeit verrichteten ohne eigene Gesundheits- und Altersversorgung?

Uns, Alleinerzieherinnen und Frauen in Familien mit geringen Gesamteinkommen, die immer schon einen Spießrutenlauf auf den Fäden unseres sozialen Netzes hinter sich bringen mußten?

Uns, Frauen die 10 m2 Wohnraum beweisen können müssen, aber nicht arbeiten gehen dürfen?

Uns, das sind wir Karenzurlauberinnen, die zukünftig für den Einkommensverlust auf Pump Entschädigung erhalten?

Uns, das sind wir Frauen und Lesben, die ihr Wissen und ihre Aufmerksamkeit anderen Mädchen und Frauen in Institutionen und Projekten zur Verfügung stellen, die jetzt nach Planquadrat zugesperrt, inhaltlich ausgehöhlt oder deren Kompetenz eingeschränkt werden.

Uns, das sind wir Arbeiterinnen und Angestellte im Betrieb des Ehemanns?

Uns, das sind wir Mädchen und Frauen die Gewalt erfahren und überlebt haben?

Uns, das sind wir Frauen, Minderheiten zugehörig, die Angst um unser Leben und das unserer Angehörigen haben müssen?

UNS WIRD WAS GESCHENKT? - HABT IHR DAVON JEMALS WAS BEMERKT?

Es ist - mit - unser Verdienst, daß sich dieses Land als eines der zehn reichsten schimpfen kann!

Es ist - mit - unser Recht von dieser Gesellschaft für die unbezahlbare und zu gering entlohnte Arbeit Leistung und Respekt zu verlangen!

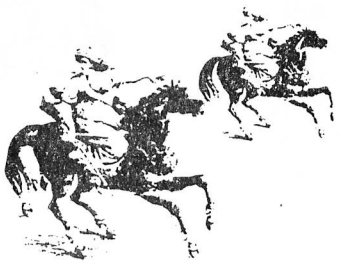
Es ist - mit - unser Recht diese Politik zurückzuweisen, die rassistische und sexistische Merkmale aufweist; die uns direkt oder indirekt alle miteinander betrifft!

Das Geld, das vielen von uns fehlen wird, ist nur Ausdruck dafür, daß ökonomische und emotionale Ausbeutung und soziale und kulturelle Isolation in Kauf genommen werden um einige andere z.B. 150 Milliardäre, 28.000 Millionäre, Konzerne, Unternehmen usw. zufriedenzustellen!

Holt euch gefälligst das Geld von den Nutznießern und Schmarotzern die an uns verdient haben!

Unsere Forderungen:

Abschaffung des Beschäftigungssicherungsgesetz
Abschaffung der Ausländer / innengesetze
Abdankung von Klestil, Hesoun, Löschnak und Vranitzky, die nicht fähig sind dem faschistoiden Geprappel Haiders Einhalt zu gebieten.
Übrigens Haider: Tschüss mit Ü
Weg mit dem Belastungs - Sozialraubbaupaket
Für die Selbstbestimmung der Frau mit ÖS 14.000,— netto in der Tasche. Unabhängig von Erwerbsarbeit, Ehemann und EU Paß!
Mehr Wut zum Widerstand! Danke!



NUR FÜR FRAUEN NUR FÜR FRAUEN NUR FÜR FRAUEN

2. MAI

Tag der Frauenarbeitslosigkeit

Frauen/Lesbenkundgebung

am 2. Mai 1995 auf dem Rathausplatz
von 11.00 bis 15.00 Uhr

Wir protestieren gegen die herrschende Arbeitsmarktpolitik und die systematische Ausgrenzung, Aussteuerung und Disziplinierung von Frauen. Frauen werden nicht nur weltweit als Billigstlohnarbeiterinnen und Reservearmee ausgebeutet, sondern sie werden auch hier in den Metropolen ihres Rechts auf eigenständige Existenzsicherung beraubt. Mit Zwangsbeschäftigungsmaßnahmen, Gesetzesverschärfungen, undurchschaubaren Weisungen und Psychoterror wird die staatliche Kontrolle der unterdrückten Frauen perfektioniert.

WER HIER SCHMAROTZT, WISSEN WIR FRAUEN BESSER

Die Kundgebung wird Picknick-Charakter annehmen, daher: Sonnenschirm, Liegestuhl und Luftmatratzen mitbringen. Für unser leibliches Wohl ist gesorgt!

Initiative Frauen gegen Zwangsarbeit
Postfach 71, 1071 Wien

FORDERUNGSKATALOG

EXISTENZSICHERUNG FÜR JEDE FRAU UND JEDES KIND, UNABHÄNGIG VON ERWERBSARBEIT UND ER-NÄHRER!

14.000 netto monatlich, 14 x jährlich!

WEG MIT DEM SOZIALRAUB-BAU GEGEN ALLE FRAUEN!

WEG MIT DER AUSSTEUERUNG VON FRAUEN DURCH DIE VERSCHÄRFTEN ARBEITSLOSENGESETZE!
Rücknahme der Straf,-Auslese- und Ausgrenzungsbestimmungen im Beschäftigungssicherungsgesetz und allen Novellen zum ALVG, AMFG und AMS, die sich gegen Ausländerinnen, Frauen mit Betreuungs-pflichten, Alleinerzieherinnen, Kranke, Studentinnen, Werkvertrags-arbeiterinnen, Behinderte, Bäuerinnen, prekär Beschäftigte, ältere Frauen, die nach 20 bis 30 Jahren Erwerbstätigkeit ausgegrenzt werden, weil sie einen Mann zu Hause haben, richten.
Keine Diskriminierung behinderter Frauen, kein Freikauf von Anstellungspflichten. Keine Aussteuerung verheirateter, in Lebensge-meinschaft oder mit anderen Angehörigen (Eltern/Kinder) lebender Frauen. Keine doppelte Kontrolle für Sozialhilfeempfängerinnen.
Weg mit Gesetzen, die sich gegen alle Frauen/Lesben richten!!!

TRANSPARENZ STATT WILLKÜR
Gegen die Entrechtung der Arbeitslosen mittels undurchschaubarer Gesetze. Offenlegung der geheimen Weisungen und Durchführungsbe-stimmungen des Ministeriums für Arbeit und Soziales und AMS. Keine willkürliche Gesetzesinterpretation durch inkompetente, obrigkeits-hörige und in vielen Fällen bösartige ReferentInnen (z.B. Holzschuh, Kastner, Samek, Malandi, Studeny, Satorina, Amtsleiter Horniak und Mittäter...

SCHLUSS MIT DER GEHIRNWÄSCHE, ENTMÜNDIGUNG UND VEREINZELUNGSSTRATEGIEN
Schließung der Aktivgruppen-Intensivbetreuungs-Arbeitslosenämter und AMS-eigenen Frauen- und Mädchenberatungsstellen.
Keine "Verstaatlichung" autonomer Frauenprojekte.
Keine Einzel-Sonderbehandlung bei den Kontrollterminen. Das Recht auf Begleitschutz durch eine Vertrauensperson (Rechtsbeistand) muß bleiben. Keine Erfassung und Kriminalisierung der Begleitperson.

KEINE GESCHÄFTE MIT ERWERBSLOSEN!
KEINE ZWANGSVERMITTLUNG - KEINE SCHEINBESCHÄFTIGUNG - KEINE ZWANGSMOTIVATION- UND PSYCHOLOGISIERUNG
Keine Vermittlung in nicht existenzsichernde Jobs!

Keine Vermittlung in ungeschützte Arbeitsverhältnisse wie Niedriglohn und Werkvertrag...
Keine hierarchisch - das heißt fremdbestimmte - Arbeitszuweisung oder Ausgrenzung.
Weg mit den EDV-gestützten "Betreuungsplänen", die uns ins soziale Out schicken. Keine selektiven Spezialbehandlungen.
Keine Zwangszuweisungen in die neuen "Servicestellen" des AMS: In Motivations- und Orientierungskurse, Zwangsschulungen, die zur Dequalifizierung führen.
Weg mit den Scheinbeschäftigungszentren, den BIZ's und BOB's und ABZ's... den Ressourcenpools (allein in Wien bald 40), Job-Börsen, Verleihfirmen, usw.
Kein Transfer der Arbeitslosengelder an die Unternehmer!

KEINE ZWANGSVERMITTLUNG DER KINDER
in unzumutbare Kinderaufbewahrungsstätten durch AMS-eigene Vermittlungsagenturen.
KEINE GELDSPERREN WEGEN BETREUUNGSPFLICHTEN

WEG MIT DEN SPERREN!!!

Weg mit der ständigen Bedrohung unserer Existenz und dem damit verbundenen Anpassungszwang! Weg mit den Arbeitswilligkeits-paragraphen! Weg mit der Prostitution!

WEG MIT DER ÜBERWACHUNGSMASCHINERIE - DATENEINSICHT JEDERZEIT!
Weg mit dem "Arbeitsmarktservicegesetz", das uns mit seinem verfeinerten EDV-gestützten Kontroll- und Selektionsapparat, einer verschärften und europareifen Regulation des "Arbeitskräftepotentials" bedroht! WEG MIT DER INTERNATIONALEN DATENVERNETZUNG!
KEINE EINFÜHRUNG EINES SOZIALVERSICHERUNGSAUSWEISES!

WEG MIT DEN AUSLÄNDERINNENGESETZEN
Kein Kontingent!
Freier Zugang zu Arbeitsplätzen für Ausländerinnen, gleiche soziale Leistungen, Wahlrecht für alle, Gleichbehandlung in der Arbeitslosen-versicherung! Asylrecht für vergewaltigte Frauen. Keine Abschiebungen!

WEG MIT DEM PATRIARCHAT
das systematisch und mittels neuer Technologien einen neuerlichen Angriff gegen FRAUEN verfolgt, um uns verstärkt in die Armut, in die Abhängigkeit und unter Kontrolle zu kriegen - und zu Faschisierung und Ausmerze führt.

MIT UNS NIE!!!

Initiative Frauen gegen Zwangsarbeit, Postf. 71, 1071 Wien

ALARMSTUFE '95

An alle Frauen

Die Gefährdung der Frauen durch die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung[1] oder Sparpaket, Anschlag auf die sozialen Rechte der Frauen?!?!?[2]

1930 → **1995**

Liebe Frau: Bist du der Meinung, daß sich Gesetze gegen Frauen nach 65 Jahren wiederholen? Nach Durchordnen der richtigen Jahreszahl erfährst du die notwendige Antwort:

1.W
Auf die Saisonarbeiter hat es die Regierung überhaupt sehr scharf. Entweder sollen sie während der toten Saison überhaupt keine Unterstützung erhalten, oder doch nach Beendigung der Saisonarbeit länger auf die Unterstützung zu warten haben.

6.S
Bundesgesetz über außerordentliche Maßnahmen gegen die Beschäftigung von Doppelverdienern (Doppelverdienerge-setz)

2.D
Zeiten, in denen Jugendliche arbeiten müssen, um einen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben, werden - und dies trifft vor allem Mädchen und junge schwangere Frauen - von bisher 20 auf 26 Wochen erhöht. Bei wiederholter Arbeitslosigkeit wird die Anwartschaft allgemein um 6 Wochen hinaufgesetzt.

4E
Nach der letzten Zählung waren 40,5% Notstandshilfeempfängerinnen mehr als 40 Jahre, 18,5% mehr als 50 Jahre alt. Frauen, die also in der heutigen Zeit kaum mehr mit Arbeit rechnen können, würden besonders getroffen.

5R
Geübte Stenotypistin, welche bescheidenen Lohn der Arbeitslosigkeit vorzieht, aus gutem Haus, per sofort gesucht. Unter "jung und hübsch".

60
Generell soll die "Ehegattin" des Dienstgebers aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen werden. Zudem wird bei allen Frauen strenger geprüft und ausgelegt, ob ein Leistungsanspruch trotz geringfügigem Einkommens oder trotz Einkommens des Ehegatten besteht.

R+H
Im letzten Jahr bezogen 50 % der arbeitslos gemeldeten Frauen eine Notstandshilfe, die geringer als 5.392. ÖS monatlich war. Im Vergleich erhielten die Männer 7.720.

7.T
Von den Männern erhalten 1/4, von den Frauen aber mehr als die Hälfte den niedrigen Satz der Arbeitslosen-unterstützung. Viele Frauen erhalten überhaupt keine Unterstützung.

3.D
Die Notstandshilfe soll von nun an, statt wie bisher durchschnittlich 90%, nur mehr 75% der Arbeitslosenunterstützung ausmachen.

8.A
Die Arbeitslose ist verpflichtet, eine ihr außerhalb ihres bisherigen Arbeits- oder Aufenthaltsortes zugewiesene entsprechende Beschäftigung anzunehmen. ...., sofern die Versorgung der Familienmitglieder, zu deren Erhaltung sie verpflichtet ist, durch die Annahme der Arbeit nicht gefährdet wird.

5.F
2 Kellnerinnen, nur Inländerinnen mit Praxis und eig. PKW, Arbeitszeit: Do.-Sa. 16 bis 4 Uhr,. So. bis 24 Uhr, Entlohnung nach Vereinbarung. Arbeitsmarktservice St. Pölten, KennNr. 439810

1N
Da Saisonarbeiterinnen als überaus arge Schmarotzerinnen gelten, sollen sie ein geringeres Arbeitslosengeld erhalten und nicht wie bisher nach 20 Wochen einen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, sondern erst nach 26 Wochen.

8.T
Die Länder und Gemeinden werden aufgefordert, Kinder, besonders zwischen 2 und 3 Jahren, in Betreuungsstätten einzuweisen. Die Frauen erhalten keine Sondernotstandshilfe mehr. Sie müssen jede Arbeit annehmen oder werden, wie in den Bestimmungen des KUG, in die Abhängigkeit des Erz-EU-gers gezwungen.

4O
Von den ca. 200 000 arbeitslos gemeldeten Frauen sind etwa 40 % über 50 Jahre alt. Die Einschränkung bei der Sonderunterstützung hat für viele ältere Frauen die Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung und den Anspruchsverlust auf die eigene Pension zur Folge.

3.S
Vorerst wird allen etwas Besserverdienenden das Arbeitslosengeld gekürzt. Die Kürzung der Notstandshilfe bis zu 75% des Arbeitslosengeldes und die Aussteuerung von Langzeitarbeitslosen wird erwogen.

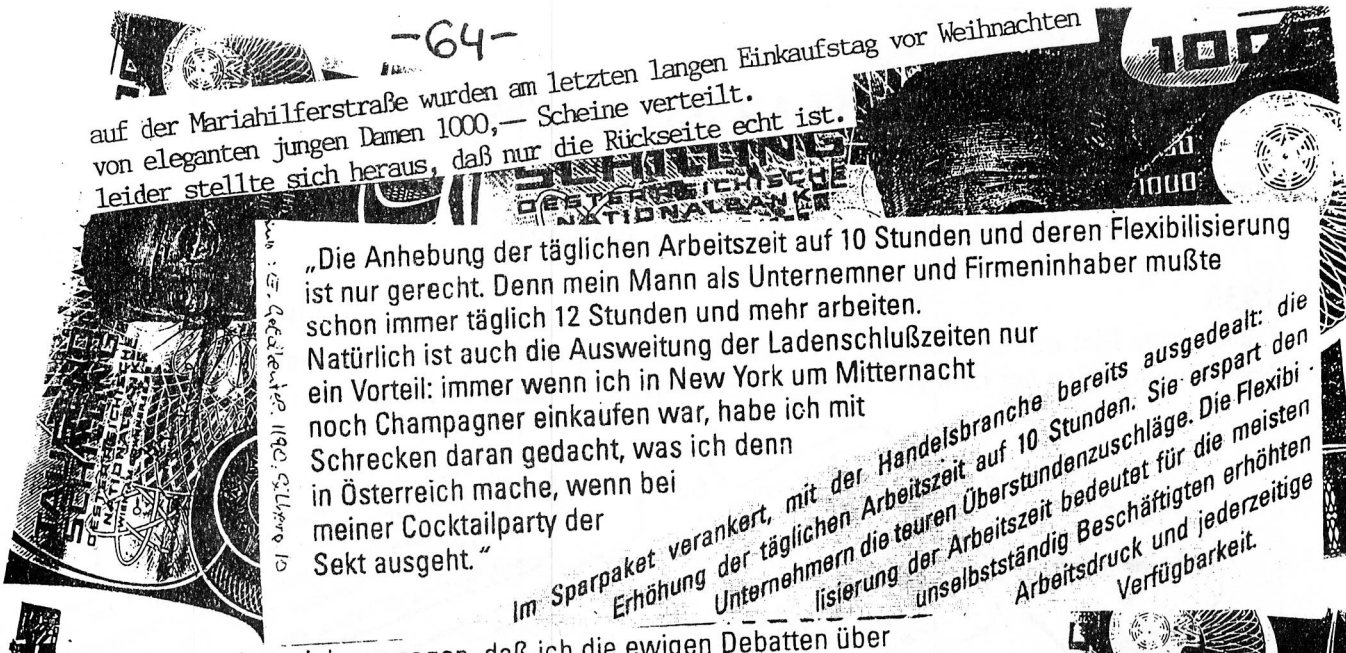
2i
Die Regierung will zunächst alle Jugendlichen, die noch nicht 18 Jahre alt sind, von der Unterstützung ausschließen. Ein Zwanzigstel der weiblichen Arbeitslosen sind unter 18 Jahren und würden daher von vorneherein um jede Unterstützung kommen.

1930 → 1995

1	2	3	4	5	6	7	8	1	2	3	4	5	6	7	8

1) Vgl.: Arbeit und Wirtschaft, 1930, 537f
2) Vgl.: Entwurf Sozial-Budgetbegleitgesetz 1995

auf der Mariahilferstraße wurden am letzten langen Einkaufstag vor Weihnachten von eleganten jungen Damen 1000,— Scheine verteilt. Leider stellte sich heraus, daß nur die Rückseite echt ist.



„Die Anhebung der täglichen Arbeitszeit auf 10 Stunden und deren Flexibilisierung ist nur gerecht. Denn mein Mann als Unternemner und Firmeninhaber mußte schon immer täglich 12 Stunden und mehr arbeiten. Natürlich ist auch die Ausweitung der Ladenschlußzeiten nur ein Vorteil: immer wenn ich in New York um Mitternacht noch Champagner einkaufen war, habe ich mit Schrecken daran gedacht, was ich denn in Österreich mache, wenn bei meiner Cocktailparty der Sekt ausgeht."

Im Sparpaket verankert, mit der Handelsbranche bereits ausgedealt: die Erhöhung der täglichen Arbeitszeit auf 10 Stunden. Sie erspart den Unternehmern die teuren Überstundenzuschläge. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit bedeutet für die meisten unselbstständig Beschäftigten erhöhten Arbeitsdruck und jederzeitige Verfügbarkeit.

„Als Hotelbesitzerin kann ich nur sagen, daß ich die ewigen Debatten über Arbeitszeiten höchst überflüssig finde. Meine Mädels arbeiten seit jeher ihre 12-14 Stunden am Tag, wenn der Betrieb das braucht. In der Nachsaison verabschieden sie sich in ihre Heimat - nicht ganz freiwillig, zugegeben - aber schließlich können sie sich ja mit dem Geld, das sie bei mir verdient haben, in Jugoslawien ein schönes Leben machen. So liegen sie unserem überstrapazierten Sozialsystem auch nicht auf der Tasche."

Ein Drittel der im Fremdenverkehr Beschäftigten kommt aus dem Ausland. Saisoniers können höchstens für 6 Monate beschäftigt werden, dann müssen sie Österreich verlassen. Damit wird Arbeitslosigkeit exportiert. Zudem können sie nur schwer einen Pensionsanspruch oder Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erwerben. Die geplante Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge in den Saisonbranchen für ArbeitnehmerInnen ist deshalb besonders ungerecht.

„Allen älteren Menschen kann ich nur empfehlen wie ich eine Zusatzversicherung abzuschließen, kluge Investitionen zu tätigen und den wohlverdienten Ruhestand in Florida zu genießen.

Lassen Sie sich durch die Ankündigungen, daß die Pension gekürzt, das Pflegegeld nicht erhöht wird usw. nicht verunsichern. Kaufen Sie sich was Schönes und denken Sie nicht dran."

Drei Viertel der FrühpensionistInnen sind Frauen. Die durchschnittliche Höhe der Pension beträgt bei Frauen 7.000,- und bei Männern 14.000,-. 233.000 ältere Menschen wären davon betroffen, daß das Pflegegeld nicht erhöht wird. Auch ist ein Leistungsnachweis geplant, daß sie das Pflegegeld tatsächlich ausgeben.

„Sollten Sie eine von diesen mehr als 50.000 Alleinerzieherinnnen sein, denen das erhöhte Karenzgeld gekürzt oder der Sondernotstand gestrichen wird, dann kann ich ihnen wirklich nur einen guten Rat geben: Machen Sie es wie ich, heiraten sie einen reichen Manager, und die Welt sieht gleich ganz anders aus. Kaufen Sie sich mit diesem 1000er ein gutes Parfum - und los geht´s!"

270.000 Arbeitslose mußten im vergangenen Jahr mit 6.700,- (Frauen) bzw. 8.500,- (Männer) pro Monat auskommen; inkl. Familienzuschlag Käme es zu Kürzungen der Familienzuschläge, hätten die Familien um 600,- pro Kind und Monat weniger zur Verfügung. Von dem Wegfall des erhöhten Karenzgeldes wären vor allem alleinerziehende Mütter - mehr als 50.000 Frauen - betroffen. Schon jetzt leben mehr als 11.000 Alleinerzieherinnen in Armut; mit der neuen Verordnug kämen fast 79.500 Familien dazu. MigrantInnen treffen diese Verschärfungen weniger, denn sie kriegen sowiese selten Notstand oder Sondernotstand. Seit Jahren zahlen MigrantInnen wesentlich mehr ins Sozialversicherungssystem ein, als die herausbekommen.

Eine alleinerziehende Notstandshilfebezieherin mit zwei Kindern verliert bei Einführung des Sparpakets 20% ihres momentanen Einkommens. Die Familienbeihilfe für Migrantinnenkinder, die im Ausland leben, wird an die Kaufkraft des Landes angepaßt, also erheblich gekürzt. Familien mit 2 Kindern und 66.000,- im Monat hätten einen Verlust von 0,6% zu erwarten. Die offenen Steuerschulden der Unternehmer betragen im „Steuerparadies Österreich" rund 50 Mrd. öS.

„...ua mein Sohn Oliver an der Universität von Oxford studiert, kommen wir sowieso nicht in den Genuß von Schülerfreifahrten der Ähnlichem. Daher ist mir der geplante Selbstbehalt bei Freifahrten herzlich egal. Was die Kürzung der Familienbeihilfe betrifft - ein Tausender weniger macht mich auch nicht arm. Mein Mann hat mir schon das Weihnachtsgeld gegeben, und zur Feier des Sparpakets: da haben´s auch einen Tausender."

n o t r u f &
b e r a t u n g
für vergewaltigte Frauen
und Mädchen **523•22•22**
Postfach 157 • A - 1070 Wien
Bank Austria Kto.nr. 407015403

FACTS

einige zur Veranschaulichung - und keineswegs alle!

• **Verzögerungen der Subventionen des Frauenministeriums:** 1993 erhalten wir die Subvention für 1992, 1994 die Subvention rückwirkend für 1993. Das ergibt ein finanztechnisches Chaos, wie frau sich vorstellen kann.

• **Seit 1992 drastisches Absinken der Subventionen von seiten der Gemeinde Wien:**
1992: 500.000.- plus 250.000.- für unsere Broschüre "VerGEWALTigung - eine Radschlägerin des Wiener Notrufs und Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen"
1993: 150.000.-
1994: 400.000.-
1995: 300.000.- (mündliche Zusage)
1996: 000.000.- (mündliche Vorhersage)

• **Dezember 1993: Gründung des Vereins: "Promethea",** Beratungszentrum für vergewaltigte Frauen - unter dem Motto: "keine Konkurrenz zu bestehenden Einrichtungen"

• **Juli 1994: Pressekonferenz der SPÖ - Frauen,** um der Öffentlichkeit den **Vorschlag eines "Frauennotrufs rund um die Uhr"** zu präsentieren - unter dem Motto: "keine Konkurrenz zu bestehenden Einrichtungen"

• **Bezirksjournal, September 1994: Vizebürgermeisterin Smejkal und Gemeinderätin Brauner** schlagen "die **Einrichtung eines Frauennotrufes,** der als ERSTE Anlaufstelle für Frauen dienen solle, die akut Gewalt - sexueller wie körperlicher - ausgesetzt sind und Hilfe in Anspruch nehmen wollen," vor.
Die Existenz des bestehenden NOTRUFS wird in diesem Artikel nicht erwähnt.

• **April 1995: mündliche Mitteilung der MA 57**: der NOTRUF wird ab 1996 **NICHT MEHR GEFÖRDERT**, mit der Empfehlung, die laufenden Beratungen zu einem Ende zu bringen. Ab 1996 soll es einen gemeindeeigenen 24 Stunden-Notruf geben.

• **Wiener Blatt, Mai 1995:** Frauensekretärin der Wiener SP, Ludwig beklagt **"das Fehlen von Hilfseinrichtungen"** für von Gewalt betroffene Frauen.
Die Existenz des bestehenden NOTRUFS wird in diesem Artikel nicht erwähnt.

• **Mai 1995:** mündliche Mitteilung des **Landesarbeitsamtes Wien:** nach Auslaufen der derzeitigen über Aktion 8000 finanzierten drei Anstellungen im Juni 1995 werden **KEINE WEITEREN ANSTELLUNGEN über Aktion 8000** mehr finanziert.

• **finanzielle Konsequenz** am Beispiel des Jahres1994

Subventionen des Landesarbeitsamtes:	913.000.-
Subventionen der Gemeinde Wien:	400.000.-
	1.313.000.-
andere Subventionen:	296.000.-

Fazit: Voraussichtlich wird der NOTRUF 1996 über **weniger als ein Viertel des bisherigen Budgets** zur Verfügung haben!

Liebe (Projekte)frauen!

Wie Ihr den "Facts", entnehmen könnt, soll es uns diesmal ganz an den Kragen gehen, im Sinn von: Notruf und tschüss. Doch: uns ist dies absolut nicht recht, wir wehren uns, so gut wir können. Helft uns bitte, so gut ihr könnt und wollt. Etwaigen gemeinsamen Aktionen - da es vielen anderen Projekten schließlich auch nicht rosig und an den Kragen geht, stehen wir jedenfalls erwartungsvoll und aufgeschlossen gegenüber!
Einstweilen vielen Dank und liebe Grüße die Wiener Notruffrauen

Was unterstützungswillige Frauen für den NOTRUF und dessen weitere Existenz als autonomes, feministisches Frauenprojekt alles tun können:

• Notrufpickerl überall:
Notrufpickerl mit der Telefonnummer gibts auf Anfrage vom NOTRUF direkt, außerdem haben wir selbige auf den meisten Veranstaltungen mit dabei. Die Pickerl können in Frauenklo`s und wo immer ihr es für sinnvoll erachtet aufgeklebt werden.

• Unterschriftenlisten:
Ab nun gibts Unterschriftenlisten auch bei uns oder auf Veranstaltungen. Bitte viele, viele Unterschriften sammeln und an uns zurückschicken/geben
• Protestbriefe:
Wir haben Protestbriefe entworfen, die Ihr in Eurem Namen an die zuständigen Subventionsstellen schicken könnt. Ihr könnt stattdessen oder zusätzlich eigene Briefe, Anfragen entwerfen, falls Euch unsere Formulierungen nicht aus dem Herzen sprechen, oder so.
Adressen:
- GRETE LASKA, Vizebürgermeisterin, Rathaus, 1082 Wien
- MA 57, Frauenbüro d. Stadt Wien, z. Hd. EVA KAIL, Friedrich Schmidtplatz 3, 1082 Wien
- MICHAEL HÄUPL, Bürgermeister, Rathaus, 1082 Wien
• desgleichen gibt es die Möglichkeit telefonischer An- und Nachfragen sowie Protesten:
Büro LASKA: Tel:4000/81 184 Fax: 4000/99 81 180
Büro KAIL: Tel: 4000/83511 Fax: 4000/99 83 519
Büro HÄUPL: Tel: 4000/81 10 Fax: 4000/99 82 010

• Freundinnen, Tanten, Nachbarinnen...
Ganz wichtig: Infos`s weitergeben an oben genannte und wer Euch sonst noch einfällt. Eventuell unsere Informationen selbst weiterkopieren, wenn ihr die Möglichkeit habt.
• Falls Ihr Euch auf Veranstaltungen bewegt, wo diverse politische Entscheidungsträgerinnen anwesend sind: bitte ansprechen, informieren, Stellungnahmen verlangen (diese dann uns weitergeben).
• uns Adressen von interessierten Frauen für Aussendungen zukommen lassen
• Kontakte nützen und Förderinnen werben:
überlegen, welche Kontakte Ihr habt, die nützlich sein könnten: Frauengruppen, PolitikerInnen, JournalistInnen, Frauen, die Förderinnen werden könnten, Frauen, die Sponsoringkontakte eröffnen könnten
• Sponsoring:
Wir suchen SponsorInnen im allgemeinen und im speziellen: vielleicht ist es einfacher, SponsorInnen für "Einzeldinger" zu finden: wir brauchen dringend ein FAX-gerät sowie eine BANK, welche uns Erlagscheine GRATIS zur Verfügung stellt.
Weiters können Druckkosten für Folder und/oder Pickerl übernommen werden oder Postgebührenrechnungen und ähnliches.
Veranstaltungspräsenz:
Ihr könnt uns auf Veranstaltungen, die Ihr organisiert auf einen Info-tisch einladen oder eine Informationsveranstaltung für uns organisieren. Es ist viel weniger Arbeit, eine inhaltliche Vorbereitung zu gestalten, als das organisatorische Drumherum auch noch.
• IDEEN
gegen andere, neue, kreative Ideen haben wir gar nix. Ihr könnt Euch zusammentun und in Eurem Namen, auf eigene Faust Unterstützungsaktionen planen und durchführen, informiert uns, falls Ihr dazu von uns was benötigt, bitte anfragen.

Protestbrief

An:
Grete Laska, Vizebürgermeisterin, Rathaus, 1082 Wien; Fax: 4000/99 81 180, Tel: 4000/81 184
und/oder
Eva Kail, MA 57, Friedrich Schmidtpl. 3, 1082 Wien; Fax: 4000/99 83 519, Tel: 4000/83 511
und/oder
Michael Häupl, Bürgermeister, Rathaus, 1082 Wien, Fax: 4000/99 82 010, Tel: 4000/81 10

Ich/wir bin/sind empört, daß der seit 13 Jahren arbeitende Verein "NOTRUF UND BERATUNG FÜR VERGEWALTIGTE FRAUEN UND MÄDCHEN" ab 1996 von der Gemeinde Wien keine Subventionen mehr erhalten soll.

Das bedeutet:
- die Vernichtung von Frauen für Frauen geschaffener Räume und Ressourcen
- die Mißachtung von Frauengeschichte
- die Geringschätzung von Frauen geleisteter Arbeit, deren Erfahrungen und Kompetenzen
- daß Frauen eine bekannte und vertraute Beratungsstelle genommen wird.

Vergewaltigte und von sexueller Gewalt betroffene Frauen haben das Recht auf anonyme, kostenlose und parteiliche Beratung und Unterstützung.
Daher wehren wir uns dagegen, daß dem in diesem Sinne tätigen Verein "NOTRUF UND BERATUNG FÜR VERGEWALTIGTE FRAUEN UND MÄDCHEN" die finanzielle Grundlage entzogen wird.

Diese Vorgangsweise der Gemeinde Wien ist frauenfeindlich und kann durch nichts, auch nicht durch die Einrichtung eines "Frauennotrufs" durch die Stadt Wien, gerechtfertigt werden.

Ich/wir fordern
eine im Gemeindebudget verankerte, langfristige Finanzierung, welche die Kontinuität der Arbeit des "NOTRUF UND BERATUNG FÜR VERGEWALTIGTE FRAUEN UND MÄDCHEN" sowie die Anstellung aller Mitarbeiterinnen endlich gewährleistet.

Ich/wir fordern
eine an mich/uns gerichtete schriftliche Erklärung

Ich/wir fordern
eine öffentliche Stellungnahme zu dieser frauenverachtenden Politik der Stadt Wien.

Datum Name/n Adresse/n Unterschrift/en

UNTERSCHRIFTENLISTE

Der Verein NOTRUF UND BERATUNG FÜR VERGEWALTIGTE FRAUEN UND MÄDCHEN berät und unterstützt seit 13 Jahren Frauen und Mädchen, die von sexueller Gewalt betroffen waren oder sind.

Vergewaltigte und von sexueller Gewalt betroffene Frauen haben das Recht auf anonyme, kostenlose und parteiliche Beratung und Unterstützung.
Daher wehren wir uns dagegen, daß dem in diesem Sinne tätigen Verein "NOTRUF UND BERATUNG FÜR VERGEWALTIGTE FRAUEN UND MÄDCHEN" die finanzielle Grundlage entzogen wird.

Diese Vorgangsweise der Gemeinde Wien ist frauenfeindlich und kann durch nichts, auch nicht durch die Einrichtung eines "Frauennotrufs" durch die Stadt Wien, gerechtfertigt werden.

FORDERUNGEN:

- **Eine im Gemeindebudget verankerte, langfristige Finanzierung, welche die Kontinuität der Arbeit des "NOTRUF UND BERATUNG FÜR VERGEWALTIGTE FRAUEN UND MÄDCHEN" sowie die Anstellung aller Mitarbeiterinnen endlich gewährleistet.**

- **Eine öffentliche Stellungnahme zu dieser frauenverachtenden Politik der Stadt Wien.**

167

NAME ADRESSE UNTERSCHRIFT

Bitte zurücksenden an: Verein Notruf und Beratung..., Postfach 157, 1070 Wien

SOLIDARITÄTSFRESSEN MIT DER DRITTEN WELT + NGO'ISM = UN-GIPFEL FÜR SOZIALE ENTWICKLUNG

so geschehen vom 6. - 12. märz 1995 in der kulturhauptstadt europas, kopenhagen.
50 jahre wird die uno jung (auch die weltbank kann kräftig mitfeiern) und laut uno selber ist die geschichte der uno "die geschichte des ständigen fortschritts für frauen", von der "kampagne für zivile und politische rechte bis zur erkenntnis, daß frauen gleichberechtigte partnerinnen in der modernen gesellschaft sind". was liegt also näher, als den sozialgipfel um der 8. märz, den internationalen frauenkampftag, zu legen, da bei uno und den bretton wood institutionen weltbank und internationaler währungsfond klar ist, daß frauen und kinder weltweit am schärfsten von jeglicher ungerechtigkeit betroffen sind (was bei manchen linken männern - namen brauchen dabei gar nicht genannt werden - doch recht mühsam eingang ins denkvermögen findet). wäre da nicht die eigentlich unvorstellbare dimension von ausbeutung und unterdrückung, könnte es der uno mit ihrem theater vielleicht sogar gelingen, eindruck zu schinden. aber da stehen sich die widersprüche knallhart gegenüber:
1/3 der menschen in den armen ländern leben in absoluter armut

1945, die un-charta ist das erste internationale instrument, um die gleichberechtigung zwischen mann und frau zu verankern

1992 sind 6 millionen kinder unter 5 jahren an lungenentzündung oder durchfall gestorben

1946, gründung der komission zur förderung der frau in ihren politischen, ökonomischen und sozialen rechten

der lebensunterhalt von 1 billion auf dem land lebenden menschen ist durch die umweltzerstörung gefährdet

1949, un-konvention gegen menschenhandel und ausbeutung durch prostitution

weltweit gibt es 23 millionen flüchtlinge

1952, un-konvention zu gleichen rechten für frauen und männer im gesetz inklusive des wahlrechts

in den letzten 10 jahren wurden 80 - 90 millionen menschen durch infrastrukturprogramme vertrieben (dämme, straßen, häfen...)

1957, un-konvention, die den unabhängigen erhalt/wechsel der staatsbürgerinnenschaft einer verheirateten frau (von ihrem ehemann) garantiert

seit dem 2. weltkrieg sind in den armen ländern durch kriege 23 millionen menschen ermordet worden

1962, un-konvention zu heiratszustimmung, heiratsmindestalter und der heiratsregistrierung

100 millionen kinder und jugendliche leben auf der straße

1967, un-erklärung zur beseitigung aller formen von diskriminierung von frauen

in den armen ländern gehen die mädchen nur die hälfte der zeit in die schule, die die jungen dort verbringen

1972, un-generalversammlung beschließt 1975 als internationales jahr der frau/frauenprobleme (!) sollen zukünftig hervorgehoben werden

1975, 1. weltfrauenkonferenz der uno in mexicostadt mit weltaktionsplan

1980, 2. weltfrauenkonferenz der uno in kopenhagen mit rückblick...

1985, 3. weltfrauenkonferenz der uno in nairobi mit 'forward looking strategies, fls," für den fortschritt von frauen bis zum jahr 2000

1990, die komission zum status der frau blickt zurück und fordert eine 4. weltfrauenkonferenz...

1992, die un-konferenz zu umwelt und entwicklung anerkennt die schlüsselrolle der frauen in der erhaltung und im management der umwelt

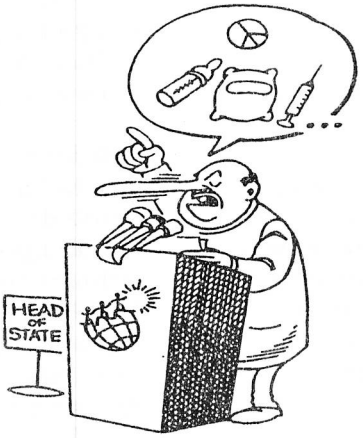
1993, erklärung zur beseitigung von gewalt gegen frauen durch die un-generalversammlung. die un-menschenrechtskonferenz nimmt gewalt gegen frauen und andere frauenprobleme (!) in die allgemeine un-menschenrechtstagesordnung auf

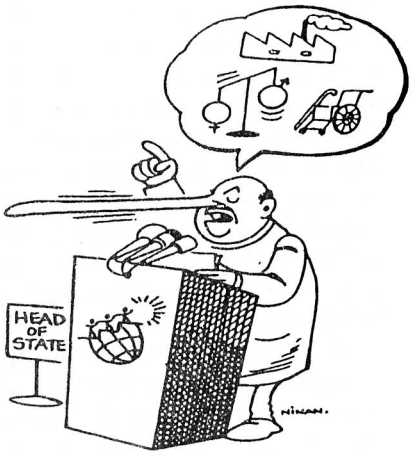
1994, die uno-konferenz zu bevölkerungspolitik legt das erste mal 'empowerment' von frauen als integralen bestandteil von entwicklung fest

1995, der un-sozialgipfel reflektiert die gesamte breite der frauenfrage (!). der erklärungsentwurf sichert (nach mehr als einjähriger vorarbeit...) die völlige gleichberechtigung von frauen.
und im september schließlich wird die 4. weltfrauenkonferenz der uno in beijing stattfinden. die teilnahme von lesbischen frauen ist offiziell in china verboten, lesbisch leben steht in china unter hoher strafe.

so offen standen sich in kopenhagen die realitäten und die propaganda gegenüber. die dreistigkeit der HERRschenden erscheint entweder als fiktion/märchen oder knallhart als gehirnwäschepropagandaschow, die um so brutaler wird, je größer die kluft zwischen oben und unten, der darstellung von seite der HERRschenden und der realität der ausgebeuteten wird. erdrückend.
bekanntermaßen ist die uno ein zwischenschritt zu einer zukünftigen imperialistischen weltregierung. allerdings konnten durch die kämpfe und siege der sozialistischen befreiungsbewegungen, die jungen "befreiten" nationalstaaten des trikonts, die pläne auch immer wieder durchkreuzt werden.
dementsprechend ist heute auch (kurz gesagt) das hauptproblem das weltweite fehlen von starken internationalen fortschrittlichen befreiungsbewegungen/kämpfen.
die anzahl der un-gipfel und die darin angesprochenen themen zeigen jedoch deutlich, daß gelinde gesagt ein enormer weltweiter 'regelungsbedarf' vorhanden ist. in den 70er jahren war die befriedigung der grundbedürfnisse thema, während in den 80er jahren die forderungen nach

einer neuen weltwirtschaftsordnung und der schuldenstreichung erhoben wurden. diese schlagworte können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die weltweite schere zwischen arm und reich immer weiter und immer schneller auseinanderklafft. es bleibt dabei: der kapitalismus/das imperialistische patriarchat bringt unweigerlich immer seinen widerspruch hervor, da er niemals für die mehrheit der bevölkerung, die armen - und das sind die frauen und kinder - eine akzeptable existenz anbieten kann und wird. deshalb sind in kopenhagen (auch ohne die starke präsenz von fortschrittlichen befreiungsbewegungen) die propagierten themen/"ziele" des sozialgipfels: reduzierung der armut, die ausweitung der produktiven (!) arbeit und die soziale integration. anders ausgedrückt: anfang der 90er jahre verfügte das reichste fünftel der weltbevölkerung über 84,7% des globalen bruttosozialprodukts, 84,2% des welthandels, 85,5% der inländischen ersparnisse und 85% der inländischen investitionen. das ärmste fünftel kam bei diesen faktoren gerade mal auf 0,7 % der ersparnisse und 1,4 % des bruttosozialprodukts. aus diesem grund reden schon seit jahren die großmächte (allen voran die usa und noch zu zeiten ihrer existenz die su) von der gefahr der sozialen bombe, deren explosion verhindert werden muß. um genau dieser katastrophe entgegenzuwirken (ausschließlich propagandistisch), trafen sich im märz 95 die regierungsdelegationen aus 170 staaten mit staats- und regierungschefs aus rund 120 ländern zum größten gipfel in der geschichte der uno. nebenher tagten rund 1700 gruppen von 2500 erwarteten (da war wohl einigen unmöglich, den flug zu bezahlen...) in dem sich selbst als gegenkongress verstehenden ngo-forum (nicht-regierungs-organisationen) auf einem stillgelegten marinestützpunkt (holmen). ruft der begriff 'ngo' eine gewisse assoziation von fortschrittlichkeit hervor, bleibt bei genauerer betrachtung übrig, daß eine internationale telefon- und faxleitung und eine adresse zur geburt einer ngo völlig ausreichen. zur freude von weltbank und iwf fehlen sie auf keiner un-konferenz mehr. durch den weltweiten siegeszug der 'freien' marktwirtschaft und der privatisierung ziehen sich überall die staaten aus dem dienstleistungssektor zurück. je härter diese umwandlung verläuft, desto notwendiger ist der einsatz der nicht-staatlichen ersatzorganisationen. d.h. die ngo's werden somit immer mehr zum instrument der jeweiligen regierungen, um die HERRschende politik nach unten hin in der gesellschaft durchzusetzen und ideologisch zu vermitteln. mag es in der vergangenheit noch so gewesen sein, daß die organisationen zum teil von der basis kamen oder antikapitalistische inhalte hatten, so ist eine solche arbeit inzwischen völlig marginalisiert und in das sogenannte lobbying transformiert. dazu ist dann zu beobachten, wie die ngo-vertreterinnen und -vertreter mit wichtiger miene im holmen oder bella-center (auf dem un-gipfel) durch die flure schlurfen und versuchen, die "entscheidungsträgerInnen" zu beeinflussen - wobei der unterschied zwischen holmen und bella-center etwa vergleichbar mit dem unterschied zwischen einem 100 seelendorf im zonenrandgebiet und dem bankfurter westend ist. in den usa eröffnen immer mehr ngo's ein büro in washington, um sich mindestens räumlich dem weißen haus zu nähern, was ja selbstverständlich nichts an irgendwelchen machtverhältnissen verändert. so füllte sich auch im bella-center eine afrikanische ngo-vertreterin aus kostenlosen wasserbehältern ihre plastikflasche nach, während die vertreter der imperialistischen unternehmerverbände von der schaffung von mehr ausbeutungsplätzen dozieren und die fünf sprachen sprechenden ngo-leute aus den reichen ländern mit ihrem pressestab in den gängen wandeln. von regierungsdelegationen über bretton wood institutionen, unternehmerverbänden (und ngos) waren sich alle einig, daß "es" nur gemeinsam geht





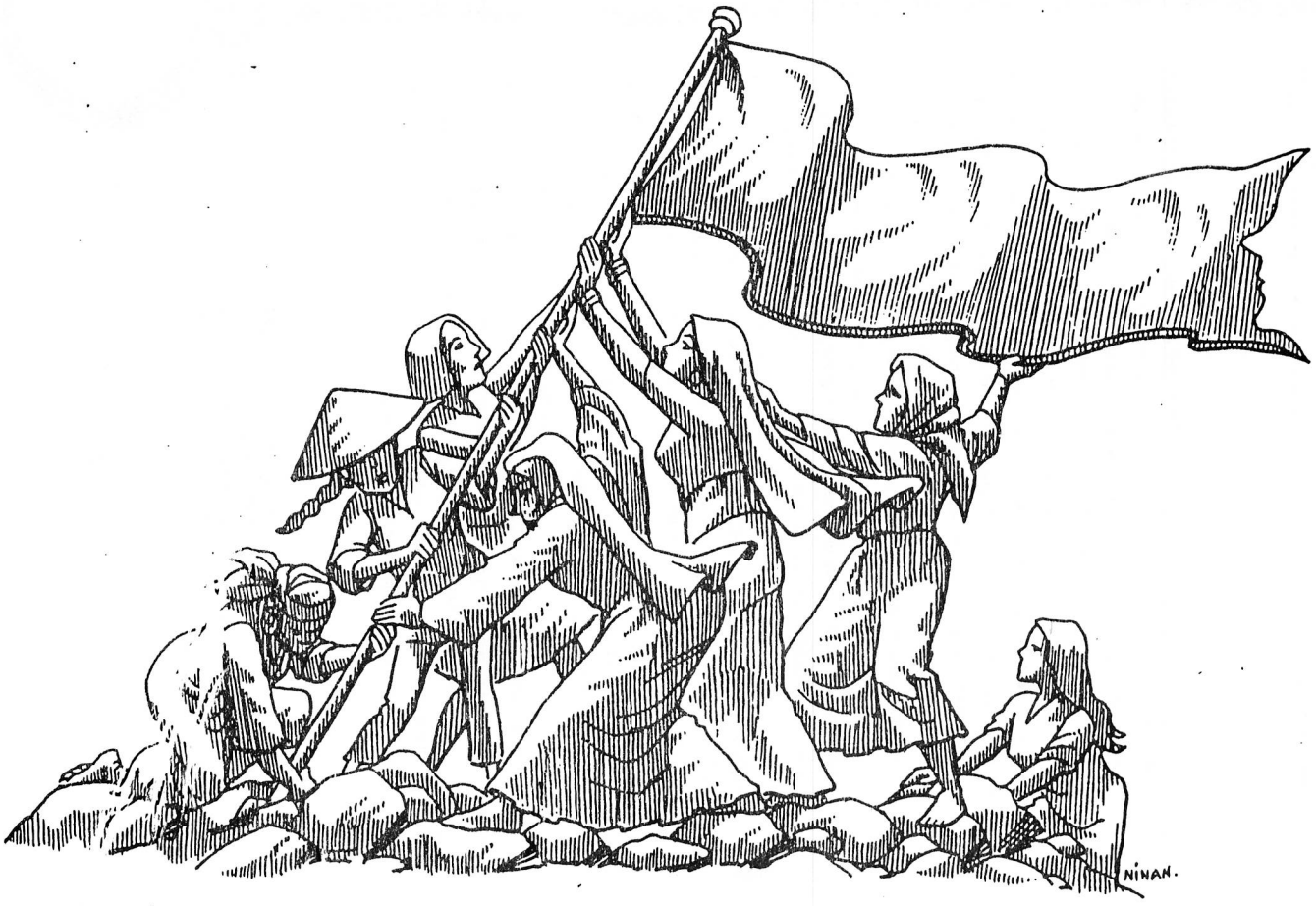
und die ngos darin eine schlüsselrolle im nationalen und internationalen entwicklungsprozeß spielen, da die ngos eben schneller, flexibler und billiger einsetzbar sind - um den gegenwärtigen und zukünftigen herausforderungen zu begegnen! das fehlen linker, feministischer gruppen - und somit jeglicher anti-imperialistischer positionen - wurde großzügig durch religiöse und philosophische gruppen (bahai-kirche und andere) mit tonnen von mehr oder weniger hochglanz-papier ausgeglichen. schließlich muß die imperialistische entwicklung/kolonialisierung mit entsprechenden moral- und wertvorstellungen begleitet werden. so wie die pfaffen überall als teil der 500 jährigen kolonisation mit christentum und 'missionarsstellung' gewütet haben. die bemerkenswerte einigkeit der ngos, regierungsdelegationen, bretton wood institutionen usw. zeigte sich vor allem an dem punkt, daß in frauen besonders investiert werden muß: als erstes müssen sie erzogen werden und dann kriegen sie einen kredit (damit sie sich eben keine kalaschnikow besorgen). in indien zum beispiel investieren die männer durchschnittlich 40% ihres einkommens in den haushalt, während die frauen 92% ihres einkommens für ernährung, medizinische versorgung und schulbücher usw. ausgeben. welch frohe perspektive für uns frauen da von den rund 20.000 teilnehmerinnen und teilnehmern und den hunderten von presseleuten in die welt getragen wird. allerdings gibt die weltbank noch ein paar feine zwischentöne dazu: soziale entwicklung bedeutet, daß sich die entwicklungsaktivitäten auf die menschen konzentrieren sollen, hin zur entwicklung menschlicher ressourcen. dazu braucht "es" ökonomisches wachstum und die steigerung der produktiven !!! arbeit - was nichts anderes bedeutet, als daß die unproduktive (vor allem frauen-) arbeit weggehungert wird, was ganz besonders afrika betrifft. auch die kritik an den struktur-anpassungs-programmen, die vor allem die situation von frauen und kindern weltweit verschärft haben, steckt die weltbank locker weg, denn schließlich ermuntern sie ja die regierungen, offener mit den ngos und anderen gruppen zusammenzuarbeiten. glaubten zwar nur 15 % der dänInnen und dänen, daß der gipfel die weltweite armut reduzieren wird, war kopenhagen sicher vor relevantem widerstand gegen die HERRschenden. wie lenin schon bei einem besuch (vor längerem) sagte, dänemark wird wohl das letzte land sein, das eine revolution erlebt. das ngo-forum war vor allem am wochenende ein riesiges multi-kulti-(weiß-kontrolliertes)volksfest. von einem schiff aus hatten tausende von dänischen bullen wie auch bodygards, geheimdienstler aus aller welt die situation unter kontrolle beziehungsweise schützten das wenig bedrohte gipfeltreffen vorzüglich. geschäftswelt, gastronomie freuten sich und nutzten die situation und für bestimmt 1 million kronen wurde der angeblich beste vergnügungspark tivoli auch schnell mal außerhalb der saison eröffnet...

never give up - auch wenn's zum verzweifeln ist!

während sich die nawra (network of african rural women's association) an den 'runden' tisch zur diskussion mit vertretern der nahrungsmittel- und landwirtschaftsorganisationen der uno und der weltbank setzte, um die globalen probleme zu lösen, indem den frauen zugehört wird bzw. zugesehen wird: "wir müssen eine gatt-vereinbahrung mit. frauenperspektive haben", verhinderte eine relativ kleine gruppe mit einfachsten mitteln zwei weltbankveranstaltungen auf dem ngo-forum (wb ist eben auch ngo...), indem sie immer wieder im kreis im raum rumliefen und "50 years is enough" riefen, sobald die bank reden wollte. die dritte weltbank-veranstaltung wurde abgesagt... jegliche politische aktion war grundsätzlich auf dem holmen sowie im bella-center verboten. trotzdem fand eine kleine anti-weltbank-demonstration auf dem holmen statt. am 8. märz veranstaltete die "feministische aktion", ein von 50 frauen letztes jahr gegründetes revolutionär-feministisches bündnis, eine gegen den sozialgipfel gerichtete demonstration vom holmen in die innenstadt. allerdings kamen von den rund 300 teilnehmerinnen ca. 5 frauen vom ngo-forum. parallel dazu lief eine reformistische gemischte demonstration in die umgekehrte richtung mit etwa gleicher beteiligung. der hintergrund dieser aktion ist eine sogenannte '180-tage bis beijing'-kampagne, bei der 'frauen verstärkt ihre forderungen einbringen sollen'. während die feministische demonstration laut und stark mit guter stimmung und musik, theater lief,

glich der reformistische zug eher einem klagemarsch, der den gipfel auch nicht infrage stellte. direkt im bella-center begannen ngo-frauen aus mehreren ländern eine fastenaktion bis zum ende des gipfeltreffens. eine der hauptforderungen war die konkrete schuldenstreichung durch die anwesenden regierungen der reichen länder noch während des treffens. am 9.märz liefen bei einer demonstration der antifaschistischen aktion ca. 200 vermummte menschen zur us-botschaft, wo die demo aufgelöst wurde. danach gab es einen angriff auf eine bullenstation mit steinen und farbbeuteln. ebenfalls am 9. märz fand eine sehr kleine kundgebung von feministinnen bei der ost-asiatischen kompanie statt. gegen diesen zweitgrößten dänischen multinationalen konzern kämpfen in brasilien vor allem arbeiterinnen für bessere arbeitsbedingungen und gegen sexuelle ausbeutung am arbeitsplatz. trotz mobilisierung verirrten sich auch zu dieser explizit anti-imperialistischen aktion keine ngo-vertreterinnen. am 10. 3., dem beginn des offiziellen gipfeltreffens, fand eine gemeinsame demonstration von linken parteien, gewerkschaften, solidaritätsgruppen, autonomen und einigen ngo-leuten gegen die neue weltordnung mit ca. 1500 teilnehmerinnen und teilnehmern statt. danach wurde am wochenende die gesamte innenstadt außer für vip's, die very important persons, völlig abgeriegelt, abgesehen von einer kleinen krachaktion mit rund 100 leuten vor dem rathaus und einzelnen festnahmen, war der weltöffentlichkeit jegliche opposition erspart geblieben. der krönende abschluß des ngo-forums war schließlich noch das geplante zusammenkommen von fidel castro und nelson mandela. dazu drängten sich tausende von vor allem däninnen und dänen aus einem links-liberalen, gewerkschaftlichen umfeld in einen saal für viel geld. nach entsprechendem alkoholkonsum stieg die stimmung und der ruf nach castro. mandela wurde gar nicht erst gerufen, weil der sich lieber zur gleichen zeit zu einer sozialdemokratischen pressekonferenz einfand. nach einer längeren rede über die ungerechte welt- und gesellschaftsordnung (eine schwulen- und frauenfeindliche bemerkung konnte auch castro sich nicht verkneifen) ohne konsequenzen der massen, aber mit jubel, war auch dieser spuk vorbei und in kopenhagen kehrte wieder die ruhe ein.

eine unverbesserliche, die die ungerechtigkeit immer noch ungerecht findet! und den feministischen kampf hochhält...



Aufruf an alle Frauengruppen

Liebe Freundinnen,

das Netzwerk der autonomen Frauengruppen in Serbien leitet eine Kamapagne gegen die Einschränkungen der Rechte von Schwangerschaftsabbruch und gegen die Einschränkungen im Schwangerschaftsgesetz als Mittel der Bevölkerungspolitik.

Seit ein paar Monaten befasst sich das Serbische Parlament mit dem Erlass eines Gesetzes über den Schwangerschaftsabbruch welches in allen vorgeschlagenen Entwürfen unvergleichlich schlechter ist als die gegenwärtig existierende Regelung. Die Behörden werden in der Einschränkung der Frauenrechte von mächtigen konservativen Kräften unterstützt, allen voran von der Serbisch orthodoxen Kirche und ihrem Patriarchat Mr. Paul, der Serbischen Akademie der Wissenschaft, der Serbischen Aerztegesellschaft, etc.

Wir autonomen Frauengruppen: BELGRAD'S WOMEN'S LOBBY, AUTONOMOUS WOMEN'S CENTER AGAINST SEXUAL VIOLENCE, SOS HOTLINE FOR WOMEN AND CHILDREN VICTIMS OF VIOLENCE, SOS FOR GIRLS, WOMEN IN BLACK AGAINST WAR, CENTER FOR WOMEN'S STUDIES AND RESEARCH, WOMEN'S ADVOCACY CENTER, SHELTER AND SYSTEM OF WOMEN'S COMMUNITIES, WOMEN'S PARLIAMENT, AKRADIA, and NINETY FOUR protestieren und demonstrieren und wenden uns dabei an verschiedene Institutionen und an den Präsidenten der Republik. Wir nehmen jede Gelegentheit wahr, in der Oeffenltichkeit gegen die Einschränkung und Gefährdung des Rechts auf Selbstbestimmung bei Schwangerschaft zu informieren.

-27-

Wir rufen die Feministinnen aus allen Ländern der Welt auf, uns zu unterstützen in der Anstrengung und im Kampf gegen diejenigen, die uns unsere Rechte, errungen von unsern Müttern und Grossmüttern, wegnehmen wollen.

Wir gelangen mit der Bitte an Euch, unsern Protestbrief und einen Protestbrief von Euch an die untenstehenden Adressen zu schicken, damit auf diesem Weg Druck zugunsten der Frauen in Serbien ausgeübt werden kann.

Network of autonomous women's groups
Februar 1995

P.S. unterschriebene Briefe bitte ans
Autonome Frauenzentrum, Mattengasse 27, 8005 Zürich
senden. Wir werden die Briefe weiterleiten.

Uebersetzung aus dem Englischen durch den Verein "für die Würde von Frauen und Kindern und gegenden Krieg in Ex-Jugoslawien"

Zu Handen:
Des Präsidenten von Serbien, Slobodan Milosevic
Der Nationalversammlung der Republik von Serbien
Des Präsidenten des Gesundheistsministeriums
Der Bevölkerung und der Medien

Wir fordern, dass in Serbien der Abbau der Frauenrechte gestoppt wird. Im Besonderen drücken wir unser Missfallen an den Gesetzen aus, diedie Frauenrechte betreffen. Praktisch alle neuen Gesetze enthalten keine Verbesserungen und keine Entwicklung der Fräuenrechte.

Die Verfassung der Republik Serbien garantiert «menschlichen Wesen», frei darüber zu entscheiden, ob sie gebären wollen. Sogar diese eher unklare Gewähr ist durch den neuen Gesetzesentwurf über den Schwangerschaftsabbruch bedroht.

Der neue Gesetzesentwurf erlaubt den Schwangerschaftsabbruch nur bis zur 10. Woche der Schwangerschaft. Wir sehen keinen Grund, ihn nicht, wie in den meisten zivilisierten Ländern üblich, bis zur 16. Woche auszudehnen.

Besonders unzufrieden sind wir mit der Tatsache, dass unter den Gründen für einen legalen Schwangerschaftsabbruch sogenannte «verbrecherische» Gründe wie z.B. Schwangerschaft durch Vergewaltigung oder Inzest oder «soziale» Gründe wie Armut oder die Unmöglichkeit für Kinder zu sorgen etc. nicht erwähnt sind.

Gemäss UN Konvention über die Abschaffung aller Formen der Diskriminierung von Frauen (CEDAW) kann Bevölkerungspolitik nicht in Form von Beschneidung des Menschenrechtes der Frauen auf Schwangerschaftsabbruch betrieben werden.

Im vorgeschlagenen Entwurf werden die Rechte der Frauen an medizinische und ethische Kommissionen übertragen . Falls dies geschieht, stellen wir die Mindestforderung, dass diese Kommissionen ausschliesslich aus Frauen zusammengesetzt werden. Wir fordern, dass die Stimme der Frauen überall dort das grösste Gewicht haben soll, wo über ihren Körper bestimmt wird. Wir fordern auch, dass die Arbeit aller Kommissionen auf drei Tage beschränkt wird, und dass Entscheidungen innerhalb dieser Zeit gefällt werden müssen. Sie müssen unter der Kontrolle freier, regierungsunabhängiger und autonomer Frauenorganisationen stehen.

Gesetze werden nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen geschaffen. Wenn die Situation eintritt, dass Männer im Namen von Frauen entscheiden sollen, wollen wir, dass sie zu Gunsten der Frauen entscheiden und nicht gegen sie.

25.2.1995 Übersetzung aus dem Englischen durch den Verein «Für die Würde von Frauen und Kindern und gegen den Krieg in Ex-Jugoslavien», mh

SIE WERDEN'S NIE LASSEN!

Rechtzeitig vor dem Muttertag startete die Aktion "Geborene für Ungeborene" (einer der Machaceks heißt Walter Steindl, nach Eigendefinition Vater von 3 Kindern) eine APA-Presseaussendung: "Kinder sind in Österreich zunehmend 'unerwünscht'". Altbekanntes in "neuer" Verpackung wird hier über die Österreicherinnen verlautbart:
"Die biologische Uhr in Richtung Kind tickt bei den Österreicherinnen immer seltener und - wenn überhaupt - dann immer später" ... "die Gesamtfruchtbarkeitsrate beträgt 'nach den neuesten Zahlen' nur noch 1,5. Mutterglück ist in der modernen Industriegesellschaft offenbar nicht mehr sonderlich gefragt"... aber: "daß die 'Austriaken' dennoch nicht aussterben, liegt u.a. daran, daß die Zuwanderer aus anderen Staaten zeigen, daß sie weit 'kinderfreundlicher' sind: Der Anteil von Babys mit nicht österreichischem Paß liegt 1993 bei 13,6 %; 1987 hatte dieser Prozentsatz lediglich 5,4 betragen" wird hier (aus Angst vor 'Umvolkung'??) vermerkt. Und gleich weiter im frauen- und ausländerinnenfeindlichen Jargon: "Entschließt sich eine Österreicherin, neun Monate "Unförmigkeit" in Kauf zu nehmen...." - (also teppert stellen die sich ja auch noch!)
Die Forderungen dieser HERRschaften sind's letztendlich, die sie wohl nie lassen werden:
"Eine Statistik, wieviele "Babys" (lt. Wörterbuch: Säugling, kleines Kind, auch für 'Süße' ...) jedes Jahr abgetrieben werden, existiert laut Walter Steindl von "Geborene für Ungeborene" für Österreich nicht." Doch traut er sich durch den Vergleich mit Deutschland und den USA, wo diese Zahlen erhoben werden (Anmerkung: in Deutschland ist so eine Statistik klar, ihr kennt ja alle das G'wirxs um die Zwangsberatung... und aus Amerika erreichten uns in den letzten Monaten Mordsnachrichten über militante AbtreibungsgegnerInnen). Laut Steindl wärens in Österreich jährlich 50.000 Föten (Das ist neu: vor einigen Jahren ging die Abtreibungsgegnerschaft noch mit mindestens 70.000 hausieren).

Zwischentitel der Presseaussendung: "Geborene für Ungeborene ohne Illusionen. Wollen Beratungsgespräch mit Leben erfüllen":

(mir wird schlecht, weil ich weiß, was jetzt schon wieder kommt):
Geborene f. Ungeborene werden am 1. Juni (Tag des Lebens) ein "Fähnchen" zeigen: 5.500 Unterschriften werden an diesem Tag dem 2. Nationalratspräsidenten Heinrich Neisser übergeben: "Das zentrale Anliegen dieser Petition ist der Wunsch, die im Gesetz vorgeschriebene ärztliche Beratungspflicht mit Leben zu erfüllen, erläuterte Walter Steindl im Gespräch mit der APA".. "Derzeit ist die Beratung, die in keiner Art und Weise definiert ist, dem Arzt nach eigenem Gutdünken überlassen",(Anm.: Na wenn mann schon die Frau nicht bevormunden kann, dann probier ma's halt über den Arzt) betonte der mehrfache Vater. Das Gespräch würde meistens vom Gynäkologen, der den Schwangerschaftsabbruch vornimmt, oder der Abtreibungsklinik geführt. Nach den Vorstellungen Steindls würde der Idealfall hingegen so aussehen, daß der Beratende in keinem Naheverhältnis zu jener Institution steht, die den Eingriff vornimmt. Auf dem Programm (für wen?) müßten vor allem die Gründe für den Abtreibungswunsch und Alternativmöglichkeiten stehen. Auch der Vater des offenbar unerwünschten Kindes sollte eingeladen werden(stellt Euch vor, Frau will 'Vater' nicht angeben! Darf sie dann nicht abtreiben?). Nach der Aufklärung über die möglichen psychischen und physischen Folgen sollte der Schwangeren eine Überlegungsfrist von mindestens drei Tagen gegeben werden."
(Unterschätzen wir in Zeiten wie diesen bitte nicht ihre hier relativ kleinlaute Agitation der kleinen Schritte: Zuerst Zwangsberatung, dann Indikation und was kommt dann...?)

Und damit alle Frauen wissen, welch großartige Humanisten die Geborenen f. Ungeborene sind: "Aber es geht nicht nur darum, die Zahl von rd. 50.000 Abtreibungen pro Jahr zu senken, sondern auch darum, die Einstellung zu jenen Menschen zu ändern, die uns nicht ins Konzept passen", sagte Steindl. "Mit der Petition, die u.a. die Einführung eines 'Erziehungsgeldes' und die Erfassung der Schwangerschaftsabbrüche durch eine anonyme Statistik verlangt, glaubt man bei 'Geborene f. Ungeborene' nicht an eine Einstellungsänderung bei den Politikern. 'Ich glaube, sie sind nicht sehr erpicht, daß in diesem Bereich etwas in Bewegung gerät' , meinte Steindl".(aber ich krieg Wallungen, während ich hier tippe!) "Die Erfolgserlebnisse holt man sich daher in der Prävention, wo man den Jugendlichen das Problem Abtreibung näherbringen möchte, 'damit diese verstehen, worum es geht'"

Wir verstehen auch, worum es (in Anbetracht der internationalen Organisierung der Abtreibungsgegnerschaft geht):

FRAUENAUGE, SEI WACHSAM! UND: STOPP DEM SAMENERGUß!!!!
(I. Wien)

*** wir unterstützen Dich bei .... Schwierigkeiten in der Familie, mit dem Freund, im Freundeskreis**

Wir finden es empörend, daß ihr unter Mädchenarbeit nicht selbstverständlich auch versteht, jungen Mädchen und Frauen Wege und Möglichkeiten zu zeigen und leichter zugänglich zu machen, die gegen ein traditionelles Frauenbild stehen.

Für Mädchen, die in ihren Familien ständig dem Zwang zur Heterosexualität ausgesetzt sind, sollte doch in einer **Mädchenberatungsstelle** Unterstützung und Ermutigung zum AndersLeben, AndersSein gewährleistet sein. Lesbisch zu leben, ist vor allem für junge Mädchen nicht einfach und Aufgabe einer Mädchenberatungsstelle ist es auch, Mädchen zu helfen, Ängste abzubauen und ein positives Umfeld für sie zu schaffen. Indem ihr Mitarbeiterinnen entlaßt, die genau diese Aufgaben übernehmen, baut ihr mit an einer Zukunft, in der "Andere", welcher Art auch immer, weiterhin diskriminiert und kriminalisiert werden.

Wien, 10.4.1995

Liebe Lesben, liebe Frauen!

Vor ca. einem Monat kam Karin [redacted] ins STICHWORT, Archiv der Frauen- und Lesbenbewegung und erzählte uns, sie wäre bei mafalda - Beratungsstelle für Mädchen in Graz, "gekündigt" worden. Sie war dort auf Honorarbasis beschäftigt. Grund für die Entlassung war, daß sie einem Mädchen, Infomaterial über Frauencafes, Coming-Out Gruppen gegeben hat. Nun hat sie diesem Mädchen das Material aber keineswegs aufgedrängt, sondern das Mädchen hat für sich lesbische Empfindungen entdeckt und Karin dachte, daß es gut wäre, dem Mädchen in der schwierigen Phase des Coming-Out Hilfestellung zu geben.
Diese Tatsache wurde der Leitung von mafalda bekannt und infolgedessen wurde Karin gekündigt. Offiziell wäre sie den Mädchen "privat" zu nahe getreten, indem sie in einer Kurspause gesagt hat, sie habe, nein, keinen Freund aber eine Freundin. Diese Aussage motivierte die mafalda-Leitung zur Feststellung, Karin hätte die Mädchen "psychisch mißbraucht"!!!
Nach einem Gespräch von Gudrun Hauer mit der mafalda-Leitung wurden die Dinge keineswegs besser. Die "Leitung" äußerte sogar massive Bedenken dagegen, daß Lesben überhaupt Rechte wie "normale Staatsbürgerinnen" haben sollten.

Karin hat sich dazu entschlossen, die Sache öffentlich zu machen und wir wollen ihr Unterstützung durch diesen Brief geben, indem wir euch bitten, diesen Brief oder eure Meinung an mafalda zu schicken. Vielleicht können sie ja noch was lernen. Jedenfalls war es mafalda schon höllisch unangenehm, daß die "Presse" (Gudrun Hauer, Anschläge) davon weiß und daß ihre Handlungsweise generell publik geworden ist.

Wir finden es alarmierend, daß in einem Mädchen/Frauenprojekt solche Dinge passieren können. Tragt bitte dazu bei, daß lesbische Stärke nirgendwo so vom Tisch gewischt werden kann!

*** wir beraten Dich, wenn Du ... Fragen zu Sexualität, Menstruation, Empfängnisverhütung, Schwangerschaft hast**

Wenn auch der Druck seitens der Geldgeber zu konformem Verhalten immer mehr wächst, sollten gerade Frauen/Lesben- und Mädchenprojekte genau prüfen, ob die gewünschte Anpassung noch mit den Intentionen des Vereins, der Beratungsstelle einhergehen kann. Eine starke Frauen/Lesbenbewegung jedenfalls lebt durch Widerstand und Infragestellung alter Normen.

DIE MÄDCHEN VON HEUTE SIND DIE FRAUEN VON MORGEN!

*** wir unterstützen Dich bei ... persönlichen Problemen oder Fragen**

Mit Bestürzung und Entsetzen wurde uns bekannt, daß ihr Karin [redacted], die bei euch auf Honorarbasis gearbeit hat, "entlassen" habt. Und zwar nicht deshalb, weil sie ihre Arbeit unbefriedigend erledigt hätte sondern deshalb, weil sie einem Mädchen, das im weiteren Sinne mit **Schwierigkeiten in der Familie, mit dem Freund, im Freundeskreis**, zu kämpfen hat, im engeren Sinne sich mit dem Gefühl, in eine Frau verliebt zu sein auseinandersetzen muß, Unterstützung zukommen ließ.
Die Form der Unterstützung bestand in der simplen Weitergabe von Informationen über Frauencafes, Frauentreffpunkte und Gruppen zur Hilfestellung beim Coming-Out; das sind Informationen, die nicht irgendwo in einem Geheimfach lagern sondern in diversen Frauenzeitschriften und -verzeichnissen öffentlich erhältlich sind.

ABSCHIEBUNGEN VERHINDERN ! -75-

Juni 95

Informationen für die Gruppen, zur Vorgeschichte

+ Döne lebte als junge Frauen einige Jahre mit ihren Eltern in Deutschland; nach der Scheidung ihrer Eltern ging sie in die Türkei und heiratete dort Turgut
+ Nach einigen Jahren ließen sie sich scheiden und
+ Turgut ging 1989 nach Österreich (damals brauchte er für Östereich noch kein Visum)
+ Im Herbst 89 heiratete Turgut eine Österreicherin.
+ 1991 wurde die Ehe als nichtig erklärt. Die Tatsache, daß Turgut zugab für die Ehe bezahlt zu haben machte die Ehe zu "nicht vollzogen"
+ 1991 kam Döne mit ihrem Sohn Derwisch nach Österreich
+ Sie kam mit einem Touristenvisum, daß für 3 Monate gilt
+ Da sie keine andere Möglichkeit hatte in Österreich zu bleiben, war ca. 1 Jahr "illegal"da. Sie wurde schwanger und heiratete wieder Turgut
+ 1992 bekamen sie ein Visum für Österreich
+ 1993 bekamen sie ein Visum; Mit den neuen Gesetzten wird im Paß der Zusatz für die Visumgenehmigung vermerkt: bei Döne - Familienangehörige, bei Turgut - Arbeiter
+ im Oktober 94 wird das Visum abgelehnt, weil er sich "einen Vorteil mit der Scheinehe erschlichen hat" und damit eine "Gefahr für die öffentliche Sicherheit" darstellt und es wird ein 5-jähriges Aufenthaltsverbot verhängt. Dies würde bedeuten, daß auch Döne mit ihren 2 Kindern gehen muß, denn ihr Aufenthalt hängt als Familienangehörige an seiner Aufenthaltserlaubnis. Döne hat hier auch keine Erlaubnis für Lohn legal zu arbeiten, als "Familienangehörige" hat sie nach den Ausländergesetzen kein Recht (mehr) darauf.

+ gegen den ersten negativen Bescheid legten sie Berufung ein.
+ jetzt liegt die Entscheidung beim Verwaltungsgerichtshof
+ in der Zwischenzeit hat die BH (Bezirkshauptmannschaft) Baden bei der Firma, bei der Turgut arbeitet angerufen, um mitzuteilen, daß er am 9.6.95 abgeschoben werden soll. Die Firma hat ihn daraufhin gekündigt. Die BH und die Firma hat ihnen somit die Grundlage (ausreichendes Einkommen für u.a. eine genügend große Wohnung) für seinen legalen Aufenthalt entzogen. Im August 95 läuft seine derzeitige Arbeitsbewilligung aus.
+ Döne, Turgut und die 2 Kinder sind somit seit Okt. 94 quasi illegal, obwohl Döne seit 4 Jahren hier lebt und arbeitet (wenn auch nicht für Lohn), Turgut seit 6 Jahren hier lebt und arbeitet, und der Sohn Derwisch hier die 1. - 4. Volksschule besuchte.

Die rassistischen Ausländergesetze

bestimmen wer, wann und ob überhaupt Menschen nach Österreich flüchten können. Die "Drittlandklausel" verunmöglicht den meisten Flüchtlingen legal nach Österreich zu flüchten (außer direkt mit dem Flugzeug)
Die rassistischen Ausländergesetze machen Menschen aufgrund ihres Paßes zu Ungleichwertigen. Die Gesetze bestimmen,
- daß sie nur begrenzt oder gar nicht legal für Lohn arbeiten "dürfen",
- daß sie nur begrenzt Sozialleistungen bekommen können,
- daß sie sich nur begrenzt in diesem Land aufhalten dürfen.

Vor allem machen dieses Gesetze Menschen zu "Gejagten". Sie müssen sich ständig mittels Visa, Aufenthaltsgenehmigung, Arbeitserlaubnis legitimieren, um hier leben zu dürfen. Sie müssen bei "Nicht Einhaltung von Fristen", bei "Nicht-ausreichendem Wohnraum" und durch Arbeitsquoten ständig damit rechnen aus ihrem Leben gerissen und tausende Kilometer deportiert zu werden.
Ihnen wird das Recht hier gleichwertig zu leben aufgrund ihres Passes abgesprochen.
Die Gesetze bestimmen ihren Wert und ihre Berechtigung hier zu leben nur danach, ob sie für Arbeit gebraucht werden oder eben nicht (mehr).

Das Konstrukt "Schein"Ehe

ist vor allem eine Maßnahme gegen Menschen ohne österreichischem Paß
Was macht eine Ehe zur Scheinehe ? Rechtlich ist eine Ehe mit dem "Ja-Wort" vor dem Standesbeamten vollzogen.
Wer bestimmt nach welchen Kriterien, daß eine Ehe vollzogen ist? Läßt der Staat all die anderen Ehen als nichtig erklären ?? Sind alle "Mitgiftjäger" Scheinehemänner ?

Für das eigenständige Lebens- und Aufenthaltsrecht für alle Frauen !

Wenn Frauen nach Österreich flüchten, bekommen sie nur selten ein eigenständiges Aufenthaltsrecht.
Wenn sie zusammen mit "ihrem" Mann um politisches Asyl beantragen, so wird ihr Asyl meist aufgrund seiner politischen Verfolgung gewährt.
- **weil** ihre politische Arbeit dem Beamten als weniger bedeutend erscheint .
- **weil** der Beamte ihre politische Verfolgung meist auf die politische Tätigkeit des Mannes zurückführt.
- **weil** sexistische Verfolgung nur selten zur Sprache kommt und nicht als politische Verfolgung angesehen wird.

Wenn Frauen als Familienangehörige nach Österreich kommen, werden sie überhaupt nur als Zuarbeiterinnen für den Mann gesehen.
Der Sexismus der Ausländergesetze nimmt den Frauen und Kindern jegliches eigenständiges Aufenthalts- und Lebensrecht. Ihr Recht hier zu leben hängt ab von der Anerkennung "ihres" Ehemannes oder Vaters. Ihr eigenes Leben wird ihr abgesprochen und sie wird in existenzielle Abhängigkeit von einem Mann gezwungen. Dieser Sexismus, der Frauen nur in Verbindung mit einem Mann sieht und ihr nur in dieser Verbindung ein Recht auf Leben zugesteht, schafft eine grundsätzliche Ungleichheit zwischen Frauen und Männern.

Jede Frau hat für sich ein eigenständiges Lebensrecht und muß daher, egal ob sie als "politisch Verfolgte", als "Kriegsflüchtlling" oder als "Familienangehörige" nach Österreich kommt, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bekommen.
Döne Ünügür arbeitet seit 4 Jahren dafür, daß sie und ihre Familie in Österreich leben und überleben kann. Döne hat, wie fast alle Frauen ohne österreichischen Paß, den Status einer "Familienangehörigen" zugeteilt bekommen. Sie hat damit kein EIGENSTÄNDIGES Aufenthaltsrecht und kaum eine Chance auf eine EIGENSTÄNDIGE Arbeitserlaubnis. Jetzt soll sie als "Familienangehörige" mit ihren 2 Kindern abgeschoben werden. Derwisch ging in Österreich 4 Jahre in die Volksschule. Er spricht zwar türkisch, hat aber in der Schule nicht türkisch schreiben gelernt. Er hat in der Türkei kaum eine Chance weiter in die Schule zu gehen.
Die Familie wird hier aus ihrem sozialem Umfeld herausgerissen. In der Türkei haben sie keine Existenzgrundlage, d.h.keine Wohnung und keine Arbeit.

Wir fordern:

*** das weitere Aufenthaltsrecht für Döne Ünügür, Turgut Ünügür, und die 2 Kinder Derwisch und Mutlu Ünügür**
*** die Aufhebung des 5-jährigen Aufenthaltsverbotes von Turgut Ünügür**
*** das EIGENSTÄNDIGE Aufenthaltsrecht für ALLE Frauen**
*** die Anerkennung frauenspefischer Fluchtgründe**
*** das Bleiberecht fur ALLE**
*** die Streichung der "Drittlandklausel"**

Frauenrechtshilfe

Wir lassen uns nicht still verurteilen

Am 18.1.1995 fing der Prozeß gegen 4 Frauen an. Die Anklage lautete auf schwere Sachbeschädigung durch Sprayen von Anti-EU Parolen.

Vorstellung dazu, wie der Prozeß geführt werden soll

1.durch eine Prozeßerklärung:
zur Gerichtsbarkeit Position zu beziehen
und den politischen Hintergrund der Aklage öffentlich zu machen

2. auf die Anklageschrift die Aussage zu verweigern

3. eine Anwältin sollte die angeklagten Frauen auf der juristischen Ebene vertreten

4. Auf das Recht von 3 Vertrauensfrauen pro angeklagter Frau zu bestehen

5. die Herstellung einer breiten Öffentlichkeit:
- Informationsverbreitung über Medien
- Mobilisierung für eine LesbenFrauen-Kundgebung zum Prozeß
- Aufruf, Protestfaxe zu schicken

Die Frauen, die sich an der Kundgebung beteiligten, empfingen die Frauen vor Prozeßbeginn mit einem Chor: „Kann denn Sprühen Sünde sein"

Jede Frau hatte 3 Vertrauensfrauen (rechtlich zugestanden). Im Saal, der sehr klein war, standen 6 Sesseln, wovon 4 besetzt waren. Zwei schon Anwesende „Zuschauer" waren Beamten der Staatspolizei.

Der Richter vertrat die Ansicht, daß nur soviele Frauen im Saal Platz nehmen können, wie Sessel vorhanden sind. Damit sei die Öffentlichkeit gewährleistet.

Das Recht auf zumindest 3 Vertrauensfrauen wurde durch die Eigeninitiative von den Frauen ermöglicht; Sesseln wurden aus anderen Zimmern herbeigeschafft. Die Stapos und der Richter waren überfordert, verwirrt und forderten die Anwältin zum Eingreifen auf. Auf jeden Fall hatten sich dann alle Frauen ihren Platz genommen.

Der Staatsanwalt eröffnete die Verhandlung mit dem Vorlesen der Anklageschrift:
11 Sprayereien werden den Frauen vorgeworfen.

Die Anwältin entgegnet der Anklageschrift mit „Unhaltbarkeit der Anklage" und weist darauf hin, daß sich die Angeklagten zur Anklageschrift nicht äußern werden.

Dann nimmt der Richter die Personalien auf und fragt die erste Frau, was sie zur Anklage zu sagen hätte. Daraufhin liest die Frau den 1.Teil der Prozeßerklärung vor:

Die Anklage lautet auf schwere Sachbeschädigung. Wir Sollen verurteilt werden, fremdes bzw. Privateigentum beschädigt zu haben.

Privat kommt von „privus" und das heißt „Raub".

Wir Sollen verurteilt werden, geraubtes Eigentum durch Sprayen von Anti-EU-Parolen beschädigt zu haben.

Die Anklage dient aber auch dazu, endlich einige Personen, nämlich 4 Frauen, stellvertretend für die linke und feministische nicht parlamentarische Opposition gegen die EU zu kriminalisieren.

Jene Opposition, die öffentlich macht, was die EU wirklich ist, nämlich ein Herrschaftsprojekt zum Ausbau und zur Absicherung der Festung Europa.

Jene Opposition, die klarstellt, wer die Verantwortlichen für Frauenunterdrükkung, Rassismus und Armut sind.

Die Gesetze sind die Gesetze der Herrschenden, sie schützen und vertreten deren Interessen.

Die Besitzenden haben das Recht, Frauen, Männer und Kinder weltweit auszubeuten um Profite aus ihnen zu pressen.

Die Gesetze sichern die Profite und schützen den Reichtum.

Die Gesellschaft der Männer hat das Recht, Frauen aus dem Trikont zu kaufen und als Sklavinnen zu benützen.

Der Staat hat das Recht durch rassistische Gesetze Flüchtlinge abzuschieben und politischer Verfolgung, Krieg, Folter und Tod auszuliefern.

Gesetze wurden und werden immer der jeweiligen Staatsform angepaßt, die von den ökonomischen und politischen Interessen der Besitzenden bestimmt wird.

Es entsprach den Gesetzen, daß die Faschisten Millionen von Menschen verfolgten und durch Zwangsarbeit und in KZs ermordeten.

Die Richter im Faschismus sprachen insgesamt **32.000** Todesurteile hauptsächlich gegen Arbeiterinnen und Arbeiter, Frauen und Männer der verbotenen sozialistischen und kommunistischen Parteien aus.

Genauso wie die Richter der Monarchie in die erste sogenannte demokratische Republik übernommen wurden, war es legal, daß die Richter aus dem Faschismus auch nach 1945 weiterhin ihre Pflichten taten und über Recht und Unrecht entschieden.

1994 sprach der österreichische Richter Ernst Maurer ca. 36 Personen in erster Instanz schuldig, weil sie mit ihrer Unterschrift gegen das Militär protestierten

Wenn es die Gesetze bestimmen, wird Unrecht zu Recht, wird Unrecht legal und Recht illegal.

Es gibt hier nichts zu verhandeln und nichts zu verurteilen, außer die Kontinuität der Klassenjustiz, der rassistischen und sexistischen Gesetzgebung und Rechtsprechung.

Wir werden weiterhin keine Aussagen zur Anklage machen und bestimmen wann wir was sagen.

Der Richter unterbricht einige Male, fordert die Anwältin auf, die Frau zurechtzuweisen (d.h.den Mund zu halten). Die nächsten zwei Frauen schließen sich der Prozeßerklärung an, die letzt befragte Frau wiederholt den Text.

Der Richter stellt den Frauen keine Frage mehr, sondern beginnt sofort mit der Zeugeneinvernahme.

Die Zeugen sind keine Tatzeugen, sondern wiederholten nur das was in den Anzeigen steht. Wann, wer, was, wo entdeckt hat.

Bei der Zeugenbefragung der Polizisten bekannten sich diese freimütig zur Vorverurteilung.

Prozeßauszug:

Anwältin: Warum ist der Wagen eigentlich angehalten worden?

Bulle: A bisserl a desorientierte Fahrweise. Und dann gehört das ja zu unserem Job, Leute anzuschauen, die zu so einer Uhrzeit irgendwie herumfahren.

Anwältin: Die Untersuchung des Autos wurde von ihnen dreien vorgenommen? Weshalb eigentlich? - Was ist hier vorgefallen.

Bulle: Erstens einmal haben die drei Damen keinerlei Auskünfte gegeben was sie da eigentlich machen. Mit den Auto hat a was net g'stimmt. Der Zulassungsschein war auf a andere Person ausgestellt, als die Lenkerin. Und die hat a ka Angabe geben können, wie sie zu dem Auto kommt. Dann haben wir g'merkt, daß da stinkt nach Nitro usw.. da war natürlich der Verdacht gegeben, daß da irgendwas zur bevorstehenden EU-Abstimmung g'sprüht worden ist. Besonders weil sie ja keine Aussagen machten und machen.

Anwältin: Daß sie keine Aussagen machten, war für sie das Ausschlagebende?

Bulle: Ja

Anwältin: Danke, ich habe sonst keine Fragen.

Der Richter versuchte öfters die Anwältin zu unterbrechen und antwortete anstelle der Bullenzeugen. Besonders irritierte ihn, daß sich die Anwältin die Liste der beschlagnahmten Gegenstände von den Bullen bestätigen ließ.

Mit der offiziellen Begründung, daß bei 2 Delikten die falschen Zeugen geladen waren, vertagte der Richter den Prozeß auf unbestimmte Zeit.

Alle, außer die Beamten der Staatspolizei, verließen den Saal. Sie mußten sich mit dem Richter noch besprechen.

Die Vertagung macht glauben, daß sich der Richter die Begründung für eine Verurteilung erst mit Hilfe der Stapo ausdenken muß, die fadenscheinigen Indizien reichen eigentlich nur für eine Verurteilung aus politischen Gründen.

Zur Kundgebung:

Die Genossinnen standen trotz klirrender Kälte mit Tee und Transparenten bis zum Ende der Verhandlung vor dem Gerichtsgebäude.

Die hiesigen Ordnungshüter waren sehr zahlreich vertreten und ein Beamter in Lodentracht forderte die Kundgebungsteilnehmerinnen mehrmals zur Einhaltung der „Zimmerlautstärke" auf.

Mit der Kundgebung wird die auf den Gerichtssaal beschränkte Öffentlichkeit des Prozesses, durchbrochen. Sie zeigt, daß der Prozeß nicht nur für die 4 Frauen relevant ist, sondern für alle linken / feministischen EU-Gegnerinnen, und daß die Inhalte des Prozesses die ganze Gesellschaft betreffen.

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE UND UNSERE STÄRKE

10 Wochen später, am 4. April 95 fand die 2. Verhandlung statt, die eine Woche davor angekündigt wurde. Trotzdem gelang es, eine FrauenLesben - Kundgebung zu organisieren. Für die Verhandlung und Kundgebung war ein massives Polizeiaufgebot, mit verschiedenen Bullensorten (Zivis, Stapos, Alarmabteilung und viele Bullenfrauen), angefordert worden. Vor dem Gerichtssaal stellte sich ein Teil der Alarmabteilung auf. Während der ganzen Verhandlung bewachte ein Bulle der Alarmabteilung die Saaltüre, nämlich von innen.

Nachdem sich der Richter offensichtlich das Sesselfiasko von der 1. Verhandlung ersparen wollte, bestellte er einen größeren Verhandlungssaal. Für alle Freundinnen war somit genügend Platz.

Es wurden die noch fehlenden Zeugen, wiederum keine Tatzeugen, einvernommen. Ihre, unter Eid gemachten Aussagen, bezogen sich ausschließlich auf Putzaktionen. *Wegen dieser fehlenden Aussagen wurde die Verhandlung am 18.1. vertagt.*

Die Befragung des Sachverständigen ergab folgendes:

..... Diese Lacke in gewissen Größenordnungen, einige hunderte Kilos, manchmal sogar, wenn es in der Autoindurstrie für Lackierungen ist, bis zu Tonnen und diese werden dann in einzelne Dosen abgefüllt. Jede dieser aus einer sogenannten Lackcharge abgefüllten Dose wird ein gleichartiges Ergebnis zeigen. ..... Es kann nicht ausgeführt werden, wieviele Dosen in einzelne Geschäfte, bzw. in die Regionen gelangen.....*usw*.....

Das Schlußwort der Anwältin:

..... die gefundenen Spraydosen haben absolut keine Beweiskraft, ... es gibt davon hunderte, tausende, weiß nicht wieviel ....

Laut Aussage des Zeugen .. , der um 3 Uhr Früh schlafen ging und weder an der Stadthalle, noch an dem Auto irgendwelche Sprayparolen gesehen hat. Meine Mandantinnen wurden um 3^{30} (*Praterstern*) angehalten und um die Zeit von 3 Uhr, wo sicher keine Parolen standen, in der Zeit, sollen sie dort gesprüht haben und zum Praterstern gelangen ..... Nächstes Faktum .... Tatzeit, 11. Juni, 22^{15} bis 22^{45}, da waren meine Mandantinnen bereits in Haft. Nächstes Faktum ..... Zeuge .. , bemerkte den Schaden am 12. Juni, am Samstag vor der EU-Abstimmung war noch nichts.

Die Staatsanwaltschaft stützt ihre Anklage einzig und allein auf das Faktum, daß Anzeigen gesammelt wurden. 4 Frauen, die nicht bei Sprayaktionen erwischt wurden, man ihnen keine Tat nachweisen kann und sie die Meinung vertreten, daß nicht sie ihre Unschuld beweisen müssen, weil unser Gesetz immer noch so ist, daß das Gericht die Schuld nachzuweisen hat; und solange der gesetzliche Nachweis einer Schuld nicht gilt, jemand als unschuldig gilt. Mit der Schuldvermutung EU-Gegnerinnen, wird eine Anzeige gemacht. 50% der Leute in Österreich sind gegen die EU, mittlerweile mehr. Ich sage, daß die Schuld meiner Mandantinnen in keiner der Fälle erwiesen ist und beantrage den Freispruch.

Die Staatsanwältin fordert einen Schuldspruch für alle Anklagepunkte. Die Schuld ist für sie erwiesen, mit der Aussageverweigerung der 4 Frauen, die somit nichts zur Aufklärung beigetragen haben. Auch die Annahme, daß es sich bei den angeklagten Frauen um EU-Gegnerinnen handelt, wurde für sie zum Schuldbeweis.

Die vier Frauen verlesen die Prozeßerklärung, Richter hört ohne Unterbrechung aufmerksam zu, Staatsanwältin ist genervt.

Vorverurteilung und Kontrolle.

Die Grundlage einer umfassenden gesellschaftlichen Kontrolle wird dadurch geschaffen, daß die herrschende Ordnung die Ordnung jeder und jedes Einzelnen wird. Unter dem Deckmantel der öffentlichen Sicherheit wird die ständige Unsicherheit zum Lebensgefühl. Durch die Tatsache, mit jeder Lebensäußerung ein Gesetz zu übertreten. Durch die Tatsache, daß jeder Teil des Lebens von staatlichen Stellen bespitzelt wird. Unser lebendiges Gerechtigkeitsempfinden, daß sich gegen die Armut, Unterdrückung und Ausbeutung richtet, wird mundtot und somit handlungsunfähig gemacht. So wird die öffentliche Ordnung aufrechterhalten. Das Sicherheitspolizeigesetz vom Mai 1993 legitimiert die bisherige Praxis staatlicher Kontrollorgane. Jeglicher Widerstand gegen die herrschende, rassistische, sexistische Ordnung wird im Vorfeld unterdrückt und kriminalisiert. Zentrales Anliegen öffentlicher Sicherheit ist der Schutz des Eigentum's und die Aufrechterhaltung der Besitzverhältnisse. Staatliche Kontrolle und Repression richtet sich hauptsächlich gegen Besitzlose, Migrantinnen und Migranten und Frauen insgesamt. Durch rassistische Asyl- und Aufenthaltsgesetze legitimiert, werden Migrantinnen und Migranten verschärft kontrolliert und als sogenannte „Illegale" kriminalisiert und in weiterer Folge abgeschoben. Die staatlichen Kontrollorgane sind somit Handlanger bei der Auslieferung von Flüchtlingen an Hunger, Verfolgung, Krieg und Tod. Staatliche Kontrollorgane üben selbst sexistische und sexuelle Gewalt gegen Frauen, bis hin zu Vergewaltigung, aus. Gleichzeitig werden Vergewaltiger durch die herrschende, patriarchale Ordnung geschützt. Diese Ordnung heißt für uns Frauen unter anderem Einschränkung unserer Bewegungsfreiheit. Als Strategie gegen die zunehmende sexuelle Gewalt sollen Frauen sich selbst von öffentlichen Lebensräumen aussperren. Für staatliche Kontrollorgane ist es auffällig, wenn nicht bedenklich, wenn Frauen in der Nacht ohne Männer unterwegs sind. Staatliche Repression nimmt ihren Anfang bei Präventivmaßnahmen, die mögliche Täterinnen schaffen. Wer etwa als Täterin in Frage kommt, zeigte die Festnahme und die Verhängung der U-Haft. Verdächtig war eine desorientierte Fahrweise. Verdächtig war, daß sich 4 Frauen in der Nacht am Praterstern befanden. Zu Täterinnen ohne Tat wurden die 4 Frauen durch ihre Aussageverweigerung und durch die bevorstehende Abstimmung zum EU - Beitritt. Da Spraydosen im Auto vorhanden waren, war es für die Polizisten klar, daß es sich hier um allgemeinkriminelle Sprayerinnen handelt. Während die 4 Frauen schon in U-Haft saßen, wurde nach Taten gesucht und Anzeigen gesammelt. Das Konstrukt der strafbaren Handlung durch Polizei und Justiz dient der Vorverurteilung und Kriminalisierung, daher sind wir alle gemeint, wenn einige von uns kriminalisiert werden.

EU-Sicherheitspolizei

Die EU ist ein Herrschaftsprojekt. Sie dient der Absicherung und dem Ausbau der Festung Europa. Die EU hat die Funktion, den europäischen Wirtschaftsraum politisch und militärisch zu vereinheitlichen und nach Innen und Außen zu verteidigen. Ein wichtiges Instrument für die Absicherung nach Innen ist die europäische Zusammenarbeit von Polizei und Innenministerien in der Schengen- Gruppe. Ihre Ziele sind unter anderem die polizeiliche und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit und Rechtsangleichung. Dazu gehören z.B. Grenzüberschreitende Observationen, Datenaustausch zu präventiven Zwecken, und ein gemeinsames Fahndungssystem. 1987 einigte sich die Schengen-Gruppe (Frankreich, Deutschland und die Beneluxstaaten) auf die Grundzüge eines gemeinsames Asylrechts. Das heißt zum Beispiel: Flüchtlinge, deren Asylantrag in einem EU - Land abgelehnt wird, können in keinem anderen EU-Land um Asyl ansuchen. Die Veränderungen in den österreichischen Asyl- und Aufenthaltgesetzen sind ein Teil dieser europäischen Politik, die ihre Festungsmauern lückenlos mit Militäreinsatz panzert. In Europa sollen nur die Reichen sitzen und nicht jene, durch deren Ausbeutung der Reichtum erzwungen wird.

Ein weiteres wichtiges Instrument für die Absicherung ist die TREVI-Gruppe.

Trevi ist für Fragen der „Inneren Sicherheit" und der „Öffentlichen Ordnung" zuständig. Seit 1976 treffen sich die Justiz- und Innenminister und Polizeiführungen der EU-Staaten. Sie unterstehen keiner Kontrolle. Namen und Funktionen vieler Mitglieder sind nicht bekannt. In ihren Abkommen beschloß die TREVI -Gruppe, die Angleichung der Kommunikations- und Kriminaltechnik, der Ausrüstung und Ausbildung von Polizei und Militär. Hauptziele der TREVI-Gruppe ist die Bekämpfung von Widerstand, Aufständen und Sozialen Bewegungen mit allen Mitteln. Die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten in der TREVI-Gruppe geht mittlerweile über die EU-Grenzen hinaus.

EU - Militärbündnis

Absicherung nach Außen heißt militärische Zusammenarbeit. Die Westeuropäische Union ist ein europäisches Militärbündnis, daß eigenständig und auch in Zusammenarbeit mit der NATO militärische Entscheidungen trifft. Der Ministerrat der Westeuropäischen Union beschloß, daß sich künftig Truppen der Westeuropäischen Union an Kampfeinsätzen beteiligen. Das österreichische Parlament hat großes Interesse dem europäischen, gemeinsamen Sicherheitssystem beizutreten. Ein Beispiel wie Kriegspolitik aussieht war der imperialistische Krieg gegen die irakische Bevölkerung. Die Beteiligung Österreichs bestand darin, daß NATO Flugzeuge und Panzer über österreichisches Gebiet flogen und rollten. Die Westeuropäische Union macht folgendes klar:

Die Festung Europa sorgt jetzt schon mit Kriegen dafür, daß der Süden und Osten nicht vergessen, wozu Europa sie braucht: nämlich für die grenzenlose Ausbeutung von Menschen und Natur.

Sozialabbau / Belastungspaket

Seit 1.1.95 ist Österreich Mitglied der EU. Gleichzeitig mit dem Beitritt haben wir Frauen, die Rechnung für die männliche Politik präsentiert bekommen. Sozialabbau richtet sich vor allem gegen Mädchen, Frauen, Frauen mit Kindern, ältere Frauen und Migrantinnen.

Gekürzt wird bei Bildung und bei allen Sozialleistungen.

Kürzungen im Bildungsbereich bedeuten größere Schulklassen, weniger Lehrstunden und verstärkte Selektion von sogenannten „guten und schlechten Schülerinnen". Die Einführung von Studiengebühren heißt konkret, daß wieder DER studieren soll, der in Zukunft der Ernährer ist. Kürzungen im Bildungsbereich bedeuten, daß gute Ausbildung und somit besser bezahlte Arbeit der Mittelschicht vorbehalten sind.

Kürzungen bei den Sozialleistungen bedeuten für Frauen mit Kindern z.B. Streichung des erhöhten Karenzgeldes. Alleinerziehende Frauen müssen statt wie bisher mit 8.000,— jetzt mit 5.400,— Schilling auskommen.

Kürzungen der Sozialleistungen bedeuten Vereinheitlichung der Familienbeihilfe statt der bisherigen Staffelung nach Alter der Kinder. Das heißt konkret, daß Frauen unabhängig vom Alter der Kinder 1.500,— Schilling bekommen sollen. Daß die Ausgaben für Kinder mit zunehmendem Alter durch Ausbildung und steigende Lebenskosten höher werden, kümmert die Herren nicht.

Kürzungen bei den Sozialleistungen bedeuten für Arbeiterinnen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Massive Eingriffe in das bisher bestehende Arbeitsrecht sind geplant. Der Arbeitstag soll flexibel ausgedehnt werden. Das heißt, daß Arbeiterinnen jederzeit nach Bedarf verfügbar sein müssen. Das Nachtarbeitsverbot für Frauen soll den EU-Bestimmungen angepaßt werden. Demnach dürfen wir Arbeiterinnen in Zukunft auch in der Nacht arbeiten.

Kürzungen bei Sozialleistungen bedeuten für migrierte Frauen und Mädchen verschärfte Bedrohung ihrer Existenz.

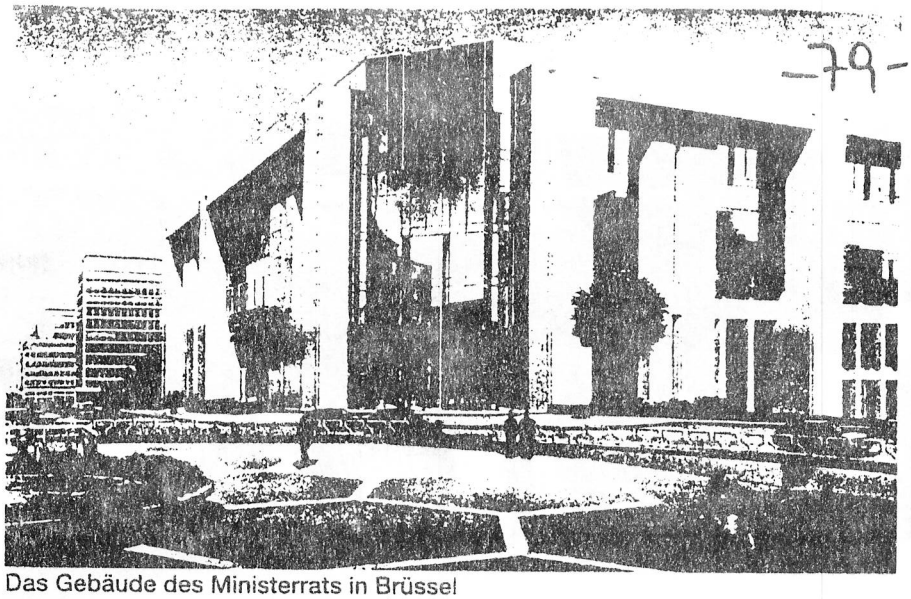
Jugendliche Migrantinnen und Migranten die nicht in Österreich geboren sind, bekommen keine Lehrstelle ohne Befreiungsschein. Die Quoten sind so festgelegt, daß die Erlangung einer Arbeitsbewilligung für jugendliche Migrantinnen und Migranten zum Kunststück wird. Diese Regelung drängt Migrantinnen und Migranten in die Illegalität und ist die Vorbereitung zur Kriminalisierung und Abschiebung.

Kürzungen bei Sozialleistungen bedeuten für ältere Frauen Zwangsumschulungen ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit, Eignung und bisherige Tätigkeit. Zudem ist die Anhebung des Pensionsalters bei Frauen geplant. Das heißt, daß Frauen trotz mehrfacher Belastung gleich lange wie Männer arbeiten sollen und noch dazu weniger Geld bekommen.

Für Frauen und Mädchen aus Arbeiterinnenfamilien heißt Sozialabbau Verringerung der Aussicht auf existenzsichernde Jobs und somit verstärkten Zwang zur Heirat.

Das Belastungspaket ist die Fortsetzung des seit Jahren betriebenen Sozialraubbaus.

Sozialabbau ist Raubbau an den Köpfen, Herzen und Körpern von Frauen und Mädchen überall.



Das Gebäude des Ministerrats in Brüssel

EU-Propaganda

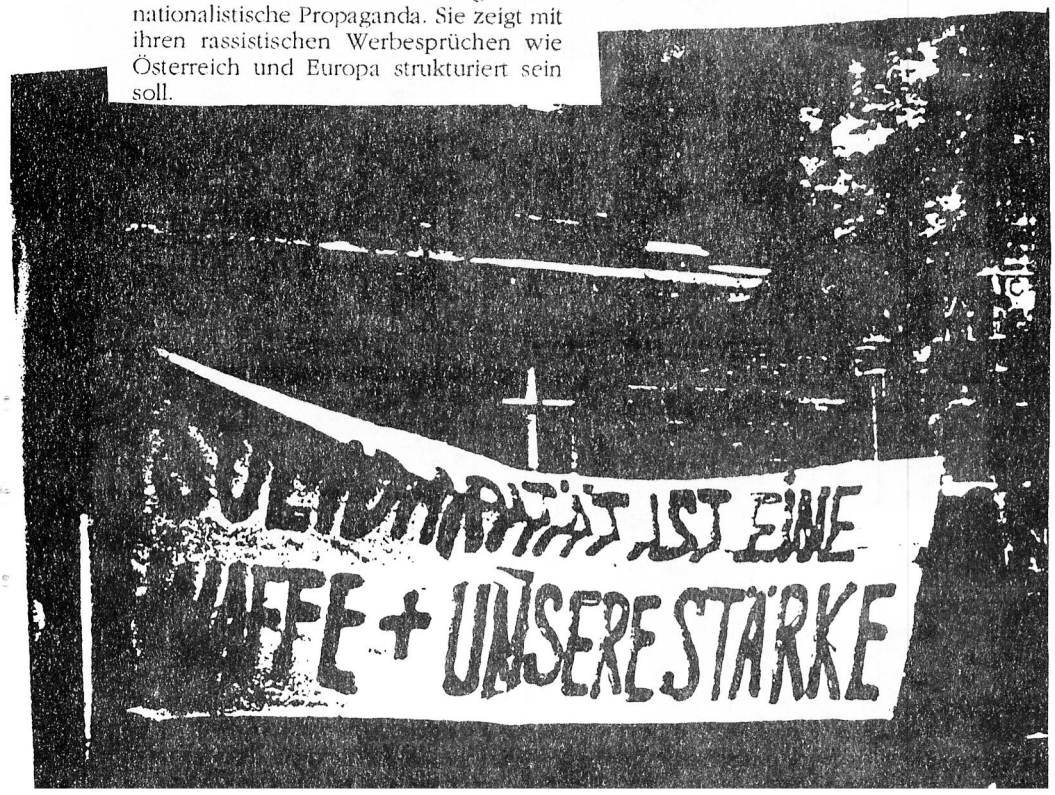
Vor der EU-Abstimmung gab es zahlreiche Aufkleber, Plakate und Sprayerein von feministischen, linken und sozialkritischen Gruppen, um der massiven Propaganda der EU-Befürwortern und den nationalistischen und rassistischen Argumenten einiger Gruppen von Gegnern entgegenzuwirken.

Die Bundesregierung veranstaltete über Monate eine großangelegte Werbekampagne zum EU-Beitritt, um die Menschen psychologisch zu fangen und einzuschüchtern („Rufen Sie uns an", „Reden wir darüber", „Gemeinsam statt einsam", „Wie sicher ist Österreich ohne Europa",...). Die Kosten für diese offizielle Werbekampagne betrugen ca. 200 Millionen Schilling. Die SPÖ und ÖVP haben ihren Werbekrieg mit nationaler Propaganda („Ja zu Österreich, Ja zu Europa", Österreicher bleiben, Europäer werden") geführt. Für die Wiener SPÖ und Zilk wurde daraus „Daham bleibt daham", „Erdäpfel bleibt Erdäpfel".

Die FPÖ, nützte die Abstimmung für ihre nationalistische Propaganda. Sie zeigt mit ihren rassistischen Werbesprüchen wie Österreich und Europa strukturiert sein soll.

Durch die Hetze gegen Migrantinnen und Migranten, wurde der Rassismus in der Bevölkerung geschürt. In der Gesamtpropaganda wurde mit den Stichworten „Gemeinsamkeit" und „Sicherheit" an menschliche Bedürfnisse appelliert. Die EU wurde als Garant der Sicherheit und Ordnung präsentiert. Diese „Sicherheit und Ordnung" dient nur den Verantwortlichen der Ausbeutung. Durch verstärkte Kontrolle, Überwachung und Kriegspolitik sollen die Herrschenden sich sicher fühlen, daß es ihnen niemals an den Kragen geht. Statt Gemeinsamkeit bedeutet die EU eine Vergrößerung des Arm-Reich-Gefälles. Einsam soll um die Arbeitsplätze konkurriert werden, anstatt gemeinsam für gerechte Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Die „Gemeinsamkeit" Europas ist die Aufforderung, zusammen die Mauer gegen die Menschen des Süden und Osten aufrechtzuerhalten, ist der Stolz auf die grausame Geschichte dieses Kontinents und die Aufforderung, diese Tradition mit dem Hochmut der Herrenmenschen fortzusetzen.



Schuldspruch des Richters:

Freispruch für zwei Anklagepunkte: ..... Die Tatzeit ist mit 12.5.94 und 13.5.94 angegeben und durch das Beweisverfahren ergibt sich wohl ein Verdacht, aber der Verdacht reicht selbst für einen Schuldspruch nicht aus.

Zwei Anklagepunkte wurden wegen Verzögerung des Akteninhaltes ausgeschieden. Es gibt noch keine Schadenssumme und der Richter wollte nicht noch einmal vertagen.

Das Gericht vermeint, daß sämtliche dieser Tatzeitpunkte und Tatzeiträume ohne weiteres den Beschuldigten zugeordnet werden können. Auch nach Auffassung des Gerichts, ein Zählfehler mit den Handschuhen nicht schadet. (Im Auto wurden 9 Handschuhe gefunden, dem Sachverständigen wurden 10 Handschuhe vorgelegt). Es konnte hier wirklich verläßlich festgestellt werden, die Identität der Lacke, soweit sie geprüft werden konnten ..... (*siehe Sachverständiger*). Ich glaube also, daß man davon sprechen kann, daß entgegen der Auffassung der Beschuldigten und der Verteidigung schon von einer verantwortungsvollen Anklage insofern gesprochen werden kann. ..... Es wurde nicht irgendetwas wahllos herangezogen, es wurde das schon durchdacht gemacht und ..... *Gelächter.* Insgesamt vermeint das Gericht, das deutliche Hervorkommen, daß es sich um Tatvorgänge handelt, die sehr wohl nicht akzeptiert werden können. Aber es soll hier nicht eine Kriminalisierung in einem Bereich stattfinden, der über die Gebühr dieser Tat in ein Licht gestellt wird, dem dieser nicht zukommt.

Schuldspruch für alle 4 Beschuldigten:

Zwei Frauen mit 120 Tagessätzen á 50,—, eine Frau mit 120 Tagessätzen á 40,— und eine Frau mit 140 Tagessätzen á 50,—. Daher ergeben sich Geldstrafen: **ÖS 6000,—, ÖS 7000,— ÖS 6000,— und ÖS 4800,—**

Gemäß §.360 Abs.1 STPO sind sie weiters schuldig, den Betrag ÖS 4549,20 an die Bundesbaudirektion Wien, Bundesgebäudeverwaltung zu ersetzen.

Haben Sie die Urteile verstanden?

Wohl wurde das Urteil verstanden aber nicht akzeptiert: **Berufung wegen Nichtigkeit, Schuld und Strafe**

Spenden für Prozeßkosten erbitten wir auf das Konto der Frauenrechtshilfe: PSK Privatsparbuch Nr. 30407264, Stichwort „11.6."

Autonome FrauenLesbenrechtshilfe

war im Postfach

Wir Rozquillas haben in der Nacht von 7. auf 8. März 95

die Prans Tarentaaktion durchgeführt. (Wiens Brücken mit

folgenden Transparenten behängt):

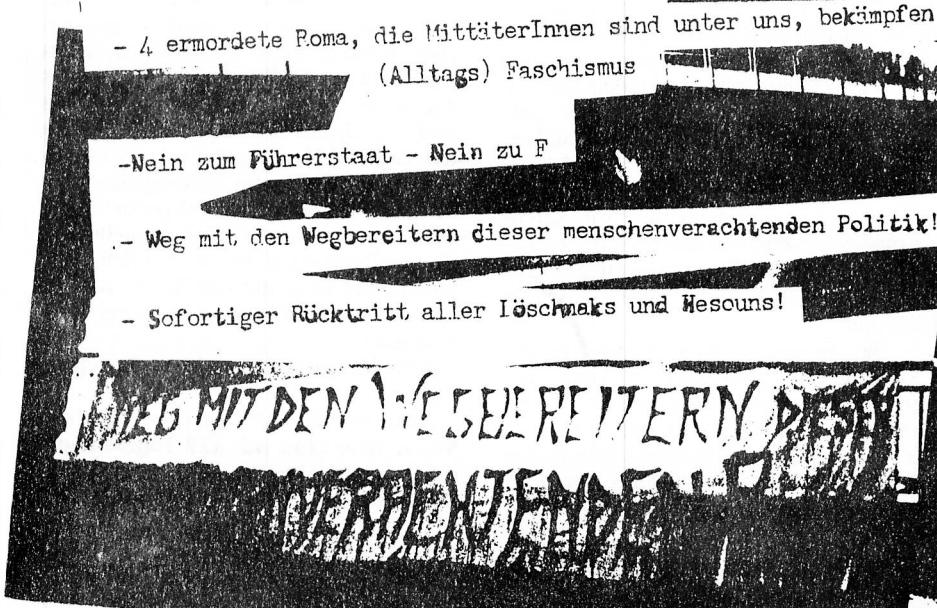
- Widerstand in Solidarität - Wenn wir leben wollen müssen wir uns beeilen -

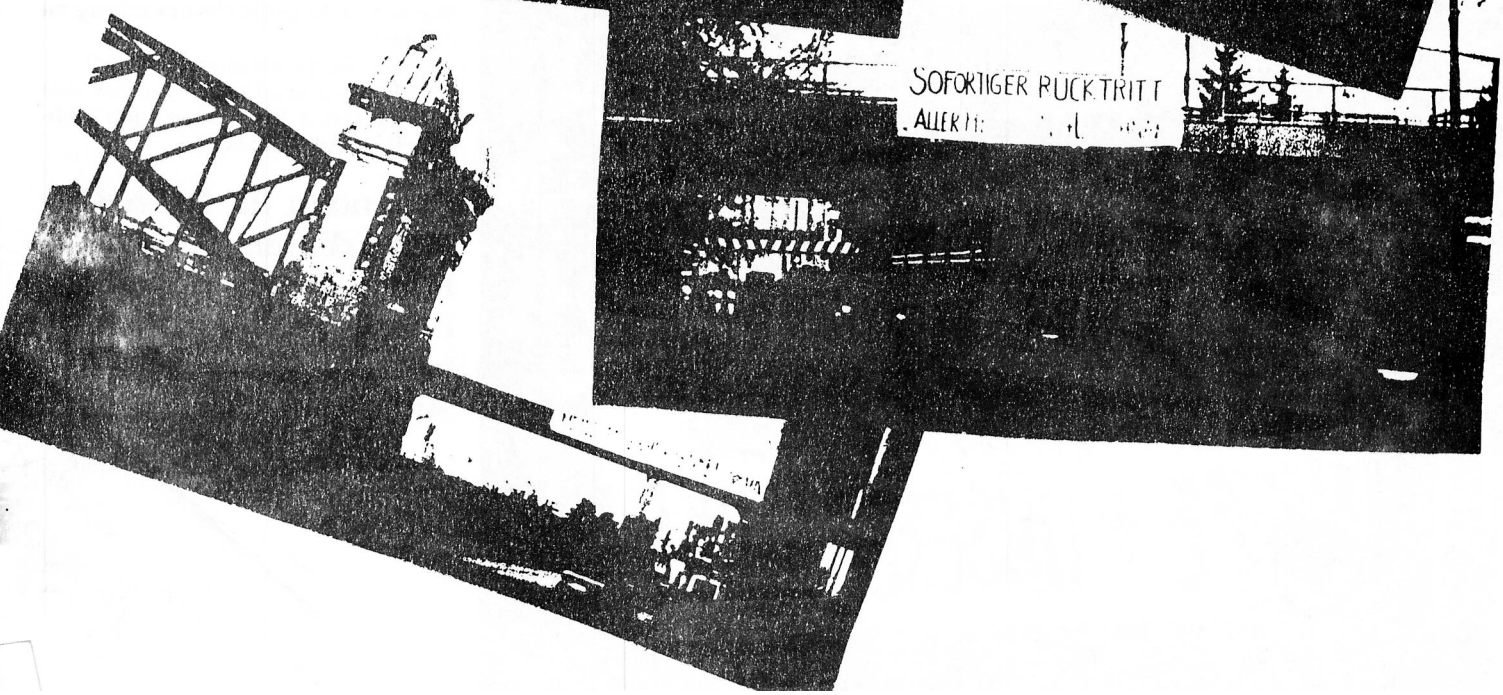
- 4 ermordete Roma, die MittäterInnen sind unter uns, bekämpfen wir den (Alltags) Faschismus

-Nein zum Führerstaat - Nein zu F

.- Weg mit den Wegbereitern dieser menschenverachtenden Politik!

- Sofortiger Rücktritt aller Löschnaks und Mesouns!





EBERGASSING

81

Der Tod von Gregor und Peter hat viele sehr aufgewühlt. Einerseits weil einige sie persönlich kannte und eine gemeinsame politische Geschichte hatten; andererseits, weil die politische Tragweite, UNS ALLE BETRIFFT.
+ die Denunziation einer Linken militanten Praxis,
+ die bürgerlich-demokratische Gleichsetzung von Linker Militanz gegen Ausbeutung und Unterdrückung mit faschistischem Terror gegen Menschen,
+ und die damit einhergehende Forderung nach angeblicher Gewaltfreiheit (ANGEBLICH deshalb, weil von wem und wogegen wird sie gefordert ? - etwa gegen Vergewaltiger, Zuhälter, prügelnde Ehemänner, (Grenz-) PolizistInnen, SchreibtischtäterInnen, PolitikerInnen, Chefs, LehrerInnen, HausbesitzerInnen, JournalistInnen usw. ?) Wenn 2 Menschen, angeblich bei einem versuchten Anschlag ums Leben kommen und sich diverse Gruppen daraufhin von "jeglicher Gewalt" distanzieren und zu einer "Gewaltfreiheit" aufrufen, so ist das Denunziation und Verrat. Mit inhaltlichen Diskussionen um Gewaltfreiheit, mit unterschiedlichen Strategien und Einschätzungen hat das nichts zu tun ! Nicht die unterschiedlichen Meinungen sind Denunziation. Ganz im Gegenteil, Diese Unterschiede sind wichtig um Geschehnisse und Verhältnisse zu begreifen. Aber die Tatsache, daß die Distanzierungen stattfinden, wo 2 Menschen getötet werden und die "linke Szene" erfasst werden soll, machen die Distanzierungen zu Denunziation und Verrat. Denn sie haben zu dem zeitpunkt keinen anderen Sinn, als "seine/ihre Haut zu retten" auf Kosten von anderen.
Die Medien von Krone bis Profil haben sehr schnell mit einer Hetze "Autonome Gewalttäter" zugeschlagen. Die Regierung und der neu eingesetze liberlae Innenminister Einem haben sich VERBAL mit einer politischen Hetze gegen Linke Politik eher zurückgehalten. Praktisch läuft aber eine enorme Aushorchung und Repression. Observationen, Einvernahmen, Verhöre, "polizeiliche Besuche" auf der Arbeitsstelle...eine großangelegte Durchleuchtung der "linken Szene" (wer hat mit wem Kontakt, geht in welche Lokale usw..). Das alles läuft im Stillen ab. Bisher gab es ca. 200 Vorladungen zur Einvernahme, - aufgrund von Aussagen bei der Polizei, kopierten Adressenbüchern bei Hausdruchsuchungen usw. Es gilt daher - wichtiger denn je - AUSSAGEVERWEIGERUNG ! (genauer siehe dazu Tatblatt 9a/95, Extra-Ausgabe)
Außerdem werden immer mehr "Ungereimtheiten" öffentlich, die einen geplanten Mord an Peter und Gregor nicht ausschließen. (siehe dazu: "Fragen, die bleiben" aus Akim Nr. 18, v. 13.6.95 und FORUM Nr.: 496-498)
Der einzige - uns bisher bekannte Text von Frauen und Feministinnen zu Ebergassing drucken wir hier aus der AKIM Nr.. 20 ab.

Über linke und andere Moral

Was auch immer passiert, für Feministinnen wirkt es sich nachteilig aus. Nach der gescheiterten Strommastensprengung in Ebergassing schwappte eine Welle der Empörung über das kleine Land Österreich. Selbstzufrieden kommentierten Schwarze und Blaue den "linken Terror", Rote und Grüne beeilten sich, ihre Distanzierungen in den Medien unterzubringen. So nicht, lautete die einhellige Meinung der Nation. Die Briefbomben, die Anschläge in Oberwart und Stinatz aus dem rechten Eck hatten nach Ansicht vieler Meinungsmacher nun ein linkes Pendant - ob und wie Menschen dabei bedroht, verletzt und getötet wurden, interessierte wenige. Selbst Andre Heller schaffte es, anläßlich des Festes der Freiheit am Wiener Heldenplatz, "rechte Rotzbuben" und "linke Kriminelle" in einemSatz unterzubringen. "Ist doch eh alles eins" hätte sich in aller Breite durchgesetzt, wäre nicht Einem gewesen (?d.Tip.). Die Enttarnung des neuen Innenministers und Hoffnungsträgers als Finanzier eines "linksradikalen Blattes" brachte neuen Schwung in die Diskussion.

Das Ende einer Hoffnung

Mit dem Satz:"Es ist unvorstellbar, daß einer Innenminister bleibt, der jene unterstützt, deren Gewaltbereitschaft durch den Anschlag bei Ebergassing offenkundig wurde." beginnt Hubertus Czernim seinen Leitartikel im Profil 29.4.95. Wenn 2 Autonome zu Attentätern werden, dokumeniert das die Gewaltbereitschaft allIer Autonomen - logisch, oder ? Frau irrt sich eben, wenn sie meint, daß gerade einem Zeitungsherausgeber der Unterschied zwischen Artikel schreiben und Masten sprengen offenkundig sein sollte. Erst die Enthüllung von Peter Pilz, daß das Tatblatt mittels Presseförderung von allen Parteien unterstützt wurde, rettete Innenminister und eröffnete, auch im Profil, Raum für Differenzierungen. Andy Kaltenbrunner und Barbara Coudenhove-Kalergi äußerten sich in ihren Kolumnen pro-Einem, wegen "seinen anständigen Ankündigungen in Sachen Ausländerpolitik" oder weil sich "welche daran erinnern, selber schon irgendwann im Leben recht fragwürdige Typen geholfen zu haben". Es wurde sogar möglich, zwischen "rechts" und "links" zu unterscheiden, wenn nur in einem Nebensatz die Beteuerung nicht fehlte, daß man "den Anarcho-Terror gewiß nicht verniedlichen wolle". Nur das Tatblatt, das wollte keiner retten, die Argumentation: "eine Szene, eine Linie" wollte niemand durchbrechen.

Selbstgerechte Empörung

Aber gelesen haben es alle.
Selbstgerecht zitiert Andreas Khol vor laufender Zeit-im-Bild- Kamera Anschuldigungen gegen Peter Pilz. Als würde die "offenkundig gewordene Gewaltbereitschaft" der Autonomen die Glaugwürdigkeit ihrer Artikel bestätigen. Angesichts eines solchen Angriffs verssagte selbst die Rhetorik von Peter Pilz und er fühlte sich bemüßigt, zum wiederholten Mal eine Distanzierung von Gewalt generell und vom Tatblatt speziell zu beteuern.
Wer sollte ihm das versagen, wenn selbst MitarbeiterInnen des Tatblatts nicht für sich und ihre Zeitung einstehen wollten (?d.Tip.) Anläßlich einer Pressekonferenz präsentierten sie sich vermummt und dem Fernsehen gewärten sie während eines Interviews gerade noch die Ansicht ihrer Rücken. Als Schutz vor einer Verfolgung von rechts lassen sich solche "Verhüllungen" und "Rücksichten" nicht argumentieren. Denen fällt es nicht schwer, Namen und Daten politisch Andersdenkender zu rechechieren, wenn ihnen der Sinn danach steht. Warum dann ? Aus Koketterie mit der Selbstinszenierung, aus Angst,auf offener Straße von Kronenzeitungslesern identifiziert zu werden oder weil sie nicht meinen, was sie schreiben und deshalb als Personen nicht damit in Verbindung gebracht werden wollen ? (soll das zynisch sein, oder ist das `Blöd-machen` ernst gemeint ?, d.Tip.)

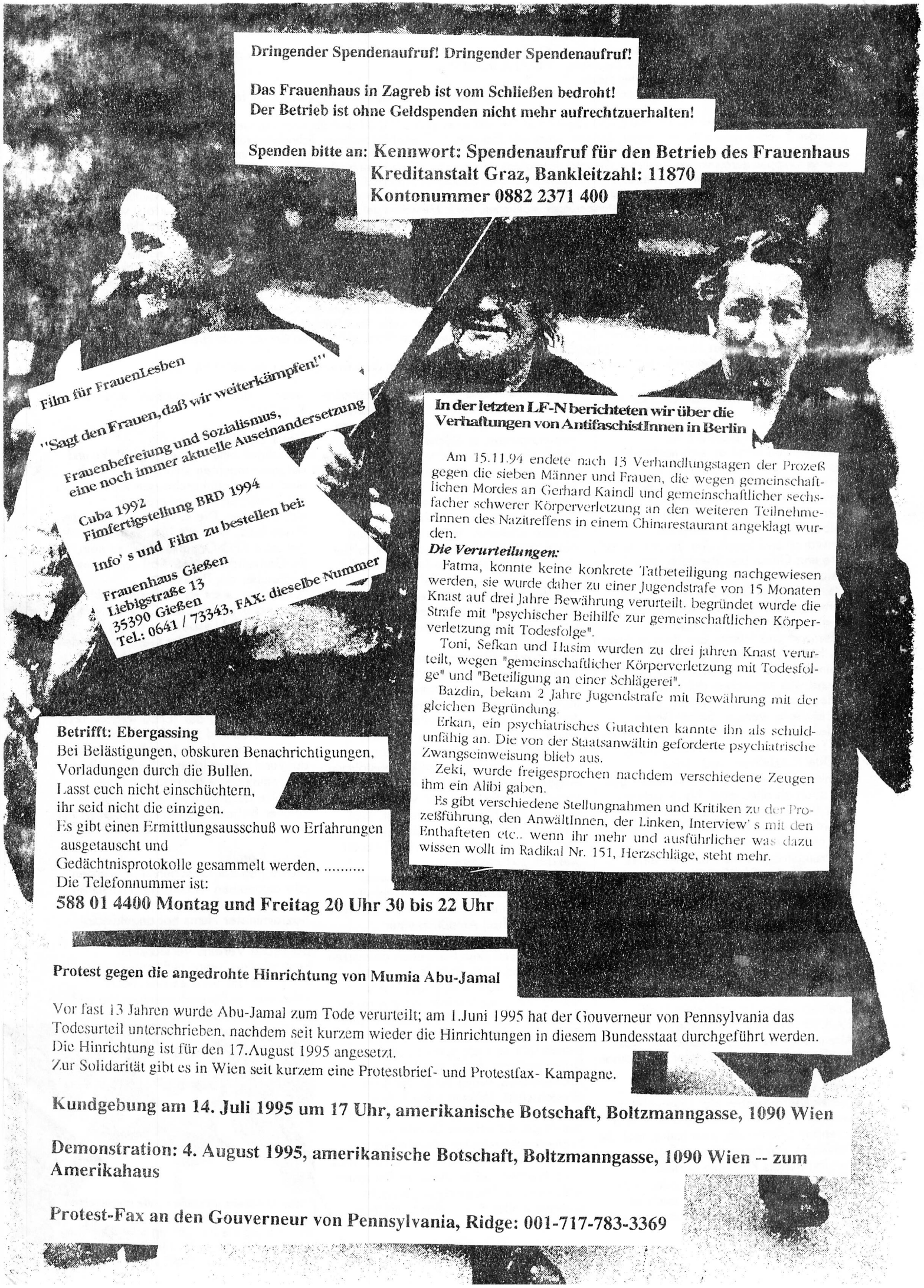
Links und lesbisch

Die allgemeine Hetze gegen links und autonom machten sich in Folge auch niedrigere Politikerchargen zunutze, um mit "unnützen Frauenvereinen" abzurechnen. Die ÖVP unterstellte der Frauenhetz, eine als "Feminismusverein getarnte KPÖ-Organisation" zu sein, und ihr Gemeinderat Herr Karl verlautbarte gegenüber der Presse:
"Offenbar reicht es deklariert links zu sein und einen diffusen Cocktail von Sexismus und Lesbenbewegung zu verbreiten, um von der Gemeinde jeden beliebigen Geldbetrag zu bekommen."
Offenbar ist es momentan öffentlich verabscheuenswürdiger links zu sein als feministisch. Detail am Rande: Nach einer Belehrung der "EFEU"-Frauen über den Unterschied zwischen Feminismus und Sexismus, faxte Herr Karl, er habe aufgrund dieser Information seine Rede im Gemeinderat geändert und die Begriffe ausgetauscht. Angesichts solcher Begebenheiten können einer nur die Tränen kommen - vor Lachen.

Teure Komik

Die Folgen der Geschehnisse werden alle autonomen, linken, feministischen Projekte zu spüren bekommen. Sozialminister Hums hat angekündigt, die Vergabe von Aktionen 8000 für politische Vereine verstärkt zu kontrollieren, wenn nicht gar einzustellen (*). In Zukunft wird es also noch schwerer, außerparlamentarische und parteiungebundene Politik zu machen. Schöne Aussichten !

* das ist bereits im Laufen. Alle angesuchten Aktionen 8000 werden derzeit "politisch" überprüft und die Bewilligung oder Ablehnung ausgesetzt bis Mitte Juli ! (d.Tip.)



Dringender Spendenaufruf! Dringender Spendenaufruf!

Das Frauenhaus in Zagreb ist vom Schließen bedroht!
Der Betrieb ist ohne Geldspenden nicht mehr aufrechtzuerhalten!

Spenden bitte an: Kennwort: Spendenaufruf für den Betrieb des Frauenhaus
Kreditanstalt Graz, Bankleitzahl: 11870
Kontonummer 0882 2371 400

Film für FrauenLesben

"Sagt den Frauen, daß wir weiterkämpfen!"

Frauenbefreiung und Sozialismus,
eine noch immer aktuelle Auseinandersetzung

Cuba 1992
Fimfertigstellung BRD 1994

Info' s und Film zu bestellen bei:

Frauenhaus Gießen
Liebigstraße 13
35390 Gießen
Tel.: 0641 / 73343, FAX: dieselbe Nummer

In der letzten LF-N berichteten wir über die Verhaftungen von AntifaschistInnen in Berlin

Am 15.11.94 endete nach 13 Verhandlungstagen der Prozeß gegen die sieben Männer und Frauen, die wegen gemeinschaftlichen Mordes an Gerhard Kaindl und gemeinschaftlicher sechsfacher schwerer Körperverletzung an den weiteren TeilnehmerInnen des Nazitreffens in einem Chinarestaurant angeklagt wurden.

Die Verurteilungen:

Fatma, konnte keine konkrete Tatbeteiligung nachgewiesen werden, sie wurde daher zu einer Jugendstrafe von 15 Monaten Knast auf drei Jahre Bewährung verurteilt. begründet wurde die Strafe mit "psychischer Beihilfe zur gemeinschaftlichen Körperverletzung mit Todesfolge".

Toni, Sefkan und Hasim wurden zu drei jahren Knast verurteilt, wegen "gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todesfolge" und "Beteiligung an einer Schlägerei".

Bazdin, bekam 2 Jahre Jugendstrafe mit Bewährung mit der gleichen Begründung.

Erkan, ein psychiatrisches Gutachten kannte ihn als schuldunfähig an. Die von der Staatsanwältin geforderte psychiatrische Zwangseinweisung blieb aus.

Zeki, wurde freigesprochen nachdem verschiedene Zeugen ihm ein Alibi gaben.

Es gibt verschiedene Stellungnahmen und Kritiken zu der Prozeßführung, den AnwältInnen, der Linken, Interview' s mit den Enthafteten etc.. wenn ihr mehr und ausführlicher was dazu wissen wollt im Radikal Nr. 151, Herzschläge, steht mehr.

Betrifft: Ebergassing

Bei Belästigungen, obskuren Benachrichtigungen, Vorladungen durch die Bullen.
Lasst euch nicht einschüchtern,
ihr seid nicht die einzigen.
Es gibt einen Ermittlungsausschuß wo Erfahrungen ausgetauscht und
Gedächtnisprotokolle gesammelt werden, ...
Die Telefonnummer ist:
588 01 4400 Montag und Freitag 20 Uhr 30 bis 22 Uhr

Protest gegen die angedrohte Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal

Vor fast 13 Jahren wurde Abu-Jamal zum Tode verurteilt; am 1.Juni 1995 hat der Gouverneur von Pennsylvania das Todesurteil unterschrieben, nachdem seit kurzem wieder die Hinrichtungen in diesem Bundesstaat durchgeführt werden. Die Hinrichtung ist für den 17.August 1995 angesetzt.
Zur Solidarität gibt es in Wien seit kurzem eine Protestbrief- und Protestfax- Kampagne.

Kundgebung am 14. Juli 1995 um 17 Uhr, amerikanische Botschaft, Boltzmanngasse, 1090 Wien

Demonstration: 4. August 1995, amerikanische Botschaft, Boltzmanngasse, 1090 Wien -- zum Amerikahaus

Protest-Fax an den Gouverneur von Pennsylvania, Ridge: 001-717-783-3369